

Eva Hartmann
Caren Kunze
Ulrich Brand
(Hrsg.)

Globalisierung, Macht
und Hegemonie

AKG



WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

Hartmann/Kunze/Brand (Hrsg.)
Globalisierung, Macht und Hegemonie

AkG

Die *Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung* (AkG) wurde im Juni 2004 als offener Zusammenschluss von Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern aus dem deutschsprachigen Raum (Deutschland, Schweiz, Österreich) gegründet. Inhalt der gemeinsamen Arbeit ist die Diskussion gesellschaftskritischer Theorieansätze, deren Reproduktion und Weiterentwicklung in Zeiten ihrer zunehmenden Marginalisierung an den Hochschulen gesichert werden soll.

Schwerpunkte bildeten bisher halbjährige Tagungen, bei denen folgende theoretische und politische Fragen behandelt wurden: „Kritische Gesellschaftstheorie heute“, „Feministische Perspektiven“, „Organisation, Bewegung und Hegemonie“, „Staatstheorie vor neuen Herausforderungen – feministische Kritik, Internationalisierung und Migration“, „Internationale Politische Ökonomie“, „Subjektivität“, „Umkämpfte Arbeit“ und „alternative Krisendiagnosen und -politiken“. Dieser dritte Band der Publikationsreihe dokumentiert die Themen und Diskussionen dieser Tagungen und damit die Arbeit der AkG.

Eva Hartmann, Oberassistentin am Institut für politische und internationale Studien an der Universität Lausanne, Mitglied der Assoziation kritische Gesellschaftsforschung (AkG).

Caren Kunze, Studentin der Politikwissenschaft an der Universität Kassel, Mitglied der Assoziation kritische Gesellschaftsforschung (AkG).

Ulrich Brand, Professor für Internationale Politik an der Universität Wien, Mitglied der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung (AkG).

Eva Hartmann/Caren Kunze/
Ulrich Brand (Hrsg.)

Globalisierung, Macht und Hegemonie

Perspektiven einer kritischen
Internationalen Politischen Ökonomie

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT

gefördert durch die Rosa-Luxemburg-Stiftung

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.ddb.de> abrufbar.

1. Auflage Münster 2009

© 2009 Verlag Westfälisches Dampfboot

Alle Rechte vorbehalten

Umschlag: Lütke Fahle Seifert AGD, Münster

Druck: Fuldaer Verlagsanstalt

Gedruckt auf säurefreiem, alterungsbeständigem Papier

ISBN 978-3-89691-757-7

Inhalt

<i>Eva Hartmann/Caren Kunze/Ulrich Brand</i> Konturen und Kontroversen kritischer Internationaler Politischer Ökonomie Zur Einleitung	7
<i>Hans-Jürgen Bieling</i> IPÖ zwischen neuer Orthodoxie und heterodoxen Ansätzen	17
<i>Petra Purkarthofer</i> Rassismus, Maskulinismus und Eurozentrismus als materielle Praxen postkolonialer Hegemonie	43
<i>Aram Ziai/Friederike Habermann</i> Von 'triad analytics' bis 'worldism' Feministische Perspektiven in der IPÖ	70
<i>Bernd Röttger</i> Gramsci, Gewerkschaften und kritische IPÖ Formbestimmungen und Formwandel des Klassenkonflikts	92
<i>Joscha Wullweber</i> Eine hegemonie- und diskurstheoretisch fundierte Kritik der (Internationalen) Politischen Ökonomie	122
<i>Bob Jessop</i> Kontingente Notwendigkeit in den kritischen politisch-ökonomischen Theorien	143
<i>Joachim Hirsch/John Kannankulam</i> Die Räume des Kapitals Die politische Form des Kapitalismus in der „Internationalisierung des Staates“	181
<i>Ulrich Brand</i> Staatstheorie und Staatsanalyse im globalen Kapitalismus Ein „neo-poulantzianischer“ Ansatz der IPÖ	212
<i>Eva Hartmann</i> Alles was Recht ist – Recht in der IPÖ	242
AutorInneninfos	269

Eva Hartmann/Caren Kunze/Ulrich Brand

Konturen und Kontroversen kritischer Internationaler Politischer Ökonomie Zur Einleitung

Was vor wenigen Jahren noch undenkbar war, ist heute an der Tagesordnung: Das politische und wirtschaftliche Establishment, welches sich Jahre lang für eine Liberalisierung der Märkte stark machte, scheut nicht länger, neue nationale und internationale Regulierungen und massive staatliche Kriseninterventionen einzufordern und umzusetzen. Selbst die Verstaatlichung hat Eingang in dessen Arsenal politischer Strategien gefunden, wobei hier genauer zu schauen wäre, unter welchen Bedingungen sich diese vollzieht. So lässt sich festhalten, dass die (Re-)Regulierung der Wirtschaft politische Konjunktur hat. Unabhängig von der Wirksamkeit und den hinter der Krisenpolitik stehenden Interessen ist jedoch wichtig: Was die gegenwärtige Finanzmarkt- und Wirtschaftskrise von anderen Krisen unterscheidet, ist nicht nur die offensichtliche Artikulation mit anderen Krisen in den Bereichen Ernährung, Energieversorgung, sozialer Integration und politischer Repräsentation. Vor allem erleben wir derzeit eine Deutungskrise. Die orthodoxe Wirtschaftswissenschaft wie auch die auf Fragen politischer Steuerung, ihrer Legitimität und Effektivität fokussierende Politikwissenschaft können die aktuellen Entwicklungen nicht ausreichend erklären. Das hängt nur vordergründig damit zusammen, dass diesen Ansätzen ein systematischer Begriff von Krise fehlt. Das grundlegende Problem besteht vielmehr darin, dass hier insbesondere der komplexe Zusammenhang politischer und ökonomischer Strukturen und Prozesse im globalisierten Kapitalismus unterschätzt wird. Politik und Ökonomie werden als zwei sich gegenüberliegende Sphären konzeptualisiert, wodurch die Einschätzungen der Krise und der gegenwärtigen Krisenregulierungen zu kurz greifen.

Eine fundierte Analyse der (Re-)Regulierungen und dessen, was (re-)reguliert werden soll, muss über die Untersuchung der

gegenwärtigen Krise hinausgehen und die gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Transformation der letzten zwanzig bis dreißig Jahre sowie die Grundstruktur der globalen politischen Ökonomie in den Blick nehmen. Die Disziplin der kritischen Internationalen Politischen Ökonomie (IPÖ) zeichnet hierzu ein differenziertes Bild.

Mit dem vorliegenden Band möchten wir einen Einblick in das Potential dieser Theorieperspektive geben. In den letzten Jahren hat sich die IPÖ stark weiter entwickelt und eine Reihe feministischer, diskurstheoretischer, postkolonialer und poststrukturalistischer Begriffe und Argumente aufgenommen. Das Potential dieser neuen theoretischen Verbindungen ist bei Weitem noch nicht ausgeschöpft. Angesichts der Vielfalt von kritischen Ansätzen bleibt zunächst offen, ob sie unter dem Begriff der „heterodoxen Ansätze“ zusammengefasst werden können (so Hans-Jürgen Bieling in seinem Beitrag) oder ob es Sinn macht, allgemeiner von einer kritischen IPÖ zu sprechen. Die Gegenüberstellung von orthodoxen und heterodoxen bzw. kritischen Ansätzen erlaubt jedoch, die Gemeinsamkeiten herauszustreichen, die bei allen Differenzen auszumachen sind. Auf diese Weise lässt sich der „Mehrwert“ dieser Theorietradition gegenüber den orthodoxen Ansätzen in der Disziplin verdeutlichen. Denn im Gegensatz zu diesen schlägt eine kritische Internationale Politische Ökonomie eine umfassendere Perspektive auf gesellschaftliche Verhältnisse vor, die Herrschaft in den Blick nimmt und Politik in Beziehung zu den Produktionsverhältnissen setzt. Im Vergleich zur orthodoxen politischen Ökonomie wird so eine „apolitische“, auf das Ökonomische reduzierte und tendenziell ökonomistische Perspektive vermieden, ohne die häufig anzutreffende politizistische Perspektive der Politikwissenschaften mit ihrem Fokus auf politisch-institutionelle Steuerung zu übernehmen. Es geht darum, das Verhältnis zwischen Staat und Ökonomie im weiten Sinne zu bestimmen und Selbstverständlichkeiten, die sich wie ein Schleier über die gesellschaftlichen Verhältnisse gelegt haben, zu hinterfragen. Während orthodoxe Ansätze gesellschaftliche Problemlagen häufig als gegeben annehmen und diese damit stillschweigend (re)produzieren, fragen kritische Ansätze der IPÖ, wie und warum es überhaupt zu dieser Problemwahrnehmung gekommen ist und welche Mechanismen und Prozesse sich dahinter verbergen. Wissenschaft und damit auch Theorie ist immer *für* jemanden und wird mit einem Zweck

verfolgt, um Robert Cox' berühmtes Diktum aufzugreifen. Diese Ausrichtung zu explizieren, ist ein wesentliches Anliegen herrschaftskritischer Theorie. Im Mittelpunkt stehen Analysen von Gesellschaftsformationen, die in ihrer Herrschafts- aber auch Krisenförmigkeit reflektiert werden. Es wird gefragt, warum und wie bei aller Krisenhaftigkeit der kapitalistischen Produktionsweise herrschaftliche Verhältnisse funktionieren, warum sie akzeptiert werden und wie ihre Reproduktion auf (relative) Dauer gestellt wird. Zugleich werden jedoch auch die Möglichkeiten der Überwindung bestehender Verhältnisse ausgelotet.

Eine kritische IPÖ stellt nicht nur neue, tiefere Fragen an das zu analysierende Feld und nimmt neue Themenfelder in den Blick, sondern unterzieht das eigentliche Analysewerkzeug, die zugrunde liegenden Begriffe und Konzepte, einer Prüfung, um so den Zugang zur sozialen Wirklichkeit zu reflektieren. Hierdurch wird eine Kritik an wissenschaftlichen und alltagsweltlich gebrauchten Kategorien möglich, eben jenen wie „Staat“ und „internationale Politik“, „Weltwirtschaft“ und „(internationale) Zivilgesellschaft“, um nur einige Begriffe zu nennen. Korrekterweise müssten wir nicht von einer kritischen IPÖ, sondern vielmehr von einer Kritik der IPÖ sprechen. In diesem Kontext stellt sich auch die Frage nach der Problematisierung des Begriffes *international*, welche vor allem innerhalb der im englischsprachigen Raum geführten Debatte geschieht. Denn dieser Begriff suggeriert, dass Ökonomien, Bevölkerung und Gesellschaftsformationen entlang von nationalstaatlichen Grenzen organisiert bleiben und erst durch die Internationalisierung miteinander ins Verhältnis gesetzt werden. Eine Reihe von AutorInnen haben daher den Begriff der *Globalen Politischen Ökonomie* eingeführt. Allerdings droht dieser Ansatz den methodologischen Nationalismus durch einen methodologischen Globalismus zu ersetzen und die komplexen und multiskalaren Integrationsprozesse aus dem Blick zu verlieren. Des Weiteren steht für die kritische IPÖ eine interne Kritik an ihrem eigenen Eurozentrismus an (siehe Purkarthofer in diesem Band), so dass auch hier nicht von einer globalen Perspektive gesprochen werden kann. Aus diesen genannten Gründen behalten wir den Begriff *international* bei. Dennoch ist zu betonen, dass die kritische IPÖ bemüht ist, ihre eigenen Selbstverständlichkeiten immer wieder zu hinterfragen und neue Ansätze, die Blindstellen benennen, zu integrieren.

Die Gemeinsamkeiten heterodoxer Ansätze sollen – insbesondere bei der in diesem Band entwickelten Breite – jedoch nicht über die Differenzen hinwegtäuschen, die zwischen ihnen bestehen und produktiv diskutiert werden sollten. Diese Differenzen sind weniger normativer Art, hier ist die Kritik an dem herrschaftsförmigen Prozess der neoliberal-imperialen Globalisierung ein verbindendes Element. Sie sind vielmehr ontologischer als auch epistemologischer Art. Gerade in den Unterschieden liegen jedoch der Reichtum und die Erklärungskraft einer heterodoxen Theorieperspektive. Die verschiedenen Ansätze der kritischen IPÖ haben keinen Anspruch eine alles erklärende Theorie zu bieten, vielmehr geht es darum, unterschiedliche Entwicklungstendenzen deutlich zu machen. Im Rekurs aufeinander stecken die einzelnen in diesem Band versammelten Artikel das breite Feld der kritischen IPÖ ab. Entsprechend sind hier Beiträge versammelt, die sich nicht nur gegenseitig ergänzen, sondern sich durchaus kritisch voneinander abgrenzen. In der Kritik gewinnen die einzelnen Argumentationsweisen und Theorievorschläge an Konturen, so dass ihr Beitrag zum Gesamtprojekt wie auch ihre eigene Begrenztheit deutlich wird.

Diese skizzierten Grundüberlegungen bilden den Hintergrund der verschiedenen Beiträge in diesem Band. Hans-Jürgen Bieling gibt zum Auftakt einen Überblick über die jüngste Entwicklung im wissenschaftlichen Feld der IPÖ. Grundlegend ist hier die Untergliederung in orthodoxe und heterodoxe Ansätze, wobei zunächst auf historisch relevante Ansätze und ihre Untersuchungsgegenstände eingegangen wird, um im Anschluss die Kernelemente und Schwächen einer neu-orthodoxen IPÖ in Form der *Open Economy Politics* (OEP) herauszuarbeiten. Die jüngere heterodoxe IPÖ nimmt ihren Ausgangspunkt in den Arbeiten von Susan Strange und Robert Cox. Bieling skizziert deren institutionellen Kontext, zentrale Theoreme wie auch Differenzen hinsichtlich der Schlüsselbegriffe Markt, Staat/Politik, Zivilgesellschaft und Macht, um abschließend wichtige Untersuchungsfelder und Diskussionen der heterodoxen IPÖ zu umreißen

Petra Purkarthofers Artikel benennt die innerhalb der heterodoxen Perspektive bestehenden Blindstellen und arbeitet heraus, dass die kritische IPÖ die (post-)kolonialen Kämpfe und Erfahrungen bislang wenig reflektiert und wissenschaftlich aufgearbeitet hat. Nach einer Skizze zentraler Beiträge und Theoreme zum

Thema Postkolonialismus, deren Schwächen und vor allem deren Potenziale für ein komplexere Realitätssicht, sucht ihr Beitrag nach Anschlüssen zwischen Postkolonialen Theorien und kritischer IPÖ. Purkarthofer zeigt, wie die Postkoloniale Theorie von der Strukturanalyse der kritischen IPÖ profitieren könnte, während letztere wiederum mit Hilfe der Postkolonialen Theorien ihre eigenen wissenschafts- und erkenntnistheoretischen Annahmen kritisch reflektieren müsste, um den eigenen Eurozentrismus zu überwinden. Ihr Beitrag stellt zugleich wichtige Verbindungen zu feministischen Theorien her, die im Mittelpunkt des Beitrages von Friederike Habermann und Aram Ziai stehen.

Habermann und Ziai kritisieren, dass kritische Ansätze der IPÖ trotz der theoretischen Nähe zu feministischen Arbeiten bislang Geschlechterverhältnisse kaum systematisch berücksichtigen, geschweige denn analytisch integriert haben. Dabei erachten die AutorInnen die Verbindung von neo-gramscianischen, hegemonietheoretischen Überlegungen mit (post-)feministischen und postkolonialen Ansätzen als äußerst fruchtbar, um ein Analysewerkzeug für Prozesse der Internationalen Politischen Ökonomie zu gewinnen. In diesem Kontext diskutieren sie zunächst die Ansätze zur feministischen IPÖ und befragen sie auf ihren analytischen Mehrwert, insbesondere hinsichtlich der Verschränktheit der zu analysierenden Kategorien Klasse, Geschlecht, Ethnie, etc. Aus einer kritischen Würdigung neo-gramscianischer Perspektiven schlagen sie vor, eine Hierarchisierung von Herrschaftsverhältnissen zu vermeiden. So sollen Sexismus und Rassismus den Klassenverhältnissen nicht nachgelagert, sondern vielmehr mit diesen bereits im Entstehungsprozess verwoben gedacht werden. Ziel der Intervention ist es, komplexe Identitäten als Herrschaftsverhältnisse sichtbar zu machen, um so das Wechselverhältnis von Subjektkonstitution und gesellschaftlichen Kontext, d.h. globale Hegemonien, deutlich zu machen.

Bernd Röttger kritisiert in seinem Beitrag, dass Gewerkschaftspolitik als Gegenstand kritischer, vor allem neo-gramscianischer IPÖ bisher kaum beachtet wurde. Gewerkschaften sind seines Erachtens jedoch gleich doppelt in die historisch-konkreten Ausformungen der internationalen politischen Ökonomie verstrickt: Zum einen agieren sie im Kampf um Verbesserungen innerhalb des Lohnverhältnisses im Rahmen einer vorgegebenen hegemonialen Ordnung, in der sie unter Umständen institutionelle Macht

erlangen. Zum anderen können Verlaufsformen des Klassenkonflikts Veränderungen der kapitalistischen Vergesellschaftung erreichen. Röttger nimmt vier historische Formbestimmungen des Klassenkonflikts vor: Die Konstitution des Proletariats zur Klasse im Prozess kapitalistischer Verallgemeinerung, die Institutionalisierung des Klassenkonflikts im fordistischen Kapitalismus, die Erosion institutioneller Macht der Gewerkschaften im Prozess kapitalistischer Globalisierung und die Neujustierung von institutioneller Macht und Organisationsmacht der Gewerkschaften in der aktuellen „Renaissance des Klassenkampfes“.

Joscha Wullwebers Beitrag formuliert ebenfalls eine Kritik an der neo-gramscianischen IPÖ. Er zielt hierbei weniger auf eine Ergänzung der Perspektive, vielmehr schlägt er mit einer poststrukturalistischen IPÖ eine andere epistemologische Fundierung vor. Die vom ihm dargestellte diskurstheoretische Hegemonietheorie ermöglicht auf der einen Seite die (politisch-ökonomischen) Strukturen stark zu machen, die strategisch-selektiv auf die Handlungen, die Bedeutungen und die Identitätskonstruktionen einer Gesellschaft einwirken. Auf der anderen Seite hebt dieser Ansatz die Subjekte hervor, die durch ihr stetiges Handeln diese Strukturen überhaupt erst herstellen, reproduzieren und verschieben. Die diskurstheoretische Hegemonietheorie geht daher über die klassische Diskursanalyse hinaus. Sämtliche Strukturen, Handlungen und Identitäten werden als hegemonial produziert verstanden, um so das Politische in den Konstruktionsprozessen und sozio-ökonomischen Verstetigungen in den Vordergrund zu stellen. Wullweber stellt den Diskurs und die darin eingelassenen Kämpfe um Bedeutungen ins Zentrum seiner Überlegungen, um im Anschluss die gesellschaftsorganisierende Funktion des „leeren Signifikanten“ hervorzuheben. Damit nimmt er in seinen theoretischen Ausführungen eine Abstraktion und zugleich eine Dezentralisierung vor, die die Produktionsverhältnisse nicht mehr privilegiert. Vorstellungen von kausalen Zusammenhängen und Funktionalität werden dabei weitgehend aufgegeben, um stattdessen das Moment von Kontingenz zu betonen.

Indem sie die Vielfalt von Herrschaftsprozessen zum Ausgangspunkt ihrer theoretischen Überlegungen machen, unterscheiden sich die in diesem Band versammelten feministischen, poststrukturalistischen und postkolonialen Perspektiven von einer formana-

lytischen Ausrichtung, die die Arbeiten von John Kannankulam, Joachim Hirsch, Ulrich Brand und Eva Hartmann kennzeichnen. Daraus ergibt sich ein zentraler Diskussions- und Streitpunkt innerhalb der kritischen IPÖ. Während die Formanalyse in ihren Untersuchungen das Lohnverhältnis zum Ausgangspunkt nimmt und hierbei die Kapitalakkumulation und die Sicherung bestehender Sozialstrukturen ins Zentrum rückt, lehnen die post-strukturalistischen Ansätze eine solche Fokussierung ab mit dem Verweis auf die damit einhergehenden Hierarchisierungen auf theoretischer Ebene, bei der erst mit zunehmender Konkretisierung die Komplexität gesellschaftlicher Herrschaftsverhältnisse Berücksichtigung findet. Zugleich aber wollen sie keine Addierung von als isoliert gedachten Herrschaftsverhältnissen vornehmen, sondern vielmehr die gleichursprüngliche Verwobenheit von Herrschaftsverhältnissen in den Blick nehmen. Erst in der Verschränkung gewinnen Herrschaftsverhältnisse an Gestalt und Stabilität, so ihre Kritik. Joachim Hirsch und John Kannankulam argumentieren hingegen in ihrem Beitrag, dass eine Fokussierung hilft, Grundstrukturen einer kapitalistischen Produktionsweise und historische wie aktuelle Entwicklungstendenzen herauszuarbeiten. Soziale Form wird hierbei verstanden als ein grundlegender Vermittlungszusammenhang zwischen kapitalistischer gesellschaftlicher Struktur, Institutionen und sozialem Handeln.

Hirsch und Kannankulam stellen der Wertform den Staat bzw. die politische Form zur Seite, um so ein komplexeres Staatsverständnis zu entwickeln, das sie in vielen kritischen IPÖ-Ansätzen vermissen. Die aktuelle Transformation des Staates im Kontext der Globalisierung kann, so ihre zentrale These, nur begriffen werden, wenn der Staat als eine institutionalisierte, widersprüchliche und umkämpfte, aber bestandsnotwendige politische Form des Kapitalismus begriffen wird. Soziale Formen können aber auch in Frage gestellt werden. Im spannungsreichen Institutionalisierungsprozess kommt es den Autoren zufolge zu Überlagerung verschiedener Herrschaftsverhältnisse, die nicht alle auf die soziale Form zurückgeführt werden können.

Auch Ulrich Brands Beitrag kritisiert die fehlende staatstheoretische Fundierung der kritischen IPÖ. Er erweitert eine formanalytische Perspektive, indem er zwischen Existenzweisen und Funktionen von internationalen Organisationen und Regimen unterscheidet. Damit spezifiziert dieser Ansatz die Bedeutung

des Staates als soziale Form und stärkt zugleich eine mittlere Abstraktionsebene. Hierdurch geht er über den engen Zuschnitt der institutionalistischen Theorien hinaus, die das Feld der politikwissenschaftlichen orthodoxen IPÖ dominiert, um neue, staatstheoretisch informierte Fragen an die internationale Politik zu formulieren. Der Zusammenhang von Institutionalisierungsprozessen, sozialen Auseinandersetzungen und spezifischen Funktionen des internationalisierten Staates geraten in den Blick, ohne funktionalistisch kurzgeschlossen zu werden und Kontingenzen sowie mögliche Krisen aus dem Blick zu verlieren.

Eva Hartmann greift in ihrem Beitrag den „legal turn“ in der kritischen IPÖ auf, um formanalytisch orientierte Positionen kritisch zu diskutieren, die von einer Besonderung des Rechts von der Politik ausgehen und hieraus eine Verselbständigung internationalen Rechts als „hard law“ ableiten. Daran anknüpfend wirft Hartmann die theoretische Frage auf, inwieweit soziale Formen als grundsätzlicher Vermittlungszusammenhang zwischen kapitalistischer gesellschaftlicher Struktur, Institutionen und sozialem Handeln vervielfältigt werden können. Mit anderen Worten: Ist neben Politik auch das Recht eine eigenständige soziale Form und wie ist das Verhältnis zwischen diesen zu denken? In ihrem Beitrag macht Hartmann einen theoretischen Vorschlag, wie der hegemonietheoretisch wichtige Begriff der Legitimation als Vermittlungszusammenhang zwischen verschiedenen sozialen Formen integriert werden kann. Recht sei, mit anderen Worten, nur Recht, wenn es als legitim erachtet wird. Aus sich selbst heraus könne das Recht jedoch keine Legitimationswirkung erlangen, sondern bedürfe hierfür komplexer politischer Prozesse. Damit bleibe Recht eng an Politik in einem umfassenden Sinn gebunden. Mit diesen Überlegungen stellt Hartmann die Annahme, dass Recht eine eigene soziale Form ist, in Frage und damit auch die Verselbständigungsthese.

Die theoretische Auseinandersetzung um Kausalität, Funktionalität und die darin eingelassene Komplexitätsreduktion aufnehmend, fokussiert der Beitrag von Bob Jessop auf die Vereinbarkeit von Kontingenz und Notwendigkeit. Seine hierbei entwickelte Methode der Artikulation kritisiert eine reduktionistische Herangehensweise und unterstreicht in ihrer differenzierten Bewegung vom Abstrakt-Einfachen zum Konkret-Komplexen die Rolle der Kontingenz mit dem Ziel eines Komplexitätsgewinns, ohne hierbei

einem Empirizismus verhaftet zu sein. In diesem Sinn reflektiert seine theoretische Intervention die oben skizzierten theoretischen Differenzen, um Bedingungen an die Theoriebildung zu formulieren, wie auch die Grenzen der jeweiligen Abstraktionsebene zu thematisieren. Mit seinen Ausführungen zu den Implikationen seiner Herangehensweise für eine Analyse des Weltmarkts, die er anhand des Begriffs des „variierten Kapitalismus“ konkretisiert, macht Jessop Vorschläge für eine kritische IPÖ, die die ontologische Komplexität als einen zentralen Aspekt der realen Welt anerkennt. Zugleich fordert sein Theorievorschlag eine selbst-reflexive Dimension ein, die die eigenen Erklärungsprinzipien selbst immer wieder zum Untersuchungsgegenstand macht.

Eine weitere Differenz zwischen den Beiträgen zeigt sich in der unterschiedlichen Einschätzung, welche Implikationen zunehmend trans- und internationale Verhältnisse – und hier insbesondere die sozio-ökonomischen – für Staat, Politik und im weiteren Sinne für die Prozesse von Hegemonie, Demokratie und Regulation haben. Diese Diskussion greift ein Kernthema der IPÖ auf, das konzeptionell von der kritischen Geographie mit dem Begriff der *scale* (räumliche Maßstabsebene) bearbeitet wurde, und das nun verstärkt aus staats-theoretischer Sicht reflektiert wird. Inwieweit gewinnt die internationale Politik einen ähnlichen Status wie die nationale Politik? In Brands Begriff der materiellen Verdichtung zweiter Ordnung, der die internationale Politik als ein soziales Verhältnis zu fassen versucht, spiegelt sich zugleich die Skepsis gegenüber einer vorschnellen Analogiebildung zwischen national-staatlichem Institutionensystem und Formen der Widerspruchsbearbeitung einerseits sowie internationalen Staatsapparaten und ihrer Rolle in der Regulation der internationalen politischen Ökonomie andererseits. Wir sind, mit anderen Worten, noch weit von der Entstehung eines Weltstaates entfernt. Zugleich stellt sich aber die Frage, inwiefern die nationale Ebene nach wie vor der zentrale Rahmen für die Institutionalisierung des Staates als soziales Verhältnis bildet und wie dies theoretisch zu begründen ist. Diese Skepsis findet ihr Echo in den Beiträgen von John Kannankulam/Joachim Hirsch und Eva Hartmann, auch wenn die beiden Beiträge ihre Zurückhaltung unterschiedlich begründen. Bei Kannankulam und Hirsch ist es neben dem Gewaltmonopol die Zentralität der Staateskonkurrenz, die sie für einen zentralen Mo-

das halten, durch den sich die politische Form, d.h. die Besondere des Staates von der Ökonomie, reproduziert. Eva Hartmann nimmt in ihrer Diskussion des Vermittlungszusammenhangs zwischen Politik und Recht die Debatte um Multiskalarität bzw. scale auf, um zu zeigen, dass aufgrund der Komplexität politischer Prozess nicht vorschnell von einer Internationalisierung des Rechts/Politik-Komplexes ausgegangen werden sollte.

Der vorliegende Band geht auf eine Tagung der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung im September 2007 in Kassel zu Fragen kritischer Internationaler Politischer Ökonomie zurück. Für die Publikation wurden weitere AutorInnen angesprochen. Im Juli 2008 fand in Wien ein AutorInnen-Workshop statt, bei dem die Entwürfe der Buchmanuskripte diskutiert wurden. Wir möchten an dieser Stelle allen AutorInnen für ihre Beiträge sehr herzlich danken und hoffen, mit diesem Band zu einer Verständigung über die gegenwärtigen, oft wenig überschaubaren Entwicklungstendenzen des Kapitalismus beitragen zu können sowie dem Forschungsprogramm einer kritischen IPÖ Impulse geben zu können. Den Mitgliedern der AkG danken wir dafür, dass uns in den letzten Jahren die Etablierung eines gemeinsamen Diskussionszusammenhangs gelungen ist, in dem auf hohem wissenschaftlichen Niveau in einer solidarischen und produktiven Atmosphäre relevante theoretische wie zeitdiagnostische Fragen diskutiert werden können.

Berlin, Lausanne, Wien, im Juni 2009

Hans-Jürgen Bieling

IPÖ zwischen neuer Orthodoxie und heterodoxen Ansätzen

1. Einleitung

In der Renaissance der Internationalen Politischen Ökonomie (IPÖ) seit den 1970er Jahren reproduzierte sich zunächst die herkömmliche Dreiteilung der Diskussion gemäß der großen theoretischen Paradigmen (vgl. Bieling 2007: 29ff): Die Vertreter eines *merkantilistischen Realismus* richteten den Blick sehr stark auf die machstrategischen Aspekte der nationalstaatlichen Wirtschafts- und Handelspolitik; *liberale Internationalisten* hoben die allgemeinen Vorteile der ökonomischen Interdependenz und politisch-institutionellen Verrechtlichung hervor; und die unterschiedlichen Ansätze des *historischen Strukturalismus* interessierten sich vornehmlich für die Mechanismen einer auf Ungleichheit und Ausbeutung basierenden internationalisierten Arbeitsteilung (vgl. u.a. Gilpin 1987: 25ff; Gill/Law 1988: 41ff; Cohn 2002: 69ff). Diese Untergliederung des Diskussionsraumes ist nach wie vor bedeutsam. Sie wird seit Ende der 1980er Jahre jedoch zunehmend durch eine neue forschungsstrategische Trennlinie überlagert: Im Zuge der institutionellen Etablierung der IPÖ hat sich auf der einen Seite eine neue Orthodoxie herausgebildet, in der das Zusammenspiel von Staaten und Märkten akteurszentriert im Spannungsfeld von liberal- oder realistisch-institutionalistischen Analysen untersucht wird. Auf der anderen Seite stehen heterodoxe Ansätze, die in der kritischen Abgrenzung von der marktliberal-rationalistischen Orthodoxie die gesellschaftsstrukturellen und politischen Reproduktionsmuster, d.h. die sozialen und diskursiven Praktiken und Machtbeziehungen, in herrschaftskritischer Perspektive zu entschlüsseln bestrebt sind.

Die heterodoxe IPÖ umschließt dabei ein sehr weites und disparates Feld herrschaftskritischer Ansätze. Dies wird bereits daran deutlich, dass der Begriff „heterodox“ inhaltlich unterbestimmt

ist. Eigentlich ist er nur sehr vage und negativ definiert; und zwar als „andere Meinung“, d.h. durch die Abgrenzung zum Gegenpol der „Doxa“ – der implizit vorherrschenden Meinung – oder besser noch der „Orthodoxie“, der explizit begründeten, richtigen Meinung (vgl. Bourdieu 1982: 748f). Die Kritik der neuen Orthodoxie kann, muss aber nicht profilbildend wirken. Heterodoxe Argumente können durchaus in sehr unterschiedliche Richtungen weisen. Dies gilt im Prinzip auch für die IPÖ-Debatte, in der sich die heterodoxen Ansätze, Theoreme und Forschungsergebnisse keineswegs in einem übergreifenden neuen Paradigma verdichten, sondern zum Teil recht heterogen präsentieren.

In diesem Beitrag soll es weniger darum gehen, die innere Differenzierung der heterodoxen IPÖ herauszuarbeiten. Nachfolgend wird vielmehr der Versuch unternommen, die Konturen einer übergreifenden – inter- bzw. transdisziplinären – Forschungsrichtung zu identifizieren, die durch einige gemeinsame, zumindest sehr ähnliche Fragestellungen, Erkenntnisinteressen und theoretisch-konzeptionelle Grundauffassungen gekennzeichnet ist. Um die Eckpunkte dieser Forschungsrichtung abzustecken, wird zunächst dargelegt, wie sich die heterodoxe IPÖ von einem eher orthodoxen Kernbereich der IPÖ – dem sog. *Mainstream* – unterscheidet und kritisch abgrenzt. Danach werden die positiv-„identitätsbildenden“ Grundannahmen der heterodoxen IPÖ diskutiert. Hierbei geht es in erster Linie um wichtige analytische Konzeptionen und die diese bestimmenden erkenntnisleitenden Interessen. Abschließend werden einige Diskussions- und Untersuchungsfelder der heterodoxen IPÖ skizziert.

2. Alte und neue Orthodoxien

Obwohl die Internationale Politische Ökonomie erst seit den 1970er als ein eigenständiges Forschungsfeld institutionalisiert wurde, reichen ihre Ursprünge weit in die Vergangenheit zurück (vgl. Bierstecker 1993; Crane/Amawi 1997). Schon die Klassiker der Politischen Ökonomie wie Adam Smith, David Ricardo, Friedrich List oder Karl Marx hatten die Funktionsweise und die Implikationen des internationalen Waren- und Kapitalverkehrs analysiert; und auch in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gab es einige Kontroversen, die sich zweifelsohne dem Gebiet der Internationalen Politischen Ökonomie zuordnen lassen. In diesem

Zusammenhang sei nur an einige der wichtigsten Diskussionen erinnert: erstens an die Imperialismustheorien von John A. Hobson, Rudolf Hilferding, Rosa Luxemburg, Nikolai Bucharin, Karl Kautsky und W.I. Lenin im Vorfeld und Verlauf des Ersten Weltkriegs (vgl. Deppe et al. 2004: 11ff, ten Brink 2008: 17ff); zweitens an die Beiträge zur Zwischenkriegskonstellation, zur Funktionsweise des Bretton Woods Systems und zur liberalen Weltwirtschaftsordnung nach dem Zweiten Weltkrieg von John Maynard Keynes, Wassily Leontieff, Gottfried Haberler, Paul A. Samuelson und anderen; und drittens an die Schriften von Raúl Prebisch, Fernando H. Cardoso oder Paul A. Baran, die sich in den 1960er und 1970er Jahren mit den Abhängigkeits- und Ausbeutungsstrukturen der kapitalistischen Weltökonomie und der Vision einer neuen Weltwirtschaftsordnung befasst haben (vgl. Hauck 2004).

Die zwischenzeitliche Prominenz des zuletzt genannten Diskussionsstrangs, d.h. der Neo-Imperialismus-, Dependenz- und Weltsystemtheorien, und die Entwicklung systemkritisch angelegter Theorien des kapitalistischen Weltmarktes (vgl. Scherrer 2003: 466ff; Teschke 2008) haben in Deutschland zuweilen die Auffassung befördert, dass die IPÖ eigentlich nur einen Ableger des Marxismus darstellt (vgl. Rode 2000: 19f). Genauer betrachtet sind solche Deutungen jedoch aus zwei Gründen irreführend: Erstens haben sich marxistische Beiträge zur Internationalen Politischen Ökonomie nicht einfach als ein spezifischer Strang der IPÖ, sondern immer auch, zum Teil sogar in erster Linie als Kritik der (Internationalen) Politischen Ökonomie verstanden. Die Kritik richtete sich zum einen gegen die vorherrschenden IPÖ-Theorien und deren Kategorien, sofern diese durch ein unhistorisches, nicht soziales Verständnis ihrer selbst gekennzeichnet und dadurch nicht in der Lage waren, die Prozesse der kapitalistischen (Re-)Produktion selbstkritisch, d.h. auch mit Blick auf die ihnen eingeschriebenen Widersprüche, zu analysieren (vgl. bereits Marx 1974 [1857-58]: 21ff). Zum andern adressierte die Kritik auch die konkreten Herrschafts- und Ausbeutungsmechanismen, die als das Produkt einer im globalen Maßstab „ungleichen Entwicklung“ der bestehenden Weltwirtschaftsordnung gleichsam eingeschrieben waren und sich im Zuge des Wandels der internationalen Arbeitsteilung reproduzierten (vgl. Overbeek 2008: 77ff).

Ungeachtet der zwischenzeitlich sehr lebhaften Debatten über globale Ungleichheits- und Abhängigkeitsverhältnisse lässt sich

die IPÖ zweitens aber auch deswegen nicht als Ableger des Marxismus betrachten, weil seit Anfang der 1970er Jahre vor allem die Vertreter realistischer, liberaler bzw. keynesianischer Konzeptionen dafür sorgten, dass sich die Internationale Politische Ökonomie zu einem interdisziplinären, institutionell verankerten Forschungs- und Lehrgebiet entwickelte (vgl. Katzenstein et al. 1998). Die schrittweise Etablierung der IPÖ erfolgte im Kontext tiefgreifender weltökonomischer und weltpolitischer Umbruchprozesse, durch die die Funktionsweise der US-Hegemonie in Frage gestellt schien: So hatten Japan und Westeuropa in den Nachkriegsjahrzehnten gegenüber der US-Ökonomie aufgeholt; die wirtschaftlichen und politischen Kosten des Vietnam-Kriegs traten zunehmend deutlicher hervor; das Bretton Woods System war zu Beginn der 1970er Jahre zusammengebrochen; die Staaten der „Dritten Welt“ erhoben die Forderung nach einer „Neuen Weltwirtschaftsordnung“; zugleich gewannen nach der dynamischen Entwicklung des Welthandels nun aber auch ausländische Direktinvestitionen und finanzmarktvermittelte Kapitalströme an Bedeutung; entsprechend erhöhte sich die ökonomische und politische Gestaltungsmacht der Transnationalen Konzerne (TNKs); vor allem aber wurde mit der Weltwirtschaftskrise von 1973-75 eine Phase der ökonomischen Stagnation eingeleitet. Kurzum, seit den 1970er Jahren zog eine Vielzahl tiefgreifender politökonomischer Veränderungen die Aufmerksamkeit von WissenschaftlerInnen aus unterschiedlichen Fachdisziplinen, vor allem aus der Wirtschaftswissenschaft, der Wirtschaftsgeschichte und den Internationalen Beziehungen auf sich.

Die Neubegründung der IPÖ als inter- bzw. transdisziplinäres Forschungs- und Lehrgebiet markierte zugleich einen deutlichen Bruch mit der bis dahin praktizierten Trennung von wirtschafts- und politikwissenschaftlichen Diskussionszusammenhängen. Diese Trennung war für das herkömmliche – gleichsam alt-orthodoxe – Selbstverständnis der beteiligten Fächer konstitutiv. Die Wirtschaftswissenschaften hatten sich demzufolge mit Fragen von ökonomischer Effizienz und Wohlstandsmehrung zu befassen, die Politikwissenschaft hingegen mit den Formen und Strategien der gesellschaftlichen und internationalen Macht- und Herrschaftssicherung. In diesem Sinne wurden die Prozesse der wirtschaftlichen Entwicklung und politischen Regulierung weniger in ihrem wechselseitigen Verweisungszusammenhang betrachtet, sondern

in erster Linie als separate, durch spezifische Rationalitäten geprägte Sphären der wirtschaftlichen und politischen Reproduktion. Die IPÖ hat nun ihrerseits maßgeblich dazu beigetragen, die Verengungen in den fachspezifischen Diskussionen aufzubrechen. Sie hat damit zugleich das jeweilige disziplinäre Selbstverständnis hinterfragt. In gewisser Weise ist der IPÖ daher per definitionem ein heterodoxer Impuls eingeschrieben (vgl. Murphy/Nelson 2001: 394). Dieser äußert sich vor allem in dem Bestreben, die tradierten fachspezifischen Grenzlinien zu überschreiten, um die analytische Perspektive zu erweitern und zu modifizieren.

Wie genau, d.h. mit welchen Fragestellungen, Methoden und analytische Konzeptionen, die Überschreitung der Grenzlinien zu erfolgen hat, darüber gehen die Auffassungen jedoch beträchtlich auseinander. Im Zuge des Aufschwungs der IPÖ als einem – auch an den Hochschulen – zunehmend anerkannten Forschungs- und Lehrbereich haben sich neue Orthodoxien, aber auch neue heterodoxe Ansätze herausgebildet. Die neu-orthodoxe Perspektive ist allgemein dadurch gekennzeichnet, dass neben den Mustern der internationalen Interdependenz und den Formen und Bedingungen hegemonialer Stabilität vornehmlich die Prozesse der innenpolitischen Interessenformierung, der zwischenstaatlichen Verhandlungen und der internationalen Institutionalisierung und Verrechtlichung untersucht werden. In den 1980er und 1990er Jahren prägten in diesem Sinne vor allem institutionalistisch und regimetheoretisch orientierte Forschungsarbeiten die IPÖ-Diskussion, die unter anderem, so David Lake (2006) mit Verweis auf die Arbeiten von Robert Bates (1997), mit dem Ansatz der *Open Economy Politics* (OEP) spezifisch akzentuiert wurden. Dies ist nicht so zu verstehen, dass sich die Arbeiten der neueren Orthodoxie allesamt diesem Ansatz zuordnen lassen. Der OEP-Ansatz steht jedoch für eine Analyseperspektive, die in der Kombination von liberalen, realistisch-staatszentrierten und neoliberal-institutionalistischen Erklärungskomponenten die allgemeine Orientierung des neu-orthodoxen Denkens recht griffig zum Ausdruck bringt:

- So geht es in der OEP-Forschung erstens darum, mit Blick auf spezifische Fragen der internationalen wirtschaftspolitischen Liberalisierung und Regulierung die Prozesse der innergesellschaftlichen Interessenformierung zu untersuchen. Aus forschungspragmatischen Gründen werden dabei nicht die

Interessen der rational handelnden Individuen analysiert, sondern ausgehend von der Grundannahme einer pluralistischen Gesellschaftsorganisation die aggregierten Gruppeninteressen – sektoral organisierter – (Wirtschafts-)Verbände, deren Positionen sich vor allem aus der Struktur der jeweiligen Ökonomie und den Verteilungseffekten wirtschaftspolitischer Entscheidungsoptionen herleiten lassen.

- Über diese strukturanalytische Bestimmung konkurrierender Interessenlagen hinausgehend wird zweitens untersucht, wie sich diese politisch konkret artikulieren. Das heißt, es werden auch die gesellschaftspolitischen Netzwerke und die durch das Institutionensystem definierten Einflusskanäle in den Blick genommen, über die sektorale Gruppeninteressen auf die nationale Regierungspolitik einwirken.
- Um die Liberalisierungs- und Regulierungsstrategien der Regierungen zu verstehen, werden drittens schließlich noch die Besonderheiten der internationalen Verhandlungskonstellation genauer bestimmt. Ob die internationalen Arrangements und Verhandlungsarenen – im Sinne der neoliberal-institutionalistischen Perspektive – Kooperationsgewinne ermöglichen oder aber im Sinne einer realistisch-staatszentrierten Perspektive ungleiche Macht- und Verteilungsrelationen festschreiben, wird zuweilen allerdings unterschiedlich eingeschätzt.

Der OEP-Ansatz verdeutlicht insgesamt recht gut, dass die neu-orthodoxe IPÖ durch eine Analyseperspektive gekennzeichnet ist, der bestimmte ontologische, epistemologische und normative Annahmen zugrunde liegen. Was die Ontologie, also die Sicht auf die zentralen Merkmale des Untersuchungsgegenstandes betrifft, so wird davon ausgegangen, dass die internationale politische Ökonomie vor allem durch die rationalen Interessen sektoral organisierter Gruppen, durch spezifische nationale Verhandlungsstrategien als das Produkt institutionalisierter Kommunikationsprozesse und Kompromisse sowie durch die Funktionsweise internationaler Institutionen und Regime geprägt ist. Epistemologisch bedient sich die neu-orthodoxe IPÖ empirisch-positivistischer Analysemethoden. Die zumeist sehr „schlanken“ Theoriefolien sind in erster Linie darauf ausgerichtet, überprüfbare Hypothesen zu generieren, die anschließend – mit Hilfe empirischer Datensätze – bestätigt oder verworfen werden. Trotz des Postulats einer objektiven und wertfreien Forschung ist der neu-orthodoxen IPÖ implizit zudem

eine spezifische normative Grundhaltung eingeschrieben. Die meisten Vertreter gehen jedenfalls davon aus, dass eine Politik der Handelsliberalisierung und wirtschaftlichen Verflechtung wohlfahrtssteigernd wirkt, mithin interdependenz-basierte Kooperationsvorteile mit sich bringt, die durch internationale Regime, Institutionen und Verträge gefördert und abgesichert werden sollten.

Innerhalb der umrissenen neu-orthodoxen Analyseperspektive gibt es freilich auch Differenzen. Grundsätzlich betonen alle Vertreter der neu-orthodoxen IPÖ die separate Logik des ökonomischen und politischen Handelns, setzen in der Analyse der Interaktion von Politik und Ökonomie jedoch unterschiedliche Akzente (vgl. Caporaso 1993): Während (neo-)liberale Ansätze im Politischen – z.B. den Institutionen, organisationspolitischen Netzwerken oder staatlichen Strategien – vor allem eine Reaktion auf Mängel im Marktgeschehen sehen, die durch die Beseitigung negativer externer Effekte, die Bereitstellung von öffentlichen Gütern, internationale Regime oder Institutionen oder den Schutz von Marktfreiheiten und Eigentumsrechten korrigiert werden, neigen (neo-)realistische Ansätze dazu, das Ökonomische – instrumentell – auf den Aspekt der materiellen Ressourcen zur Realisierung (macht-)politischer Prioritäten zu reduzieren. Diese Unterschiede sind keineswegs belanglos. Letztlich werden jedoch im neu-orthodoxen Diskurs die angesprochenen Differenzen durch die Entwicklung komplementärer Fragestellungen, Theoriebausteine und Analysemethoden vielfach überbrückt und nicht weiter vertieft (vgl. Frieden/Martin 2003). Dies gilt insbesondere für die US-amerikanische Diskussion (vgl. Murphy/Nelson 2001), die gestützt auf prominente wissenschaftliche Zeitschriften – wie z.B. *International Organization* – auch auf die Entwicklung der IPÖ in anderen Ländern ausstrahlt.

3. Heterodoxe Kritik der neuen IPÖ-Orthodoxie

Der Sog-Effekt des neu-orthodoxen Denkens blieb jedoch keineswegs ohne Widerspruch. In einigen Ländern – vornehmlich in Kanada und Großbritannien – hat sich ein heterodoxer IPÖ-Diskurs entfaltet, der ebenfalls über eine inzwischen recht umfangreiche transnationale kommunikative Infrastruktur verfügt, so z.B. in wissenschaftlichen Verbänden wie der *British International Studies Association* und einer Reihe wissenschaftlicher Journals fest

verankert ist.¹ Im Vergleich zum neu-orthodoxen ist der heterodoxe IPÖ-Diskurs jedoch weitaus heterogener und widersprüchlicher. Die Identität der heterodoxen IPÖ ergibt sich denn auch nicht aus einem – wie vage auch immer definierten – gemeinsamen Forschungsprogramm, sondern vielmehr aus der kritischen Reflexion und Infragestellung der neu-orthodoxen Analyseperspektive. Was dies bedeutet, lässt sich vor allem anhand von fünf Kritikpunkten illustrieren:

- Die heterodoxe Kritik richtet sich erstens gegen die neu-orthodoxe Konzeptualisierung von Ökonomie und Politik als separaten gesellschaftlichen Sphären. So wird zwar zugestanden, dass die neue Orthodoxie die rigide Trennung, die noch die traditionelle IB-Forschung und die neoklassische Wirtschaftswissenschaft gekennzeichnet hatte, partiell aufbricht, indem sie die institutionellen Voraussetzungen von Marktprozessen und die wirtschaftlichen Grundlagen nationalstaatlicher Machtpolitik thematisiert. Letztlich sind die theoretisch-konzeptionellen Anstrengungen aus einer heterodoxen IPÖ-Perspektive jedoch unzureichend. Denn anstatt das Verhältnis von Politik und Ökonomie als einen wechselseitig macht- und herrschaftsvermittelten Verweisungszusammenhang zu begreifen, wird in der neu-orthodoxen IPÖ daran festgehalten, Märkte durch die Logik der Allokationseffizienz und das Regierungshandeln durch die Logik der instrumentellen Machtsicherung bestimmt zu sehen.
- Diese Sichtweise impliziert sehr oft, so der zweite Kritikpunkt, dass die Sphären der Politik und Ökonomie bzw. des Staathandelns und der Marktbeziehungen als gegensätzlich erscheinen und die zwischen ihnen bestehenden komplementären Interaktionsdynamiken ignoriert werden. Besonders deutlich wird dies in der weit verbreiteten Einschätzung, dass durch die Ausweitung von Markt- und Wettbewerbsbeziehungen, also die Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung der Ökonomie, der staatliche Kontroll- und Einflussreich eingeschränkt wird. Gegen eine derart schlichte Interpretation erheben heterodoxe

1 Um nur einige Zeitschriften zu nennen: *Review of International Political Economy*, *New Political Economy*, *British Journal of Politics and International Relations*, *Studies in International Political Economy*, *Millennium*, *Third World Quarterly* etc.

Analysen gewichtige Einwände. Denn die Prozesse der Liberalisierung, Deregulierung und Privatisierung sind immer auch als das Ergebnis politischer Kontroversen und Entscheidungen zu begreifen. Mehr noch, oft wird durch sie die internationale Gestaltungsmacht einzelner Nationalstaaten – z.B. durch die erfolgreiche Attraktion von Direktinvestitionen – sogar noch gestärkt. Die neu-orthodoxe IPÖ kann diese Prozesse analytisch nicht hinreichend erfassen, weil sich ihre theoretischen Konzeptionen für die politische Konstitutionalisierung und Transformation ökonomischer Reproduktionsmuster wie auch für die sozioökonomische und zivilgesellschaftliche Strukturierung des Staatshandelns kaum interessieren (vgl. u.a. Underhill 1998: 4f).

- Der dritte Kritikpunkt wendet sich gegen den „methodologischen Nationalismus“ der neu-orthodoxen IPÖ. So wird durch sie die herkömmliche Unterscheidung zwischen hierarchisch strukturierten innenpolitischen Entscheidungsprozessen auf der einen und anarchischen zwischenstaatlichen Beziehungen auf der anderen Seite grundsätzlich akzeptiert und fortgeschrieben. Die meisten Arbeiten erklären die nationalstaatliche Außenwirtschaftspolitik zwar auch durch die ökonomischen Interessen einflussreicher gesellschaftlicher Akteursgruppen, verzichten in der Regel allerdings darauf, die Netzwerke der transnationalen und transgouvernementalen Kommunikation und Kooperation systematisch in die Analyse mit einzubeziehen. Mit anderen Worten, die neu-orthodoxe IPÖ orientiert sich im Kern noch immer am Modell einer „reinen“ Außenpolitik oder „reinen“ Außenwirtschaftspolitik und vermag bestenfalls ansatzweise zu berücksichtigen, dass im Kontext von Globalisierung und Global Governance neue Formen einer transnationalen politischen Autorität – unter Einschluss privater Akteure – entstanden sind (vgl. Strange 1996), die den internationalen Institutionalisierungs- und Verrechtlichungsprozess mitgestalten.
- In Ergänzung zur Kritik der ontologischen Prämissen wird viertens auch die szientistische, d.h. empirisch-positivistische Forschungsstrategie der neuen Orthodoxie hinterfragt. Das Problem besteht nicht so sehr in der theoriegeleiteten Entwicklung von Untersuchungshypothesen und deren anschließender empirischer Überprüfung, sondern vielmehr in der oftmals un-

reflektierten Form, in der komplexe und widersprüchliche soziale Beziehungen in die „tool box“ quantitativer Methoden-Sets gepresst, „gemessen“ und zu „objektiven“ Wahrheiten erklärt werden. In Übereinstimmung mit der post-positivistischen Erkenntniskritik hält die heterodoxe IPÖ einer derartigen Vorgehensweise entgegen, dass sich eine strikte Trennung von Subjekt und Objekt und von Tatsachen und Werturteilen im Forschungsprozess nicht aufrecht erhalten lässt (vgl. Peterson 2003: 22f). Außerdem wird eine rationalistisch-quantifizierende Analyseperspektive, die darauf zielt, die Relevanz einzelner Kausalfaktoren zu messen, den Bedingungen eines komplexen und sich rasch wandelnden Untersuchungsfeldes nicht gerecht.

- Die Kritik am epistemologischen Selbstverständnis der neuen Orthodoxie leitet fünftens schließlich über zur Kritik an deren impliziter normativer Orientierung. Diese besteht vor allem darin, dass die neu-orthodoxen Arbeiten die bestehenden Machtverhältnisse, sofern sie dem Modell einer liberalen Marktwirtschaft entsprechen, grundsätzlich akzeptieren. Es werden demzufolge all jene Veränderungen begrüßt, die zur Effektivierung dieses Modells und zur Steigerung marktvermittelter Kooperationsgewinne beitragen. Nicht thematisiert werden hingegen die inneren Widersprüche, insbesondere die strukturellen Herrschafts- und Ausbeutungsbeziehungen, die auch den kapitalistisch verfassten Gesellschaften eingeschrieben sind und sich im Globalisierungsprozess nochmals besonders akzentuieren. Entsprechend wird von der neuen Orthodoxie die Frage, ob die innere Bewegungsdynamik des globalisierten Kapitalismus auch alternative Entwicklungsoptionen hervorbringt, erst gar nicht gestellt. Das heißt, die neu-orthodoxe IPÖ profiliert sich vor allem als „Problemlösungstheorie“, nicht aber als „kritische Theorie“, die als normative Maßstäbe in den eigenen Analysen immer auch die Möglichkeiten und Triebkräfte sozialer Emanzipation und Demokratisierung zu identifizieren bestrebt ist (vgl. Cox 1981: 128ff).²

2 Die Gegenüberstellung von „kritischer Theorie“ und „Problemlösungstheorie“ ist nicht ganz unproblematisch und durchaus umstritten. Dies gilt insbesondere dann, wenn mit ihr eine – wenn auch oppositionelle – „me-clever-you-stupid“-Mentalität genährt und

4. Heterodoxe Analyseperspektiven

Die Liste der aufgeführten Kritikpunkte ist keineswegs vollständig. Weitere Defizite der neu-orthodoxen IPÖ bestehen unter anderem darin, dass sie nicht über ein historisch tiefgründiges Verständnis des globalen politökonomischen Wandels verfügt und auch die raum-zeitlichen Transformationsprozesse ausgeblendet werden (vgl. Harvey 1990).³ Doch auch ohne den Anspruch auf Vollständigkeit sollten die aufgeführten Aspekte ausreichen, um den kritischen Impetus der heterodoxen IPÖ zu verdeutlichen. Im Kern repräsentiert sie eine herrschaftskritische Analyseperspektive, die nicht nur in Bezug auf das Staatshandeln, sondern auch in Bezug auf die ökonomischen, sozialen und kulturellen Prozesse den politischen Charakter grenzüberschreitender Strukturen und Machtverhältnisse hervorhebt. In diese Richtung weist unter anderem die IPÖ-Definition von Susan Strange (1994a: 18):

„The definition (...) that I would give to the study of international political economy is that it concerns the social, political and economic arrangements affecting the global systems of production, exchange and distribution, and the mix of values reflected therein. Those arrangements are not divinely ordained, nor are they the fortuitous outcome of blind change. Rather they are the result of human decisions taken in the context of man-made institutions and sets of self-set rules and customs.“

Die Entstehung und Entwicklung der heterodoxen IPÖ ist eng mit den wissenschaftspolitischen Initiativen und Forschungsarbeiten von Susan Strange und Robert Cox verbunden (vgl. Murphy/Nelson 2001: 398ff; Cohen 2007: 207ff). Der Beitrag von Susan

„Problemlösungstheorien“ jegliches Kritikpotenzial abgesprochen wird (vgl. Cammack 2007: 3ff). Das Selbstverständnis als „kritische Theorie“ macht eigentlich nur darauf aufmerksam, dass sich die Maßstäbe der Gesellschaftskritik unterscheiden und sich die „kritische Theorie“ immer auch als Kritik der bestehenden Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse begreift.

- 3 Gegen die einfache Untergliederung geschichtlicher Abläufe in Vergangenheit, Gegenwart und Zukunft betont die heterodoxe IPÖ zum einen die historische Dimension aktueller Entwicklungen, d.h. die Pfadabhängigkeit gesellschaftlicher Transformationsprozesse und die Bedeutung überlieferter Wissensbestände, zum anderen aber auch die Gegenwartsdimension, d.h. die geschichtspolitischen Aspekte, historischer Rekonstruktionen.

Strange bestand vor allem darin, dass sie bereits 1971 im Rahmen der British International Studies Association (BISA) mit der International Political Economy Group (IPEG) ein Forschungsnetzwerk initiiert hatte, das nachfolgend als ein zentraler Bezugs- und Ausgangspunkt kritischer politökonomischer Forschungsarbeiten und Interventionen fungierte. Sie selbst hat sich in einer Vielzahl provokativer wissenschaftlicher Artikel nachdrücklich gegen die neu-orthodoxe Kanonisierung der entstehenden IPÖ gewendet (vgl. Bieling 2006). Ihre zentralen Ziele und Motive werden von Benjamin Cohen (2007: 209) wie folgt zusammen gefasst: „IPE, she contended, needed to be open intellectually, normative in ambition, and critical in inclination.“ Die intellektuelle Offenheit konkretisierte sich für Strange in einem Plädoyer für einen interdisziplinären Eklektizismus; die normativen Ambitionen manifestierten sich in der wiederholten und sehr nachhaltigen Thematisierung von Macht-, Herrschafts-, Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen; und die kritische Grundhaltung kam in der fortwährenden, zum Teil sehr polemischen Kritik des neu-orthodoxen Denkens sowie in der Verknüpfung von grundlagentheoretischen mit empirischen und gesellschaftspolitischen Fragestellungen zum Ausdruck.

Obwohl die Arbeiten von Susan Strange den heterodoxen IPÖ-Diskurs maßgeblich prägten, wirkte die von ihr entwickelte eklektizistisch-neo-weberianische Analyseperspektive – ganz in ihrem eigenen Sinne – keineswegs schulbildend. Dies gilt schon eher für Robert W. Cox, der die heterodoxe IPÖ-Diskussion ebenfalls mit wichtigen konzeptionellen und empirischen Arbeiten seit Anfang der 1980er Jahre belebt hat. Die Vielzahl unterschiedlicher Inspirationsquellen – von Karl Marx über Max Weber, John Maynard Keynes, Antonio Gramsci, Georges Sorel bis hin zu Fernand Braudel und Karl Polanyi – verdeutlicht, dass auch Cox für eine offenkolektizistische Analyseperspektive steht. Im Unterschied zu Susan Strange hat er darüber hinaus aber auch eine spezifische Konzeption des Wandels globaler historischer Strukturen entwickelt (vgl. Cox 1987). Die Aufmerksamkeit richtet sich insbesondere auf die Dynamik der „sozialen Produktionsbeziehungen“ und die hierdurch konstituierten „sozialen Kräfte“, die vermittelt über die nationalen „Staats-Zivilgesellschafts-Komplexe“ auf die Strukturen der Weltordnung einwirken. Obwohl diese Wirkungskette zumeist im Vordergrund steht, geht Cox davon aus, dass die Interaktionsmuster zwischen diesen Sphären ebenso in die andere Richtung laufen.

Die Entwicklung der heterodoxen IPÖ erklärt sich nicht allein durch das wissenschaftliche Engagement ihrer führenden ProtagonistInnen. Nicht minder relevant waren und sind die gesellschafts- und wissenschaftspolitischen Kontextbedingungen, die eine breite Rezeption und kritische Fortentwicklung der heterodoxen IPÖ-Diskussion begünstigten. In Kanada, Großbritannien und einigen kontinentaleuropäischen Ländern zählte hierzu nicht zuletzt eine größere Sensibilität gegenüber historischen Entwicklungslinien, eine gewisse Skepsis gegenüber quantitativen Methoden und dem in den USA dominanten scientistischen Rigorismus sowie eine Offenheit für die Beiträge aus benachbarten sozialwissenschaftlichen Disziplinen wie der Geschichtswissenschaft, der Soziologie und Philosophie oder der Wirtschafts- und Humangeographie. Im Laufe der 1990er Jahren haben sich jedenfalls immer neue Gruppen von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen aus unterschiedlichen Disziplinen in die heterodoxe IPÖ-Debatte eingeschaltet. Zuweilen wird die heterodoxe IPÖ auch als „Globale Politische Ökonomie“ bezeichnet (vgl. u.a. Palan 2000; Peterson 2003; Farrands/Owen 2005), um den – inhaltlich wie räumlich – extensiven Charakter des Forschungs- und Diskussionsbereichs hervorzuheben.

Dieser extensive Charakter hat keineswegs zur Folge, dass sich die heterodoxe IPÖ der Analyse ökonomischer Entwicklungen im engeren Sinne – so z.B. der Entstehung und Relevanz von Handels- und Leistungsbilanzen, Kapitalströmen, Wechselkursrelationen etc. – verschließt. Sie betrachtet die Entwicklung wirtschaftlicher Indikatoren jedoch nicht ausschließlich als ökonomische Sachverhalte, sondern vielmehr als Ausdruck transformativer sozialer und politischer Dynamiken, durch die die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen und Herrschaftsverhältnisse reproduziert, zuweilen aber auch transformiert werden. Die heterodoxe IPÖ betont dabei den konstitutiven Charakter, den unterschiedliche soziale Beziehungen – etwa zwischen den Klassen, Geschlechtern oder Ethnien – für die Funktionsweise der internationalen politischen Ökonomie haben. Sie generiert kritisch-alternatives Wissen, indem sie analysiert, wie und warum sich die politökonomischen Reproduktions- und Transformationsprozesse sozialstrukturell oder auch für unterschiedliche Staaten und Regionen spezifisch darstellen. Ebenso wird untersucht, inwiefern die unterschiedlichen sozialen Gruppen in der Lage sind, ihre konkurrierenden politöko-

nomischen Interessen und Gestaltungsoptionen in der nationalen wie internationalen Arena erfolgreich zu artikulieren.

Die heterodoxe IPÖ zeichnet sich mithin dadurch aus, dass sie – mit Blick auf die gesellschafts- und sozialstrukturellen Beziehungen – die macht- und herrschaftsvermittelte Interaktion ökonomischer und politischer Reproduktionsmuster herausarbeitet. Sie operiert dabei mit einem recht weiten Verständnis des Ökonomischen und des Politischen. Das Ökonomische ist danach keineswegs deckungsgleich mit dem Markt, d.h. den Prozessen der Waren-, Kapital- und Geldzirkulation, sondern erstreckt sich auch auf die – vorgelagerten – Produktionsverhältnisse und auch auf die teils privat, teils staatlich organisierten Formen der sozio-ökonomischen Reproduktion. Während die Impulsgeber der heterodoxen IPÖ noch vor allem thematisierten, wie die Produktion konkurrierende soziale Gruppen bzw. Klassen mit zum Teil sehr unterschiedlichen Lebenschancen und gesellschaftlichen Machtpositionen erzeugt (vgl. Cox 1987; Strange 1994a), wird zuletzt – maßgeblich von der feministischen und ökologisch orientierten IPÖ – verstärkt auch der Frage nach den sozialen, kulturellen und ideologischen Effekten gleichbleibender bzw. veränderter Reproduktionsmuster nachgegangen (vgl. Peterson 2003; Bakker/Gill 2003). Die hierzu vorgebrachten Begriffe und Argumente stützen sich oft auf zentrale Theoreme von Marx, Polanyi oder Gramsci. Mit Bezug auf die Marx'sche Analyse der kapitalistischen Akkumulationsdynamik wird z.B. die jeweilige Qualität bzw. die Entwicklungsstufe gesellschaftlicher und internationaler Konflikte bestimmt (vgl. van der Pijl 1998: 31ff), während mit Polanyi (1995) auf den politisch umkämpften Wandel der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, d.h. auf die „Pendelbewegung“ aufmerksam gemacht wird, die sich zwischen dem Prinzip, genauer: der „Fiktion“ des sich selbst regulierenden Marktes und dem Prinzip des Selbstschutzes der Gesellschaft vollzieht (vgl. Silver 2003: 13ff). Beide, Marx und Polanyi, gehen davon aus, dass die Ökonomie und der Markt auf vielfältige Art und Weise – z.B. durch den Schutz des Privateigentums, die rechtliche Organisation von Tauschprozessen oder sozialintegrative Fördermaßnahmen – gesellschaftspolitisch eingebettet sind. Gramsci (1991ff: 1465) spricht in diesem Sinne vom politisch „bestimmten Markt“, um mit der analytischen Konzeption der Zivilgesellschaft als Bestandteil des „erweiterten Staates“ zugleich darauf hinzuweisen, dass die politische Konstitution

und Regulierung der Ökonomie nicht allein durch die Regierung und die Verwaltung erfolgt, sondern auch durch zivilgesellschaftliche Akteure mitgestaltet wird.

Der integralen Verschränkung von Ökonomie und Politik entspricht zugleich ein umfassendes Verständnis des Politischen, das weit über die staatliche Arena im engeren Sinne hinaus reichend auch die zivilgesellschaftlichen Kommunikations- und Koordinierungsprozesse umschließt (vgl. Hay/Marsh 1999). In der analytischen Fokussierung der Zivilgesellschaft konkurrieren allerdings recht unterschiedliche Perspektiven. Einige betrachten die Zivilgesellschaft – im Sinne Gramscis – als ein institutionell und diskursiv vermachtetes Terrain der gesellschaftlichen Konsensgenerierung (vgl. Cox 1983; Gill 1993); andere sehen in ihr – in Übereinstimmung mit liberalen oder republikanischen Konzeptionen – in erster Linie einen Gegenpol zur staatlichen Macht, d.h. einen offenen Diskursraum zur demokratischen Kontrolle von politischen Machtzentren und Entscheidungsstrukturen (vgl. z.B. Scholte 2000); und wieder andere lösen sich – partiell – vom normativ aufgeladenen Konzept der Zivilgesellschaft, um neue Formen nicht-staatlicher Autorität in der internationalen politischen Ökonomie zu identifizieren (vgl. Strange 1996; Cutler et al. 1999). Unabhängig vom theoretischen Ansatz thematisiert die heterodoxe IPÖ-Diskussion, wie sich vor dem Hintergrund des Wandels zivilgesellschaftlicher Autoritätsstrukturen auch das Politische transformiert. Zwei Aspekte sind dabei von zentraler Bedeutung: zum einen die vermachteten Diskurse und Kommunikationskanäle, über die politökonomische Themen in die Öffentlichkeit gelangen oder aber blockiert und abgewiesen werden; und zum anderen die spezifischen Muster der Transnationalisierung zivilgesellschaftlicher Autoritätsstrukturen im Kontext von Globalisierung und Regionalisierung. Beide Aspekte weisen darauf hin, dass der Raum des Politischen sehr viel weiter reicht als es auf den ersten Blick erscheinen mag.

Die umfassende Konzeption des Politischen ergibt sich vor allem daraus, dass es für die heterodoxe IPÖ eigentlich keinen Bereich gibt, der nicht durch konkurrierende Interessen, unterschiedliche Werte und spezifische Machtverhältnisse gekennzeichnet ist. Macht wird dabei nicht einfach als ein Medium oder eine Ressource betrachtet, über die gesellschaftliche Akteure unabhängig vom jeweiligen Handlungskontext verfügen. Sie gilt vielmehr als ein grundlegend soziales Phänomen, das ganz unterschiedliche

Formen annehmen kann, d.h. mehrere Dimensionen oder Facetten umschließt (vgl. z.B. Lukes 1974; Strange 1994a, Fuchs 2005): Die erste Facette der *relationalen Macht* besteht in der Fähigkeit, Entscheidungen zu treffen oder zu beeinflussen und hierdurch das Verhalten anderer sozialer Akteure gezielt zu beeinflussen. Im Unterschied hierzu bezieht sich die zweite Facette der *strategischen Macht* auf das Vermögen, die politische Agenda zu gestalten und über die Kontrolle entscheidungsrelevanter Fragen die institutionellen Spielregeln zu bestimmen. Noch umfassender ist schließlich die dritte Facette der *strukturalen oder systemischen Macht*, die den ausgreifenden Prozess beschreibt, in dem sich gestützt auf spezifische Diskurse, Leitbilder, institutionelle Verfahren und Regulierungsformen eine – weitgehend konsensuale – Reproduktion oder Transformation (trans-)nationaler Herrschaftsverhältnisse vollzieht. Viele Untersuchungen der heterodoxen IPÖ beziehen sich vor allem auf die zuletzt aufgeführte Machtdimension. Dies gilt explizit für alle Arbeiten, die inspiriert durch den gramscianischen Hegemoniebegriff⁴ bemüht sind, die materiellen, kulturellen, ideologischen und institutionellen Voraussetzungen relationaler und strategischer Machtverhältnisse im Blick zu behalten. Dies kommt auch in der Passage zum Ausdruck, in der Robert Cox (1998: 83) internationale Hegemonie definiert hat:

„Hegemonie auf internationaler Ebene ist nicht nur eine Ordnung zwischen Staaten. Sie ist eine Ordnung innerhalb der Weltwirtschaft mit einer dominanten Produktionsweise, die alle Länder durchdringt und sich mit anderen untergeordneten Produktionsweisen verbindet. Sie ist auch ein Komplex internationaler sozialer Beziehungen, die die sozialen Klassen der verschiedenen Länder miteinander verbindet. Welthegegonie lässt sich so beschreiben als eine soziale, eine ökonomische und eine politische Struktur. Sie kann nicht auf eine dieser

4 Unter Hegemonie ist danach ein Modus gesellschaftlicher – und auch internationaler – Herrschaft zu verstehen, der den Beherrschten und „Machtlosen“ nicht einfach aufgezwungen, sondern von diesen – z.T. aktiv – mitgetragen wird. Im Vordergrund steht demzufolge der Konsens, d.h. die grundsätzliche Zustimmung zur bestehenden Organisation wirtschaftlicher, politischer und (zivil-)gesellschaftlicher Prozesse. Hegemonie umschließt aber immer auch Zwangselemente, die sich gegen alle nicht verbündeten sozialen Gruppen oder Staaten richtet. Wenn in Zeiten tiefer gesellschaftlicher oder internationaler Krisen die Zwangselemente in den Vordergrund treten, impliziert dies die Erosion von Hegemonie und den Übergang zu Formen der – repressiven – Dominanz.

Dimensionen reduziert werden, sondern umfasst alle drei. Welthege-
monie drückt sich ferner in universellen Normen, Institutionen und
Mechanismen aus, die generelle Regeln für das Verhalten von Staaten
und für diejenigen gesellschaftlichen Kräfte festlegen, die über die
nationalen Grenzen hinweg handeln – Regeln, die die dominante
Produktionsweise abstützen.“

Der Hegemoniebegriff wie die insgesamt sehr weite und komplexe
Bestimmung des eigenen Untersuchungsgegenstandes verdeutlichen,
dass die heterodoxe IPÖ über die neu-orthodoxe Perspektive, die in der
IPÖ nur eine politik- und wirtschaftswissenschaftliche Inter-Disziplin
oder sogar nur eine „Subdisziplin“ der Internationalen Beziehungen
sieht, hinaus weist (so bereits Strange 1994b: 218). Sie ist nicht nur
offen für die theoretischen Anregungen und Konzeptionen aus
unterschiedlichen sozialwissenschaftlichen Fächern, sondern versteht
sich als eine explizit interdisziplinäre Forschungs- und Diskussions-
plattform. Mehr noch, in der heterodoxen Perspektive repräsentiert
die IPÖ eine Art „Integrationswissenschaft“ (Meyers 1989: 12), die
den interdisziplinären Dialog von Politik- und Wirtschaftswissenschaft-
lern, von SoziologInnen, HistorikerInnen und GeographInnen fördert
und bestrebt ist, einen macht- und herrschaftskritischen Forschungsdiskurs
zu entwickeln, der den veränderten gesellschaftlichen Kontextbedin-
gungen hinreichend Rechnung trägt.

Der herrschaftskritische Anspruch zeigt sich nicht zuletzt darin,
dass die heterodoxe IPÖ auch grundlegende normative Fragen thematisiert.
Dies betrifft zum einen die vielfältigen Aspekte sozialer Ungleichheit
und Ungerechtigkeit, die Probleme der demokratischen Kontrolle und
Partizipation oder abstrakter formuliert: das widersprüchliche Verhält-
nis von Kapitalismus und Demokratie. All diese Probleme und Widersprüche
schienen in den westlichen Gesellschaften der Nachkriegszeit in gewisser
Weise „gelöst“ bzw. „stillgestellt“ zu sein, brechen im Zuge der
Globalisierung nun aber in neuer Qualität wieder auf. Darüber hinaus
adressiert die heterodoxe IPÖ zum anderen auch die neuen „Überlebens-
fragen“ wie die Probleme des Klimawandels oder der Energieversorgung.
Hiermit ist nicht gesagt, dass sich alle Arbeiten, die sich mit Ungleichheits-,
Demokratie- und Umweltfragen befassen, der heterodoxen IPÖ zuordnen
lassen. Deren spezifischer Beitrag zur wissenschaftlichen und gesellschafts-
politischen Diskussion besteht vielmehr darin, all diese Fragen mit dem
analytisch begründeten und normativ zuge-

spitzen Anspruch zu verknüpfen, ein demokratisch organisiertes, sozial-integratives und ökologisch nachhaltiges Produktions- und Lebensmodell zu entwickeln (vgl. z.B. Altvater 2005).

5. Diskussions- und Untersuchungsfelder

Ungeachtet aller Differenzen gibt es, was die Arbeits- und Forschungsgebiete betrifft, auch viele Überlappungen zwischen der neu-orthodoxen und heterodoxen IPÖ (vgl. Schirm 2004; Blumberger et al. 2005: 170ff; Bieling 2007). Beide beschäftigen sich mit den Ursachen, Prozessen und Implikationen der Globalisierung; beide setzen sich dabei insbesondere mit der Entwicklung des Handels mit Gütern und Dienstleistungen, der Direktinvestitionen sowie der Finanzmärkte auseinander; beide untersuchen überdies den Formwandel und die Funktionsweise internationaler Institutionen und Kooperationsnetzwerke – Stichwort: Global Governance – sowie der unterschiedlichen regionalen Integrationsdynamiken; beide thematisieren auch den relativen Erfolg spezifischer nationaler Entwicklungsmodelle; und fragen schließlich auch danach, wie sich im Kontext des globalen Strukturwandels die nationalen Organisationsmuster der Staatstätigkeit verändern. Letztlich täuschen all diese Gemeinsamkeiten aber nicht darüber hinweg, dass die Forschungsagenda der heterodoxen IPÖ sehr viel breiter angelegt und – insbesondere in soziologischer Perspektive – reichhaltiger, zumindest komplexer ist als die der neu-orthodoxen IPÖ.

Grundsätzlich interessiert sich die heterodoxe IPÖ für all jene Prozesse, die aufschlussreich sind für die Reproduktion oder Transformation transnationaler Machtstrukturen. In diesem Sinne lassen sich denn auch einige Themenfelder umreißen, die die Entwicklung der heterodoxen IPÖ wesentlich geprägt haben:

- Zunächst zeichnet sich die – sehr umfangreiche – heterodoxe Literatur zur Globalisierung dadurch aus, dass diese nicht als ein systemischer Sachzwang, sondern als ein politisch vermittelter, zum Teil sogar politisch generierter Prozess begriffen wird. Dies gilt vor allem für die Liberalisierung der Finanzmärkte und Handelsbeziehungen sowie die Förderung grenzüberschreitender Produktionsstrukturen (vgl. Helleiner 1994; Scherrer 1999; Röttger 1997), darüber hinaus aber auch für die Projekte der transnationalen infrastrukturellen, verkehrs- und kommunikationspolitischen Vernetzung (Altvater/Mahnkopf 1999). Selbst

die Formen der sicherheitspolitischen Kooperation verändern sich infolge neuer globaler Gefahren. Eine zentrale ideologische und kulturelle Führungs-, zumindest Vermittlungsrolle übernehmen im Prozess der Globalisierung vor allem die transnationalen Konzerne, die über ihre Verbände, Foren und Kooperationspartner – Think Tanks, Journalisten, Juristen, Wissenschaftler etc. – maßgeblich die öffentlichen Diskurse prägen, um die von ihnen präferierten Strategien hegemonial abzusichern (vgl. Sklair 2001). Ihre strategischen Adressaten sind nicht nur einzelne Regierungen, sondern vielfach auch die globalen oder regionalen Institutionen und Regime zur Konstitutionalisierung privater Eigentumsrechte und Marktfreiheiten (vgl. Gill 2000; van Apeldoorn 2000; Spindler 2004).

- Ob und inwiefern die USA den Globalisierungsprozess bzw. die Reorganisation der Weltökonomie und Weltordnung dominieren oder sogar kontrollieren, wird in der Forschung sehr kontrovers diskutiert. Die meisten Arbeiten stimmen zwar darin überein, dass sich im Zuge politökonomischer Transnationalisierungsprozesse eine Diffusion von Macht beobachten lässt und private (Markt-)Akteure an Einfluss gewinnen (vgl. Strange 1996), umstritten bleibt jedoch, ob die zwischenstaatlichen Machtasymmetrien hierdurch eher abgeschwächt oder verstärkt werden. Während einige davon Abstand nehmen, in den USA das nach wie vor hegemoniale oder dominante Zentrum der internationalen politischen Ökonomie zu sehen (vgl. Negri/Hardt 2002; Shaw 2000; Robinson 2004), sprechen andere von einem US-amerikanischen „nonterritorial empire“ (vgl. Strange 1989) oder einem „new imperial state“ (Panitch 2000), der sich nicht nur auf überlegene militärische Kapazitäten stützt, sondern auch auf die globale währungs-, finanz- und handelspolitische Expansion und Kontrolle des „Dollar-Wall Street Regimes“ (Gowan 1999). Nicht ohne Grund haben im Zusammenhang mit der Diskussion über die globale Rolle der USA zuletzt – vor allem für einige, der marxistischen Tradition entstammende Vertreter der heterodoxen IPÖ – imperialismustheoretische Konzeptionen erneut an Bedeutung gewonnen (zum Überblick vgl. Kößler 2003).⁵

5 Hierbei wird allerdings weniger auf Lenins Imperialismusanalyse, sondern eher auf Kautskys Konzept des „Ultra-Imperialismus“ Be-

- Nachdem innere Widersprüche und Konflikte aufgrund des politischen, primär neoliberalen Charakters der Globalisierung in der heterodoxen IPÖ schon immer eine wichtige Rolle spielten, sind seit Ende der 1990er Jahre verstärkt die konkreten Formen des transnational vernetzten Widerstands und sozialen Protests ins Zentrum kritischer Analysen gerückt. Die Diskussion konzentriert sich vor allem auf die Proteste und Demonstrationen in Seattle, Prag, Göteborg und Davos, die weltweiten oder regionalen Sozialforen, Antikriegsdemonstrationen, indigene Protestbewegungen wie die Zapatistas in Chiapas oder spezifische Ein-Punkt-Kampagnen (vgl. Keck/Sikking 1998; O'Brien et al. 2002; Walk/Boehme 2002; Gill 2003). Einige WissenschaftlerInnen untersuchen die Möglichkeiten der abhängig Beschäftigten und Gewerkschaften, durch grenzüberschreitende Kooperationsmuster und Kampagnen arbeits-, tarif- und sozialpolitische, z.T. auch wirtschaftspolitische Entwicklungen zu beeinflussen (vgl. Harrod/O'Brien 2002; Schulten 2004). Ungeachtet aller Skepsis über die Realisierbarkeit einer weitreichenden Veränderung transnationaler Machtstrukturen, werden die vielfältigen Proteste als ein Indiz dafür gesehen, dass sich die Widersprüche im Globalisierungsprozess vermehrt artikulieren und die Formierung einer sozial-, umwelt- und friedenspolitisch orientierten Gegenbewegung ermöglichen (vgl. Brand 2005).

Eine äußerst spannende Frage ist letztlich, wie sich all diese – hier nur angedeuteten und notgedrungen unvollständigen – Entwicklungen zeitdiagnostisch deuten und auf den Begriff bringen lassen. Das Angebot zugespitzter Interpretationsmuster ist recht umfassend und keineswegs eindeutig: Dies liegt zum einen daran, dass sich die zeitdiagnostischen Aussagen oft nur auf einzelne Teilbereiche beziehen – auf den „Washington Konsensus“ und dessen Krise, auf die Funktionsweise internationaler Finanzinstitutionen, auf den „neuen“ oder „offenen“ Regionalismus und dessen unterschiedliche Ausprägungen, auf die Transformation von Staatlich-

zug genommen (explizit Panitch 2000). Dies signalisiert zugleich, dass die Imperialismus-Diskussion nicht einfach in die Zeit des westfälischen Staatensystems zurückweist, sondern bestrebt ist, neue Machtasymmetrien und neue Muster der Ausbeutung und Repression in der post-westfälischen Weltordnung zu identifizieren.

keit im Globalisierungsprozess, auf den Aufstieg der sog. BRIC-Staaten, auf neue Formen des Protektionismus oder die Dynamik des transnationalen sozialen Protestes (vgl. Bieling 2007) –, ohne sich notgedrungen zu einem passenden Ganzen zusammen zu fügen. Zum anderen gibt es zum Teil konträre Auffassungen über die zentralen Charakteristika der internationalen politischen Ökonomie: So sprechen einige bereits vom „globalen Kapitalismus“ (so z.B. Robinson 2004), indessen andere – stärker komparativ arbeitende Wissenschaftler – die Persistenz nationaler Kapitalismusmodelle betonen (vgl. Jessop 2002). Jenseits dieser Differenzen ist zudem zu beobachten, dass der Charakter der kapitalistischen Akkumulationsdynamik wieder verstärkt thematisiert wird. So wird das bestimmende Moment der laufenden nationalen, europäischen und globalen Reorganisationsprozesse unter anderem in einer „Akkumulation durch Enteignung“ (vgl. Harvey 2003) oder einer „neuen“ – inneren wie äußeren – Landnahme gesehen (vgl. Streeck 2005; Dörre 2009).

Literatur

- Altvater, Elmar (2005): *Das Ende des Kapitalismus wie wir ihn kennen. Eine radikale Kapitalismuskritik*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (1999): *Grenzen der Globalisierung Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Bakker, Isabella/Gill, Stephen (Hrsg.) (2003): *Power, Production and Social Reproduction*, Hampshire; New York: Palgrave Macmillan.
- Bates, Robert H. (1997): *Open-Economy Politics: The Political Economy of the World Coffee Trade*, Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Behrens, Maria/Hummel, Hartwig/Scherrer, Christoph (2005): *Internationale Politische Ökonomie*, Studienbrief, Hagen: FernUniversität Hagen.
- Bieling, Hans-Jürgen (2006): *Internationale Politische Ökonomie*; in: Schieder, Siegfried/Spindler, Manuela (Hrsg.): *Theorien der Internationalen Beziehungen*, 2., überarbeitete Auflage, Opladen & Farmington Hills: UTB, 381-407.
- (2007): *Internationale Politische Ökonomie. Eine Einführung*, Wiesbaden: VS-Verlag.
- Biersteker, Thomas J. (1993): *Evolving Perspectives on International Political Economy: Twentieth-Century Contexts and Discontinuities*; in: *International Political Science Review* 14 (1), 7-33.

- Blauberger, Michael/Mergler, Jan/Wagschal, Uwe (2005): Internationale Politische Ökonomie – Eine neue alte Disziplin; in: *Gesellschaft – Wirtschaft – Politik* 54(2), 165-176.
- Bourdieu, Pierre (1982): *Die feinen Unterschiede. Kritik der gesellschaftlichen Urteilskraft*, Frankfurt: Suhrkamp.
- Brand, Ulrich (2005): *Gegen-Hegemonie. Perspektiven globalisierungskritischer Strategien*, Hamburg: VSA.
- Cammack, Paul (2007): *RIP IPE, Papers in the Politics of Global Competitiveness*, No. 7, Manchester: Manchester Metropolitan University.
- Caporaso, James A. (1993): *Global Political Economy*; in: Finifter, Ada W. (Hrsg.): *Political Science: The State of the Discipline II*, Washington: The American Political Science Association, 451-481.
- Cohen, Benjamin J. (2007): *The transatlantic divide: Why are American and British IPE so different?*; in: *Review of International Political Economy* 14(2), 197-219.
- Cohn, Theodore H. (2002): *Global Political Economy. Theory and Practice*, 2. Aufl., New York u.a.: Longman.
- Cox, Robert W. (1981): *Social Forces, States and World Orders: Beyond International Relations Theory*; in: *Millennium* 10(2), 126-155.
- (1983): *Gramsci, Hegemony and International Relations: An Essay in Method*; in: *Millennium* 12(2), 162-175.
- (1987): *Production, Power, and World Order. Social Forces in the Making of History*, New York: Columbia University Press.
- (1998): *Weltordnung und Hegemonie – Grundlagen der „Internationalen Politischen Ökonomie“*. FEG-Studie Nr. 11, Marburg: Philipps-Universität Marburg.
- Crane, George T./Amawi, Alba (1997): *The Theoretical Evolution of International Political Economy*, New York; Oxford: Oxford University Press.
- Cutler, Claire/Haufler, Virginia/Porter, Tony (Hrsg.): *Private Authority and International Affairs*, New York: SUNY Press.
- Deppe, Frank et al. (2004): *Der neue Imperialismus*, Heilbronn: Distel Verlag.
- Dörre, Klaus (2009): *Die neue Landnahme. Dynamiken und Grenzen des Finanzmarkt-Kapitalismus*; in: Dörre, Klaus/Lessenich Stephan/Rosa Hartmut: *Soziologie – Kapitalismus – Kritik. Eine Debatte*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp, i.E.
- Farrands, Christopher/Worth, Owen (2005). *Critical Theory in Global Political Economy: Critique? Knowledge? Emancipation?*; in: *Capital & Class* 85(Spring), 43-61.
- Frieden, Jeffrey/Martin, Lisa L. (2003): *International Political Economy: Global and Domestic Interactions*; in: Katznelson, Ira/Milner, Helen V. (Hrsg.): *Political Science: The State of the Discipline*, New York; London: W.W. Norton & Company, 118-146.

- Fuchs, Doris (2005): *Understanding Business Power in Global Governance*, Baden-Baden: Nomos.
- Gill, Stephen (Hrsg.) (1993): *Gramsci, Historical Materialism and International Relations*, Cambridge: Cambridge University Press.
- (2000): *Constitutionalizing Inequality & the Clash of Globalizations*; in: *International Studies Review* 4(3), 47-65.
- (2003): *Power and Resistance in the New World Order*, Basingstoke; New York: Palgrave Macmillan.
- Gill, Stephen/Law, David (1988): *The Global Political Economy: Perspectives, Problems, and Policies*, Baltimore: John Hopkins University Press.
- Gilpin, Robert (1987): *The Political Economy of International Relations*, Princeton: Princeton University Press.
- Gowan, Peter (1999): *The Global Gamble: Washington's Faustian Bid for World Dominance*. London: Verso.
- Gramsci, Antonio (1991ff): *Gefängnishefte*, Hamburg: Argument-Verlag.
- Harrod, Jeffrey/O'Brien, Robert (Hrsg.) (2002): *Global Unions? Theory and strategies of organized labour in the global political economy*, London; New York: Routledge.
- Harvey, David (1990): *The Condition of Postmodernity. An Enquiry into the Origins of Cultural Change*, Cambridge, MA: Blackwell Publishers.
- (2003): *The New Imperialism*, Oxford: Oxford University Press.
- Hauck, Gerhard (2004): *Die Geschichte der Entwicklungstheorie*; in: Gerlach, Olaf/Kalmring, Stefan/Kumitz, Daniel/Nowak, Andreas (Hrsg.): *Peripherie und globalisierter Kapitalismus. Zur Kritik der Entwicklungstheorie*, Frankfurt a.M.: Brandes & Apsel, 12-50.
- Hay, Colin/Marsh, David (1999): *Introduction: Towards a New (International) Political Economy*; in: *New Political Economy* 4(1), 5-22.
- Helleiner, Eric (1994): *States and the Reemergence of Global Finance: From Bretton Woods to the 1990s*, Ithaca; London: Cornell University Press.
- Katzenstein, Peter J./Keohane, Robert O./Krasner, Stephen D. (1998): *International Organization and the Study of World Politics*; in: *International Organization* 52(4), 645-685.
- Keck, Margaret E./Sikking, Kathryn (1998): *Activist beyond Borders: Advocacy Networks in international Politics*, Ithaca; London: Cornell University Press.
- Kößler, Reinhard (2003): *Imperialismus und Globalisierung. Anmerkungen zu zwei Theoriekomplexen*; in: *Prokla* 33(4), 521-544.
- Lake, David A. (2006): *International Political Economy: A Maturing Interdiscipline*; in: Weingast, Barry R./Wittman, Donald A. (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Political Economy*, New York: Oxford University Press, 757-777.

- Lukes, Stephen (1974): *Power: A Radical View*, London; Basingstoke: Macmillan.
- Marx, Karl (1974) [1857-58]: *Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie*, Berlin: Dietz Verlag.
- Meyers, Reinhard (1989): *Wie viele Schwalben machen einen Sommer? (Re-)Naissance der Internationalen Politischen Ökonomie*; in: *Neue Politische Literatur* 34(1), 5-40.
- Murphy, Craig N./Nelson, Douglas R. (2001): *International political economy: a tale of two heterodoxies*; in: *British Journal of Politics and International Relations* 3(3), 393-412.
- Negri, Antonio/Hardt, Michael (2002): *Empire. Die neue Weltordnung*, Frankfurt a.M.: Campus.
- O'Brien, Robert/Goetz, Anne Marie/Scholte, Jan Aart/Williams, Marc (2002): *Contesting Global Governance: Multilateral Economic Institutions and Global Social Movements*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Overbeek, Henk (2008): *Rivalität und ungleiche Entwicklung. Einführung in die internationale Politik aus der Sicht der Internationalen Politischen Ökonomie*, Wiesbaden: VS-Verlag.
- Palan, Ronan (2000): *New trends in global political economy*; in: Palan, Ronan (Hrsg.): *Global Political Economy. Contemporary Theories*, London; New York: Routledge, 1-18.
- Panitch, Leo (2000): *The New Imperial State*; in: *New Left Review, Second Series*, No. 2, 5-21.
- Peterson, Spike V. (2003): *A Critical Rewriting of Global Political Economy. Integrating reproductive, productive and virtual economies*, London; New York: Routledge.
- Polanyi, Karl (1995): *The Great Transformation. Politische und ökonomische Ursprünge von Gesellschaften und Wirtschaftssystemen*, Frankfurt a.M.: Suhrkamp.
- Robinson, William I. (2004): *A Theory of Global Capitalism. Production, Class, and State in a Transnational World*, Baltimore; London: The John Hopkins University Press.
- Rode, Reinhard (2000): *Internationale Wirtschaftsbeziehungen. IPÖ Studienbuch*, Halle: rr Verlag.
- Röttger, Bernd (1997): *Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation. Die politische Konstitution des Marktes*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Scherrer, Christoph (1999): *Globalisierung wider Willen? Die Durchsetzung liberaler Außenwirtschaftspolitik in den USA*, Berlin: Sigma.
- (2003): *Internationale Politische Ökonomie als Systemkritik*; in: Hellmann, Gunther/Wolf, Klaus Dieter/Zürn, Michael (Hrsg.): *Die neuen Internationalen Beziehungen*, Baden-Baden: Nomos, 465-494.

- Schirm, Stefan A. (2004): *Internationale Politische Ökonomie. Eine Einführung*, Baden-Baden: Nomos.
- Scholte, Jan Aart (2000): *Global Civil Society*; in: Woods, Ngaire (Hrsg.): *The Political Economy of Globalisation*, Basingstoke: Macmillan, 173-201.
- Schulten, Thorsten (2004): *Solidarische Lohnpolitik in Europa. Zur Politischen Ökonomie der Gewerkschaften*, Hamburg: VSA.
- Silver, Beverly J. (2003): *Forces of Labor. Workers' Movements and Globalization since 1870*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Sklair, Leslie (2001): *The Transnational Capitalist Class*, Oxford: Blackwell Publishers.
- Spindler, Manuela (2004): *New Regionalism and Global Economic Governance*; in: Schirm, Stefan (Hrsg.): *New Rules for Global Markets. Public and Private Governance in the World Economy*, Basingstoke/New York: Palgrave Macmillan, 235-253.
- Strange, Susan (1989): *Toward a Theory of Transnational Empire*; in: Czempel, Ernst-Otto/Rosenau, James N. (Hrsg.): *Global Changes and Theoretical Challenges. Approaches to World Politics for the 1990s*. Lexington: Lexington Books, 161-176.
- (1994a): *States and Markets*, 2. Aufl., London und New York: Pinter.
 - (1994b): *Wake up, Krasner! The World Has Changed*; in: *Review of International Political Economy* 2(1), 209-219.
 - (1995): *Political Economy and International Relations*; in: Booth, Ken/Smith, Steve (Hrsg.): *International Relations Theory Today*, Cambridge: Polity Press, 154-174.
 - (1996): *The Retreat of the State. The Diffusion of Power in the World Economy*, Cambridge: Cambridge University Press.
- Streck, Wolfgang (2005): *Vom „kurzen Traum“ zum langen Alptraum?*, MPIfG Working Paper 05/5, Köln: MPIfG.
- ten Brink, Tobias (2008): *Staatenkonflikte. Zur Analyse von Geopolitik und Imperialismus – ein Überblick*, Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Teschke, Benno (2008): *Marxism*; in: Reus-Smit, Christian/Snidal, Duncan (Hrsg.): *The Oxford Handbook of International Relations*, Oxford: Oxford University Press, 163-187.
- Tooze, Roger (2000): *Ideology, Knowledge and Power in International Relations and International Political Economy*; in: Lawton, Thomas C./Rosenau, James N./Verdun, Amy C. (Hrsg.): *Strange Power. Shaping the Parameters of International Relations and International Political Economy*, Aldershot u.a.: Ashgate, 175-194.
- Underhill, Geoffrey R.D. (1998): *Introduction: Conceptualizing the Changing Global Order*; in: Stubbs, Richard/Underhill, Geoffrey R.D. (Hrsg.): *Political Economy and the Changing Global Order*, 2. Aufl., Oxford: Oxford University Press, 3-24.

- (2000): State, market, and global political economy: genealogy of an (inter-?) discipline; in: *International Affairs* 76(4), 805-824.
- van Apeldoorn, Bastiaan (2000): Transnationale Klassen und europäisches Regieren: Der European Round Table of Industrialists; in: Bieling, Hans-Jürgen/Steinhilber, Jochen (Hrsg.): *Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie*, Münster: Westfälisches Dampfboot, 189-221.
- Van der Pijl, Kees (1998): *Transnational Classes and International Relations*, London; New York: Routledge.
- Walk, Heike/Boehme (Hrsg.) (2002): *Globaler Widerstand. Internationale Netzwerke auf der Suche nach Alternativen im globalen Kapitalismus*, Münster: Westfälisches Dampfboot.

Petra Purkarthofer

Rassismus, Maskulinismus und Eurozentrismus als materielle Praxen postkolonialer Hegemonie

„What makes the difference is not
the inscription of difference but
the kind of difference it makes.“

Fernando Coronil 1996: 73

Der vorliegende Beitrag geht der Frage nach, welche neuen Fragestellungen und Perspektiven sich für die heterodoxe Internationale Politische Ökonomie (IPÖ) eröffnen, wenn grundlegende postkoloniale Annahmen in ihre Analyse einbezogen werden. Dazu werden im ersten Schritt zentrale Konzepte und Thesen postkolonialer Theorien skizziert¹, um im Anschluss daran Konvergenzen als auch Unterschiede zwischen Postkolonialen Theorien und der heterodoxen IPÖ zu identifizieren. Obwohl die den Postkolonialen Theorien zugrunde liegenden theoretischen Annahmen auf Marxismus, Poststrukturalismus und häufig auch Feminismus aufbauen, wird den Postkolonialen Theorien vorgeworfen, dass sie sich zu sehr auf das Feld der Wissensproduktion beschränkten und die politisch-ökonomischen Grundlagen der Unterdrückung sowie aktuelle Formationen postkolonialer Hegemonie zu wenig berücksichtigten (vgl. exemplarisch Dirlik 1997). Diese bereits bestehende Kritik an Postkolonialer Theorie wird hier aufgegriffen und weiter entwickelt. Umgekehrt wird untersucht, welche „blinden Flecken“ der IPÖ durch die Postkoloniale Theorie ausgeleuchtet werden können. Das Ziel besteht darin, zu zeigen, dass Rassismus, Maskulinismus und Eurozentrismus nicht nur diskursive Produkte sind, die Macht absichern, sondern konkrete materielle

1 Obwohl sich Autorinnen des Black oder Chicana Feminism nicht notwendigerweise selbst als postkoloniale Theoretikerinnen bezeichnen würden, beziehe ich mich in diesem Beitrag auch auf einige Autorinnen dieser Strömungen, da mir ihre Beiträge den Anliegen der Postkolonialen Theorien verwandt erscheinen.

und institutionalisierte Praxen darstellen, die Herrschaftsverhältnisse zu konstituieren.

1. Zentrale Themen und Beiträge Postkolonialer Theorien

Die Postkolonialen Theorien werden seit den 1970er Jahren vor allem von Intellektuellen mit Migrationshintergrund entworfen, die in Europa und den USA forschen und lehren. In Lateinamerika wurden zu Beginn des 20. Jahrhunderts ähnliche Themen diskutiert, die allerdings bis heute nur von wenigen interessierten LateinamerikanistInnen wahrgenommen werden. Diese Tatsache belegt die These von Hernández Castillo (2008), dass Intellektuelle erst vernommen werden, wenn sie an europäischen oder US-amerikanischen Universitäten ihre Stimmen erheben und Zugang zu anglo-amerikanischen und europäischen Fachzeitschriften und internationalen Konferenzen finden.

1.1 Wissensproduktion als Herrschaftsakt

Die Theoriearbeit der europäischen Sozialwissenschaften fühlt sich meist frei von der Notwendigkeit, ihre Grundannahmen sowie theoretischen Befunde als für oder auf Europa begrenzt auszuweisen, und spricht unausgesprochen von einer „privileged position of universality“ (Schutte 2000: 59), die offensichtlich keiner länderspezifischen oder regionalen Kontextualisierung bedarf. Sozialwissenschaftliches Arbeiten ist jedoch immer in Herrschaftsverhältnisse eingebettet (Mohanty 1997: 256). Ein wesentlicher Kritikpunkt Postkolonialer Theorien lautet, dass ohne Bezug auf Kolonialismus und Rassismus Theorien Gefahr laufen, die eurozentristischen Grundannahmen vieler Staats- und Gesellschaftstheorien zu verkennen sowie ihre Universalisierung zu perpetuieren. Die beständige, jedoch nicht ausgewiesene Bezugnahme auf westliche Entwicklungen und Erfahrungen schwäche den Erklärungsgehalt und die Aussagekraft der Theorien. Auch die IPÖ²,

2 Ich beziehe mich in diesem Beitrag vor allem auf strukturalistische und heterodoxe Ansätze der IPÖ (vgl. Bieling 2007 und in diesem Band), die für Postkoloniale Theorien eher anschlussfähig sind als liberale oder institutionalistische Ansätze, weil sie Klassenverhältnisse

deren Perspektive allein aufgrund des Untersuchungsgegenstandes über Europa hinausreicht, und deren kritische Ansätze sich ihrer politischen Verantwortung stärker bewusst sind, ist nicht frei von dieser Tendenz. Nur so kann erklärt werden, dass neoliberale Umwälzungen sowie neu entstehende Governance-Strukturen in der Sozialwissenschaft in Europa mit Ausnahmen³ erst seit den 1990er Jahren diskutiert werden. Auf internationaler Ebene unterstützten die herrschenden Kräfte in Europa hingegen bereits seit den 1970er Jahren das neue neoliberale Paradigma in der Weltwirtschaft. Die Regulationstheorie beschäftigte sich in Europa als eine der ersten Theorierichtungen seit Beginn der 1980er Jahre mit Änderungen in der Produktionsweise, die durch die Krise des fordistischen Entwicklungsmodells ausgelöst wurden (vgl. u.a. Hirsch/Roth 1986). Neoliberalismus und Transformationsprozesse durch Transnationalisierung wurden hier erst seit den 1990er Jahren Bestandteil der breiteren Diskussion (vgl. Hirsch 1995, Altvater/Mahnkopf 1996). In Lateinamerika und Afrika waren diese Veränderungen bereits seit den frühen 1980er Jahren Thema politischer und wissenschaftlicher Debatten, weil neoliberale Umstrukturierungen in diesen Regionen viel früher zum Tragen kamen (für Chile, Bolivien und Mexiko belegen dies González Casanova 2003, Boris 2001, Middlebrook 2003). Soziale Bewegungen, die in Europa seit den 1990er Jahren zunehmend ihren Unmut über Form und Richtung globaler Transformationsprozesse Ausdruck verleihen, sind in Lateinamerika und Asien mit ähnlicher Stoßrichtung bereits seit den 1980er Jahren politisch aktiv (vgl. für Lateinamerika Boris 1998).

Der Ausschluss „außereuropäischer“ Erfahrungen kann auf zwei Arten erfolgen: Entweder werden die spezifischen Erfahrungen ehemaliger Kolonien ignoriert und Kolonialismus, Rassismus und Maskulinismus als Basis und Teil der Theorien verschwiegen. Hier erfolgt eine Integration in hegemoniale Theorien, indem entweder von Europa abweichende Erfahrungen ausgeblendet und

als konstitutiv für Staat und Weltordnung erachten und anerkennen, dass diese strukturierend auf gesellschaftliche Verhältnisse wirken.

- 3 Als Ausnahme wäre zum Beispiel Michel Foucault (2004) zu nennen. Foucault hat in seinen Gouvernementalitätsstudien bereits in den 1970er Jahren neue Formen des „Selbstregierens“ aufgrund neoliberaler Restrukturierungsprozesse identifiziert.

somit ein Prozess zwanghafter Homogenisierung in Gang gesetzt wird, den Chandra Talpade Mohanty (1997: 257) einen „process of discursive homogenization“ nennt. Oder die konkreten historischen Erfahrungen werden als Sonderfall, als nicht der Moderne zugehörig interpretiert, die mit Europa und somit der eigenen Theoriebildung nichts zu tun hätten (Gutiérrez Rodríguez 2001). Hier werden die Stimmen der „Anderen“ ebenfalls zum Schweigen gebracht, indem sie durch „othering“ exotisiert werden, sowie die Involviertheit Europas geleugnet wird. In beiden Fällen werden „europäische“ Entwicklungen zur Norm und somit Europas Position im kolonialen Machtgefüge verschwiegen.⁴ Diese Mechanismen sind nicht nur in Europa zu beobachten, sondern auch in der Politik ehemaliger Kolonien gegenüber der indigenen Bevölkerung. Aida Hernández Castillo (2008) weist darauf hin, dass die unabhängigen lateinamerikanischen Staaten zwei Strategien in der Politik gegenüber der indigenen Bevölkerung verfolgten: Verweigerung der Differenz mit dem Ziel der Homogenisierung und Integration (Assimilation) sowie Exotismus und „othering“, da die Abgrenzung zum „Wilden im Spiegel“ grundlegend für die Konstruktion nationaler Identität war.

Klassifizierungen wie Geschlecht, Klasse oder Ethnie/Nation werden in den Postkolonialen Theorien als Mechanismen der Herrschaftssicherung erkannt, die die „Kolonisierten“, die „Anderen“, die „Subalternen“ erst konstruieren. Der Ausschluss funktioniert über die Zuweisung von Bedeutung und Wert. „Das Wissen, das ein Diskurs produziert, konstituiert eine Art von Macht,

4 M. Jacqui Alexander und Chandra Talpade Mohanty (1997: xv) berichten von ihren Erfahrungen als Wissenschaftlerinnen und Migrantinnen in den USA und sprechen vom erlebten Widerspruch der „invisibility“ and „hypervisibility“. Sie kritisieren den Zwang rassistische Erfahrungen zu homogenisieren, wobei auch hier die zweifache Bewegung von Assimilation und „othering“ deutlich wird: „For instance, our racialization as Caribbean and Indian women was assimilated into a U.S. narrative of racialization, naturalized between African Americans and Euro-Americans. Our experiences could be recognized and acknowledged only to the extent that they resembled those of African American women. However, the specificities of our national and cultural genealogies – being Black and Brown women – and our status as immigrants were constantly being used to position us as foreign, thus muting the legitimacy of our claims to the experiences of different racisms.“ (Jacqui Alexander/Mohanty 1997: xiv)

die über jene ausgeübt wird, über die 'etwas gewusst wird.'“ (Hall 1994: 154) Diesen Prozess beschreibt Gayatri Chakravorty Spivak (1988) als „worlding“, die Gewaltförmigkeit des „worlding“ beschreibt sie mit dem Begriff der „epistemic violence“. Frantz Fanon zeigte in seinem Buch „Schwarze Haut, weiße Masken“ (1980) auf eindrucksvolle Weise, wie diese Gewalt auch in internalisierter Form gegen das eigene Selbst gerichtet wird. Die konstituierende Wirkung ethnischer und geschlechtsspezifischer Klassifizierungen für die eigenen Theorien und Begrifflichkeiten wird in der Theoriearbeit der Sozialwissenschaften selten reflektiert. Diese Leerstelle verursacht jedoch die Reproduktion dieser Kategorien, da sie koloniale Erfahrungen verschweigt oder sie zur Erfahrung der „Anderen“ stilisiert, die angeblich nichts mit der eigenen Gesellschaft und Theoriearbeit zu tun hätte. Sie ignoriert damit auch bereits bestehende Forschungsergebnisse der Rassismus- und Kolonialismusforschung (vgl. Hall 1994; Miles 1999; Mosse 2006), die zeigen, wie diese Klassifizierungen Theorie und politische Praxen strukturieren. Patricia Hill Collins (1999: 270) stellt Ähnlichkeiten zwischen den Kategorien Race und Gender fest. Beide beruhen auf Dichotomien. Die europäische Ideengeschichte sei in sehr großem Ausmaß von Dichotomien und dem Denken in Gegensätzen geprägt. Phänomene würden häufig über ihre oppositionellen Unterschiede beschrieben und erklärt: männlich/weiblich, rational/emotional, Kultur/Natur, heterosexuell/homosexuell, weiß/schwarz. Diese Dichotomien sind jedoch nicht gleichwertig, sondern stehen in einer Hierarchie zueinander, die den Weißen Mann zur Norm erhebt und alles davon Different als Abweichung oder Anomalie versteht. „Representations of and practices toward African American women, African American men, White women, and other groups depend on varying patterns of convergence of dichotomies.“ (Hill Collins 1999: 270) Die Kritik an der Binarität grundlegender Begrifflichkeiten sowie dem binären Denken im Allgemeinen stellen daher einen weiteren wichtigen Themenkomplex in den Postkolonialen Theorien dar (vgl. auch Spivak 1988).

„(To) Codify others as non-Western“ (Chandra Talpade Mohanty) impliziert, sich selbst unausgesprochen als „westlich“, Weiß oder europäisch zu definieren. Auch der Begriff „Orientalismus“ von Edward Said, der den Diskurs über den „Orient“ als Wissensobjekt benennt, möchte die Rolle, die das „Andere“ für die Definition der eigenen Position spielt, verdeutlichen: Sein Buch „ver-

sucht ebenso zu zeigen, dass die europäische Kultur an Stärke und Identität gewann, indem sie sich gegen den Orient als einer Art Surrogat und selbst unterschwelligem Ich absetzte.“ (Said 1981: 11) Hier wird offensichtlich, welche wesentliche Rolle „Andere“ für die Definition der eigenen Position spielen.

„In other words, it is only insofar as ‘woman/women’ and ‘the East’ are defined as others, or as peripheral that (Western) man/humanism can represent him/itself as the center. It is not the center that determines the periphery, but the periphery that determines the center.“ (Mohanty 1997: 273)

Die Bedeutung, die das „Andere“ für den Westen spielt, umschreibt Fernando Coronil (1996) mit dem Begriff des „Occidentalism“: „The study of how ‘Others, represent the ‘Occident, is an interesting enterprise in itself that may help counter the West’s dominance of publicly circulating images of difference.“ Nur die Infragestellung der Dichotomie von „Self-Other“ ermögliche die Destabilisierung imperialer Hegemonie. Nicht erst die Critical Whiteness Studies haben auf die Notwendigkeit verwiesen, die eigene Geschichte des Rassismus/Antisemitismus sowie die Verantwortung für koloniale Ausbeutung, Sklaverei und Holocaust zu analysieren. Häufiger jedoch wird deren Existenz ausgeblendet.

„Die positive Selbstbeschreibung benötigt die negative Projektionsfläche, von der sie sich abheben kann. Die Selbstbeschreibung wird dadurch zu einer einfachen, lustvollen und gleichzeitig subtilen Praxis. Weniger lustvoll wäre sie, wenn die Brüche im Selbst zum Thema gemacht würden, wenn die Gewalt, die jede nationale Bestimmung impliziert, benannt würde.“ (Castro Varela 2006: 109)

Die Relevanz dessen, was verschwiegen oder nicht gesagt wird, für das Gesagte zu ermitteln, ist damit ein wesentliches Anliegen Postkolonialer Theorien (Hall 1994, Spivak 2008/1988: 54).

1.2 Identität, Repräsentation und Subalternität⁵

„Der Wunsch, durch Mimikry – durch einen Prozeß von Schreiben und Wiederholung – authentisch zu werden, ist die abschließende Ironie der partiellen Repräsentation.“

Bhabha 2000, 130

Postkoloniale Theorien thematisieren Ursachen für Kolonialismus und Imperialismus und problematisieren den Einfluss der Kolonialzeit und die fortgesetzte Kolonisierung. In diesem Sinne verstehen sie Post-/Kolonialismus nicht als eine historische Epoche, sondern als Machtverhältnis, strukturelle Dominanz und Unterdrückung (Mohanty 1997, Hernández 2008). Eurozentrismus, Rassismus und Maskulinismus spielen für die Aufrechterhaltung dieses Herrschaftsverhältnisses eine wesentliche Rolle. Homi Bhabha (2000) weist jedoch die binäre Logik von „Kolonisator/Kolonisierten“ als zu simpel zurück, die zudem keinen Raum für Widerstand lasse. Homi Bhabha (2000: 126) analysiert mit dem Prozess der Mimikry, wie konstruierte Ähnlichkeiten mit dem „Westen“ befördert, letztlich aber als Herrschaftsmechanismus eingesetzt wurden („almost the same but not quite“). „Er (der „mimic man“, Anmerkung P.P.) ist das Ergebnis einer makelbehafteten kolonialen Mimesis, in der Angliziertsein ganz *ausdrücklich* bedeutet, nicht Engländer zu sein.“ (Bhabha 2000: 129, Hvh.i.O.) Differenz dient in diesem Zusammenhang nicht der Anerkennung von Diversität, sondern stützt Hierarchien ab, die den Zugang zu Ressourcen und Macht bestimmen. Die Mimikry ist nach Bhabha aber zugleich für den Widerstand produktiv, weil sie mit ihrer Ambivalenz die Autorität des kolonialen Diskurses destabilisiert. Die koloniale Ideologie bedarf zur Aufrechterhaltung ihrer Autorität der ständigen Produktion der Differenz, die jedoch gleichzeitig „für ‘normalisierte’ Arten des Wissens und disziplinäre Mächte eine immanente Bedrohung darstellt“ (ebd.: 127). Die Ambivalenz des kolonialen Diskurses zwischen Begehren und Bedrohung erzeugt somit eine produktive Spannung. Aus diesem Grund spielt

5 Der Vielfalt Postkolonialer Theorien kann ich hier nicht gerecht werden. Auch die internen Kontroversen müssen hier zugunsten der Gemeinsamkeiten vernachlässigt werden, um einen kurzen Überblick zu bieten.

die Dekonstruktion hegemonialer Identitätskonstruktionen und ihrer essentialistischen Gestalt eine zentrale Rolle. Postkoloniale Theorien versuchen allgemein, zugeschriebene Identitäten als Produkt historischer Prozesse, als ökonomisch und politisch hergestellt sowie in ihrer Verknüpfung mit bestehenden Herrschaftsverhältnissen aufzuzeigen.

Postkoloniale Theorien kritisieren an (neo-) marxistischen Ansätzen, dass diese Prozesse der Vergeschlechtlichung und Ethnisierung als postkoloniale Machtinstrumente zu wenig berücksichtigten. Unter Rückgriff auf Antonio Gramsci rücken Postkoloniale Theorien „Subalternität“ als neue Kategorie ins Zentrum. „Subalterne“ ersetzen den Begriff des „Proletariats“, den Gramsci im faschistischen Italien nicht verwenden konnte. In „Einige Gesichtspunkte zur Frage des Südens“ erläutert Gramsci ökonomische Fragen und verwendet den Begriff der „Subalternen“ hier jedoch für die überwiegend bäuerliche Bevölkerung des Südens. Nach Spivak (1994/2000: 50, Herv.i.O.) ist das subalterne Subjekt unumstößlich „heterogen und aufgrund des ungleichen Charakters regionaler ökonomischer und sozialer Entwicklungen je nach Gebiet unterschiedlich“. Der Begriff der Subalternen benennt die große Masse der Bevölkerung, die weder wirklich in die Nation integriert ist noch von ihr bzw. in ihr repräsentiert wird. In diesem Kontext stellt sich die Frage, ob und wer Subalterne repräsentieren kann. In ihrem Aufsatz „Can the subaltern speak?“ kritisiert Gayatri Chakravorty Spivak (1994/2008: 28) poststrukturalistische Theorien am Beispiel eines Dialogs zwischen Michel Foucault und Gilles Deleuze dafür, dass sie Repräsentation als Herrschaftsakt kritisieren, ohne jedoch als Intellektuelle mit dieser Tradition zu brechen und ihre eigene Position im Machtgefüge und ihre Verantwortung für die Reproduktion der internationalen Arbeitsteilung zu reflektieren. Die große Geste, die Subalternen für sich selbst sprechen zu lassen, bleibt nach Spivak (1994/2008: 19) in ihren einleitenden Worten somit eine „bedeutungslose Frömmigkeit“. Spivak spricht sich für die Notwendigkeit aus, Subalterne zu vertreten (Castro Varela/Dhawan 2005: 80f) und führt die Unterscheidung zwischen „vertreten“ und „darstellen“ ein. Spivak argumentiert unter Verweis auf die Definitionen von Klasse bei Marx. Auch hier wird selten zwischen zwei verschiedenen Bedeutungen von Klasse unterschieden: Klasse im deskriptiven Sinne (die gleichen Existenzbedingungen) und transformativen Sinne

(die gleichen Interessen erzeugen Gemeinsamkeiten). Repräsentation im politischen Sinn ist Vertretung, im ökonomischen Sinn ist Repräsentation Darstellung. Inszenierung/Repräsentation der Welt im ökonomischen Sinne beeinflusst die Repräsentation im politischen Sinne. Repräsentation besitzt zwei Bedeutungen, wobei die Darstellung die Frage der Vertretung überlagert. Spivak (1994/2008: 37f) fordert dazu auf, „davon Notiz zu nehmen, wie die Inszenierung der Welt in der Repräsentation – die Bühne, auf der sie geschrieben wird, ihre *Darstellung* – die Wahl und das Bedürfnis nach „Helden“, väterlichen Stellvertretern, Agenten der Macht verschleiert – *Vertretung*“.

Es ist nach Spivak sehr wichtig, diese beiden unterschiedlichen Bedeutungen von Repräsentation in der Analyse zu berücksichtigen. Die Frage der Repräsentation ist mit der Möglichkeit von Handlungsfähigkeit und Authentizität eng verknüpft. Postkoloniale Theorien entwickeln im Zuge dessen subversive Konzepte, mit denen sie Homogenisierung und Exklusion unterlaufen und die Möglichkeit widerständiger Praktiken ausloten wollen. Dies ist beispielsweise „Hybridität“ bei Stuart Hall (1994), „New Mestiza“ bei Gloria Anzaldúa (1987), „inaccessible blankness“ bei Gayatri Chakravorty Spivak (1994/2008) oder die Schaffung eines „dritten Raums“ bei Homi Bhabha (2000). Hier wird versucht, der Eindeutigkeit zu entgehen, zugeschriebene Identitäten zurückzuweisen oder neu zu definieren, Widersprüchlichkeiten und Ambivalenzen zu nutzen und auf diese Weise Herrschaft stabilisierende Konzepte und ihre eigenen Widersprüchlichkeiten sichtbar zu machen und zu Fall zu bringen. Nicht selten verstricken sich die AutorInnen dabei in Widersprüche, weil einerseits essentialistische Identitätskonstruktionen dekonstruiert werden, andererseits aber in der Formulierung des gegenhegemonialen Widerstandes wiederauferstehen.

In den Postkolonialen Theorien sind über die Jahrzehnte hinweg massive inhaltliche Veränderungen in den Debatten zu beobachten. So fokussierten Vorläufer postkolonialer Schriften auf die Dichotomie zwischen „Kolonisator/Kolonisierten“ und suchten die Befreiung in einem emanzipativen Dritt-Welt-Nationalismus, der in Zeiten des bestehenden Kolonialismus vielfach die Befreiung von Fremdherrschaft zum Ziel hatte. Das South Asian Studies Collective identifiziert hingegen nationalistische und anti-kolonialistische Bewegungen als Elitenübung und kritisiert ihre Imitation des westlichen kolonialen Staatsmodells, das die Mehrheit

der Bevölkerung (die Subalternen) ignoriere. Dipesh Chakrabarty enthüllt beispielsweise die Komplizität zwischen Imperialismus und Dritt-Welt-Nationalismus in der Universalisierung des Nationalstaats (Castro Varela/Dhawan 2005: 19). Aktuelle Postkoloniale Studien bemühen sich um die Dekonstruktion von Nation als vorherrschendem Narrativ und beschäftigen sich verstärkt mit Fragen der Auswirkungen von Transnationalisierung und Migration (vgl. Gutiérrez Rodríguez 2001; 2004), den verschiedenen Formen des „othering“ sowie seit 9/11 mit Fragen des „othering of Islam“ (Puar 2008). Hier wird vor allem versucht, Fragen der Repräsentationspolitik mit politischer Ökonomie zusammen zu bringen. Jasbir Puar (2008) veranschaulicht, wie die Vereinigten Staaten versuchen, die eigene Fortschrittlichkeit durch ihre scheinbare Offenheit gegenüber Homosexualität hervorzuheben, und so ein rassifiziertes, sexualisiertes Stereotyp des „homophoben Muslim“ stabilisieren. Die rhetorische Inklusion von Homosexualität normalisiert gewaltsame Außenpolitik, ohne jedoch vergeschlechtlichte, rassifizierte, klassenspezifische und heteronormative Staatsbürgerschaftsregime grundlegend aufzuweichen.

1.3 Kritik am „westlich“-liberalen Feminismus

„Beyond sisterhood there are still racism, colonialism, and imperialism!“ *Mohanty 1997: 269*

Auch feministische Theorien haben Stimmen subalternen Frauen und ihre Erfahrungen, die wesentlich bestimmt wurden durch ihre klassenspezifische und ethnische Position, verschwiegen oder durch „othering“ exotisiert. Feministische Ansätze der Postkolonialen Theorien üben massive Kritik am „westlich“-liberalen Feminismus. Chandra Talpade Mohanty (1997) kritisiert, dass liberale Feministinnen die „Third World Woman“ als monolithische Residualkategorie konzipierten. Anhand verschiedener Studien zeigt sie, wie Frauen in Afrika, Lateinamerika und Asien lediglich als Opfer dargestellt und über ihren Objektstatus definiert werden („objectification“). Weiterhin macht sie darauf aufmerksam, dass der Status von Frauen je nach Klasse oder Ethnie variiert:

„Women are constituted as women through the complex interaction between class, culture, religion, and other ideological institutions and frameworks“ (ebd.: 265).

Die dominante feministische Perspektive reduziere Machtverhältnisse auf Geschlechterverhältnisse und eine binäre Opposition zwischen mächtigen Männern und ohnmächtigen Frauen, die weder in dieser Form historisch richtig, noch für die Formulierung von Alternativen und Strategien zur Bekämpfung von Unterdrückung hilfreich sei. Gefordert wird, Unterdrückungsmechanismen nicht zu universalisieren, sondern in ihrem konkreten historischen und kulturell spezifischen Kontext zu analysieren (vgl. Ziai und Habermann in diesem Band).

Weißer, westliche Mittelschichtsfrauen werden vom liberalen Feminismus implizit als Norm gesetzt und die Kategorie „Frauen“ auf diese Weise bereits vor der Analyse als homogene Gruppe identifiziert (Mohanty: 259). Die spezifischen Formen der Unterdrückung verschiedener Frauengruppen können demnach nicht erfasst werden und die Verantwortung weißer Frauen für Unterdrückung, Kolonialismus und Rassismus (vgl. u.a. Mamozai 1989) werden ausgeblendet. *Black Feminists* haben darauf hingewiesen, dass Sexismus und Rassismus verknüpft sind und nur gemeinsam beendet werden können (Hill Collins 2000), da Machtausübung eng an Klassifizierungen gebunden ist. Im Anschluss daran problematisieren Postkoloniale Theorien Identitätskategorien und ihren Zusammenhang mit gesellschaftlichen Machtverhältnissen. Politisches Handeln und Institutionen konstituieren sich durch Differenzsetzung und transformieren oder reproduzieren somit vorherrschende Klassifizierungen und bestehende Ungleichheitslagen. In „Under Western Eyes Revisited“ (2002) verweist Mohanty darauf, dass im Jahr 2002 die Bezeichnung „Nord“ und „Süd“ bessere Begrifflichkeiten darstellen, als „Erste“ und „Dritte“ Welt. Sie bezieht sich hier auf Arif Dirlik, der Nord-Süd nicht geographisch, sondern metaphorisch definiert: Den Norden bezeichnet sie als die Wiege des transnationalen Kapitals und den Süden als die Marginalisierten unabhängig von ihrem geographischen Standort. Die Realität der neoliberalen Restrukturierungsprozesse verlange nun, die Differenzen zwischen Frauen hinten anzustellen, und den Fokus verstärkt auf die Verbindung zwischen lokaler und globaler Ebene zu richten. Selbstkritisch fügt sie hinzu, sie hätte in ihrem ursprünglichen Aufsatz „Under Western Eyes“ (1997) das Partikulare, welches das Allgemeine erkläre, in den Mittelpunkt gestellt. Der aktuelle Transformationsprozess erfordere aber nun, den Zusammenhang, die Beziehung zwischen Partikularem/Lo-

kalem/Differenz und Globalem/Gemeinsamen zu analysieren und gemeinsam gegen den Neoliberalismus vorzugehen. Differenz werde aktuell durch Kommodifizierung und Konsum angeeignet und assimiliert (Mohanty 2002: 505). „Capital as it functions now depends on and exacerbates racist, patriarchal, and heterosexist relations of rule“ (ebd.: 510). Die wesentliche Änderung erscheint mir nicht darin zu liegen, dass Regierungstechniken, von deren Funktionieren die kapitalistischen Strukturen abhängen, rassifizieren, vergeschlechtlichen und eine klassenspezifische Selektivität aufweisen, sondern dass sich die Konstellation der Kategorien Ethnie, Klasse und Gender zueinander in einer Phase der Umstrukturierung befindet, die es zu analysieren gilt.

2. Kritik an den Postkolonialen Theorien

Der Begriff „postkolonial“ suggeriert ein Ende der kolonialen Epoche, will aber gerade ihren Fortbestand thematisieren. McClintock (1997) kritisiert den Begriff als zu zahm, da er das provokativere Adjektiv „neokolonial“ ersetze, damit aber die Mechanismen der fortgesetzten Kolonisierung des Denkens und der Strukturen nur unzureichend benenne. Auch würden die Differenzen zwischen den Erfahrungen der Männer und Frauen in kolonialen und postkolonialen Zeiten als auch jene zwischen Frauen in den Postkolonialen Theorien, die keine feministische Perspektive einnehmen, nicht ausreichend reflektiert. Die Analyse der lokalen Spezifika soll Generalisierungen vermeiden und das Allgemeine erklären helfen, dennoch fällt die Verknüpfung der Ergebnisse der Mikrostudien mit der systemischen Ebene oder einer Sicht auf die globale politische Ökonomie oft nicht hinlänglich aus (vgl. auch Dirlik 1997).

Postkoloniale Theorien konzentrieren sich häufig zu stark auf Fragen der Epistemologie und zu wenig auf den Prozess des „Othering“ als sozialer Praxis und seiner Relevanz für sozio-ökonomische und politische Machtverhältnisse. Postkoloniale Theorien erkennen zwar die Bedeutung der materiellen Basis an, jedoch liegt der Schwerpunkt der Untersuchungen auf der Frage, wie Wissensproduktion Herrschaft reproduziert. Spivak benennt mit ihrem Begriff „Worlding“, den Herrschaftsakt, der durch diskursive Praktiken koloniale Verhältnisse herstellt. „Das Soziale bilde eine Textualität, ein Ergebnis diskursiver intertextueller Praktiken“, so Gutiérrez Rodríguez (2004: 243) unter Bezugnahme auf Spivak.

Hier soll nicht der Umstand gelehrt werden, dass auch kulturelle Praktiken koloniale Herrschaft abstützen (vgl. Fanon 1980; Hall 1994). Obwohl Geschlecht, Klasse und Ethnie als Unterdrückungsmechanismen erkannt und untersucht werden, erhalten die materiellen Effekte von Diskursen, das heißt, wie diese ökonomische Verhältnisse und politisches Handeln strukturieren, weniger Aufmerksamkeit. Selbst Spivak (1988: 168) warnt, dass durch den Fokus auf Identität und Kultur der Ökonomie zu wenig Beachtung geschenkt werde. Postkoloniale Studien entstammen überwiegend der Disziplin der Literaturwissenschaften (auch wenn sie ihre Zugangweise als interdisziplinär ausweisen), wodurch in ihren diskursiven Analysen literarischer Texte ökonomische Strukturen manchmal nur unzureichend über den Kontext eingebunden und erschlossen werden.

„Dass die im Kontext ‘postkolonialer Kritik’ entstandenen Konzepte wie Repräsentation, Subalternität, Text, Textualität, Kontext, Differenz, Identität, Hybridität und Subjektivität gerade die Doppeldeutigkeit, die Ambivalenz und die Vermittlung zwischen materiellen Verhältnissen und diskursiven Machtgeflechten auszuloten intendieren, gerät in der aktuellen Rezeption aus dem Blickfeld.“ (Gutiérrez Rodríguez 2004: 245)

Encarnación Gutiérrez (2001: 46) kritisiert, dass Homi Bhabha zwar die Dichotomie des Selbst und Anderen „zu dekonstruieren versucht, jedoch in der Duallogik der Identität verfangen bleibt“. Um eine umfassende Dekonstruktion imperialer Dynamiken vorzunehmen, muss das Fortwirken von Differenzsetzungen als Unterdrückungsmechanismen gerade durch die spezifische Form ihres Zusammenwirkens, ihrer Verwobenheit sowie ihrer sich gegenseitig abstützenden Konstituierung offen gelegt werden. Heteronormativität, Rassismus, Klassismus und Maskulinismus müssen gemeinsam in den Blick genommen werden, sonst läuft die Forschung Gefahr, essentialistische Identitätspolitik zu reproduzieren (Castro Varela/Dhawan 2005: 125).

So verfolgt beispielsweise die Kritik des *Chicana Feminism* vielfältige Stoßrichtungen (vgl. Anzaldúa 1987): Der Chicano Nationalismus wird für seinen Essentialismus und seine Kontrolle der Chicana Frauen kritisiert, dem US-amerikanischen Feminismus wird seine fehlende Reflexion anderer Unterdrückungszusammenhänge und seine Rolle für die Reproduktion dieser Machtverhältnisse vorgeworfen. An beiden kritisiert der Chicana Feminismus

deren unbewusste Reproduktion von Zweigeschlechtlichkeit (vgl. u.a. Hernández 2008). Dennoch ist auch der Chicana Feminism in der Analyse und Entwicklung seiner Konzepte nicht frei von Essentialismen. Fragen nach der Art und Weise, wie Differenzsetzungen analysiert werden können, ohne dieselben zu reproduzieren, und wie Essentialismen in gegenhegemonialen Repräsentationen vermieden werden können, sind nach wie vor unbeantwortet.

Es bleibt offen, ob die Infragestellung von Dichotomien zur Destabilisierung von Imperien ausreicht. Obwohl Fernando Coronil (1996) selbst als Lösung die Überwindung von Dichotomien vorschlägt, weist er in seinem Artikel an einer Stelle zurecht darauf hin, dass Karl Marx die Macht von Kategorien zwar erkannt hat, aber nach Marx deren Macht nicht allein durch eine Reinterpretation der Welt, sondern durch deren Transformation gebrochen werden könne, „not through an epistemic act but through social revolution: the overcoming of relations of domination“ (Coronil 1996: 75). Da Klassifizierungen, wie wir gesehen haben, hegemoniale Ausbeutungsverhältnisse stabilisieren, könnte es Aufgabe einer Verbindung von Postkolonialer Theorie mit IPÖ sein, den Zusammenhang zwischen beiden noch besser zu erkunden und zu verstehen.

3. Anknüpfungspunkte zwischen Postkolonialen Theorien und IPÖ

„In the context of equal relations, difference would not be cast as Otherness.“

Fernando Coronil 1996: 56

3.1 Wissenschafts- und Herrschaftskritik

Den Postkolonialen Theorien geht es im Kern um eine kritische Hinterfragung des Narrativs der „Moderne“:

Sie „intervenieren in jene ideologischen Diskurse der Moderne, die versuchen, der ungleichmäßigen Entwicklung und den differierenden, oft von Benachteiligung gekennzeichneten Geschichten von Nationen, Ethnien, Gemeinschaften und Völkern eine hegemoniale ‘Normalität’ zu verleihen. Sie formulieren ihre kritischen Revisionen im Umkreis von Fragen der kulturellen Differenz, der sozialen Autorität und der politischen Diskriminierung, um die antagonistischen und ambivalenten Momente innerhalb der ‘Rationalisierungen’ der Moderne bloßzulegen.“ (Bhabha 2000: 255).

An diesem Punkt lassen sich Gemeinsamkeiten in der Stoßrichtung der heterodoxen IPÖ finden, da diese den Ursprung und die Entwicklung hegemonialer Machtkonstellationen analysiert. Stehen in der heterodoxen IPÖ Fragen der Legitimität von Herrschaft im Mittelpunkt (vgl. Bieling 2007: 52f), legen Postkoloniale Theorien die Illegitimität von postkolonialer Herrschaft offen. Ein herrschaftskritischer Zugang ist also beiden Strömungen eigen.

Die heterodoxe IPÖ intendiert, „kritisch-interdisziplinäre Analysekonzepte zum besseren Verständnis globaler Strukturveränderungen zu entwickeln“ und untersucht, „wie sich sozio-ökonomische Transformationsprozesse für unterschiedliche soziale Klassen bzw. Gruppen und Regionen darstellen und wie sich die mit ihnen verbundenen Optionen, Probleme und Interessenslagen in der Zivilgesellschaft und im politischen System artikulieren“ (Bieling 2007: 52f.). Der primäre Fokus Postkolonialer Theorien liegt im Bestreben, Wissensproduktion und Narrative über Moderne, Nation etc. als Herrschaftsakte und als Mechanismen der Stabilisierung (post-)kolonialer Verhältnisse zu entschleiern. Postkoloniale Theorien könnten für die Kontextualisierung ihrer Studien von den Strukturanalysen der IPÖ profitieren. Die IPÖ könnte sich im Gegenzug die wissenschafts- und erkenntnistheoretische Kritik Postkolonialer Theorien zunutze machen, die Theorien und Methoden auf ihren Eurozentrismus und Herrschaftsanspruch bzw. ihre Herrschaft stabilisierende Wirkung hin hinterfragt. Auch die Frage nach dem Zusammenhang von globaler und lokaler Ebene sowie die Frage nach Subjektformationen, in denen Europa als Subjekt über Staat und politische Ökonomie unausgesprochen narrativisiert wird, spielen in den Postkolonialen Theorien eine wesentliche Rolle und könnten für Studien der IPÖ erhellend sein:

„Das Verhältnis zwischen dem globalen Kapitalismus (ökonomische Ausbeutung) und nationalstaatlichen Allianzen (geopolitische Herrschaft) ist dermaßen makrologisch, dass es die mikrologische Textur der Macht nicht erklären kann. Um sich einer solchen Erklärung anzunähern, muss man sich Theorien der Ideologie zuwenden – also Theorien von Subjektformationen, die mikrologisch und in oft unberechenbarer Weise die Interessen betreiben, die zur Verhärtung der Makrologien führen.“ (Spivak 1994/2008: 37)

Der Bedeutung des Post-/Kolonialismus und seiner regionalen Unterschiede zum Trotz besteht in den Internationalen Bezie-

hungen sowie der Internationalen Politischen Ökonomie jedoch die Tendenz, „postkolonial“ oder „Subalterne“ als Residualkategorien für alle außereuropäischen Zusammenhänge zu verwenden, die eine tiefgreifende Beschäftigung mit Post-/Kolonialismus eher verhindern denn ermöglichen. Das Bemühen Postkolonialer Theorien die „Normalisierung“ kolonialer Erfahrungen zu unterlaufen, wird somit konterkariert.

3.2 *Feministische Kritik und Geschlechterperspektive*

Feministische Ansätze in den Postkolonialen Theorien hinterfragen nicht nur die Homogenisierung der Erfahrungen von Frauen durch den „westlich“-liberalen Feminismus, sondern bieten elaborierte Analysen sämtlicher postkolonialer Prozesse aus feministischer Perspektive. Hier könnte es für die IPÖ fruchtbar sein, feministische Postkoloniale Theorien heranzuziehen, um in empirischen Studien der IPÖ diese Prozesse sichtbar zu machen. Denn in der IPÖ fehlt nach wie vor eine ernsthafte Auseinandersetzung und Berücksichtigung von Reproduktions- und unbezahlter Sorgearbeit als grundlegender Basis für Produktions- und Lohnverhältnisse. Spivak (1988), die sich vorwiegend mit der Ausbeutung des weiblichen Körpers beschäftigt, kritisiert an Marx nicht nur, dass seine Theorie eurozentrisch ist, sondern auch, dass er die unbezahlte Arbeit von Frauen als Voraussetzung für Produktionsverhältnisse außer Acht lässt. In diesem Sinne identifiziert sie nicht die Ausbeutung männlicher Arbeitskraft in der Lohnarbeit, sondern den „Körper subalterner Frauen ... (als) Ort der Überausbeutung“ (Castro Varela/Dhawan 2005: 65f). Aus diesem Grunde zeigen sich die feministischen Ansätze der IPÖ besonders anschlussfähig für Postkoloniale Theorien, wie der Ansatz der „triad analytics“ von Spike Peterson (2003: 40), der die reproduktive Ökonomie nicht ignoriert, sondern versucht, Identitäten, Bedeutungssysteme sowie soziale Praktiken/Institutionen und deren Zusammenhang in den Mittelpunkt der Analyse zu stellen (vgl. Ziai/Habermann in diesem Band).

3.3 *Die Rolle des Staates*

Eine wesentliche Schwachstelle postkolonialer Ansätze ist die fehlende Berücksichtigung der Rolle des Staates, beispielsweise in der

Durchsetzung postkolonialer Ordnungen. Um diese Leerstelle zu füllen, helfen vor allem staatstheoretische Ansätze, wie sie unter anderem in der kritischen IPÖ (weiter-)entwickelt wurden. Diese definieren den Staat als soziales Verhältnis, in dem sich instabile Kompromissgleichgewichte herstellen. Der Staat ist aus dieser Sicht nicht Herrschaftsinstrument einer bestimmten, einer herrschenden Klasse, sondern selbst Terrain im Kampf um Hegemonie. Nach Poulantzas (2002) verdichten sich soziale Kämpfe in seinen Institutionen, da soziale Kräfte darum ringen, ihre Interessen in diesen Institutionen auf Dauer zu stellen (vgl. Hirsch/Kannankulam und Brand in diesem Band).

„Mit der Verdichtung sozialer Kräfteverhältnisse ist nicht gemeint, dass der Staat nur deren Ausdruck ist, sondern dass er diese wiederum stabilisiert und durch seine bestehende Materialität hindurch verändert.“ (Brand 2007: 166)

Dennoch haben nicht alle sozialen Gruppen die gleichen Möglichkeiten und Zugang zu den Staatsapparaten. Diese Tatsache nennt Poulantzas (2002) „strukturelle Selektivität“. Bob Jessop erweitert diesen Begriff zur „strategischen Selektivität“ und bringt damit die Privilegierung bestimmter Interessen durch den Staat zum Ausdruck. Das bedeutet, dass soziale Kräftekonstellationen zwischen Klassen, Geschlechtern und Ethnien in den Institutionen eingelassen sind und Institutionalisierung somit selbst ein konfliktreicher Prozess ist. Brand (2007) weist zu Recht darauf hin, dass dieser Prozess nicht nur an politische, sondern auch an sozio-ökonomische Reproduktionsprozesse rückgebunden werden muss. Die strategischen Selektivitäten entstehen aus Vorstellungen über klassen-, geschlechtsspezifische und ethnische Ordnungen und deren Umsetzung. Die von den Postkolonialen Theorien angesprochenen Differenzsetzungen sind somit als materielle Praxis bereits Teil des Prozesses der Verdichtung. Demnach bilden sich im Prozess der materiellen Verdichtung bereits Kategorien/Ordnungen/Wissen heraus, die dann in die Materialität der staatlichen Apparate und ihren Praxen eingelassen sind und sozio-ökonomische Re-/Produktionsverhältnisse und deren Ungleichheitslagen stabilisieren. Somit sind soziale Praxen des „racing“ und „gendering“ (Mary Hawkesworth) Mechanismen der Reproduktion post-/kolonialer Ausbeutungsverhältnisse, deren Materialität sich durch diese Praxen immer wieder neu herstellt. Die Frage, wie im Kampf um Institutionalisierung Klassifizierungen entstehen und diese

dann als materielle Praxen der Differenzsetzung politische und ökonomische Prozesse strukturieren, gerät in den Postkolonialen Theorien mit ihrem Hauptaugenmerk auf Textualität meines Erachtens unzureichend in den Blick und könnte hier von Ansätzen der staatstheoretisch ausgerichteten IPÖ profitieren.

3.4 *Rassistische Selektivitäten des Staates*

Es gibt nicht nur eine klassen- und geschlechtsspezifische Selektivität des Staates (vgl. Sauer 2003, Brand 2007), sondern auch eine rassistische. (Neo-)marxistische Theorien haben oft einem ökonomischen Determinismus das Wort geredet und dabei die Wirkung rassistischer Ideologien auf ökonomische Faktoren vernachlässigt oder ignoriert (vgl. Hall 1994; Wade 2005). Es ist jedoch unerlässlich, die rassistische Basis der gegenwärtigen staatlichen Strukturen und der internationalen Ökonomie zu untersuchen. „Race“ als pseudo-wissenschaftliche aber auch politische Kategorie ist Produkt des Rassismus und nicht umgekehrt. Rassismus war nicht nur konstitutiv für die Entstehung des bürgerlich-kapitalistischen Staates, sondern ist es auch für Transformationsprozesse und Governance-Strukturen heute. Rassismus weist Menschen verschiedene Positionen am Arbeitsmarkt als auch räumliche Orte zu (vgl. Miles 1999: 145). Ökonomische Prozesse können ohne die rassistischen und geschlechtsspezifischen Differenzsetzungen, die ihnen unterliegen, nicht ausreichend erklärt werden. Robert Miles schreibt über den Kolonialstaat:

„Von daher war die Ideologie des Rassismus nicht so sehr eine Legitimation post hoc, um die Verteilung und Beschränkung von Menschen auf bestimmte Positionen innerhalb der Produktionsverhältnisse zu rechtfertigen. Vielmehr hat sie die ökonomischen Verhältnisse direkt und auf besondere Weise strukturiert, um ein räumlich und wirtschaftlich integriertes Produktionssystem hervorzubringen und zu reproduzieren, das in sich eine Verknüpfung von freier und unfreier Arbeit enthielt.“ (Miles 1999: 168)

Doch auch Miles weist darauf hin, dass rassistische Ideologien sowie ihre Verknüpfung mit politischen und ökonomischen Verhältnissen historisch spezifische Formen annehmen, die es zu untersuchen und differenzieren gilt. Wie Paul Gilroy feststellt, hing die Rassenideologie nicht nur mit ökonomischen Sachzwängen, sondern ebenso mit der Philosophie der Regierungsmacht zusammen:

„If the rational irrationalities of raciology are acknowledged as a driving element in the development of both imperial statecraft and modern political theory, this kind of inquiry can be used to dispute conventional conceptions of the relationship between metropolitan state and colonial outpost, between core and periphery. This shift generates a view of the colony as rather more than an extractive commercial operation. No longer merely a settlement, an adventure, an opportunity, a place for self-creation, self-discovery, and a space of death, it can be recognized as a laboratory, a location for experiment and innovation that transformed the exercise of governmental powers at home and configured the institutionalization of imperial knowledge to which the idea of ‘race’ was central“ (Gilroy 2005: 43).

Doch Rassismus läuft auch innerhalb eines Staates den Interessen bestimmter Akteure manchmal zuwider. Die aktuelle Diskussion um Facharbeiterkräfte in Österreich kann hierfür als Beispiel dienen. Die Industriellenvereinigung fordert den Zuzug von FacharbeiterInnen, die in einzelnen Industriezweigen dringend benötigt werden und zeigt sich hier in Einwanderungsfragen sehr offen. Der fremdenfeindliche und rassistische Diskurs rechter Parteien, die sich gegen jegliche Form der Einwanderung wendet, wird aber von der Wirtschaft nicht grundlegend in Frage gestellt. Denn die Illegalisierung von MigrantInnen ermöglicht eine ethnische Schichtung der ArbeiterInnenschaft, die beispielsweise in der Bauindustrie Schwarzarbeit ermöglicht und Löhne drückt.

Eine zentrale Aufgabe der IPÖ sollte sein, die Art und Weise der Verknüpfungen des Rassismus mit politischen und ökonomischen Verhältnissen zu analysieren (vgl. auch Miles 1999: 172). „What is unique about Occidentalism“ schreibt Fernando Coronil (1996: 56) „is not that it mobilizes stereotypical representations of non-Western societies, for the ethnocentric hierarchization of cultural difference is certainly not a Western privilege, but that this privilege is intimately connected to the deployment of global power.“ Klassifizierungen, die kulturelle und ökonomische Differenzen festlegen, strukturieren sozio-ökonomische Verhältnisse und gesellschaftliches Handeln und konstituieren somit postkoloniale Hegemonie und Ungleichheitslagen im Kapitalismus.

3.5 Ein neues Forschungsprogramm: Wie hängen Rassismus, Maskulinismus und Klassismus zusammen?

„What are the concrete effects of global restructuring on the ‘real’ raced, classed, national, sexual bodies of women in the academy, in workplaces, streets, households, cyberspaces, neighbourhoods, prisons, and social movements?“

Mohanty 2002: 525

Dieses Zitat von Chandra Talpade Mohanty verdeutlicht, dass die Erforschung des Zusammenhangs von Geschlecht, Klasse und Ethnie nicht nur zentral für Postkoloniale Theorien ist, sondern auch für Fragen der IPÖ eine entscheidende Rolle spielt: Wie wirken die „durch Ausschließungsprozesse entstandenen relevanten Kategorien“ (Castro Varela 2006: 107) in der Artikulation von Macht und der Errichtung von Herrschaft? Wie werden Regierungshandeln und ökonomische Struktur durch hegemoniale Differenzsetzungen konstituiert? Wie strukturieren Differenzsetzungen über materielle Praxen Regierungshandeln und ökonomische Struktur? Wie verändert sich die internationale Arbeitsteilung? Setzt diese den Prozess der „Subalternisierung“ nicht ungebrochen fort? Was bedeutet es für die IPÖ, Subalterne und ihre Erfahrungen zu berücksichtigen?

Die IPÖ – und damit auch die kritische IPÖ – legt zu wenig Augenmerk auf die Rolle von Maskulinismus, Kolonialismus und Rassismus für die materiellen Strukturen, also die Ausbeutungsverhältnisse, die wesentlich über die Arbeitsteilung (die internationale, aber ebenso die geschlechtsspezifische) und die Produktionsweise ins Werk gesetzt werden. Die aktuelle Debatte um Intersektionalität kann hier erhellend sein. Diese Debatte knüpft an die vor allem von Schwarzen Feministinnen vorgebrachte Kritik an, die Gender, „race“/Ethnie und Klasse als Unterdrückungsmechanismen analysiert und kritisiert (exemplarisch Davis 1981, Hill Collins 2000). In der Erforschung von Intersektionalität werden die Beziehungen innerhalb und zwischen verschiedenen Kategorien (Gender, Ethnie, Klasse, Nation, Religion) in den Blick genommen.

„Instead of simply adding two discrete, mutually exclusive categories to the analysis, the intersectional approach further posits an interac-

tive, mutually constitutive relationship among these categories and the way in which race (and/or ethnicity) and gender (or other relevant identity categories) play a role in the shaping of political institutions, political actors, and the relationship between institutions and actors.“ (Hancock 2005: 76)

Untersuchungsgegenstand von Intersektionalitätsstudien sind daher Ähnlichkeiten und Unterschiede sozialer Ungleichheitslagen, die aufgrund der Art und Weise der Verwobenheit von Gender mit anderen sozialen Kategorien variieren sowie ihre Auswirkungen auf Akteure, Institutionen und Strukturen.⁶ Ein praktisches Beispiel soll dies illustrieren:

In Mexiko wird mit dem Begriff *Mestizaje* eine zentrale politische Debatte benannt, in der Geschlecht, Klasse, Ethnie und Nation miteinander verwoben sind. *Mestizaje* ist im Zusammenhang mit der Konstruktion einer modernen Nation zu verstehen, die der Logik zu Beginn des 20. Jahrhunderts folgend einer nationalen Gemeinschaft und einer gemeinsamen Kultur bedurfte. Intellektuelle wie Politiker waren sich einig, dass es diese Nation noch nicht gab, und somit wurde ihre Konstruktion zu einer der zentralen Aufgaben des postrevolutionären Staates (Gall 2001: 94). *Mestizaje* propagierte im Gegensatz zum wissenschaftlichen Rassismus in Europa die „rassische“ und kulturelle Vermischung als Ziel und Ausdruck mexikanischen Nationalismus. Der *Mestize* wurde zum Prototyp des mexikanischen Staatsbürgers und Symbol der nationalen Einheit, womit gleichzeitig die Dichotomie zwischen Männlichkeit, die das moderne Mexiko repräsentierte, und Weiblichkeit, die die indigene Welt verkörperte, markiert war

6 Die Frage nach der methodologischen Vorgangsweise, um verschiedene Kategorien gemeinsam in den Blick zu nehmen, bleibt hingegen in der Diskussion um Intersektionalität noch weitgehend unbeantwortet. Die Forschung hat sich der Notwendigkeit zu stellen, die Dimensionen für die Analyse zu trennen, da Differenzsetzungen nicht einer einheitlichen Logik folgen (u.a. Hall 1994, Becker-Schmidt 2007), und der empirischen Herausforderung, dass sie jedoch in der Praxis gemeinsam hervorgebracht werden. Es besteht daher in der Tat die Gefahr, die Kategorien durch ihre Verwendung für die Analyse zu reproduzieren und somit den Erkenntnishorizont und die kritische Tiefenschärfe aufgrund der fehlenden Destabilisierung der Kategorien zu begrenzen (vgl. Lorey 2008).

(Ruiz 2001: 152). Versinnbildlicht wurde der Prozess häufig durch die Vereinigung von Hernán Cortés und Malinche⁷:

„Mestizo nationalist constructions cast Malinche and Cortés as racialized and gendered icons of the two halves that together embody the volatile foundation of modern Mexican nationhood, one half female, Indian, and dominated, the other half male, European, and power hungry.“ (Taylor 2006: 818)

Malinche erfährt in diesem Diskurs eine neue Deutung. In älteren Abhandlungen wurde sie häufig als „lengua“ (bedeutet Sprache, aber auch Zunge) konnotiert. Dieses Bild spricht ihr als Übersetzerin sehr viel Macht, Respekt und Anerkennung zu. Erst im Laufe des nationalistischen Diskurses seit Beginn des 20. Jahrhunderts wird sie mit „womb“, als Bauch der Nation assoziiert (Messinger Cypress 2005: 18). Damit wird der Ursprung der Nation mit der Eroberung durch die Spanier angesetzt und Malinche als indigene Frau zum Schweigen gebracht. Die Allegorie macht auch deutlich, dass die bestehenden Binaritäten nicht aufgelöst wurden und an ihre Stelle wirklich etwas Neues tritt, sondern vergeschlechtlichte und ethnische Hierarchien hier für Kategorisierungen disponibel gehalten werden (vgl. u.a. Wade 2005). Auch Olivia Gall (2001) weist darauf hin, dass im Wesentlichen nur die Opposition zwischen „weiß-indigen“ durch „mestizo-indigen“ ersetzt wurde. Die mestizische Identität ist die privilegierte, unmarkierte Identität (undefinierte Norm) (Hernández 2008) und alles davon Abweichende die Anomalie. Dennoch blieb diese Binarität immer auch ambivalent. Erschienen indigene Traditionen einerseits als rückständig und der Modernisierung hinderlich sollte Mexiko andererseits modern sein, ohne jedoch seine indigenen Traditionen zu verlieren. Mestizaje betonte einmal stärker die indigenen, dann wieder stärker die hispanischen Wurzeln (Ruiz 2001, Gall 2001). Dies macht deutlich, dass hier nicht nur die inhaltliche Bestimmung der Nation verhandelt wurde, sondern gleich auch noch das Konzept von Modernität.

7 Malinche, Spanisch Doña Marina genannt, im Nahuatl Malintzin, wurde von ihrer Familie in die Sklaverei verkauft und gemeinsam mit 19 anderen Frauen, als „Geschenk“ an den spanischen Eroberer Cortés übergeben. Da sie Maya, Nahuatl und Spanisch sprach, diente sie Cortés als Übersetzerin. Die Quellenlage über sie ist sehr spärlich, was eine mythische Überformung begünstigte.

4. Ausblick

Der Vorwurf an die Postkolonialen Theorien, dass sie vor allem vergangene koloniale Formationen untersuchen und deren Kontinuität zu stark betonen, ist teilweise Recht zu geben. Analysen aus der Perspektive „Der Westen und der Rest“ greifen heute sicher zu kurz, weil sie den transnationalen Charakter sozio-ökonomischer und politischer Restrukturierungen zu wenig Beachtung schenken. Für das Verständnis gegenwärtiger Transformationsprozesse ist es notwendig, aktuelle Veränderungen in den Differenzsetzungen und deren interdependenten Konstitution zu erfassen. Arbeitsorganisation und Re-/Produktion unterliegen maßgeblichen Veränderungen, deren neue ethnische, geschlechts- und klassenspezifische Organisation sowie deren dazugehörige Klassifizierungen zu untersuchen sind. Auch die Internationalisierung des Staates bringt eine Neukonfiguration geschlechtsspezifischer, ethnischer und klassenspezifischer Ungleichheitsstrukturen, deren Grundlage, nämlich die Geschlechterregime bzw. ethnische Regime sich verändern, aber kein Ende von Rassismus bzw. Sexismus implizieren (Sauer 2003). Diese Diskussionen könnten von der Rezeption bereits vorhandener Analysen der Postkolonialen Theorien sowie der Rassismus- und Kolonialismusforschung sehr profitieren. Die neuen Perspektiven, die sich für die IPÖ damit eröffnen, sind jene auf Eurozentrismus, Rassismus und die konstitutive und strukturierende Bedeutung von ethnischen, klassen- und geschlechtsspezifischen Regimen für die internationale Arbeitsteilung und Produktionsweise.

Literatur

- Altvater, Elmar/Mahnkopf, Birgit (1996): Grenzen der Globalisierung. Ökonomie, Ökologie und Politik in der Weltgesellschaft. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Ashcroft, Bill (1999): *Modernity's First-Born: Latin America and Post-colonial Transformation*. In: De Toro, Alfonso/de Toro, Fernando (Hrsg.): *El debate de la postcolonialidad en Latinoamérica. Una post-modernidad periférica o cambio de paradigma*. Madrid/Frankfurt: Vervuert, 13-29.
- Anzaldúa, Gloria (1987): *Borderland – La Frontera. The New Mestiza*. San Francisco: Aunt Lute.
- Becker-Schmidt, Regina (2007): „Class“, „gender“, „ethnicity“, „race“: Logiken der Differenzsetzung, Verschränkungen von Ungleichheitslagen und gesellschaftliche Strukturierung. In: Klinger, Cornelia/

- Knapp, Gudrun-Axeli/Sauer, Birgit (Hg.): Achsen der Ungleichheit. Frankfurt/New York: Campus, 56-83.
- Bhabha, Homi (2000): Die Verortung der Kultur. Tübingen: Stauffenburg.
- Bieling, Hans-Jürgen (2007): Internationale Politische Ökonomie. Eine Einführung. Wiesbaden: VS.
- Boris, Dieter (2001): Politische Ökonomie Lateinamerikas. Hamburg: VSA.
- (1998): Die sozialen Bewegungen in Lateinamerika. Hamburg: VSA.
- Brand, Ulrich (2007): Die Internationalisierung des Staates als Rekonstitution von Hegemonie. Zur staatstheoretischen Erweiterung Gramscis. In: Buckel, Sonja/Fischer-Lescano, Andreas (Hrsg.): Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis. Baden-Baden: Nomos, 161-180.
- Castro Varela, María do Mar (2006): Postkoloniale feministische Theorie und soziale Gerechtigkeit. In: Degener, Ursula/Rosenzweig, Beate (Hrsg.): Die Neuverhandlung sozialer Gerechtigkeit. Feministische Analysen und Perspektiven. Wiesbaden: VS, 97-114.
- Castro Varela, María do Mar/Dhawan, Nikita (2005): Postkoloniale Theorien. Eine kritische Einführung. Bielefeld: transcript.
- Centeno, Miguel Angel (2000): The Disciplinary Society in Latin America. In: ders./López-Alves, Fernando (eds.): The Other Mirror. Grand Theory Through the Lens of Latin America. Princeton/Oxford: Princeton UP, 291-308.
- Coronil, Fernando (1996): Beyond Occidentalism: Toward Nonimperial Geohistorical Categories. In: Cultural Anthropology 11(1), 51-87.
- Cox, Robert W. (1981): Social Forces, States and World Orders. In: Millennium: Journal of International Studies, 10(2), 126–55.
- Davis, Angela (1981): Women Race and Class. New York: Vintage.
- De Toro, Alfonso/de Toro, Fernando (Hrsg., 1999): El debate de la postcolonialidad en Latinoamérica. Una postmodernidad periférica o cambio de paradigma. Madrid/Frankfurt: Vervuert.
- Dirlik, Arif (1997): The Postcolonial Aura: Third World Criticism in the Age of Global Capitalism. In: McClintock, Anne/Mufti, Aamir/Shohat, Ella (Hrsg.): Dangerous Liaisons. Gender, Nation, and Postcolonial Perspectives. Minneapolis/London: University of Minnesota Press, 501-528.
- Fanon, Frantz (1980): Schwarze Haut, weiße Masken. Frankfurt/M.: Suhrkamp.
- Foucault, Michel (2004): Geschichte der Gouvernementalität. Band 1 und 2. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Gall, Olivia (2001): Estado federal y grupos de poder regionales frente el indigenismo, el mestizaje y el discurso multiculturalista: pasado y presente del racismo en México. In: Debate Feminista, Año 12, Vol. 24, 88-115.

- Gilroy, Paul (2005): *postcolonial melancholia*. New York: Columbia UP.
- González Casanova, Pablo (Hrsg., 2003): *El Estado en América Latina. Teoría y práctica*. México: Siglo XXI (3. Aufl.).
- Gutiérrez Rodríguez, Encarnación (2004): *Postkolonialismus: Subjektivität, Rassismus und Geschlecht*. In: Becker, Ruth/Kortendiek, Beate (Hrsg.): *Handbuch der Frauen- und Geschlechterforschung. Theorien, Methoden, Empirie*. Wiesbaden: VS, 239-247.
- (2001): *Auf der Suche nach dem Identischen in einer „hybriden“ Welt – Über Subjektivität, postkoloniale Kritik, Grenzregime und Metaphern des Seins*. In: Hess, Sabine/Lenz, Ramona (Hrsg.): *Geschlecht und Globalisierung*. Königstein: Ulrike Helmer, 36-55.
- Hall, Stuart (1994): *Rassismus und kulturelle Identität. Ausgewählte Schriften 2*. Hamburg: Argument.
- Hancock, Ange-Marie (2005): *W.E.B. Du Bois: Intellectual Forefather of Intersectionality?* In: *Souls* 7(3-4), 74-84.
- Hauck, Gerhard (2001): *Gesellschaft und Staat in Afrika*. Frankfurt: Brandes & Apsel.
- Hernández Castillo, R. Aida (2008): *On Feminism and Postcolonialism: Reflections South of the Rio Grande*. In: Moraña, Mabel/Dussel, Enrique/Jauregui, Carlos (Hrsg.): *Coloniality at Large. Latin America and the Postcolonial Debate*. Durham/London: Duke UP.
- Hill Collins, Patricia (2000): *Black Feminist Thought*. New York/London: Routledge (2. Aufl.).
- (1999): *Moving Beyond Gender. Intersectionality and Scientific Knowledge*. In: Marx Ferree, Myrna/Lorber, Judith/Hess, Beth (Hrsg.): *Revisioning Gender*. Thousand Oaks/London/New Delhi: Sage, 261-284.
- Hirsch, Joachim/Roth, Roland (1986): *Das neue Gesicht des Kapitalismus. Vom Fordismus zum Postfordismus*. Hamburg: VSA.
- Hirsch, Joachim (1995): *Der nationale Wettbewerbsstaat. Staat, Demokratie und Politik im globalen Kapitalismus*. Berlin: ID-Archiv.
- Jacqui, Alexander/Mohanty, Chandra Talpade (Hrsg., 1997): *Feminist Genealogies, Colonial Legacies, Democratic Futures*. New York/London: Routledge.
- Lorey, Isabel (2008): *Kritik und Kategorie. Zur Begrenzung politischer Praxis durch neuere Theoreme der Intersektionalität, Interdependenz und Kritischen Weißseinsforschung*. In: Alex Demirović (Hrsg.): *Kritik und Materialität, Reihe der Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung, Bd. 1*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Mamozai, Martha (1989): *Schwarze Frau, weiße Herrin. Frauenleben in den deutschen Kolonien*. Hamburg: Rowohlt.
- McClintock, Anne (1997): *„No longer in a Future Heaven“: Gender, Race, and Nationalism*. In: McClintock, Anne/Mufti, Aamir/Shohat, Ella

- (Hrsg.): *Dangerous Liaisons. Gender, Nation & Postcolonial Perspectives*. Minneapolis/London: University of Minnesota Press, 89-112.
- (1995): *Imperial Leather: Race, Gender, and Sexuality in the Colonial Contest*. New York: Routledge.
- Mendoza, Breny (2006): *The Undemocratic Foundations of Democracy: An Enunciation from Postoccidental Latin America*. In: *Signs* 31(4), 932-939.
- Messinger Cypress, Sandra (2005): „Mother“ Malinche and Allegories of Gender, Ethnicity and National Identity in Mexico. In: Romero, Rolando/Harris, Amanda Nolacea (Hrsg.) (2005): *Feminism, Nation and Myth. La Malinche*. Houston: Arte Público Press, 14-27.
- Middlebrook, Kevin (2003): *Confronting Development. Assessing Mexico's Economic and Social Policy Challenges*. Stanford: Stanford UP.
- Miles, Robert (1999): *Rassismus: Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs*. Hamburg: Argument (3. Aufl.).
- Mohanty, Chandra Talpade (1997): *Under Western Eyes: Feminist Scholarship and Colonial Discourses*. In: McClintock, Anne/Mufti, Aamir/Shohat, Ella (Hrsg.): *Dangerous Liaisons. Gender, Nation, and Postcolonial Perspectives*. Minneapolis/London: University of Minnesota Press, 255-277.
- (2002): „Under Western Eyes“ Revisited: Feminist Solidarity through Anticapitalist Struggles. In: *Signs* 28 (2), 499-535.
- Moraña, Mabel/Dussel, Enrique/Jaureguí, Carlos (Hrsg., 2008): *Coloniality at Large. Latin America and the Postcolonial Debate*. Durham/London: Duke UP.
- Morrison, Toni (1994): *Im Dunkeln spielen. Weiße Kultur und literarische Imagination*. Reinbek bei Hamburg: Rowohlt.
- Mosse, George L. (2006/1978): *Die Geschichte des Rassismus in Europa*. Frankfurt/M.: Fischer.
- Peterson, V. Spike (2003): *A Critical Rewriting of Global Political Economy. Integrating reproductive, productive and virtual economies*. London/New York: Routledge.
- Poulantzas, Nicos (2002): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*. Hamburg: VSA.
- Puar, Jasbir (2008): *Terrorist Assemblages: Homonationalism in Queer Times*. Durham: Duke UP.
- Rodríguez Ileana (Hrsg., 2001): *The Latin American Subaltern Studies Reader*. Durham/London: Duke UP.
- Ruiz, Apen (2001): *La india bonita: nación, raza, género en el México revolucionario*. In: *Debate Feminista* 12(24), 142-162.
- Said, Edward (1981): *Orientalismus*. Frankfurt/M.: Ullstein.
- Sauer, Birgit (2003): *Die Internationalisierung von Staatlichkeit. Geschlechterpolitische Perspektiven*. In: *Deutsche Zeitschrift für Philosophie*, 51(4), 621-637.

- (2001): Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte. Frankfurt/New York: Campus Verlag.
- Schutte, Ofelia (2000): Cultural Alterity: Cross-Cultural Communication and Feminist Theory in North-South Contexts. In: Narayan, Uma/Harding, Sandra (Hrsg.): Decentering the Center. Philosophy for a Multicultural, Postcolonial, and Feminist World. Bloomington/Indianapolis: Indiana University Press, 47-66.
- Spivak, Gayatri Chakravorty (1988): In Other Worlds. London/New York: Routledge.
- (1999): A Critique of Postcolonial Reason: Towards a History of the Vanishing Present. Cambridge: Harvard University Press.
- (1994/2008): Can the Subaltern Speak? Postkolonialität und subalterne Artikulation. Wien: Turia + Kant.
- Taylor, Analisa (2006): Malinche and Matriarchal Utopia: Gendered Visions of Indigeneity in Mexico. In: Signs 31(3), 815-840.
- Thomson, Alex (2004): An Introduction to African Politics. London: Routledge (2. Auflage).
- Wade, Peter (1997): Race and Ethnicity in Latin America. London: Pluto Press.
- (2005): Rethinking *Mestizaje*: Ideology and Lived Experience. In: Journal of Latin American Studies. 37 (2), 239-257.

Aram Ziai/Friederike Habermann

Von 'triad analytics' bis 'worldism' Feministische Perspektiven in der IPÖ

Eine kürzlich erschienene Bibliographie zum Thema „Gender in International Political Economy“ listet über 1350 Titel auf (Schwenken/Basten/Becklake 2008). Im Rahmen eines Aufsatzes einen Überblick über feministische Perspektiven in der Internationalen Politischen Ökonomie (IPÖ) zu geben, ist dementsprechend ein hochgradig selektives Unterfangen. Jedoch nehmen längst nicht alle Arbeiten, die Geschlechterverhältnisse thematisieren, eine feministische Perspektive im Sinne einer kritischen Theorie ein, die sich auf die politische Praxis emanzipatorischer Bewegungen bezieht und ihren Zielen verpflichtet sieht (vgl. Fraser 1994: 10). Diesem Vorhaben sollen jedoch unsere eigenen, zum Ende des Artikels skizzierten, Gedanken in Bezug auf eine feministisch-emanzipatorische IPÖ nicht auf Geschlechterverhältnisse beschränkt bleiben, sondern rassistische und andere Herrschaftsverhältnisse ebenfalls berücksichtigen.

Zunächst beschäftigen wir uns mit der Frage der Notwendigkeit explizit feministischer Perspektiven in der IPÖ. Anschließend geben wir Beispiele empirisch-analytischer feministischer Arbeiten, bevor wir verschiedene innovative feministische Konzepte und Methoden reflektieren. Der Aufsatz schließt mit einem Ausblick, indem wir argumentieren, dass die Verbindung von neo-gramscianischen hegemonietheoretischen Überlegungen mit (post-)feministischen und postkolonialen Ansätzen die Schwächen gegenwärtiger kritischer IPÖ überwindet, und ein praktisches Analysewerkzeug für Prozesse der Internationalen Politischen Ökonomie liefert.

1. Ausschlüsse in Theorie und Praxis

Die „Achse der Ungleichheit“ (Klinger/Knapp/Sauer 2007) ist offensichtlich und bekannt: Entlang heteronormativer Geschlech-

terzuschreibungen verlaufen die Trennungen von politischer Öffentlichkeit und „unpolitischer“ Privatheit, von „produktiver“ Erwerbsarbeit und unvergüteter Sorgearbeit (für die manche Menschen aufgrund ihrer angeblich „natürlichen“ Rolle als prädestiniert definiert wurden), von aggressiven Kämpfern und sanftmütigen Schutzbedürftigen, usw. In der Globalisierung kommt es dabei zu Verschiebungen: So werden Reproduktionstätigkeiten heute bei jenen, die es sich leisten können, häufig auf MigrantInnen verlagert, und teilweise die „weibliche“ durch die ethnisierte „natürliche Eignung“ für Hausarbeit ersetzt (vgl. u.a. Anderson 2000). Der *homo oeconomicus* – mit einigen *soft skills* angereichert – gilt heute auch für Frauen als hegemoniales Ideal, ohne sie gleichzeitig aus ihren traditionellen Rollenzuschreibungen zu entlassen (vgl. Habermann 2008). Denn trotz dieser Verschiebungen zwischen „sex, race & class“ lösen sich strukturelle Ungleichheiten nicht einfach auf, viele verstärken sich sogar. Um das Paradox in den Worten von Isabella Bakker zu zitieren: „We are witnessing, concurrently, intensification and an erosion of gender“ (Bakker 2003: 81).

Wogegen sie sich schon vor fünfzehn Jahren wandte, ist das „strategic silence“ in der IPÖ (Bakker 1994): Entwicklungen in der globalen Ökonomie seien alles andere als geschlechtsneutral. Dennoch erhalten diese Zusammenhänge in vielen Theorien bis heute wenig bis gar keine Aufmerksamkeit. So ist beispielsweise Naila Kabeer (1994: 135) beizupflichten, wenn sie schreibt: „neoclassical economists have succeeded in drawing a veil over the power dimension“. Doch wie sieht es bei den sich als kritisch verstehenden Ansätzen in der Internationalen Politischen Ökonomie aus?

Aufgrund ihrer Hinterfragung einer positivistischen Wissenschaftstheorie, der Betonung der sozialen Konstruktion von Interessen und Identitäten und ihrer Sensibilität gegenüber in Kategorien sedimentierten Machtverhältnissen ist der kritischen IPÖ oft eine gewisse Affinität oder Nähe zu feministischen bescheinigt worden. Ist es doch eine ihrer zentralen Thesen, dass die Behauptung der vermeintlichen Universalität, Neutralität und Objektivität von wissenschaftlichen Theorien deren soziopolitische historische Verortung, mithin ihre Subjektivität und Interessengebundenheit ausblendet. Dabei wird sich oftmals auf das Diktum von Robert Cox berufen: „Theory is always *for* someone and *for* some purpose. All theories have a perspective. Perspectives derive

from a position in time and space, specifically social and political time and space.“ (1981: 87, Hvh.i.O.)

Christina Waylen (2006) ist dieser These in einer Studie nachgegangen. Sie kommt zu dem Schluss, dass ungeachtet einer gelegentlichen positiven Bezugnahme auf feministische AutorInnen die Mehrzahl der Arbeiten, die sich aus kritischer Perspektive mit der globalen politischen Ökonomie beschäftigt, geschlechtsneutral vorgeht. Die Minderheit, die dies nicht tue, thematisiere die Rolle von Frauen lediglich auf eine additive Weise („add women and stir“): Meist werde entweder auf die besonderen Auswirkungen von Globalisierungsprozessen auf Frauen hingewiesen, wobei diese als homogene Kategorie und passive Opfer dargestellt würden; oder Frauen würden zwar als aktive Subjekte wahrgenommen, aber lediglich in Form von Frauenbewegungen, die sich gegen diese Auswirkungen engagierten.

„Therefore even those critical analysts who think that they are using gender as an analytical category, are actually only talking about the role of women as actors in one context. What is more, this very restricted usage allows them to argue mistakenly that gender analysis is primarily counter-hegemonic. ... few, if any, studies take on the much more difficult task of examining how the processes and structures associated with globalisation are gendered.“ (Waylen 2006: 151)

Die konstitutive Rolle von Geschlechterverhältnissen für Prozesse und Kategorien der globalen politischen Ökonomie bleibe unterbelichtet. Hieran anknüpfend ist auf Petersons (2003: 14) Unterscheidung zwischen Geschlecht einerseits als eine empirische, andererseits aber als eine analytische Kategorie zu verweisen, wobei letztere die Privilegierung von Maskulinität (nicht notwendigerweise von Männern) und die damit verbundene Naturalisierung von Machtverhältnissen untersucht. Darüber hinaus beleuchtet ein solcher Fokus auch, wie Geschlechteridentitäten sich ständig verändernd (re-)produziert werden, wie also Identitäten und gesellschaftlicher Kontext (und somit Hegemonien) nicht unabhängig voneinander gedacht werden können (vgl. Habermann 2008).

Glücklicherweise existieren jedoch sowohl im Bereich der Internationalen Beziehungen (IB) als auch in dem der Ökonomie mittlerweile zahlreiche Studien, die diese blinden Flecke traditioneller Sichtweisen erhellen und sich mit den geschlechterpolitischen Ausschlüssen in Theorie und Praxis befassen. Im folgenden Abschnitt werden wir anhand einiger Autorinnen beispielhaft

geschlechtliche Arbeitsteilungen in der Globalisierung darstellen und die Erkenntnisse daraufhin befragen, inwieweit feministische Arbeiten zur ökonomischen Globalisierung dem Anspruch, über eine rein beschreibende Funktion hinaus Geschlecht als analytische Kategorie zu verstehen, gerecht werden.

2. Globalisierung und ökonomische Restrukturierung

Gender als analytische Kategorie in der IPÖ und speziell der internationalen Arbeitsteilung ernst zu nehmen bedeutet, auch Globalisierung nicht nur als einen an sich geschlechtsneutralen Prozess mit geschlechterspezifischen Auswirkungen zu verstehen, sondern die geschlechterpolitische Konstituierung zu diskutieren.

In diesem Sinne vertritt Marianne Marchand (2006) die These, dass die Darstellung des Globalen bzw. der Globalisierungsprozesse maskulin geprägt ist und der Neuformulierung einer hegemonialen Maskulinität dient. Damit meint sie, dass Globalisierung als abstrakter, universeller Prozess außerhalb des Wirkungsbereichs von Individuen konzipiert wird, der in seiner zentralen Arena (die globalen Finanzmärkte) die als männlich definierten Tugenden der Wachsamkeit, Risikobereitschaft, Entschlossenheit und des Konkurrenzdenkens als zum Überleben in einer feindlichen Umwelt erforderlich konzipiert („new entrepreneurial frontier masculinity“). Darüber hinaus macht Marchand darauf aufmerksam, dass das Funktionieren der globalen Finanzmärkte auch von einer in den Darstellungen unterschlagenen feminisierten Dienstleistungsökonomie abhängt, konkret z.B. von den Reinigungskräften in den Hochhäusern der Global Players.

Ähnlich weist Brigitte Young (2005) darauf hin, dass die von den Prozessen in der Globalisierung primär profitierende globale Managerelite zwar fast ausschließlich männlich ist, die marginalisierten Gruppen jedoch keinesfalls entlang von Geschlechterlinien konstituiert werden, sondern aufgrund eines Mangels an (wiederrum eher maskulinen) Eigenschaften: an Flexibilität, Humankapital und technologischer Anpassungsfähigkeit. Dieser Mangel ist zwar oftmals mit zeitintensiver Sorgearbeit für Kinder und alte Menschen verbunden, die GlobalisierungsverliererInnen sind jedoch auch oft bestimmte Gruppen von Männern (2005: 1).

Youngs These ist, dass die neoliberale Restrukturierung des Kapitalismus mit einer Veränderung der Geschlechterordnung ein-

hergeht. Sie identifiziert vier Tendenzen: Erstens die Erodierung des Familienernährermodells (männlicher Alleinverdiener) durch die zunehmende Integration von Frauen in den Arbeitsmarkt und das Verschwinden von gut bezahlten Normalarbeitsverhältnissen. Zweitens die Informalisierung von Arbeitsverhältnissen, die in zunehmendem Maße die Kombination von formellen, informellen und haushaltsinternen bzw. Subsistenz-Tätigkeiten mit sich bringt und die Grenze zwischen Öffentlichkeit und Privatheit neu konfiguriert. Drittens die zunehmende Polarisierung innerhalb der Gruppe der Frauen. Junge, gut ausgebildete und flexible weibliche Arbeitskräfte haben größere Karrierechancen als früher. In diesem Kontext kommt es zur Herausbildung einer neuen internationalen Arbeitsteilung auf der Ebene des Haushalts: Die reproduktiven Tätigkeiten im Haushalt von beruflich erfolgreichen Frauen werden in der Regel nicht von Männern, sondern von Frauen anderer klassenspezifischer, nationaler und/oder ethnischer Herkunft übernommen. Viertens die Reprivatisierung sozialer Reproduktion im Rahmen der Krise des Sozialstaats. Der Abbau wohlfahrtsstaatlicher Errungenschaften betrifft Frauen in dreierlei Hinsicht besonders negativ. Zum einen werden nach dem Abbau von öffentlichen Leistungen im sozialen und Gesundheitssektor reproduktive Tätigkeiten wie die Betreuung von Kranken, Alten und Kindern wieder überwiegend von Frauen übernommen. Zum anderen werden diese Frauen dadurch auch der Möglichkeit einer eigenen Karriere beraubt. Und schließlich sind Frauen bei den Jobs im sozialen Sektor weit überproportional vertreten, demzufolge auch überproportional durch Stellenstreichungen in diesem Sektor betroffen. Die Auflösung der wohlfahrtsstaatlichen Geschlechterordnung ist also aus feministischer Sicht trotz der besseren beruflichen Chancen für Frauen keinesfalls uneingeschränkt als positiv zu betrachten (vgl. Young 2005).

Deutlich wird jedoch, dass bei dieser Verschiebung der primäre Fokus auf den industrialisierten Staaten der OECD-Welt liegt. Kimberly Chang und Lily Ling (2000) untersuchen die Globalisierungsprozesse anhand der philippinischen Hausmädchen in Hongkong. Sie problematisieren die Repräsentation von Globalisierungsprozessen – das Lokale wird vom westlich und maskulin geprägten Globalen durchdrungen – und kritisieren die fehlende Berücksichtigung von Interaktion und Hybridität zwischen den beiden Ebenen. Als ausgeblendete Kehrseite der globalen Restruk-

turierung der Wirtschaft identifizieren sie eine globalisierte feminisierte Dienstleistungsökonomie (samt einer sie verklärenden Ideologie) und einen als Komplizen fungierenden patriarchalen Staat.

Auch Anna Agathangelou (2004) konstatiert in ihrer Studie zu Migrantinnen im Dienstleistungssektor in Zypern, Griechenland und der Türkei, dass sie ähnlichen Stereotypen ausgesetzt und dementsprechend oft auf bestimmte Wirtschaftssektoren festgelegt sind. Auch hier wird deutlich, dass ökonomische Prozesse ohne die Berücksichtigung der Konstruktion von *race* und *gender* nur unvollständig verstanden werden können.

Am Beispiel des Sextourismus bringt dies Cynthia Enloe auf den Punkt:

„To succeed, sex tourism requires Third World women to be economically desperate enough to enter prostitution; having done so it is made difficult to leave. The other side of the equation requires men from affluent societies to imagine certain women, usually women of colour, to be more available and submissive than the women in their own countries. Finally, the industry depends on an alliance between local governments in search of foreign currency and local and foreign business men willing to invest in sexualized travel.“ (Enloe 1990: 36f)

Erst durch das Zusammenspiel von materiellen Bedingungen und ethnisierten Geschlechterbildern wird dieser Wirtschaftszweig ermöglicht.

Eine ähnliche Konstellation findet sich seit Anbeginn bei der Untersuchung der Weltmarktfabriken in den Exportproduktionszonen (EPZ) der Peripherie, den sog. Maquiladoras (vgl. im Folgenden Elson/Pearson 1981, siehe auch Fernandez-Kelly 1984 und Lim 1983). Die große Mehrheit der dort Beschäftigten sind junge, unverheiratete Frauen. Als Grund dafür wird in der Regel auf ihre niedrigeren Löhne und ihre höhere Produktivität verwiesen. Erstere werden dabei mit der unqualifizierten Tätigkeit und dem geringeren Einkommensbedarf aufgrund ihres „sekundären Status“ im Arbeitsmarkt erklärt, letztere durch ihre geschickten Hände („nimble fingers“) und ihr fügsames Wesen („docile character“). Unterschlagen wird dabei, dass dieses Geschick für manuelle Arbeit, insbesondere Nähen, Resultat von jahrelangem Training ist; dass der sekundäre Status als „Dazuverdienerin“ nicht den Realitäten entspricht; dass das fügsame Wesen in den Fabriken durch Drohungen und Sanktionen erzwungen wird; und dass die Defini-

tion der Tätigkeit als unqualifiziert weniger aus den tatsächlichen Arbeitsabläufen als aus der geschlechtsspezifischen Stigmatisierung der ArbeiterInnen herrührt.

Ebenso wie die Weltmarktfabriken sind auch die Strukturpassungsprogramme (SAP) von IWF und Weltbank zu einem Sinnbild für die ökonomische Restrukturierung der Peripherie geworden. Der auf zahlreichen Länderstudien aufbauende Sammelband von Pamela Sparr (1994) kommt diesbezüglich zu folgenden Ergebnissen: Die mit den SAP verbundenen Maßnahmen (Währungsabwertung, Exportförderung, Kürzungen im Sozialbereich, Aufhebung von Preiskontrollen, Abschaffung von Subventionen, Privatisierungen öffentlicher Güter, Lohnbegrenzungen und Zinserhöhungen) haben zwar z.T. zu besseren Verdienstmöglichkeiten für manche Frauen geführt, für viele andere aber zu gestiegener Arbeitslosigkeit, und insbesondere zu erhöhtem Aufwand an unbezahlter oder informeller Arbeit sowie einer schlechteren Einkommens-, Ernährungs- und Gesundheitssituation.

Ähnliche Auswirkungen konstatiert Diane Elson hinsichtlich der Finanzkrise in Südostasien 1997/98. Die Lasten des wirtschaftlichen Zusammenbruchs wurden ihr zufolge überproportional von Frauen getragen „who provide the unpaid care that keeps families and communities going“ (2002: 29), indem sie den Ausfall öffentlicher Güter durch unbezahlte und den Wegfall von Einkommen im formellen Sektor durch Tätigkeiten im informellen Sektor zu kompensieren versuchten.

In den vorgestellten Beispielen wird Geschlecht durchaus als analytische, nicht primär als empirische Kategorie angewandt. In produktiver Weise wird die Verflechtung von materiellen Bedingungen und Prozessen mit Vorstellungen über Geschlechterrollen und -identitäten hervorgehoben und dabei z.T. auch auf den *gender-bias* bestimmter Kategorien eingegangen.

Dennoch lässt sich festhalten, dass es in diesen Beispielen eher um die Ergänzung bestehender Forschung in der IPÖ ging. Entsprechend werden wir im Folgenden einige innovative feministische Konzepte und Methoden zur IPÖ vorstellen.

3. Feministische Konzepte und Methoden in der IPÖ

Bei einer näheren Betrachtung der feministischen Arbeiten im Bereich der Internationalen Politischen Ökonomie sind folgende

Gemeinsamkeiten zu konstatieren: *Erstens* bilden konkrete Erfahrungen von Frauen in der Regel den Ausgangspunkt der Theoriebildung. *Zweitens* liegt dementsprechend ein Schwerpunkt auf qualitativen gegenüber quantitativen Vorgehensweisen. *Drittens* führt der häufige Fokus auf die Konstruktion von Geschlechteridentitäten zu einer Distanz gegenüber einem positivistischen Wissenschaftsverständnis.

Die Art und Weise, wie das Zusammenspiel von materiellen Bedingungen und Geschlechter(bilder)n theoretisch erfasst wird, ist dabei sehr unterschiedlich. Einige Arbeiten im Bereich der Internationalen Politischen Ökonomie haben versucht, diese metatheoretischen und methodischen Gemeinsamkeiten zu reflektieren und spezifisch feministische Epistemologien, Ontologien und Methoden zu formulieren. Diese Ansätze – von Tickner, Peterson, Sylvester und Agathangelou/Ling – stehen im Mittelpunkt des Interesses dieses Abschnitts.

Ann Tickner reagiert mit ihrem Aufsatz *Gender in International Relations* (2005) auf die Forderung von Robert Keohane, ein wissenschaftliches feministisches Forschungsprogramm solle auf empirisch überprüfbareren Hypothesen über kausale Zusammenhänge aufbauen. Tickner argumentiert, dass produktive feministische Forschung sich einer Methodenvielfalt bedient, die ethnographisch, statistisch, diskursanalytisch, kulturvergleichend oder auch einzelfallbezogen arbeiten kann, und identifiziert vier methodologische Richtlinien dieser Forschungsrichtung:

„a deep concern with which research questions get asked and why; the goal of designing research that is useful to women (and also to men) and is both less biased and more universal than conventional research; the centrality of questions of reflexivity and the subjectivity of the researcher; and a commitment to knowledge as emancipation“ (ebd.: 4).

Diese überwiegend zusammenhängenden Postulate sind allerdings bei näherer Betrachtung nicht unbedingt ein Alleinstellungsmerkmal feministischer Ansätze, was auch Tickner zugibt. Ein solches sei allerdings „a commitment to asking feminist questions“ – eine lehrbuchmäßige Tautologie – „and building knowledge from women's lives“ (ebd.). Die spezifisch feministischen Fragen sind laut Tickner solche nach den Gründen für eine Benachteiligung von Frauen gegenüber Männern in politischer, sozialer und ökonomischer Hinsicht.

Die Zurückweisung einer Beschränkung auf kausale Beziehungen zwischen gegebenen Entitäten rechtfertigt Tickner mit dem Verweis auf die Unterschlagung von geschlechterspezifischen Machtbeziehungen, die in derartigen Analysen nur allzu oft feststellbar sei. Eine feministische Ontologie müsste ihr zufolge auf durch historisch ungleiche gesellschaftliche, politische und ökonomische Strukturen konstituierte soziale Beziehungen aufbauen (ebd.: 6). Quantitative Forschung sei für feministische Fragen nur beschränkt geeignet, denn „there are no measures to gauge social pressures associated with gendered role expectations that keep women from certain employment opportunities or out of positions of political power“ (ebd.: 16). Derartige Machtbeziehungen seien schwer quantifizierbar.

Festzuhalten im Hinblick auf die methodologischen Richtlinien ist vor allem der Anspruch eines „weniger verzerrten“ Wissens. Hier bekennt sich Tickner epistemologisch zum Standpunkt-feminismus – „Feminists also claim that knowledge based on the standpoint of women’s lives, particularly marginalized women, leads to more robust objectivity“ (ebd.: 8). Anknüpfend an Sandra Harding argumentiert sie, dass das Bekenntnis zum subjektiven Element in der eigenen Forschung zu deren höherer Objektivität beitrage. Demzufolge finde feministische Forschung entgegen den Forderungen Keohanes außerhalb eines positivistischen Wissenschaftsverständnisses statt, und dies ist Tickner zufolge keinesfalls als Mangel zu bewerten.

Spike Peterson hat ihrem „Critical Rewriting of Global Political Economy“ (2003) ein ausführliches und reflektiertes Theoriekapitel vorangestellt. In ihrer Kritik am positivistischen Wissenschaftsverständnis ist sie mit Tickner weitgehend einer Meinung, formuliert diese aber fundierter und präziser:

„positivist/empiricist orientations presuppose categorical separations of subject-object, fact-value and theory-practice. The binary logic of these foundational dichotomies underpins western philosophy and presupposes an ‘objective reality’ that constitutes an ahistorical matrix or ‘grounding’ for knowledge claims that is independent of subjectivity. Positivist dichotomies differentiate concepts both oppositionally (as mutually exclusive and essentialized – that is, prediscursive, presocial – categories) and hierarchically (privileging the first term over the second); they fuel knowledge claims that are problematically reductionist, ahistorical, and noncritical. Interpretivists reject this binary logic and the referential view of language as a neutral tool or

medium in which symbols/signs simply refer to 'objective' phenomena. Instead, they view language, knowledge, and power as mutually constituting such that objective and subjective are necessarily inextricable" (ebd.: 177, Fn 1).

Diese implizit an Michel Foucault und Jacques Derrida orientierte poststrukturalistische Sichtweise lässt sie kein „objektiveres Wissen“ für die feministischen Ansätze in Anspruch nehmen, gleichzeitig aber bemängelt sie die scheinbare Objektivität positivistischer nichtfeministischer Darstellungen der „Realität“. Diese kritisiert sie nicht aufgrund ihrer Falschheit, sondern aufgrund ihrer Beschränkungen und politischen Implikationen (ebd.: 43).

An methodischen Innovationen hat Peterson darüber hinaus zwei Konzepte anzubieten: „RPV framing“ und „triad analytics“. Ersteres will reproduktive, produktive und virtuelle Ökonomien miteinander in Beziehung setzen; es verdeutlicht, dass im Bereich der Ökonomie verschiedene (und verschieden entlohnte) Arten der Tätigkeit miteinander verflochten sind:

„In essence, the RPV framing brings the conceptual and material dimension of 'social reproduction', non-wage labor, and informalization *into relation with* the familiar but increasingly global, flexibilized, information-based and service-oriented 'productive economy' as well as with the less familiar but increasingly consequential 'virtual economy' of financial markets, commodified knowledge, and the exchange less of goods than of signs.“ (ebd.: 38, Herv.i.O.)

Mit dem zweiten Konzept, „triad analytics“, meint Peterson eine Analyse, welche

„posits identities (subjectivity, self-formation), meaning systems (symbols, discourse, ideologies) and social practices/institutions (actions, social structures) as *co-constituting* dimensions of social realities... Stated simply, the triad insists of integrating 'who we are', 'how we think' and 'what we do.'“ (ebd.: 40, Herv.i.O.)

Dies kann als die Umsetzung des auch von Tickner erhobenen Postulats einer relationalen Ontologie gelten, also einer Weltsicht, die im Hinblick auf die Beschaffenheit der Welt Beziehungen und Verhältnisse in den Mittelpunkt stellt, und weniger statische Objekte im Sinne unveränderlicher Akteure und Strukturen.

Christine Sylvester (2002) hat mit ihrer „empathischen Kooperation“ ebenfalls einen Vorschlag für eine spezifisch feministische Methode im Bereich der Internationalen Politischen Ökonomie vorgelegt. Trotz einer Zurückweisung der epistemologischen An-

sprüche eines Standpunktfeminismus führt sie „the possibility of less biased, less partial understandings of the world“ (ebd.: 246) als Gründe für feministische Theoriebildung an, um dann fortzufahren:

„Perhaps women’s daily activities, assignments, and maybe even ways of knowing and being ... could fill in gaps in knowledge created through the never impartial gaze of science. Perhaps notions of objectivity could be renegotiated as characteristics of the social context of the researcher, rather than remain the artifact left when we separate ontology from epistemology, the knower from the known, the dailiness of the private sector, where people called women are said to dwell, from the rational exemplar of proper science ‘out there.’“ (ebd.)

Dies entspricht weitgehend den methodischen Vorschlägen der bekennenden Standpunktfeministin Tickner. Sylvester postuliert dazu: „Feminist standpoint and postmodernist epistemologies are borders to each other, but they also ooze and leak“ (ebd.: 255) – also auch hier eine metatheoretisch kohärente Absage an Dichotomien.

Die Beschreibung von empathischer Kooperation als feministischer Methode bleibt bei Sylvester eher vage. Im Unterschied zu einer selbstbezogenen „Sympathie“ stelle Empathie eine Art des Zuhörens dar, welche die unterschiedlichen gehörten Stimmen zu einer Destabilisierung der eigenen Identitäten und ihrer potenziellen Multiplizierung verwende. Kooperation, in Sylvesters Sinn, sei

„a process of negotiation that (real) theorists join because they have taken on board (rather than strategically calculated) enough of the texture of marginalized identities that their self-identity with canonical knowledge is disturbed and must be renegotiated by enlarging the social scope of interpretation.“ (ebd.: 257)

Letzten Endes geht es ihr um eine Wissensgenerierung, die immer mehr multiple Identitäten und Weltbilder als Ausgangspunkte nimmt, ohne sie auf der Grundlage des Bekannten zu vereinnahmen und zu vereinheitlichen bzw. „auf Linie zu bringen“. Dabei verwahrt sich Sylvester gegen den Vorwurf des Relativismus und unterstreicht den Aspekt des Dialogs und der Aushandlung zwischen konfliktiven oder inkompatiblen Sichtweisen, ohne jedoch den Maßstab dafür auszuweisen.

Als letzter konzeptioneller Vorschlag wird das postkolonial-feministische Modell des Worldism von Agathangelou und Ling (2004) skizziert. Es geht ebenfalls von sozialen Beziehungen als Grundmodell aus und wird wie folgt beschrieben:

„Worldism acknowledges the existence of multiple worlds while registering, at the same time, their constant, mutual 'reverberation' and (re) construction. ... Worldism aims to allow negotiation across difference in the building of communities. Towards this end, Worldism asks: What is the problem, according to whom, and why?“ (ebd.: 22)

Agathangelou und Ling konzipieren Worldism als Gegenmodell zum traditionellen, kolonial und patriarchal geprägten positivistischen Theoriemodell der Internationalen Beziehungen („House of IR“) mit seiner Fokussierung auf Macht und Interessen, legitimen und illegitimen Ansprüchen, normativen Urteilen und Hierarchisierungen und seiner vermeintlichen Neutralität, die hauptsächlich Machtbeziehungen vernebele (ebd.: 34-36).

Grundlage des Worldism seien folgende „epistemological commitments“:

„1) intersubjectivity, defined as institutionalized social structures that emerge through the labor of agents in relation to other agents; 2) agency, which 'reverberates' with Others in a constant process of creating, articulating, and becoming; 3) identity, whose abstract subjectivity (e.g. notions of Self) emerges from materiality (e.g. the body) and the social relations of production that produce it; 4) critical syncretic engagement, which fosters exploration and experimentation at the interstices of multiple worlds where conflict and contestation most pressure the need for negotiation, adaptation, and reformulation; and 5) accountability, which stems from the Self's inescapability from the Other.“ (ebd.: 42; Herv.i.O.)

Diese fünf Prinzipien werden direkt jenen des „House of IR“ entgegengestellt: Souveränität, Hierarchie, Normalität, Legitimität und Macht. Diese stützten die Identität des „Cosmo Man“ als Verkörperung der durch die Grenzziehungen von „race, gender, class and culture in IR“ gesicherten Privilegien, während öffentlich durchaus „Multikultur“ begrüßt werde. „Put differently, the house gives white, bourgeois patriarchy the tools to rebuild itself“. (ebd. 36)

Auch die neo-gramscianische IPÖ sowie andere kritische oder postpositivistische Ansätze begrenzten sich auf westliches Gedanken- und Kulturgut. Worldism dagegen „directly integrates non-Western epistemologies and ontologies into theory-building and political activism.“ (ebd.: 45) Mit Bezug auf Mahatma Ghandis „oceanic circle“ stellen Agathangelou und Ling eine „oceanic connectedness“ ins Zentrum ihrer Theorie. Die Absage an positivistische Ideale von Objektivität und Neutralität könnte kaum offensichtlicher sein.

Es ist deutlich geworden, dass die feministischen Ansätze in der Internationalen Politischen Ökonomie eine Reihe an Konzepten und Methoden bieten. Uns erscheint zum einen Petersons Ansatz aufgrund seiner Mehrdimensionalität, Systematik und Handhabbarkeit vielversprechend, gerade im Hinblick auf die schwerer greifbaren Konzepte von Sylvester oder Agathangelou/Ling. Allerdings erhält bei Peterson die Verwendung von Gender als analytischer Kategorie ein problematisches Übergewicht. Peterson zufolge ist Gender auch zentral für das Verständnis anderer Herrschaftssysteme. Gleichzeitig essentialisiert sie Geschlechter:

„The point here is that diverse hierarchies are *linked and ideologically „naturalized“ by denigration of the feminine*. I.o.w., casting the subordinate as feminine – lacking agency, control, reason, skills, or culture – devalorizes not only women but also racially, culturally, or economically marginalized men. ... Viewed analytically, the naturalization of women’s oppression – taking gender hierarchy as ‘given’ rather than historically, politically constructed – *serves as the model for depoliticizing exploitation more generally*, whether of groups or of nature.“ (Peterson 2003: 14, 36, Herv.i.O.)

So sehr die gleichzeitige Berücksichtigung verschiedener Herrschaftsverhältnisse sowie ihrer Verflechtung zu begrüßen ist, so befremdet der hier schon fast „hauptwiderspruchsartige“ Stellenwert der Kategorie Gender. Es besteht die Gefahr, der an marxistischen Theorien von Feministinnen kritisierten Überbetonung des einen Aspekts die Überbetonung eines anderen entgegen zu stellen. Angemessener erscheint uns ein Verständnis von Herrschaftsverhältnissen als im Wechselverhältnis entstanden und untrennbar miteinander verknüpft, wie es u.a. Anne McClintock formuliert: „they come into existence *in and through* relation to each other – if in contradictory and conflictual ways. In this sense, gender, race and class can be called articulated categories“ (McClintock 1995: 5).

In diesem Sinne argumentieren auch Agathangelou und Ling mit ihrem Konzept des „worldism“, das versucht, feministische, postkoloniale und poststrukturalistische Kritiken und Erkenntnisse aufzunehmen. Dass ihr Ansatz zunächst keine direkte Operationalisierung vorgibt, kann auch positiv gefasst werden: Ihr Grundgedanke – Konzepte wie Macht, Grenzen, Sicherheit oder Wohlstand zu untersuchen und in Frage zu stellen und dabei „race, class, gender, and culture“ stets mitzudenken (vgl. Agathangelou 2004: 149) – kann in die eigene kritische Theorie übernommen

werden, ohne dabei die eingeschlagene Theorierichtung aufgeben zu müssen. Umgekehrt bieten sich spannende Anschlüsse an neo-gramscianische oder gouvernementalitätstheoretische Überlegungen geradezu an.

Das besondere dieser Ansätze liegt darin, die Verflechtung verschiedener Herrschaftsverhältnisse mit Identitäten und Diskursen/Praktiken sowie Ökonomien herauszuarbeiten. Allerdings bleiben sämtliche genannte Ansätze auf unterschiedliche Arten unbefriedigend. Die einen decken das „Avalon“ der klassischen IPÖ auf – die versteckten Rollenbilder ebenso wie die unsichtbare Arbeit von Frauen bzw. ethnisierten Identitäten –, verbleiben dabei jedoch bei speziellen, wiederkehrenden Themen: den speziellen Lasten der Frauen durch Umweltzerstörung, Strukturanpassungsprogramme, Finanzkrisen oder Krieg sowie die Ausbeutung in Weltmarktfabriken und in der Dienstleistungsökonomie inkl. Sextourismus. Die anderen distanzieren sich von den positivistischen Implikationen sowohl von realistischen als auch von neo-marxistischen Theorien, bleiben aber sehr unkonkret in ihrer analytischen Alternative.

Wir plädieren dafür, die oben bereits erwähnte epistemologische Nähe von neo-gramscianischen und feministischen Ansätzen ernst zu nehmen, da erstere das Erfassen der Vielfalt von Kräfteverhältnissen grundsätzlich ermöglichen und damit einen praktikablen Analyserahmen bieten.

Fazit: Man nehme ...

Trotz unserer Überzeugung einer grundsätzlichen Eignung sind für uns noch einige analytische Kritiken an neo-gramscianischen Ansätzen zentral, die über die oben von Christina Waylen benannte unzureichende Behandlung von Gender hinausgehen. Dies sind Kritiken, die sich aus einer positivistischen Lesart des Hegemoniebegriffs ergeben.

So droht die Stärke des Begriffs der Hegemonie verloren zu gehen: Während dieser das Erfassen von Kräfteverhältnissen ermöglichen soll, wird die Vielfalt der Antagonismen und Interessenskonflikten nicht betrachtet, deren Entstehung und Artikulation in den Kämpfen bleibt außen vor. Die Übernahme des binären, ontologischen Klassenverständnisses und das damit verbundene Nullsummenspiel der Hegemonialwerdung (entweder die Bourgeoisie

oder die Arbeiter sind an der Macht) beinhaltet nicht nur, dass die Interessen der sowie die Klassen selbst im wesentlichen vorgegeben sind (vgl. Scherrer 1997: 171). Darüber hinaus ergibt sich ein Verständnis von Macht als kohärent und einseitig. Letztlich droht eine Reproduktion des alten Basis-Überbau-Schemas sowie, durch die absolute Machtzuschreibung einer kapitalistischen Elite in Umbruchsituationen, eine verschwörungstheoretische Verkürzung. Daraus folgt: Diese eine, einseitige Macht unterwirft Subjekte, die als machtlos verstanden werden.

All dies ergibt sich nicht zuletzt daraus, dass die Frage nach dem Subjekt unbefriedigend beantwortet bleibt. Es wird entweder Althusser's Subjekt als Träger von Funktionen oder das einheitliche, geschlossene Subjekt der Aufklärung zugrunde gelegt, welches auf einer Auffassung der menschlichen Person als vollkommen zentriertes und vereinheitlichtes Individuum basiert, welches mit Vernunft, Bewusstsein und Handlungsfähigkeit ausgestattet ist. Diese mit dem funktionalistischen bzw. geschlossenen Subjektbegriff verbundene Vernachlässigung des Identitätsaspekts bringt jene analytische Vernachlässigung der Antagonismen jenseits von Kapital und Arbeit mit sich. Zwar wird formuliert, es handele sich bei diesen nicht um Nebenwidersprüche, da der Kapitalismus ohne sie nicht existieren könne. Es wird ihnen auch nicht ihre gesellschaftliche Bedeutung abgesprochen. Doch in der Analyse selbst bleiben rassistisch bzw. sexistisch motivierte Kämpfe um Hegemonie unbeachtet, sämtliche Dynamik wird aus der kapitalistischen Produktionsweise erklärt. Entsprechend werden Identitäten als unabhängig von gesellschaftlichen Entwicklungen dargestellt, und damit als essentialistisch gegeben aufgefasst.

Wir gehen davon aus, dass Hegemonie in ihren Ausformungen von Kapitalismus, Rassismus oder Sexismus tagtäglich und überall (auch) reproduziert wird. Das Ringen um Hegemonie findet nicht nur als Ausdruck kapitalistischer Verhältnisse statt, sondern tendenziell in allen Sphären der Gesellschaft und zwischen allen Formen von Identitäten. Damit gibt es keine Hierarchisierung der einzelnen Gesellschaftsbereiche oder (kollektiver) Subjekte wie beispielsweise der Arbeiterklasse, und Privilegien lassen sich nicht auf Vorteile durch die Mehrwertproduktion reduzieren. Die Beispiele des Sex-tourismus oder der Dienstmädchenindustrie zeigen, dass auch der Zugriff auf den (weiblichen) Körper, eine angenehme Arbeitsteilung oder schlicht das Gefühl, privilegiert zu sein, dazu gehören.

Hegemonie kann aber immer nur *als* Identität erreicht werden: Das Streben nach Hegemonie impliziert stets die Abgrenzung einer Identität zu einer oder mehreren anderen – hegemonisierten – Identität(en). Identitäten sind – wie sich auch bei der historischen Betrachtung der wesentlichen Entwicklungslinien von *sex* und *race* zeigen lässt – nicht unabhängig von gesellschaftlichen Strukturen zu denken. Dabei bestehen Identitäten immer in Relation zueinander. Im gesellschaftlichen Prozess des Ringens um Hegemonie und Emanzipation werden aber nicht nur Identitäten und damit (kontingent) gebundene Interessen (re-)produziert, sondern auch der gesellschaftliche Kontext.

Letztlich verweist der undifferenzierte Umgang mit Antagonismen und Interessenskonflikten in der neo-gramscianischen Literatur auf ein verkürztes Verständnis von Diskurs als herrschender Ideologie. Damit verliert sich die Mikroebene aus den Augen – das heißt das Denken und das Handeln der Subjekte, und wie dies globale Hegemonien beeinflusst.

Ähnlich kritisiert Ngai-Ling Sum (2008), neo-gramscianische IPÖ im Sinne dessen Begründers Robert Cox „tends towards economism“. Selbst Versuche mit dem Anspruch, Ökonomismus zu überwinden, wie von Stephen Gill – welcher den foucaultschen Begriff der Disziplin in seine Analysen des Neoliberalismus mit einbezieht (1995) – untersuchten nicht die Mikro-Machttechnologien.

Als Grundlage bezieht sich Sum auf die von ihr und Bob Jessop entwickelte neo-gramscianische „cultural IPE“ (Jessop/Sum 2006). Einer ihrer zentralen Ausgangspunkte ist die mögliche Koexistenz von Hegemonie und Gegenhegemonie in der Zivilgesellschaft, und damit die Frage, wie Diskurse auf unterschiedlichen institutionellen Ebenen zwischen der Herstellung und der Herausforderung von Hegemonien vermitteln. Erfolgreiche hegemoniale Projekte schlossen stets die Privilegierung einiger Identitäten und Interessen über andere ein, und marginalisierten so die Identitäten und Interessen der anderen. Die mit der Weltordnung verbundenen Praktiken repräsentierten eine dominante Weltansicht, welche mit strukturellen Ungleichheiten in Bezug auf *race*, *class*, *gender* und *place* einhergehe. Diese Codes und Praktiken würden als universaler Alltagsverstand durch gemeinsame Arten zu denken, zu sprechen und zu handeln naturalisiert. Durch diese sich gegenseitig befruchtende Reziprozität über verschiedene Ebenen und Räume hinweg werde Macht produktiv.

Sum beschreibt ihren Ansatz zum einen mit dem Begriff „*integral world economic order*“, womit sie im Detail die politischen, ökonomischen und kulturellen Beziehungen zwischen Diskursen und Praktiken der Produktionsweise sowie der Zivilgesellschaft meint. Zum anderen charakterisiert sie ihren Ansatz als „gramscianizing Foucault“. Für Foucault, dessen Interesse sich auf die Mikroebene des Alltagslebens bezieht, forme diskursive Macht das Subjekt, doch dieses erscheine selten als Akteur. Er untersuche – umgekehrt wie Gramsci und seine Schüler – das Wie, aber nicht das Warum. Stattdessen könne die Herstellung von Hegemonien als Amalgam von diskursiven und materiellen Prozessen auf verschiedenen Ebenen verstanden werden. Hegemonie entstehe aufgrund unzähliger „molekularer Phasen“ und Interaktionen, welche unzählig oft wiederholt würden. Diese Prozesse der Objektformation und der Wissensproduktion über diese Objekte re-definierten Identitäten und Interessen als beispielsweise *rational economic investor*, *flexible worker*, *happy consumer* oder auch *ethical corporation*. Hegemonie sei damit ein fließender und komplexer Mix von Ideen aus verschiedenen Quellen und auf unterschiedlichen Ebenen.

Doch letztlich legt auch Sum nicht dar, wie die Verbindung der Mikro- und Makroebene analytisch untersucht werden kann. Um es gleich zu sagen: Wir werden dies hier auch nicht liefern. Anders als Sum jedoch, die dem post-marxistischen Ansatz von Ernesto Laclau und Chantal Mouffe vorwirft, sich in Sprachspielen zu verlieren, und Diskurse von Praktiken analytisch trennt, sind wir der Überzeugung, dass ein poststrukturalistischer Ansatz hilfreich ist, um das Zusammenspiel von Subjekt und gesellschaftlichem Kontext zu verstehen.

In diesem Sinne untersucht das Autorenpaar J.K. Gibson-Graham, welches u.a. die Werke *The End of Capitalism (As We Knew It)* von 1996 und *A Postcapitalist Politics* von 2006 veröffentlicht hat, wie Politische Ökonomie mit den Techniken der Queertheorie aufgebrochen werden kann: durch einen Prozess der Dekonstruktion die im hegemonialen Alltagsverstand verankerte Alternativlosigkeit von Kapitalismus aufzulösen, indem dessen Negation „Anti-Kapitalismus“ von Singularität befreit wird, „becoming a multitude of specific economic activities and relations“ (2006: xxxiv). Dass „a politics of collective action“ notwendig ist, „to bring those seeds to fruition, to bring possibility into the next state of being, or even to keep it alive as possibility“ verweist auf die

in unserem Text einleitend referierte Definition von Nancy Fraser von kritischer Theorie als auf die politische Praxis emanzipatorischer Bewegungen bezogen und deren Zielen verpflichtet.

Für eine Internationale Politische Ökonomie wesentlich ist natürlich die Dekonstruktion der Entität von Nationen, spätestens seit Benedikt Andersons Werk „Imagined Communities“ (1983). Dass Nationen konstruiert sind, ist für kritische Wissenschaft heute zwar mindestens so ein Allgemeinplatz wie in Bezug auf Geschlechter, aber auch hier gilt es, die gleichen Fallen zu vermeiden: es nicht nur abzunicken, sondern analytisch mit einzubeziehen. Wenn es sich nicht um eine historische Forschung handelt, dann muss dies immer auch mitdenken, was ein Aufbrechen dieser Entitäten bedeuten würde, welcher emanzipatorische Gewinn daraus erwachsen könnte, und wo die Möglichkeiten hierfür liegen könnten.

Der Zusammenhang von Identitäten mit den von uns bewohnten und gelebten Räumen sollte im Zentrum feministischer IPE stehen. Mit Michel Foucault gesprochen heißt das,

„dass das politische, ethische, soziale und philosophische Problem, das sich uns heute stellt, nicht darin liegt, das Individuum vom Staat und dessen Institutionen zu befreien, sondern uns sowohl vom Staat als auch vom Typ der Individualisierung, der mit ihm verbunden ist, zu befreien. Wir müssen neue Formen der Subjektivität zustandebringen, indem wir die Art von Individualität, die man uns jahrelang auferlegt hat, zurückweisen“ (Foucault 1982: 250).

Unser Plädoyer für eine feministische Erweiterung der Hegemonietheorie muss nicht bedeuten, ausschließlich auf dieser Grundlage zu arbeiten. Wesentliches Moment muss aber bleiben, Zusammenhänge nicht zu „Auswirkungen auf“ zu verkürzen. Kritische IPÖ, ob sie sich als explizit feministisch versteht oder nicht, sollte über die Einbeziehung von Geschlecht als empirischer Kategorie hinausgehen, und Geschlecht wie auch andere als Identitäten ausgedrückte Herrschaftsverhältnisse als analytische Kategorien stets mitdenken. Selbst die Einbeziehung der Konstruktion von Identitäten durch Strukturen kann nicht ausreichen, wenn nicht durch die aufgezeigte Verbindung von Subjekten und Strukturen diese als historisch miteinander verwoben entstanden, und als im gemeinsamen Werden veränderbar aufgezeigt werden. Es geht um die Berücksichtigung der Verwobenheit von Herrschaftsbeziehungen, und dass Theorien immer in der Gefahr stehen, Hegemonien widerzuspiegeln und zu reproduzieren. Insofern ist eine Einbeziehung der hier aufgezeigten

Aspekte in Theorien der Internationalen Politischen Ökonomie überfällig. Auch in der Globalisierung wird deutlich, wie die Ausformung von Interessen und Identitäten mit bewusstem und unbewusstem Streben nach Hegemonie und Emanzipation verbunden ist. Dieser Prozess – wie globale Hegemonien sich quer über die verschiedenen Herrschaftsverhältnisse herausbilden, verdichtet auf unterschiedlichen institutionellen Ebenen, sich in Alltagspraxen widerspiegelnd und aus ihnen erwachsend, stets sich wandelnd und doch zählebzig in Strukturen verharrend – ist ein Forschungsfeld, das noch intensiver Ausarbeitung bedarf.

Literatur

- Agathangelou, Anna M. (2004): 'Sexing' globalization in international relations: migrant sex and domestic workers in Cyprus, Greece and Turkey. In: Chowdhry, Geeta/Nair, Sheila (Hg.): *Power, Postcolonialism and International Relations. Reading Race, Gender and Class*; London: Routledge, 142-169.
- Agathangelou, Anna M./Ling, L. H. M. (2004): *The House of IR: From Family Power to the Poisies of Worldism*. In: *International Studies Review* 6, 21-49.
- Anderson, Bridget (2000): *Doing the Dirty Work? The Global Politics of Domestic Labour*; London/New York: Zedbooks.
- Bakker, Isabella (1994): *The Strategic Silence. Gender and Economic Policy*; London: Zed Books.
- (2002): *Who Built the Pyramids? Engendering the New International Economic and Financial Architecture*. In: *femina politica* 1/2002, 13-25.
- (2003): *Neo-liberal Governance and the Re-Privatization of Social Reproduction: Social Provisioning and Shifting Gender Orders*. In: Bakker/Gill, Stephen (Hrsg.): *Power, Production and Social Reproduction. Human In/security in the Global Political Economy*; Houndmills: Palgrave Macmillan, 66-82.
- Chang, Kimberly A./Ling, L.H.M. (2000): *Globalization and its intimate other: Filipina domestic workers in Hong Kong*. In: Marchand, Marianne H./Runyan, Anne Sisson (Hrsg.): *Gender and Global Restructuring: Sightings, Sites and Resistances*; London: Routledge. 27-43.
- Cox, Robert (1981): *Social forces, states, and world orders: beyond international relations theory*. In: ders. (Hrsg.): *Approaches to World Order*; Cambridge: Cambridge University Press, 85-123.
- Elson, Diane (1993): *Feministische Ansätze in der Entwicklungsökonomie*. In: *Prokla* Nr. 93, 529-550.

- (2002): The International Financial Architecture: A View from the Kitchen. In: *Femina Politica* 11 (1), 26-37.
- Elson, Diane/Pearson, Ruth (1981): The Subordination of Women and the Internationalization of Factory Production. In: Visvanathan, Nalini/Duggan, Lynn/Nisonoff, Laurie/Wiegersam, Nan (Hrsg.): *The Women, Gender & Development Reader*; London: Zed Books, 191-203.
- Enloe, Cynthia (1990): *Bananas, Beaches and Bases. Making feminist sense of international politics*, Berkeley: University of California Press.
- (1993): *The Morning After. Sexual Politics at the End of the Cold War*; Berkeley: University of California Press.
- (2000): *Maneuvers. The International Politics of Militarizing Women's Lives*; Berkeley: University of California Press.
- (2004): *The Curious Feminist. Searching for Women in a New Age of Empire*; Berkeley: University of California Press.
- Fernandez-Kelly, Maria Patricia (1984): *Maquiladoras: The View from the Inside*. In: Visvanathan, Nalini/Duggan, Lynn/Nisonoff, Laurie/Wiegersam, Nan (Hrsg.): *The Women, Gender & Development Reader*; London: Zed Books, 203-216.
- Fraser, Nancy (1994): *Widerspenstige Praktiken. Macht, Diskurs, Geschlecht*; Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Gibson-Graham, J.K (1996): *The end of capitalism as we knew it*; Minnesota: University of Minnesota Press 2006.
- (2006): *A Postcapitalist Politics*; Minneapolis: University of Minnesota Press.
- Habermann, Friederike (2008): *Der homo oeconomicus und das Andere. Hegemonie, Identität und Emanzipation*; Baden-Baden: Nomos.
- Harders, Cilja/Jaehrling, Karen/Knorr, Simone/Schindler, Delia/Slomski, Birgit/Zwingel, Susanne (2000): 'Das Private ist international'. *Feministische Ansätze in den Internationalen Beziehungen*. In: *Femina Politica* 1/2000, 17-25.
- Harders, Cilja/Roß, Bettina (Hrsg., 2002): *Geschlechterverhältnisse in Krieg und Frieden. Perspektiven der feministischen Analyse internationaler Beziehungen*; Opladen: Leske + Budrich.
- Jessop, Bob/Sum, Ngai-Ling (2006): *Towards a Cultural International Political Economy: Poststructuralism and the Italian School*, in: Goede, Marieke de (Hrsg.): *International Political Economy and Poststructural Politics*; Houndsmill: Palgrave, 157-176.
- Kabeer, Naila (1994): *Reversed Realities. Gender Hierarchies in Development Thought*; London: Verso.
- Klinger, Cornelia/Knapp, Gudrun Axeli/Sauer, Birgit (Hrsg., 2007): *Achsen der Ungleichheit. Zum Verhältnis von Klasse, Geschlecht und Ethnizität*; Frankfurt am Main: Campus.
- Lim, Linda Y.C. (1983): *Capitalism, Imperialism and Patriarchy: The Dilemma of Third World Women Workers in Multinational Facto-*

- ries, in: Visvanathan, Nalini/Duggan, Lynn/Nisonoff, Laurie/Wiegersam, Nan (Hrsg.): *The Women, Gender & Development Reader*; London: Zed Books, 216-230.
- Manske, Alexandra/Young, Brigitte (2002): *Engendering der Makroökonomie: Eine Einleitung*. In: *femina politica* 1/2002, 9-12.
- Marchand, Marianne (2006): *Gendered Representations of the 'Global': Reading/Writing Globalization*. In: Stubbs, Richard/Underhill, Geoffrey R.D. (Hrsg.): *Political Economy and the Changing Global Order*; 3rd ed., Oxford: Oxford University Press, 260-271.
- McClintock, Anne (1995): *Imperial Leather: Race, Gender and Sexuality in the Colonial Conquest*; New York/London: Routledge.
- Peterson, V. Spike (2003): *A Critical Rewriting of Global Political Economy. Integrating reproductive, productive and virtual economies*; London: Routledge.
- Peterson, V. Spike/Runyan, Anne Sisson (1999): *Global Gender Issues*; Boulder, CO: Westview Press.
- Ruppert, Uta (1998): *Lokal bewegen – global verhandeln. Internationale Politik und Geschlecht*; Frankfurt am Main: Campus.
- (2000): *Material, relational, global. Feministische Theorie und Praxis internationaler Politik*. In: *femina politica* 1/2000, 25-37.
- Schwenken, Helen/Basten, Anna/Becklake, Sarah (2007): *Bibliography Gender in International Political Economy*, incl. Update No. 1, im Internet unter http://www.garnet-eu.org/fileadmin/documents/news/2007-12-18%20GIPE_Bibliography_complete+update1.pdf.
- Sparr, Pamela (Hrsg., 1994): *Mortgaging Women's Lives. Feminist Critiques of Structural Adjustment*; London: Zed Books.
- Ngai-Ling Sum (2008): *From 'Integral State' to 'Integral World Economic Order': Toward A Neo-Gramscian Cultural International Political Economy*, EU Framework 6 DEMOLOGOS Project Workpackage 1 (<http://demologos.ncl.ac.uk/wp/wp1/disc.php> and – locked website; for access please contact Ngai-Ling Sum at Lancaster University, Department of Politics and International Relations).
- Sylvester, Christine (1994): *Feminist Theory and International Relations in a Postmodern Era*; Cambridge: Cambridge University Press.
- (2002): *Empathic cooperation: a feminist method for IR*. In: *dies.: Feminist International Relations – an Unfinished Journey*; Cambridge: Cambridge University Press, 242-265.
- Tickner, J. Ann (1992): *Gender in International Relations. Feminist Perspectives on Achieving Global Security*; New York: Columbia University Press.
- Visvanathan, Nalini/Duggan, Lynn/Nisonoff, Laurie/Wiegersam, Nan (Hrsg., 1997): *The Women, Gender & Development Reader*; London: Zed Books.

- Waylen, Georgina (2006): „You still don't understand: why troubled engagements continue between feminists and (critical) IPE“. In: *Review of International Studies* 32, 145-164.
- Whitworth, Sandra (1994): *Feminism and International Relations. Towards a Political Economy of Gender in Interstate and Non-Governmental Institutions*; Basingstoke: Macmillan.
- (2006): *Theory and exclusion: gender, masculinity and international political economy*. In: Stubbs, Richard/Underhill, Geoffrey R.D. (Hrsg.): *Political Economy and the Changing Global Order*; 3. ed., Oxford: Oxford University Press, 88-99.
- Young, Brigitte (1998): *Genderregime und Staat in der globalen Netzwerkökonomie*. In: *Prokla* Nr. 111, 175-198.
- (2005): *Globalization and Shifting Gender Governance Order(s)*. In: *SoWi-Online* (2/2005); im Internet unter www.sowi-onlinejournal.de/2005-2/globalization_young.htm.
- Ziai, Aram (2004): *Imperiale Repräsentationen. Vom kolonialen zum Entwicklungsdiskurs*. In: ders.: *Zwischen Global Governance und Post-Development. Entwicklungspolitik aus diskursanalytischer Perspektive*; Münster: Westfälisches Dampfboot, 33-41.
- (2007): *Post-positivistische Metatheorie und Forschung in den Internationalen Beziehungen: neo-gramscianische, feministische und poststrukturalistische Ansätze im Vergleich*, Paper für die Tagung des Arbeitskreises „Soziologie Internationaler Beziehungen“ der DVPW (November 2007 in Berlin), bislang unveröffentlicht.

Bernd Röttger

Gramsci, Gewerkschaften und kritische IPÖ Formbestimmungen und Formwandel des Klassenkonflikts

„Als die kritische Theorie der Gesellschaft entstand, war sie mit real vorhandenen (objektiven und subjektiven) Kräften in der bestehenden Gesellschaft konfrontiert, die sich in Richtung auf vernünftigeren und freiere Institutionen bewegten... Sie waren der empirische Boden, auf dem die Theorie sich erhob, und von diesem empirischen Boden leitete sich die Idee der Befreiung der *inhärenten* Möglichkeiten her... Ohne den Aufweis solcher Kräfte wäre die Gesellschaftskritik zwar noch gültig, aber außerstande, ihre Rationalität in die Begriffe der geschichtlichen Praxis zu übersetzen.“

Marcuse 1967: 265

Die unentwerrbare Verfilzung von Globalisierung des Kapitals und Neoliberalisierung der Gesellschaften hat die Entstehung einer neuen internationalen politischen Ökonomie (IPÖ) bewirkt. Basisinstitutionen des fordistischen Kapitalismus sind unterspült worden: die über die im Bretton-Woods-System ermöglichten nationalen Sozial- und Wohlfahrtsstaaten sowie die in den „keynesianischen Staaten“ organisierten Klassenkompromisse, in denen Gewerkschaften zu „institutionellen Mächten“ aufstiegen, erodieren genauso, wie die regulativen Institutionen der industriellen Beziehungen. Bastionen gewerkschaftlicher Organisationsmacht in der „großen Industrie“ sind in dem Maße geschleift worden, wie die transnationale Restrukturierung des Kapitals mit der Ausweitung neuer Formen abhängiger Arbeit voranschritt.

Das eigentümliche Ausblenden der „Gewerkschaftsfrage“ aus kritischen Ansätzen der IPÖ

Dass diese erneute Konstitution des Kapitals zur „konzentrierten gesellschaftlichen Macht“ (MEW 16: 196) im ohnehin schon immer asymmetrischen Kräfteverhältnisse von Lohnarbeit und Kapital in den positivistisch-affirmativen Ansätzen der IPÖ eher tot geschwiegen wird, verwundert kaum: in einer „unkritischen Anbetung der Fakten des jeweiligen Tages“ (Abendroth 1972: 385) werden neue Weltmarktconstellationen zu nicht mehr zu hinterfragenden Bestimmungsfaktoren gesellschaftlicher und politischer Anpassungsnotwendigkeiten. Neomarxistische Ansätze, die – anknüpfend an Gramscis Konzept von Hegemonie – nicht nur Herrschaft in der kapitalistischen Weltökonomie entschlüsseln, sondern auch alternative Entwicklungsoptionen aufspüren wollen, dürften dieser „Leerstelle“ jedoch nicht aufsitzen.

Umso eigentümlicher ist es, dass auch hier Gewerkschaften als Gegenmächte des Kapitals kaum vorkommen. Zwar bildet das Konzept der sozialen Klasse „theoretisch“ ein unverzichtbares Element der Analyse: Klassen „as the factor mediating between production on the one hand and the state on the other. The building and desintegration of historical blocs is the process whereby class formation can transform both states and organization of production“ (Cox 1987: 356). Der Vorteil einer klassentheoretisch gestützten Kritik wird sogar darin gesehen, eine historisch-dialektische Perspektive gegenüber einem vorrangigen Standpunkt der Reproduktion immer wieder stark machen zu können (ebd.: 358). Das hauptsächliche Erkenntnisinteresse der neogramscianischen IPÖ richtet sich aber auf die Konstitution der herrschenden Klassen zu einem transnationalen Machtblock (exemplarisch: van der Pijl 1984), während Kämpfe der Subalternen eher ausgeblendet bleiben¹. Das theoretische Programm bleibt in diesem Punkt schlicht uneingelöst.

1 Ausnahmen bestätigen hier eher die Regel: Empirische Untersuchungen, die den Zusammenhang von fordistischer Massenproduktion und US-amerikanischer Weltmacht untersuchen (Rupert 1995), den Klassencharakter des europäischen Integrationsprozesses enthüllen (Bieler/Morton 2001) oder Solidarisierungsprozesse in der kapitalistischen Globalisierung aufspüren wollen (Bieler/Lindberg/Pillay 2008) kommen natürlich nicht ohne die Thematisierung

Der diesen Ansatz repräsentierende Sammelband von Gill (1993) kommt sogar komplett ohne die Thematisierung von Gewerkschaften aus. Ansonsten führen sie in den Theorien eher eine randständige Existenz: als Kräfte, die in der Epoche von Fordismus und „embedded liberalism“ den Kampf um die Kontrolle der Produktion aufgeben (Gill/Law 1988: 51), sich aber zugleich zu anerkannten „forces of production“ (ebd.: 55) konstituieren, die eine transnationale Regulation von Arbeitsstandards versuchen (ebd.: 217f.). Gill interpretiert bereits die im Regime von Bretton Woods realisierten Internationalisierungstendenzen der Produktion als Prozess der Transformation des „internationalen“ in einen „transnationalen historischen Block“, „in dem die Gewerkschaften praktisch marginalisiert worden sind“ (2000: 40). Die Globalisierung des Kapitalverhältnisses besorgt schließlich den Rest: Gewerkschaften sehen sich nun mit einer Kraft konfrontiert, die „the weakening of the cohesion and power of the labour movements“ weiter vorantreibt (Cox 1995: 40).

Wie man es auch dreht und wendet: Gewerkschaften, in denen sich die materiellen Interessen der subalternen Klassen organisierte Gestalt geben, bleiben in solchen theoretischen Konzeptionen „auch künftig im wesentlichen auf eine bloße Objektfunktion im geschichtlichen Prozess beschränkt“ (Abendroth 1972: 392). Potenziale der Neuverknüpfung emanzipatorischer Theorie und Praxis – gerade unter den Bedingungen krisenhafter Zuspitzungen des Kapitalismus – bleiben unentfaltet. Aus diesem Grund plädiere ich für die Reformulierung kritischer IPÖ in einer Perspektive, die die Arbeiterklassen, ihre Organisationen und ihre Politik in den Fokus der Analyse zurückholt – der Devise folgend „bringing trade unions back in“.

Die folgenden Ausführungen spüren den wechselseitigen Bedingungsverhältnissen von IPÖ des Kapitalismus und gewerkschaftlicher Praxis nach. Dazu werden historisch unterscheidbare Formen des Klassenkampfes analysiert: die Konstitution der ArbeiterInnenbewegung im Prozess der Durchsetzung und Verallge-

von Gewerkschaften aus. Ähnliches gilt für Analysen, die ihren theoretischen Zugang aus einer weniger oberflächlichen, sondern systematischen Analyse der Schriften Gramscis entwickeln (Morton 2007). Insgesamt aber kommt es in keinem dieser Ansätze zu einer organisch-theoretischen Verknüpfung von gewerkschaftlicher Organisation und Politik sowie IPÖ des Kapitalismus.

meinerung des Kapitalismus, die Geburt des Korporatismus und institutionalisierter Formen des Klassenkampfes im fordistischen Kapitalismus, die Entkräftung institutioneller Macht der Gewerkschaften im Prozess der „neoliberalen Konterrevolution“ und kapitalistischer Globalisierung, sowie schließlich die Formen gewerkschaftlicher Erneuerung unter den Bedingungen einer „Großen Krise“ kapitalistischer Entwicklung, wie sie sich mit der Finanzkrise 2007/08ff. abzeichnet. Gerade die Konstellation einer Krise bietet erneut Anlass, die Frage nach der „Rolle der Arbeiterorganisationen bei der Durchsetzung neuer Akkumulationsregime und neuer kapitalistischer Regulationsweisen“ zu stellen (Lipietz 1998: 43). Mit dem Begriff der Formbestimmung sollen historisch unterscheidbare Konfigurationen ins Zentrum des Erkenntnisinteresses rücken, in denen die Artikulation von weltwirtschaftlichen Strukturen und gewerkschaftlichen Kämpfen *tatsächlich* passiert. Formbestimmung heißt, dass sich Weltökonomie und Gewerkschaftspolitik immer neu wechselseitig konstituieren. Gewerkschaftliche Kämpfe entstehen aus den spezifischen Widersprüchen, die den (weltökonomischen) Formationen des Kapitalismus immanent sind. In diesem Sinn konstituieren die Epochen der IPÖ des Kapitalismus jeweils einen historischen Kampfzyklus der ArbeiterInnenbewegung.

Formbestimmung I: Marx' Kritik der Politischen Ökonomie, Gewerkschaften und die Theorie Gramscis

Die Geschichte der Arbeiter- und Gewerkschaftsbewegung ist unentwerrbar in die sich wandelnde IPÖ des Kapitalismus verstrickt. Kapitalismus und ArbeiterInnenbewegung bilden zwei Bewegungsformen, „die einander gegenseitig bedingen, hier Ursache, dort Wirkung sind“ (MEW 20: 499). Sie bilden ein dialektisches Erkenntnisobjekt. Klassenkonflikte bewirken, dass bürgerliche Gesellschaften „keinen festen Kristall (bilden), sondern einen umwandlungsfähigen und beständig im Prozess der Umwandlung begriffenen Organismus“ (MEW 23: 16).

In der Phase der Verallgemeinerung der „doppelt freien Lohnarbeit“ und der „stummen Zwänge der ökonomischen Verhältnisse“, durch die die „Herrschaft des Kapitalisten über den Arbeiter“ besiegelt wurde (MEW 23: 765), organisierte sich autonomes widerständiges Handeln der subalternen Arbeiterklassen im Kampf

im und *gegen* das Lohnverhältnis. Diese Formen autonomer Organisation bildeten die Grundlage der Marxschen Theorien, ihre „wirkliche Bewegung“ (MEW 3: 35), die „keineswegs auf Ideen, auf Prinzipien“ beruhten, sondern im Selbstverständnis „nur allgemeine Ausdrücke tatsächlicher Verhältnisse eines existierenden Klassenkampfes, einer unter unseren Augen vor sich gehenden geschichtlichen Bewegung“ sind (MEW 4: 475).

Das entscheidende Verdienst von Marx bestand vor allem darin, „die Perspektive der Emanzipation des Proletariats auf den Begriff des antagonistischen Vergesellschaftungsprozesses der kapitalistischen Produktionsweise selbst bezogen“ zu haben (Deppe 1998: 235). Im Ziel der Emanzipation, „*alle* Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verächtliches Wesen ist“ (MEW 1: 385) kommt dem Proletariat deswegen eine entscheidende Funktion zu, weil sich in ihm die Dialektik des Geschichtsprozesses vollziehen kann. Marx/Engels ließen keine Zweifel daran, dass die Arbeiterklasse „keine Ideale zu verwirklichen, sondern nur Elemente der neuen Gesellschaft in Freiheit zu setzen“ hat (MEW 25: 879). Ebenso klar wurde formuliert, dass der „Sieg des Proletariats“ nur realisiert werden kann, „indem es sich selbst und sein Gegenteil aufhebt“ (MEW 2: 38).

Die Selbstveränderung der Arbeiterklassen im Kampf setzt voraus, dass sich das Proletariat politisch zur Klasse konstituiert. Das „Manifest der Kommunistischen Partei“ entfaltet ein einfaches Phasenmodell (MEW 4: 470ff.): auf einer ersten Stufe „bilden die Arbeiter eine über das Land zerstreute und durch die Konkurrenz zersplitterte Masse“. Mit der Entwicklung der Industrie beginnen die ArbeiterInnen damit, „Koalitionen gegen die Bourgeois zu bilden; sie treten zusammen zur Behauptung ihres Arbeitslohns. Sie stiften selbst dauernde Assoziationen“. Es entfaltet sich eine ganze Epidemie von lokalen Kämpfen. Auf einer weiteren Stufe bedarf es „bloß der Verbindung, um die vielen Lokalkämpfe von überall gleichem Charakter zu einem nationalen, zu einem Klassenkampf zu zentralisieren“.

Im Kampf *gegen* das Lohnverhältnis gründete sich 1864 die Internationale Arbeiterassoziation mit einem europäischen Programm, während sich der Kampf um die Verbesserung der Arbeits- und Lebensbedingungen *innerhalb* des Lohnverhältnisses in den schon früher gegründeten Gewerkschaftsverbänden zunächst berufsständig, später national organisierte. Beide Formen

der Arbeiterpolitik können – Marx folgend – nicht voreilig gegeneinander ausgespielt werden: der „gute“, nicht inkorporierbare Internationalismus auf der einen und der „schlechte“, weil reformistische Nationalismus im Zuge der nationalstaatlichen Konstitutionalisierung des Kapitalismus auf der anderen Seite. Tatsächlich bestehen zwischen beiden Orten und Formen der Politik enge Vermittlungszusammenhänge. Marx hatte als Generalsekretär der Internationalen Arbeiterassoziation des Erkämpften institutioneller Gegenmacht der englischen Facharbeiter, die im gesetzlichen Zehnstundentag mündete, in der Inauguraladresse von 1864 als einen „Sieg der politischen Ökonomie der Arbeit über die politische Ökonomie des Kapitals“ (MEW 16: 10ff.) gefeiert, der erst weitere emanzipatorische Schritte ermögliche. Auch Engels sah – in einem Brief an Bebel 1875 – in der institutionalisierten Gegenmacht der Gewerkschaften eine Kraft, in der das Proletariat „seine täglichen Kämpfe mit dem Kapital durchficht, in der es sich schult“ (MEW 34: 128).

Das Verhältnis von Reform und Revolution wurde noch nicht zum Problem. In seiner Schrift „Lohn, Preis, Profit“ wehrt sich Marx vehement gegen Vorstellungen vom Unnutz der Erhöhung des Arbeitslohns und der Schädlichkeit von Gewerkschaften als „theoretisch falsch und praktisch gefährlich“ (MEW 16: 103). Er hebt die Bedeutung reformistischer Arbeitszeitverkürzungen hervor, die „der Arbeiterklasse mehr Zeit für die geistige Entwicklung“ gebe (MEW 16: 555). Zugleich sah Marx deren Ambivalenz: „Unter dem Druck des verkürzten Arbeitstages ... beginnt der Sturmarsch des Maschinenwesens“ (MEW 23: 456). Zudem sind es die in Abwehrkämpfen von den Arbeiter-Assoziationen erkämpften staatlichen Eingriffe, die – u.a. in den Gesetzen zur Begrenzung des Arbeitstages – den „Werwolfs-Heißhunger“ auf Mehrarbeit (MEW 23: 280) einhegen, das Kapital an die „Kette der gesetzlichen Regulation“ (MEW 23: 258) legen und damit das Kapitalverhältnis vor seiner Selbstdestruktionstendenz schützen. Gewerkschaftliche Kämpfe siedeln so immer in einem Spannungsfeld aus Stabilisierung und Revolutionierung kapitalistischer Produktionsverhältnisse.

Marx/Engels hinterließen keine ausgearbeitete Theorie der Gewerkschaften. Ihre autonome Gründung aus der „doppelt freien Lohnarbeit“ des 19. Jahrhunderts war ihnen Anlass genug, ihre zentrale Funktion – die Konkurrenz der ArbeiterInnen un-

tereinander „zu beseitigen oder wenigstens einzuschränken, um Kontraktbedingungen zu erzwingen, die sie wenigstens über die Stellung bloßer Sklaven erheben würden“ (MEW 16: 196) – zu würdigen. Die den Status von Legalität erkämpfenden Organe der ArbeiterInnenbewegung – nationale Gewerkschaften und politische Parteien – eroberten erst Ende des 19. Jahrhunderts neue „Terrains des Klassenkampfes“. Arbeiterparteien zogen in die Parlamente des bürgerlichen Staates ein. Friedrich Engels sah hierin 1881 „neue Perspektiven für die Arbeiterklasse“ (MEW 19: 259f.). Das Proletariat entwickle sich zu einer Macht, „mit der jede Regierung der herrschenden Klasse... rechnen muss“. Es erlaube, „den Kampf gegen das Kapital mit neuen Waffen zu führen“. Eher hilflos musste er zugleich aber auch konstatieren, dass die Gewerkschafter auf den Parlamentssitzen „ihre Pflicht als Vorhut der Arbeiterklasse vergessen haben“.

Über Formen der konkreten Verknüpfung von gewerkschaftlichen und politischen Kämpfen erfährt man in den Schriften von Marx und Engels wenig. Wenig auch über die Schwierigkeiten, wie sich die „institutionelle Arbeiterbewegung“ der bürgerlichen Nationalstaaten internationalisiert. Erst mit den Fabrikrätebewegungen in den entwickelten kapitalistischen Staaten infolge der russischen Revolution 1917 – und ihren Niederlagen – entstanden Umrisse einer originären politischen Theorie des Marxismus, die sich auch analytisch diesen Fragen öffnete.² Ihr Begründer war Antonio Gramsci. Ähnlich der Marxschen Bestimmung der Ware als Form, worin sich die Widersprüche des Austauschprozesses bewegen können (MEW 23: 118), bezeichnet Gramsci den „integralen Staat“ als politische Form, in der der antagonistische Widerspruch der bürgerlichen Gesellschaft immer neu bearbeitet werden kann (Röttger 2004).

Taylorismus und Fordismus bildeten für Gramsci die entscheidenden Bewegungsformen bürgerlicher Widerspruchsbearbeitung seiner Zeit. Ihn interessierte, ob „der Amerikanismus eine

2 Tatsächlich rückt die Frage der politischen Theorie der Arbeiterbewegung bereits seit 1890 zunehmend in den Mittelpunkt – wurde aber zugleich auch von ihren politischen Führern unterdrückt, denn diese „musste eine politische Theorie als Hindernis empfinden, die das Ende jener Ruhelage in den gesellschaftlichen Beziehungen voraussah“, weil sie diese Ruhelage als „Voraussetzung der eigenen Existenz sah“ (Abendroth 1972: 369).

geschichtliche 'Epoche' bilden kann, das heißt, ob er eine schrittweise Entwicklung vom an anderer Stelle untersuchten Typus der fürs letzte Jahrhundert charakteristischen 'passiven Revolutionen' hervorbringen kann" (GH 22: 2063). Sein Erkenntnisinteresse richtete sich darauf zu zeigen, dass die Verallgemeinerung des im Amerikanismus schmetternden „fordistischen Fanfarenstoßes“ (GH 22: 2070) in Europa nur als ein Prozess der passiven Revolution vollzogen werden konnte. Gramsci interessierten die vom fordistischen Produktionsmodell in Nordamerika ausgehenden weltmarktgetriebenen Veränderungsdynamiken des Kapitalismus. Sein analytisches Interesse richtete sich auf den „Verlauf der Ereignisse in Italien [...], die nicht nur durch die italienischen ökonomischen Verhältnisse bestimmt werden, sondern auch durch die internationalen ökonomischen Verhältnisse, die nicht nur durch die Struktur des nationalen Produktions- und Austauschapparates (mehr oder weniger perfekt, mehr oder weniger entwickelt) bestimmt werden, sondern auch durch die Reflexe, die die anderen Produktionsapparate in Europa und in der Welt auf den italienischen Apparat ausstrahlen“ (1980: 45f.).

In diesem Zusammenhang gewann der *Korporatismus* für Gramsci eine zentrale Bedeutung. Er wurde interpretiert als „Voraussetzung für eine italienische Form der Amerikanisierung“ (GH 22: 2077); er bildete für Gramsci ein substanzielles Element der „europäischen Reaktion“ auf Amerikanismus und Fordismus (ebd.: 2075), er stellte die politische Form zur Verfügung, in der sich das „Modell“ einer fordistischen Produktionsweise in lokalen Ausbeutungsmustern in Europa konkretisieren konnte. Als Grundlage für die passiven Revolutionen des frühen 20. Jahrhunderts in Europa – daran ließ Gramsci keinen Zweifel – fungierten erstarkte, aber in ihren revolutionären Bestrebungen geschlagene ArbeiterInnenbewegungen: „Die korporative Bewegung existiert, und in einiger Hinsicht haben die bereits realisierten juristischen Änderungen die formalen Bedingungen geschaffen, unter denen die ökonomisch-technische Umwälzung in großem Maßstab stattfinden kann, weil die Arbeiter sich ihr weder widersetzen noch darum kämpfen können, selbst ihre Träger zu werden. Die korporative Organisation kann zur Form dieser Umwälzung werden...“ (GH 22: 2079f.).

Der Korporatismus bildete sich als Prozessresultat einer schweren Niederlage, die Gramsci in Turin am Beispiel der revolutionä-

ren Unruhen in Norditalien nach 1918 studieren konnte. Die geschlagene revolutionäre Organisation der Arbeiterklassen bildete das empirische Material, auf dem Gramsci seine Theorien entfalten konnte. Wie schon Marx die Pariser Kommune bestimmte als „politische Form, unter der die ökonomische Befreiung der Arbeiter sich vollziehen konnte“ (MEW 17: 343), deutete Gramsci die politische Organisation der Räte: „Der Fabrikrat ist das Modell des proletarischen Staates“ (1967: 42); er bezeichnet „eine erste Form ... historischer Erfahrungen der italienischen Arbeiterklasse, die zur Selbstregierung im Arbeiterstaat strebt“ (1980: 51). Fabrikräte bildete für ihn die Quelle eines neuen proletarischen Internationalismus, in dem die weltweite Produktion „zu einem einzigen Organismus unter einer internationalen Verwaltung“ verschmilzt (1967: 67f.).

Es gab aber keine politische Organisation der Kämpfe, die es erlaubt hätte, den ökonomischen Kampf als einen politischen Kampf um die Macht im Staatsapparat fortzusetzen – keine Organisationsform, die „die revolutionäre Aktion zusammenfassen könnte“ (1967: 59). Gramsci notierte in einem Artikel zur „Eroberung des Staates“ vom Juli 1919 die Notwendigkeit einer Verknüpfung des ökonomischen und politischen Kampfes, die in den Kämpfen der norditalienischen ArbeiterInnenbewegung blockiert blieb: „Daher die Irrtümer der syndikalistischen Strömung, der es nicht gelang, die sozialistische Partei in der Aufgabe abzulösen, die arbeitende Klasse zur Revolution zu erziehen ... Der schwerste Fehler der sozialistischen Bewegung entsprach dem Kardinalfehler der Syndikalisten. Indem sie an der allgemeinen Aktivität der menschlichen Gesellschaft im Staat teilnahmen, vergaßen die Sozialisten, dass ihre Position wesentlich kritisch, antithetisch bleiben musste. Sie ließen sich von der Wirklichkeit absorbieren, sie beherrschten sie nicht“ (ebd.: 30f.).

Aus dieser gescheiterten historischen Hoffnung leitete Gramsci die Notwendigkeit der „Katharsis“ der ArbeiterInnenbewegung ab.³ Darunter verstand er den „Übergang vom bloß ökonomischen (oder leidenschaftlich-egoistischen) Moment zum ethisch-politischen Moment“ (H. 10: 1259) – also den Übergang vom ökonomischen Klassenkrieg zum politischen Kampf um Hegemonie. Der

3 Genauso wie sie Gramsci bewegten, Gründungsmitglied der Kommunistischen Partei Italiens zu werden.

emanzipatorische Kampf musste auf allen Ebenen geführt und die verschiedenen Sphären des Kampfes mussten in der politischen Praxis verschränkt werden. Nur in einem solchen „Stellungskrieg“ konnte die subalterne Rolle der Arbeiterklasse überwunden werden. Nicht die „ökonomisch-korporative Phase“ des Kampfes – der Fabrikräte genauso wie der Gewerkschaften – wird bei Gramsci zum Problem erklärt; problematisch wird die Entwicklung des Klassenkampfes, der sich zunächst notwendig in den Fabriken entzündet, erst dann, wenn die Arbeiterklasse in einer solchen „unterentwickelten“ Konzeption verharret, d.h. der Widerstand „die elementare gewerkschaftliche Phase“ nicht durch eine „Offensive gegen den Kapitalismus für die Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter“ überwindet (1980: 115f.). Die ArbeiterInnenbewegung bleibt so notwendig subaltern; sie wird passiv in einen Prozess der „Staatswerdung“ inkorporiert, d.h. „absorbiert“.

Autonome Widerstandsformen in den Fabriken, gewerkschaftliche Organisationsformen und politische Formen der Zusammenfassung der Kämpfe bilden bei Gramsci unverzichtbare Elemente jedes Klassenkampfes. Gewerkschaften bleiben – ihres Verhaltens gegenüber den Fabrikräten zum Trotz – für Gramsci „Organe des ökonomischen Widerstands“ (1980: 60) und „unentbehrliche“ Organisation der ArbeiterInnenbewegung (ebd.: 111).⁴ Erst auf der Basis ihrer Kämpfe und Niederlagen kann der historische Entwicklungsmodus des internationalen Kapitalismus verständlich werden.

Formbestimmung II: Fordistischer Kapitalismus und Klassenkompromiss

Weil der revolutionäre Impuls aus den Fabriken erstickt wurde und nicht in eine Assoziation der Kämpfe in den eröffneten Terrains des Klassenkonflikts überführt werden konnten, „verwandten sie (die Gewerkschaften, B.R.) inzwischen ihre ganze Kraft darauf, die Lebensbedingungen des Proletariats zu verbessern, indem sie

4 Im Kampf um Emanzipation unterschied Gramsci – ähnlich dem „Stufenmodell“ des „Manifests“ – drei Phasen: „den Widerstand gegen den Kapitalismus, das heißt die elementare gewerkschaftliche Phase; die Offensive gegen den Kapitalismus für die Kontrolle der Produktion durch die Arbeiter; den Kampf um die Beseitigung des Kapitalismus durch die Sozialisierung“ (1980: 115f.).

höhere Löhne, verkürzte Arbeitszeit und einen corpus sozialer Gesetzgebung verlangten“ (Gramsci 1967: 45f.) – eine von Gramsci eher perhorreszierte Gewerkschaftsidentität, die aber die tatsächliche Entwicklung der Gewerkschaften insbesondere in den Ländern des von einer institutionalistischen Kapitalismustheorie zu „koordinierten Kapitalismen“ geadelten Typus fordristischer Entwicklung (Röttger 2008) treffend charakterisiert. Der Aufstieg der Gewerkschaften und ihr Einbau in den bürgerlichen Staat spiegelten sich im Niedergang des „proletarischen Internationalismus“, der zunehmend in den Rang des Sektierertums versank.

Erst nach dem II. Weltkrieg konnten die von Gramsci beschriebenen Elemente des Korporatismus zur Blüte gelangen. Gramsci notierte in aller Klarheit, dass „eine industrielle Legalität durchgesetzt zu haben, ... ein großer Erfolg der Arbeiterklasse“ sei; dass sie aber gleichzeitig das Spektrum gewerkschaftlicher Praxisformen immens einenge. Unterbrochen durch faschistische „Lösungen“, in denen der tiefen Krise der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften sowohl durch imperialistische Eroberungen als auch durch militärische Zerschlagung der ArbeiterInnenbewegung versucht wurde, „Herr der Lage“ zu werden, entfaltete sich der Korporatismus im Rahmen der auf den Fordismus gestützte Epoche der US-Hegemonie in der sog. Nachkriegsära zur „Golden Age“ kapitalistischer Expansion. Er basierte auf einer „transnationalen Herrschaftssynthese“ – einer „relativ stabilen Konfiguration von Gruppen mit kompatiblen Interessenlagen einschließlich der Mechanismen der internen und externen Stabilisierung solcher Koalitionen“ (Zieburá et al. 1974: 27). Weltmarktmacht und binnenstaatliche Politik verschränkten sich in einem System wechselseitiger Abhängigkeiten, das die Konstitution historisch-spezifischer gesellschaftlich-politischer Machtblöcke befördert, in der auch die Gewerkschaften neue Funktionen zugewiesen bekamen.

Grundlage dieser Entwicklung blieb die relative Stärke der ArbeiterInnenbewegung. Im Unterschied zu Gramscis Konzept einer von den Keimzellen der Fabrikräte ausgehenden autonomen „Katharsis“ der Arbeiterklasse und organischen Verknüpfung der Terrains des Klassenkonflikts bildeten sich im fordristischen Kapitalismus Aufspaltungen und spezialisierte Einheiten der kollektiven Interessenvertretung der Arbeiterklasse auf verschiedene Institutionen und Akteure („gespaltene Interessenpolitik“): Gewerkschaften auf dem Terrain der Tarifdemokratie, Betriebs-

räte in der Betriebspolitik, Aufsichtsratsvertreter in der Mitbestimmung und „sozialdemokratisierte“ Parteien in der Politik. Regulationstheoretisch konnte diese Form der Interessenpolitik ex post als Durchbruch hin zu einem neuen Modus kapitalistischer Regulation bestimmt werden, d.h. als politische Form, „to canalize the class struggle into forms compatible with the law of accumulation“ (Aglietta 1979: 123).

Um die starken Fraktionen der bundesdeutschen Investitionsgüterindustrien, die von dem rekonstruierten und sich dynamisch entwickelnden kapitalistischen Weltmarkt auf der Grundlage fordistischer Industrialisierung profitierten, gruppierte sich ein industriell-korporatistischer Block aus Staat, Unternehmen und Gewerkschaften, der später als „Modell Deutschland“ beschrieben wurde (Esser 1982). Der Korporatismus entfaltete sich von einer Niederlage der ArbeiterInnenbewegung zu einem (Pyrrhus-)Sieg der Gewerkschaften: Zunächst wurde im Betriebsverfassungsgesetz von 1952 die Niederlage systemkritischer Gewerkschafter vollstreckt, weil in dieser Form staatlich-akzentuierter Verrechtlichung des Arbeitskampfs die Unrechtmäßigkeit des politischen Streiks festgeschrieben und die Handlungskorridore der Gewerkschaften auf arbeitsrechtlichen Streik, d.h. letztlich den Kampf *im* Lohnarbeitsverhältnis beschränkt wurden. Streiks durften nur noch geführt werden, wenn sie tarifvertraglich zu regelnde Ziele beinhalten. Tarifpolitik avanciert sukzessive zum „Kerngeschäft“ der Gewerkschaften. Die Betriebspolitik wurde prärogative Angelegenheit der Betriebsräte, die per Ordre de Mufti (Betriebsverfassungsgesetz) auf das Betriebswohl verpflichtet wurden. Die Verrechtlichung des Systems industrieller Beziehungen (Erd 1979) fungierte als politischer Akt, mit dem die Handlungsspielräume der Gewerkschaften und die Aktionsparameter der Betriebsräte auf Kämpfe *innerhalb* des Lohnverhältnisses festgezurrert werden konnten. Gleichzeitig wuchs die Tarifautonomie in den Rang *des* zentralen Instruments fordistischer Regulation: sie sicherte die für die Reproduktion des fordistischen Kapitalismus elementare Kopplung von Lohn- und Produktivitätsfortschritten. Allgemeinverbindliche Tarifverträge garantierten von nun an betriebliche Mindestnormen, die in betrieblichen Verhandlungen und Auseinandersetzungen durch Taktieren der Betriebsräte und unter Berücksichtigung des „Betriebswohls“ auch überschritten werden konnten.

Sukzessive gelang es den Gewerkschaften aller fortgeschrittenen Staaten, betriebliche Konfliktstrategien mit überbetrieblichen Regulationen im ausgebildeten System der Tarifiedemokratie zu verknüpfen. Indem die Gewerkschaften die Arbeiterklasse spezifisch organisierten, kam es zu einer beständigen Ausweitung „historischer Kompromisse“ im Rahmen der tarifrechtlich zu regelnden Inhalte. Gewerkschaften griffen Teile des „sporadischen, elementaren, unorganischen Umstürzertum der Volksmassen“ auf, kanalisieren es jedoch im Kontext der neuen IPÖ des Kapitalismus. Gramsci spricht in diesem Zusammenhang von „fortschrittlichen Restaurationen“ oder „Revolutions-Restaurationen“ (H. 10: 1330).

Spätestens mit der Inkorporation der Gewerkschaften in die staatliche Einkommenspolitik des „keynesianischen Staates“ (Buci-Glucksmann/Therborn 1982) seit Ende der 1960er Jahre wurde die „rechtlich-politische Autonomie der Gewerkschaften, wie sie mit dem Koalitionsrecht, dem Tarifvertrags- und Streikrecht erkämpft wurde“, dem „wirtschaftlichen Expansionsprozess“ sukzessive untergeordnet (Deppe 1979: 135). Gewerkschaften fiel neben ihrer tradierten Funktion als Organisation gesellschaftlicher Gegenmacht zunehmend die Aufgabe einer Gestaltungs- und Ordnungsmacht zu (Schmidt 1971). Dieser historische Typus von Gewerkschaftspolitik übersetzte sich auch in die „innere Verfassung“ der Gewerkschaften; die Beteiligung der Mitglieder an Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen wurde nur noch in Ausnahmefällen zugelassen. Die Maifeiern waren – neben den ritualisierten Warnstreiks im Vorfeld von Tarifaueinandersetzungen – „die einzige nichtparlamentarische Aktion der Massen“ geworden (Luxemburg, GW 3: 474). Der korporative Kapitalismus brach das einst unentwirrbar in die ArbeiterInnenbewegung eingewobenen „Kulturwerk“ auf – ein Kulturwerk, das Rosa Luxemburg darin erblickte, „dass zuerst die gewaltige Masse des arbeitenden Volkes selbst aus eigenem Bewusstsein, aus eigener Überzeugung und auch aus eigenem Verständnis sich die Waffen zu ihrer eigenen Befreiung schmiedet“ (GW 2: 465). Von „Selbsterziehung im Kampf“ oder „Selbstaktivierung“ konnte in der fordistischen Gewerkschaftsbewegung kaum mehr die Rede sein. Der ökonomische Klassenkonflikt in den Fabriken“ verlor seinen treibenden Charakter als „das Fortleitende von einem politischen Knotenpunkt zum anderen“ (GW 2: 128). Gewerkschaften wur-

den zu institutionellen Mächten innerhalb eines historisch-spezifischen Systems weltkapitalistisch-hierarchisch gestützter Regulation. Diese transnationale Herrschaftssynthese des Fordismus sollte jedoch mit der Ende des „Traums immerwährender Prosperität“ (Burkhardt Lutz) einer neuen Konstellation weichen, die die Gewerkschaften in neue Funktionen schleuderte.

Formbestimmung III: Bürgerlicher „Fluchtpunkt Ökonomie“ und geschleifte Bastionen institutioneller Gewerkschaftsmacht

Das 1944 vereinbarte Regime von Bretton Woods, das sowohl die kapitalistische Restauration als auch die Entfaltung nationalstaatlicher Formen der „Keynesianisierung der Gesellschaften“ ermöglichte, wurden durch die Angleichung der Produktivitätsniveaus zwischen den kapitalistischen Metropolen Ende der 1960er Jahre, die Aufgabe der Golddeckung des US-Dollar 1971 und schließlich den Zusammenbruch des Systems fester Wechselkurse 1973 in die geschichtlichen Annalen verwiesen. Zugleich bröselten die Bedingungen des fordistischen Klassenkompromisses innerhalb der nationalstaatlich verfassten Gesellschaften sukzessive weg.

Intensivierte Klassenkämpfe und die tendenzielle Aufnahme der autonomen Forderungen aus den Belegschaften durch die Gewerkschaften hebelten Anfang der 1970er Jahre den Lohn-Produktivitäts-Kompromiss aus. Verteilungskämpfe wurden zugunsten der abhängig Beschäftigten entschieden. Seit Ende der 1960er Jahre hatten sich zudem die Produktivitätsreserven tayloristischer Rationalisierung erschöpft. Der Kapitalismus wurde in eine Rentabilitätskrise gespült („profit-squeeze“, Glyn/Sutcliffe 1974), die noch durch die Entwicklungen hin zu einer „neuen internationalen Arbeitsteilung“, dem Anstieg der Rohstoffpreise und der weitgehenden Sättigung der Märkte für dauerhafte Massenkonsumgüter verschärft wurde. Die eingeläutete Krise des Fordismus (Röttger 2009) markiert einen tiefen Einschnitt in der Entwicklungsweise des Kapitalismus. Sie begründet eine lange Phase der sozio-ökonomischen Restrukturierung, die zur Grundlage eines politischen Prozesses wurde, den Gramsci als charakteristisch für passive Revolutionen ansah: es kommt zu „molekularen Veränderungen, die in Wirklichkeit die vorhergehende Zusammensetzung der Kräfte zunehmend verändern und folglich zur Matrix neuer Veränderun-

gen werden“ (H. 15: 1727f.). In diese Dynamik wob sich nun die Konstitution neoliberaler Machtblöcke unbeirrbar ein.

Die Militanz der ArbeiterInnenproteste in den „kapitalistischen Hauptländern“ konnte nicht auf Dauer gestellt werden. Es gelang den Gewerkschaften, ihre Funktion als „legitime Organisation der Arbeiterklasse“ aufrechtzuerhalten und in einer neuen Phase „institutioneller Macht“ zu nutzen. Im Gefolge der Weltwirtschaftskrise 1974/75, die sich vor allem in regionalen Branchen- und Strukturkrisen manifestierte, wurden die korporatistischen Arrangements zwischen Kapital, Arbeit und Staat noch verstärkt. Oft entstand „ein politisches Kartell zur erfolgreichen, d.h. sachadäquaten und sozialkonsensualen Bewältigung der Krisenfolgen“ (Esser/Fach/Väth 1983: 54). Die vor allem in der Montanindustrie entwickelten Instrumente eines „sozialverträglichen Beschäftigungsabbaus“ (Frühverrentung, Auffanglösungen, Qualifizierung) im korporatistischen Dreieck zwischen Kapital, Gewerkschaften und Staat wurden sukzessive auf andere Branchen übertragen.⁵ „Gesund schrumpfen“ der Krisenbranchen, forcierte Spezialisierung und akzentuierte „Modernisierung der Volkswirtschaft“ zersetzten die soziale Basis des korporatistischen, keynesianischen Staates. Die durch Modernisierungs- und Spezialisierungspolitik akzentuierte Veränderung in der Zusammensetzung der lohnarbeitenden Klasse drängte die einst politisch fixierten Kompromisslinien zwischen Lohnarbeit und Kapital zurück. Die einst durch den keynesianischen Klassenkompromiss ermöglichte (stellvertretende) Kooptation der gesamten Klasse im bürgerlichen Staat konnte sich aufgrund waltender Arbeitsmarktsegmentationen nur noch als „selektiver Korporatismus“ (Esser 1982: 257ff.) entfalten. Die Basis des keynesianischen Klassenkompromisses

5 „Wir sind ja inzwischen die Spezialisten für sozialverträglichen Beschäftigungsabbau“ – so selbstkritisch ein regionaler Gewerkschaftsfunktionär um deutlich zu machen, dass die Gewerkschaftspolitik unter den Bedingungen der Krise des Fordismus in einer „Sackgasse“ enden musste, weil sie keine neuen Handlungskorridore eröffnete. Alle folgenden Zitate von gewerkschaftlichen oder betrieblichen Interessenvertretern und Interessenvertreterinnen stammen aus verschiedenen, von der Hans-Böckler-Stiftung finanzierten empirischen Forschungen zur Gewerkschaftspolitik, die ich zwischen 1999 und 2007 durchgeführt habe.

wurde zudem durch das „stagflationäre Dilemma keynesianischer Politik“ zersetzt (Altwater/Hübner/Stanger 1983: 155).

Der wirtschaftspolitische Paradigmenwechsel hin zur Austeritäts- und Stabilitätspolitik – schon unter der Regierung Schmidt in der zweiten Hälfte der 1970er Jahre – kann als Versuch der Politisierung auch von monetären Stabilitätsinteressen der abhängig Beschäftigten verstanden werden. Im Unterschied zu radikalen Politikmustern neoliberaler Konterrevolution, die die Gewerkschaften als gesellschaftliche und politische Kraft entmachteten, dominierte in der BRD eine Politik, die die Gewerkschaften krisenpolitisch neu konditionierte. Gewerkschaften manövierten sich in das Dilemma, einerseits in ihren strategischen Beziehungen zum Staat die monetaristische „Einschränkung des Handlungsrahmens“ zu akzeptieren, andererseits aber gleichzeitig diese Beziehungen als „wesentlichen Bezugspunkt ihrer Politik“ weiter zu verfolgen (Kastendiek et al. 1981: 152). Gewerkschaftspolitik wurde in einen angebotspolitischen Handlungskorridor gezwängt, der kaum noch Entfaltungsmöglichkeiten für eine autonome Gewerkschaftspolitik bot.

Zugleich besann sich die Bourgeoisie auf ihre originalen Machtbastionen, um sich aus den „Fesseln“ fordistischer Regulation zu befreien. Die Ökonomie wurde zum „Fluchtpunkt der Bourgeoisie in Zeiten ihrer Bedrängnis“ (Altwater 1979: 81). Dieser „Fluchtpunkt Ökonomie“ ist jedoch nicht mit einer Verschiebung in der Gewichtung von Ökonomie und Politik zu verwechseln. Im Gegenteil: Zu Beginn der 1980er Jahre kam es zu einer regelrechten Politisierung der Ökonomie, konkreter: der Hierarchien internationaler und europäischer Arbeitsteilung (Röttger 1997: 154ff.). Eine besondere Bedeutung für die Verallgemeinerung neoliberaler Wirtschaftspolitik in Europa erlangte die Konstruktion des Europäischen Währungssystems (EWS) von 1979. Wirkungsmechanismen für eine Neoliberalisierung der westeuropäischen Gesellschaften entfaltete der politisch festgeschriebene Interventionsmodus. Die obligatorische Interventionspflicht der Notenbanken bei Kursabweichungen sah vor, dass die Notenbank der starken Währung die schwache Währung aufkauft, während die Notenbank der schwachen Währung dazu verpflichtet wurde, die Bestände der zur Aufwertung tendierenden Währung zu verkaufen. Durch diesen Interventionsmechanismus wurden eine Kontraktion der Zentralbankgeldmenge im Schwachwährungsland

und eine Expansion im Hartwährungsland bewirkt. Dieser institutionalisierte Mechanismus asymmetrischer Intervention stellte sicher, dass die stabilste Währung im westeuropäischen Währungsverbund in die Position der Leitwährung gesetzt wurde und dem Nationalstaat mit der restriktivsten Politik die Funktion der wirtschaftspolitischen Führungsrolle zufiel. Zudem sorgten die der Hierarchie europäischer Arbeitsteilung eigenen Dominanz- und Abhängigkeitsstrukturen für die Einhegung der wirtschaftspolitischen Handlungskorridore. Diese Hierarchie fand im Westeuropa der 1980er Jahre ihren Ausdruck in kumulierenden Handelsbilanzüberschüssen der BRD. Die Wirkungsmacht dieser Mechanismen und Strukturen bekam vor allem die im Mai 1981 gewählte Linksregierung in Frankreich zu spüren, deren linkskeynesianisches „Experiment“ schon 1983 ein jähes Ende fand (Steinacker/Westphal 1985).

Die bundesdeutsche Dominanz in der europäischen Arbeitsteilung ebnete die Grundlagen für die Entfaltung einer europäischen Herrschaftssynthese, die mit dem Konstrukt der Europäischen Währungsunion institutionalisiert wurde. Es waren aber nicht allein „exogene Zwänge“, die den Weg in die Neoliberalisierung der europäischen Kapitalismen wiesen. Elmar Altvater (1987: 87) hat den „Sachzwang Weltmarkt“ zu Recht schon früh als einen gesellschaftlichen Transformationsprozess beschrieben, „wie exogene Strukturen endogenisiert werden bzw. wie die artikulierte Konfiguration von ökonomischen Entwicklungstendenzen des Weltmarktes, von politischen Interventionen zur hegemonialen Blockbildung, dem sozialen Handeln der Akteure in einer regionalen Gesellschaft und den je besonderen natürlichen Reproduktionsbedingungen in der Region zustande kommt“. Im Westeuropa der 1980er Jahre verdichteten sich Hierarchien europäischer Arbeitsteilung, nationalstaatliche Interessenkonstellationen und Blockbildungen sowie Währungsregulationen deutlich zu einer Machtstruktur, die die Austreibung keynesianischer Formen der Krisenbewältigung vorantrieb.

Es brauchte jedoch 25 Jahre prozessierender Widersprüche der Krise des Fordismus bis sie in den deutschen Gewerkschaften wirklich angekommen war. Bis weit in die 1990er Jahre dominierten Anpassungsstrategien („Anpassen oder Untergehen“), indem das „Kerngeschäft“ der Tarifpolitik unter wettbewerbsorientierten Vorzeichen, also der Akzeptanz von weltmarktvermittelten

Anpassungen, weiter betrieben und so nicht nur die materiellen Verteilungsrelationen sondern auch die sozialen Machtverhältnisse zwischen Lohnarbeit und Kapital zugunsten des Kapitals verschoben wurden. Seit Mitte der 1990er Jahre aber konnte kaum noch geleugnet werden, dass die Krise das „Kerngeschäft“ erreicht hatte: die mittels Flächentarife zu verwirklichenden Verknüpfung betrieblicher und gesellschaftlicher Kämpfe begann in seiner betrieblichen Wirksamkeit zu erodieren.

Globalisierungsprozesse und finanzmarktgetriebener Umbau von Produktion und Dienstleistungen unterminierten die Bedingungen, unter denen das regulative Gefüge der Interessenvertretung – das Erfahrungswissen der Betriebsräte und seine Einbindung in die überbetrieblichen Formen der Gewerkschaftspolitik – einst erfolgreich den kapitalistischen Heißhunger auf Mehrarbeit „pazifizieren“ konnte. In den sich bildenden globalen Produktionskomplexen sind Produktivitätshierarchien der Standorte eingeebnet. Eine Grundlage, auf der Gewerkschaften das Kapital in den Metropolen zu Kompromissen zwingen konnten, brach ein. Beschäftigte an verschiedenen Standorten konnten gegeneinander ausgespielt werden. In der Folge wurden Tarifverträge in der Regel in betrieblichen Vereinbarungen unterlaufen oder existierten nicht (mehr). Belegschaften, die noch im Schutz erfolgreicher Tarifvereinbarungen standen, wurden zu massiven Zugeständnissen, in der Managementsprache: zu „Co-Investment“ (Peter Hartz) gezwungen, um bestehende Beschäftigungsverhältnisse wenigstens zu erhalten.

Das System des Flächentarifvertrages, das bislang eine Art Mindestnorm für betriebliche bzw. einzelvertragliche Regulationen der Arbeitsbeziehungen darstellte, verlor seine interessenpolitische „Haltefunktion“. An die Stelle der für die fordistische Formation charakteristischen Generalisierbarkeit von Regeln über Betriebs- und Branchenebenen hinaus, trat ein Prozess betrieblicher Differenzierung nach unten. Selbst die vermeintlich uneinnehmbaren Bastionen der deutschen Gewerkschaftsbewegung sind inzwischen tarifpolitisch geschleift. Scheinbar unaufhaltsam wurde die betriebliche gegenüber der tariflich-gewerkschaftlichen Mitbestimmung gestärkt. In der Konsequenz dieser Erosion wurde der Angriff auf die „politische Ökonomie der Arbeiterklasse“, von der Karl Marx im Zusammenhang mit dem Erkämpfen des Normalarbeitstages sprach, in den Betrieben zur „gesellschaftlichen Manier“.

Von ähnlichen Krisen der Gewerkschaftspolitik, bei denen es sich wohlgerne nicht um Krisen der gewerkschaftlichen Organisation der Arbeiterklasse als solchen handelt, sondern um die Krise historisch gewordener Formen der Gewerkschaftspolitik, konnte schon Gramsci berichten. Für Gramsci war aber auch klar, dass „an diesem Punkte angelangt, ... die Gewerkschaft nicht mehr ignorieren (kann), dass Lohnkürzungen erfolgt sind und dass die Industriellen, nachdem sie die Vereinbarungen zerrissen haben, diesen mit Gewalt geschaffenen Tatbestand legitimieren wollen. Für die Gewerkschaften gibt es nur ein einziges Problem: zustimmen oder kämpfen! ... Die Industriellen respektieren keine Vereinbarung mehr; je nachdem, wie stark sie sich fühlen, handeln sie. Die Gewerkschaft kann sich nicht einmal mehr auf die Verträge verlassen, die sie mit den Unternehmen abschließt, wenn diese nicht die Macht spüren, die sie hat“ (1980: 109).

Formbestimmung IV: Erneuerung aus dem Zentrum der Krise

In der neuen IPÖ des Kapitalismus löste sich die von Gramsci immer wieder eingeforderte „organische“ Verknüpfung betrieblicher und zivilgesellschaftlich-politischer Kämpfe auf. Die in „erpresserischer Globalisierung“ erzwungenen betrieblichen Wettbewerbspakte zeigten, dass das Kapital die Kompromisse aufgekündigt hatte. Die Bereitschaft von Belegschaften und Betriebsräten zur Konzession aber war auch ein Indiz dafür, dass die Gewerkschaften ihre betriebliche Machtressource – die „kulturelle Hegemonie“ in den betrieblichen Auseinandersetzungen – weitgehend eingebüßt hatten: Repräsentationskrise. Insofern deutete vieles auf eine „konstitutionellen Krise“ der Gewerkschaften hin. Gramsci hat in den 1920er Jahren in Italien von einer solchen Krise gesprochen, als die abhängig Beschäftigten fühlten, dass es ihrem Willen „nicht gelingt, sich durch die gegenwärtigen institutionellen Hierarchien deutlich auszudrücken“, wenn die Arbeiterklasse also „in Formen organisiert ist“, die nicht ihrer wirklichen geschichtlichen Struktur entsprechen (1967: 39f.).

Jenseits aller pessimistischen Verdüsterung konnte gleichzeitig festgestellt werden, dass die Unterwerfung von Teilen der Gewerkschaften, der Betriebsräte und der Belegschaften unter das weltmarktorientierte Kapital deutliche Risse zeigte. Zunächst setzte sich in den örtlichen Gewerkschaftsgliederungen ein deutliches

Unbehagen in den alten Praxisformen durch: „Wir müssen ja zunehmend brav sein, um als Verhandlungspartner überhaupt noch akzeptiert zu werden“; und: „Wir sind gezwungen, Scheiße als Schokolade zu verkaufen“ – so die eher resignierenden Resümees einiger Gewerkschafter. Deutlicher konnte kaum zum Ausdruck gebracht werden, dass die Herrlichkeit fordristischer Gewerkschaftsidentität verdampft war. Gewerkschaftliche Alltagspraxis war durch die ständige Erfahrung radikal entkräfteter Institutionen von ehemals erfolgreichen „Organen“ der Regulation industrieller Beziehungen charakterisiert. Die in den geschleiften Regulationsverhältnissen agierenden gewerkschaftlichen Kräfte und betrieblichen Interessenvertretungen erfuhren in ihrer Alltagspraxis den Verlust von „Selbständigkeit“ durch „ihre Unterordnung unter die aktive Hegemonie der führenden und herrschenden Gruppe“ – genau dies hat Gramsci als eine Bedingung herausgearbeitet, aus der „einige Selbständigkeiten“, u.a. in Form von „Gewerkschaften“ neu entstehen (H. 25: 2194).

Auf den Trümmern entkräfteter Formen des Klassenkampfes entwickelte sich der Humus, aus dem sich seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre gewerkschaftliche Erneuerungsstrategien speisten. In einigen Belegschaften und lokalen Gewerkschaftsgliederungen setzte sich die Erkenntnis durch, dass Handlungskorridore für erfolgreiche Interessenpolitik in sozialen und politischen Auseinandersetzungen überhaupt erst wieder erstritten werden mussten. Die gewerkschaftliche Defensive bildete keineswegs einen Anlass, „sich widerstandslos enthaupen zu lassen“. Im Zentrum praktizierter Erneuerung in der BRD stand eine politisierende Strategie der Beteiligung in den Betrieben. Arbeitskämpfe wurden von der Grundüberzeugung geleitet, dass „Funktionäre manchmal schneller bereit (sind), aus der Situation (einer traditionell korporatistischen Regulation der Arbeit) heraus, Zugeständnisse zu machen, die eine gesamte Belegschaft gar nicht bereit ist zu machen“. Neue Formen der Betriebspolitik wurden explizit der tradierten fordristischen Gewerkschaftspolitik gegenüber gestellt. Diese funktionierte, „solange das Kapital noch Zugeständnisse machen musste. Aber das war mit 1990 alles zu Ende... Und aus meiner Sicht: wenn du was bewegen willst, kannst du keine Stellvertreterpolitik mehr machen. Dir fehlen die Machtinstrumente dafür. Du weißt, was du vorher ... verteilen konntest, das hast du nicht mehr. Also insofern bleibt dir nur die Machtfrage und die Machtfrage kannst du

nur mit Druck regeln und Druck kannst du nur regeln, indem du die Leute mobilisierst, dass sie auch was machen“.

Mobilisierung setzt einen politischen Prozess in Betrieben und lokalen Gesellschaften voraus, in dem eine neue Dialektik von Spontaneität und Organisation in Gang gesetzt wird – beispielsweise in betrieblichen Tarifbewegungen. Sie entstanden als Strategien des Abwehrkampfes bei drohenden Entlassungen oder Betriebsschließungen. Sie setzen – zumindest im Organisationsbereich der IG Metall Küste – eine Politisierung betrieblicher Auseinandersetzungen voraus (Candeias/Röttger 2007). Der betriebliche Kampf wurde hier mit neuen überbetrieblichen Aktionsformen verknüpft – mit zugleich überraschenden Wirkungen: Gemeinhin wird in soziologischen Beobachtungen immer wieder bestätigt, dass die Arbeiterklasse in den fortgeschrittenen Staaten „unsichtbar“ geworden sei; von ihrer Macht ließe sich niemand mehr, schon gar nicht das Kapital, „erschrecken“ (Beaud/Pialoux 2004: 23ff.). Kontrastierend zu diesem Befund sind die Erfahrungen an der Küste: im Arbeitskampf bei Heidelberger Druckmaschinen in Kiel im Jahr 2003 zum Beispiel wurden im Rahmen einer beteiligungsorientierten Betriebspolitik nicht nur tradierte Austauschbeziehungen zwischen Belegschaft, Betriebsrat und Gewerkschaften gehörig durcheinander gewirbelt; es entstand auch eine sichtbare lokale ArbeiterInnenbewegung neu.

Widerständige Praxis entwickelt sich oft aus alltäglichen Abwehrkämpfen, „unterirdisch, im Dunkel der Fabrik“ (Gramsci) – so auch in Kiel. Die Belegschaft hatte gerade einige Restrukturierungswellen und eine Standort- und Beschäftigungssicherungsvereinbarung mit massiven Einschnitten hinnehmen müssen. Doch die Unternehmensleitung legte nach: die Produktion digitaler Druckmaschinen sollte in die USA verlagert werden, erneute Konzessionen sollten erzwungen werden. Organisierte Teile der Belegschaft, Betriebsräte und lokale Gewerkschaft diskutierten und entwickelten nun gemeinsam Strategien und Forderungen, statt in Stellvertreterpolitik Entscheidungen der Belegschaft überzustülpen. In der Folge intensiver Beratungen entschieden sich 99 Prozent der Beschäftigten für einen Streik. In den nächsten sechs Wochen war der Betrieb fest in ihrer Hand. Jeden Tag versammelten sich Hunderte von Menschen aus anderen Betrieben und Städten vor den Werkstoren. Gemeinsam organisierte man neue Aktivitätsformen in der lokalen Zivilgesellschaft.

Bürgerliche Eigentumsordnung und Betriebsverfassungsgesetz setzten dieser Strategie zunächst jedoch enge Grenzen. Die betriebliche Konfliktstrategie musste durch neue staatliche Interventionen der Gewerkschaft abgesichert werden. Aus Sicht der Manager und des Arbeitgeberverbandes war die betriebliche Tarifbewegung schlicht rechtswidrig. Die IG Metall dagegen hielt an einer tarifvertraglichen Strategie fest – daran, dass Entlassungsmodi nicht den originären – dem „Betriebsfrieden“ verpflichteten – Verhandlungsgegenstand von Management und Betriebsräten bilden, sondern ein Konfliktfeld zwischen antagonistischen Interessen, letztlich zwischen Kapital und Gewerkschaften bezeichnen (Zabel 2005). Es begann ein Kampf um Rechtspositionen – um „juristische Zwischenpositionen ..., die ihrerseits die proletarische Aktion initiativ beeinflussen können“ (Seifert 1974: 218).

Am Ende konnten Entlassungen nicht verhindert werden. Die Fertigung wurde geschlossen. Tradierte Mechanismen des „sozialverträglichen Beschäftigungsabbaus“ kamen zum Einsatz. Doch es konnten weitgehende Forderungen durchgesetzt werden. Der Streik hat „im Volumen des ausgehandelten Ergebnisses noch einige Millionen gebracht“. Vor allem aber sei der „Zusammenhalt gestärkt“ worden; der gewerkschaftliche Organisationsgrad stieg massiv an, auch in den Ingenieursbereichen, die gemeinhin „weiße Flecken“ der gewerkschaftlichen Organisation bilden. Letztlich konnte die Politik „vor den Werktoeren“ das erreichen, was das verrechtlichte System der industriellen Beziehungen kaum noch zur Verfügung stellte: eine wirkungsmächtige Kraft, durch die betriebliche Auseinandersetzungen jenseits wettbewerbskorporatistischer Pakte wieder möglich wurden.

Im Sinne Gramscis kam es hier zu einer neuen Form der Verknüpfung betrieblicher und gesellschaftlicher Kämpfe. Widerständige Teile der Belegschaften, Vertrauenskörper und der Betriebsräte und eine lokale Gewerkschaftsgliederung konstituierten eine neue Einheit zwischen ökonomischem und politischem Kampf. Im Kieler Fall setzten sich in einem Arbeitskampf deutlich neue Formen der Beziehungen von Belegschaften, betrieblichen Interessenvertretungen und Gewerkschaftsgliederungen durch, die sich von den hierarchischen Mustern fordistischer Stellvertreterpolitik klar unterschieden. Die Verhältnisse der unterschiedlichen Institutionen der industriellen Beziehungen (Belegschaftsversammlungen, Vertrauenskörper, Betriebsräte, Gewerkschaft) wurden enthierar-

chisiert. Gramsci sprach bereits im Verhältnis von Fabrikrat und Gewerkschaften davon, dass „jeder Versuch, die beiden Institutionen in einem hierarchischen Abhängigkeitsverhältnis aneinander zu binden, ... nur zur Vernichtung beider führen“ kann (1967: 70).

Der Arbeitskampf bei der Heidelberger Druckmaschinen AG in Kiel zeigt Umriss, in denen gewerkschaftliche Erneuerung im „Modell Deutschland“ vollzogen werden konnte. Die „Erneuerung von unten“ hat nur wenig gemein mit einem dem internationalen „benchmarking“ entspringenden „Regime-Shopping“, nach dem Gewerkschaften scheinbar frei zwischen den Optionen „Ordnungsmacht eines sozial regulierten Kapitalismus“ („social partner unionism“), „Interessenverband in wenigen Organisationshochburgen“ („business unionism“) oder „soziale Bewegung“ („social movement unionism“) entscheiden können. Sie folgt auch nicht zwingend einem in der internationalen „Revitalisierungsdebatte“ immer wieder geforderten „grass-roots internationalism“, obwohl sich dieser durchaus spontan entfalten kann. Im Arbeitskampf bei Heidelberger Druckmaschinen waren nicht nur der Entfaltung eines „Internationalismus“ Grenzen gesetzt; Solidarisierung konnte sich nicht einmal zwischen den nationalen Standorten entwickeln. Das setzt einerseits dem Erfolg widerständigen Handelns enge Grenzen. Andererseits lassen sich widerständige Praxen nicht aufherrschen, d.h. sie entfalten sich insofern „pfadspezifisch“, als dass sie sich aus den konkreten Widersprüchen der alltäglichen Kämpfe entwickeln. Solche Kämpfe traten seit der zweiten Hälfte der 1990er Jahre zunehmend in Konflikt mit der vorherrschenden Konstitution der IPÖ des Kapitalismus, die im Interesse ihrer eigenen Reproduktion gezwungen ist, den Klassenkonflikt zu kanalisieren. Genau das gelang immer weniger. Zum einen konnten sich die Gewerkschaften keiner IPÖ des Kapitalismus mehr gewiss sein, die ihr noch den Rang von institutionellen Mächten zuweist und die Terrains des Klassenkampfes bereitstellt. Gewerkschaften standen vor der Notwendigkeit, ihre Machtressourcen aus eigenen Kräften zu erneuern. Zum anderen deutete die Zunahme „nicht-normativer“ Konflikte (Silver 2005: 233f.) darauf hin, dass ein historisches Regulationsdipositiv des Kapitalismus seine Schranken erreicht hatte. Die subalternen Klassen erprobten widerständige Praxen, die die Reproduktionsanforderungen des Kapitals in Frage stellten. Es handelte sich um „tastende Versuche“, Suchstrategien einer sich neu politisch konstituierenden subalternen Klasse

– „nicht schon einer ‘Ordnung’ sich verdankend, die aus der neuen Formation entsteht“ (Gramsci, GH 22: 2099). In einem solchen Konflikttypus bilden sich Organisationsformen neu; zugleich erneuern sich Politikformen bestehender Organe der ArbeiterInnenbewegung.

Auf dem Weg zu einer neuen Formbestimmung? Gewerkschaftsbewegung in der „großen Krise“ des Kapitalismus

Die mit der Finanzmarktkrise 2007 eingeleitete Restrukturierung der IPÖ des Kapitalismus verändert den Handlungsrahmen für Gewerkschaften erneut grundlegend. Noch bis Ende 2008 wurde von den „Expertokratien“ der kapitalistischen Weltökonomie gelehrt, dass sich die Finanz- zu einer manifesten Weltwirtschaftskrise verdichtet, die eine historische Zäsur markiert. Schon zu Beginn des Jahres 2009 hatte sich das geändert. Im Zentrum des „Strukturbruchs“ steht die „Rückkehr des Staates“, die allerdings von Kräften des neoliberalen Machtblocks selbst gefordert wurde. Die neue Staatsintervention agiert vorrangig in der Funktion als Reparaturbetrieb kapitalistischer Produktions- und Arbeitsverhältnisse. Die Bourgeoisie wechselt vom „Fluchtpunkt Ökonomie“ (mit dem sie sich aus den Fesseln des fordistischen Klassenkompromisses befreien wollte) zum „Fluchtpunkt Staat“ (der sie vor weiterer „Selbstvernichtung“ schützen soll).⁶ Die Krise wird als „ökonomisches Moment der Regeneration politischer Macht des Kapitals“ (Altvater 1979: 71) inszeniert.

In der Tradition der Regulationstheorie werden Zäsuren in der IPÖ des Kapitalismus als Ergebnis „großer Krisen“ analysiert. Jede „große Krise“ ist wiederum das Ergebnis einer spezifischen Kons-

6 Tatsächlich ist der Finanzmarktcrash das Ergebnis einer gigantischen Umverteilung „von unten nach oben“ sowie der Privatisierung der sozialen Sicherungssysteme und des Sozialstaates. „Trickle-down-Effekte“ dieser Umverteilungspolitik blieben aus; insofern handelt es sich bei der in der Krise waltenden Kapitalvernichtung vorrangig um eine „Selbstversenkung“ des Kapitals – Selbstversenkung unter Einbezug der Subalternen, die gezwungen waren, ihre sozialen Sicherungssysteme zu privatisieren oder mangels sozialem Wohnungsbau ihre Behausungen durch Hypotheken des „privatisierten Keynesianismus“ zu finanzieren.

tellation im Regulationsgefüge von Kapital, Arbeit und Staat. In „großen Krisen“ ist keine Krisenüberwindung im bestehenden Gefüge der Regulation mehr möglich; die Krise entfaltet sich als Prozess gesamtgesellschaftlicher Umwälzungen, die einen neuen „Entwicklungstyp“ generieren: 1873ff. den „organisierter Kapitalismus“, 1929ff. den Fordismus/Keynesianismus, 1974/75ff. die neoliberale Globalisierung.

Über den Ausgang aus der aktuellen Krise bestehen jedoch (noch) keine gesicherten Erkenntnisse. In der marxistischen Krisentheorie ist eine Ambivalenz angelegt: Zum einen bezeichnen Krisen „momentane gewaltsame Lösungen der vorhandenen Widersprüche, gewaltsame Eruptionen, die das gestörte Gleichgewicht für den Augenblick wiederherstellen“ (MEW 25: 259). Sie werden aber auch als Bewegungsformen gefasst, in der sich „Zwangsmittel der gesellschaftlichen Umwälzung“ (MEW 20: 268) herausbilden. Krisen bezeichnen Formen, in der die Erneuerung bürgerlicher Herrschaft gelingen kann: „Es sind hauptsächlich Katastrophen, Krisen, die solche vorzeitige Erneuerung des Betriebsgeräts auf größerer gesellschaftlicher Stufenleiter erzwingen“ (MEW 24: 171). Schon bei Marx findet sich auch der Grundgedanke, dass ökonomische Krisen Momente politischer Veränderung implizieren, durch die erst die „gewaltsame Herstellung der Einheit zwischen verselbständigten ... Momenten, die wesentlich eins sind“ möglich wird (MEW 26.2: 514). Zum anderen waren marxistischen Krisenszenarien immer auch an eine „rationalistische Endzeiterwartung“ (Lipietz 1998: 28) gekoppelt: „Eine neue Revolution ist nur möglich im Gefolge einer neuen Krisis. Sie ist aber auch ebenso sicher wie diese“ (MEW 7: 98).⁷

7 Konsequent falsch wurden in der marxistischen Diskussion sämtliche Formen der Staatseinmischung und zunehmender Organisation der Produktion bereits als „Vorzimmer zum Sozialismus“ gedeutet. Tatsächlich bezeichnen neue Formen der „Staatseinmischung“ nicht zwangsläufig eine „Aufhebung der kapitalistischen Produktionsweise innerhalb der kapitalistischen Produktionsweise selbst“ und damit einen „sich selbst aufhebenden Widerspruch“ und einen „Übergangspunkt zu einer neuen Produktionsform“ (MEW 25: 454). Das ist etatistische Staatsillusion, denn: „Schon der Begriff des Staatsinterventionismus ist problematisch. Denn er impliziert in den gängigen Vorstellungen ein äußerliches Verhältnis zwischen Gesellschaft, ihrer ökonomischen Struktur und dem Staat. Er erweckt den Eindruck, als ob es sich im Verhältnis von Staat und Ökonomie um ein

Ähnlich der Gewerkschaftskonzeption, gibt es auch nicht *die* Marxsche Krisentheorie. Materialistische Krisenanalyse legt aber nahe, ökonomische Krisen als Konstitutionsprozesse von politischen Terrains zu deuten, auf dem um den Ausgang aus der Krise gestritten wird – ein Ausgang, der „die Möglichkeit der Transformation von Staat und Gesellschaft eröffnet, eine Etappe, die allerdings auch noch einmal von den Kräften benutzt werden kann, ihre Herrschaft zu stabilisieren, die von der Krise gerade historisch negiert werden“ (Peach 1979: 29).

Gramsci notierte: „Ausgeschlossen kann werden, dass die unmittelbaren Wirtschaftskrisen von sich aus fundamentale Ereignisse hervorbringen; sie können nur einen günstigeren Boden für die Verbreitung bestimmter Weisen bereiten, die für die ganze weitere Entwicklung des staatlichen Lebens entscheidenden Fragen zu denken, zu stellen und zu lösen“ (GH 13: 1563). In der Krisengeschichte des Kapitalismus entfalten sich „ökonomische Widersprüche ... immer wieder zu politischen Widersprüchen“ und lösen „sich politisch in einer Umwälzung der Praxis“ (GH 10: 1290). Was sind also die Praxen in der Krise?

Erst werden die Leiharbeiter gekündigt, gefolgt von der Verordnung von Kurzarbeit. Später werden befristete Mitarbeiter nicht weiter beschäftigt, gepaart mit der Streichung von tariflich vereinbarten Prämien. Greifen die Instrumente der Kurzarbeit nicht mehr, wird entlassen (in Transfergesellschaften – falls der Sozialplan es „noch hergibt“) – und mit der Drohung weiterer Entlassungen, werden Löhne und Arbeitsstandards rigider gesenkt. Das politische Szenario sattelt hier auf. Wenn etwa US-Präsident Barack Obama im Januar 2009 verkündete, die Gewerkschaften seien nicht „Teil des Problems“, sondern „Teil der Lösung“ (zit. n. Tagespiegel, 30.1.2009). Gewerkschaften werden als „Experten des sozialverträglichen Beschäftigungsabbaus“ erneut gebraucht.

Verhältnis zwischen steuernden und reguliertem Subjekt handeln würde“ (Altvater 1972: 1) – um Grenzen des Staates aufzuzeigen: „Aber es darf füglich bezweifelt werden, ob der Staat als Institution auf der Grundlage der bestehenden Gesellschaft, mit Funktionen ausgestattet, die selbst das Resultat eklatierender Widersprüche sind, in der Lage ist, diesen Widersprüchen beizukommen. Mehr noch. Der Staat ist ... selbst in den Widersprüchen dieser Gesellschaft befangen; wie soll er die dann wirksam regulieren können?“ (ebd.: 29).

Somit öffnet die Krise scheinbar die Pforten einer „konzertierten Aktion“ neu. Gewerkschaftliche Krisenstrategien, die auf die Rückkehr institutioneller Gewerkschaftsmacht vertrauen und diese gegenüber anderen Machtressourcen präferieren, verkennen jedoch nicht nur den Klassencharakter aktueller Staatsintervention, sondern auch den (Zu-)Stand gewerkschaftlicher Organisationsmacht in den Betrieben. Das Kapital beginnt derweil schon, betrieblichen Wettbewerbskorporatismus neu zu definieren: als „Vorrang von betrieblicher Existenz- und Zukunftsfähigkeit vor allen sonstigen Einzelinteressen“ – so Gesamtmetall Chef Martin Kannegießer (Frankfurter Rundschau, 9./10.4.2009). Institutionen und Organe betrieblicher Mitbestimmung sollen zu alleinigen „Erfüllungsgehilfen“ für den Bestand der kapitalistischen Eigentumsordnung werden. Taugen sie dazu nicht, können sie getrost abgeschafft oder unterminiert werden.

Richtig ist, dass in der Krise zunächst die von den Gewerkschaften in den 1970er und 1980er Jahren erstrittenen Instrumente korporatistischer Krisenbewältigung reaktiviert werden (vor allem: Transfergesellschaften). Richtig ist aber auch, dass die Bereitschaft vieler Beschäftigter zu Konzessionen nicht (mehr) sehr ausgeprägt ist. Auch in der Krise lassen sich bereits „nichtnormative Konflikte“ identifizieren. Sie entstehen, wenn die konventionellen Regeln, Verfahren und Rituale der repräsentativen Politik zur Interessendurchsetzung nicht mehr greifen. Die Wiederkehr der Kämpfe entsteht aus der IPÖ kapitalistischer Krisenbewältigung selbst. „Alles, was auf Erden erfunden wird, /liegt irgendwo schon auf der Lauer“ (Peter Rühmkorf).

Ob sich die aktuelle Weltwirtschaftskrise zu einer „großen Krise“ entfaltet, hängt vom Verlauf der sozialen und politischen Konflikte sowie den erkämpften Terrains ab. Betriebliche Kämpfe, die noch zunehmen werden, bilden den Humus, auf dem die Erneuerung der (transnationalen) Gewerkschaftsbewegung sind vollziehen kann. Oft verharren diese Kämpfe noch in „zersplitterten, in der Trübsal des Einzellosen verkümmerten“ Formen (Luxemburg, GW 1/1: 603); Gewerkschaftspolitik wird sich daran messen lassen müssen, ob es ihr gelingt, die isolierten Klassenkämpfe in einen „fortlaufenden gesellschaftlichen Vorgang“ (Braverman 1977: 29) zu verwandeln, d.h. in einen Prozess der transnationalen *politischen Konstitution* der subalternen Klassen zu Subjekten der Geschichte. Um sich aus der Defensive zu befreien, müssen Ge-

werkschaften neue Wege der Verknüpfung unterschiedlicher Terrains finden.

Aufgabe einer kritischen IPÖ wäre es, dem verstreuten Widerstand gegen eine kapitalistische Restauration in der Krise eine Sprache zu geben. Dies wird nur gelingen, wenn die Kritik an einer bestehenden Gewerkschaftspolitik nicht 'von außen' aufgeherrscht, sondern aus einem tiefen *Verständnis* widersprüchlicher Praxis der Gewerkschaften begrifflich entwickelt wird – mit Brecht: in einer „haltbaren Sprache“ formuliert ist. Kritische IPÖ in diesem Sinn kann kein akademisierter Marxismus sein. Eine an der geschichtlichen Praxis der ArbeiterInnen- und Gewerkschaftsbewegung orientierte Kritik, die die Widerständigkeit der lebendigen Arbeit ernst nimmt und nicht an abstrakten Maßstäben misst, an der sich die tatsächliche Praxis ohnehin nur blamieren kann, muss sich allerdings heute in schonungslosen Analysen der Krisenkämpfe erst neu konstituieren.

Literatur

- Abendroth, Wolfgang (1972): *Antagonistische Gesellschaft und politische Demokratie. Aufsätze zur politischen Soziologie*. 2. Aufl., Neuwied/Berlin.
- Aglietta, Michel (1979): *A Theory of Capitalist Regulation. The US Experience*. London.
- Altvater, Elmar (1972): Zu einigen Problemen des Staatsinterventionismus, in: *Prokla*, H. 3, 1- 53.
- (1979): Die bürgerliche Hegemonie, die 'Logik der ökonomischen Sachzwänge' und die Alternative der Arbeiterbewegung, in: *Arbeitskreis Westeuropäische Arbeiterbewegung* (Hg.), *Eurokommunismus und marxistische Theorie der Politik*, Berlin/W., 65-83.
- (1987): *Sachzwang Weltmarkt. Verschuldungskrise, blockierte Industrialisierung und ökologische Gefährdung – der Fall Brasilien*, Hamburg.
- Altvater, Elmar/Hübner, Kurt/Stanger, Michael (1983): *Alternative Wirtschaftspolitik jenseits des Keynesianismus. Wirtschaftspolitische Optionen der Gewerkschaften in Westeuropa*, Opladen.
- Beaud, Stéphane/Pialoux, Michel (2004): *Die verlorene Zukunft der Arbeiter*, Konstanz
- Bieler, Andreas/Morton, Adam David (2001): (eds.), *Social Forces in the Making of the New Europe. The Restructuring of European Social relations in the Global Political Economy*, New York.
- Bieler, Andreas/Lindberg, Ingemar/Pillay, Devan (2008): *Labour and the Challenges of Globalization. What Prospects for Transnational Solidarity*, London.

- Braverman, Harry (1977): Die Arbeit im modernen Produktionsprozess, Frankfurt/M.
- Buci-Glucksmann, Christine/Therborn, Göran (1982): Der sozialdemokratische Staat. Die Keynesianisierung der Gesellschaft, Hamburg.
- Candeias, Mario/Röttger, Bernd (2007) „Nicht widerstandslos enthaup-
ten lassen!“ Beteiligungsorientierte Betriebspolitik und lokale Arbeiterbewegung: Wege aus der gewerkschaftlichen Defensive? Rosa-Luxemburg-Stiftung, Standpunkte 16/2007.
- Cox, Robert W. (1987): Production, Power, and World Order. Social Forces in the Making of History, New York.
- (1995): Critical Political Economy, in: ders. et al.: International Political Economy, Understanding Global Disorder, London/New Jersey.
- Deppe, Frank (1979): Autonomie und Integration. Materialien zur Gewerkschaftsanalyse, Marburg.
- (1998): Ein ‘Gespenst’ geht um..., in: Eric Hobsbawm et al., Das Manifest – heute. 150 Jahre Kapitalismuskritik, Hamburg, 234-245.
- Erd, Rainer (1979): Verrechtlichte Gewerkschaftspolitik. Bedingungen ihrer Entwicklung und Veränderung, in: Joachim Bergmann (Hg.), Beiträge zur Soziologie der Gewerkschaften, Frankfurt/M., 143-182.
- Esser, Josef (1982): Gewerkschaften in der Krise. Die Anpassung der deutschen Gewerkschaften an neue Weltmarktbedingungen. Frankfurt/M.
- Esser, Josef/Fach, Wolfgang/Väth, Werner (1983): Krisenregulierung. Zur politischen Durchsetzung ökonomischer Zwänge. Frankfurt/M.
- Gill, Stephen (1993): (ed.), Gramsci, historical materialism and international relations, Cambridge.
- (2000): Theoretische Grundlagen einer neo-gramscianischen Analyse, in: Hans-Jürgen Bieling, Jochen Steinhilber (Hg.), Die Konfiguration Europas. Dimensionen einer kritischen Integrationstheorie, Münster, 23-50.
- Gill, Stephen/Law, David (1988): The Global Political Economy. Perspectives, Problems and Politics, New York.
- Glyn, Andrew/Sutcliffe, Bob (1974): Die Profitklemme. Arbeitskampf und Kapitalkrise am Beispiel Großbritanniens, Berlin/W.
- Gramsci, Antonio (1991ff.): Gefängnishefte (GH), herausgegeben von Klaus Bochmann, Wolfgang Fritz Haug, Peter Jehle, Hamburg.
- (1967): Philosophie der Praxis, herausgegeben von Christian Riechers, Frankfurt/M.
- (1980): Zu Politik, Geschichte und Kultur, herausgegeben von Guido Zamis, Leipzig.
- Kastendiek, Hans et al. (1981): Inkorporierung der Gewerkschaften? Zum Verhältnis von Staat-Kapital-Gewerkschaften, in: Alternative Wirtschaftspolitik 3 (Argument-Sonderband 68), Berlin/W., 144-177.

- Lipietz, Alain (1998): *Nach dem Ende des Goldenen Zeitalters. Regulation und Transformation kapitalistischer Gesellschaften*, Hamburg.
- Luxemburg, Rosa: *Gesammelte Werke*, Berlin/DDR.
- Marcuse, Herbert (1967): *Der eindimensionale Mensch. Studien zur Ideologie der fortgeschrittenen Industriegesellschaft*, Neuwied und Berlin.
- MEW: *Marx-Engels-Werke*, Berlin/DDR.
- Morton, Adam David (2007): *Unravelling Gramsci. Hegemony and Pas-sive Revolution in the Hlobal Political Economy*, London.
- Paech, Norman (1979): *Staat und Krise – Krise des Staats?*, in: Werner Goldschmidt (Hg.), *Staat und Monopole (III)*, Berlin/W., 23-48.
- Röttger, Bernd (1997): *Neoliberale Globalisierung und eurokapitalistische Regulation. Die politische Konstitution des Marktes*, Münster.
- (2004): *Integraler Staat*, in: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus Bd. 6/II*, Hamburg, 1254-1266.
- (2008): *Kapitalismen/Varieties of Capitalism*, in: *Historisch-Kritisches Wörterbuch des Marxismus Bd. 7/I*, Hamburg, 227-238.
- (2009): *Krise des Fordismus*, in: *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus Bd. 7/II*, Hamburg (i.E.)
- Rupert, Mark (1995): *Producing Hegemony. The Politics of Mass Production and American Global Power*, Cambridge.
- Schmidt, Eberhard (1971): *Ordnungsfaktor oder Gegenmacht. Die politische Rolle der Gewerkschaften*, Frankfurt/M.
- Seifert, Jürgen (1974): *Sozialistische Rechtspolitik und soziale Revolution*, in: Claudio Pozzoli (Hg.), *Rosa Luxemburg, oder: die Bestimmung des Sozialismus*, Frankfurt/M., 210-218.
- Silver, Beverly J. (2005): *Forces of Labor. Arbeiterbewegungen und Globalisierung seit 1870*, Berlin/Hamburg.
- Steinacker, Max/Westphal, Andreas (1985): *Sozialistische Wirtschaftspolitik in Frankreich. Projet socialiste und sozialdemokratische Modernisierung der Volkswirtschaft*, Berlin/W.
- van der Pijl, Kees (1984): *The Making of an Atlantic Ruling Class*, London.
- Zabel, Uwe (2005): *Ergänzungstarifvertrag bei Betriebsänderung. Neben Sozialplan erstreikbar!*, in: *Arbeitsrecht im Betrieb*, H. 2, 105-107.
- Ziebur, Gilbert et al. (1974): *Bestimmungsfaktoren der Außenpolitik in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts. Forschungsstrategie und -programm eines Sonderforschungsbereichs*, Berlin/W.

Joscha Wullweber

Eine hegemonie- und diskurstheoretisch fundierte Kritik der (Internationalen) Politischen Ökonomie

Mit dem Ansatz einer hegemonie- und diskurstheoretisch fundierten Kritik der (Internationalen) Politischen Ökonomie soll in diesem Artikel die Bedeutung von Diskursen für die Strukturierung von Gesellschaft, Staat und Ökonomie betont werden. Diskurse und Realität sind hiernach untrennbar miteinander verwoben: „Diskurs – und darin eingeschlossen: Macht – ist deshalb nicht länger als eine ‘Ebene’ sozialer Wirklichkeit zu verstehen, sondern wird zum eigentlichen ‘Medium’, worin gesellschaftliche Wirklichkeit verhandelt und fixiert wird“ (Marchart 2007: 3f.). Die im Folgenden dargestellte diskurstheoretische Hegemonie-theorie ist demnach vor allem eine politische Theorie, die davon ausgeht, dass sich das Soziale und das Ökonomische über Diskurse und dementsprechend über hegemoniale Auseinandersetzungen um die Durchsetzung bestimmter Handlungen und Bedeutungen herstellt. Gleichzeitig wird aufgezeigt, dass aus der Feststellung, Bedeutung stelle sich immer diskursiv her, weder folgt, dass die Generierung von Bedeutung beliebig wäre, noch dass bestimmte Bedeutungszuschreibungen keine (relative) Konstanz und Dauerhaftigkeit haben könnten. Der Kern einer diskurstheoretischen Perspektive auf die Ökonomie liegt in der Betonung der Ökonomie als spezifische Organisation von Diskursen und damit als diskursive *Form*.¹

1 Ich möchte mich bei Michael Heinrich und den HerausgeberInnen herzlich für umfangreiche Kritik und Anregungen bedanken.

1. Diskurs als hegemoniale Struktur

Der Hegemoniebegriff in der hier dargestellten diskurstheoretischen Hegemonietheorie geht auf Antonio Gramsci zurück und nimmt eine zentrale Stellung ein: „Hegemonie‘ [ist] das Schlüsselkonzept, um Politik zu denken“ (Laclau 1998a: 277). Unter Hegemonie verstand Gramsci nicht nur ein politisches Bündnis der führenden gesellschaftlichen Gruppen, sondern die gesellschaftliche Universalisierung einer (partikularen) Ideologie. Dies ist nach Gramsci nur möglich, wenn die hegemonialen Gruppen die Interessen anderer gesellschaftlicher Gruppen aufnehmen und ein kompromisshaftes Gleichgewicht schaffen, indem bestimmte Konzessionen gemacht werden. Nicht integrierbare Interessen und Identitäten müssen, notfalls mit Gewalt, unterdrückt oder ausgeschlossen werden. *Jede* räumlich-historische Hegemonie ist daher „gepanzert durch Zwang“ (Gramsci 1991: 783), bzw. „zeichnet sich durch die Kombination von Zwang und Konsens aus“ (Gramsci 1991: 1610). Bei einer Hegemonie handelt sich um die Erlangung einer stabilen Situation, in der bestimmte politische Gruppen in der Lage sind, ihre partikularen Interessen in einer Art und Weise zu artikulieren, dass die anderen gesellschaftlichen Gruppen diese Interessen als ein Allgemeininteresse ansehen. Diese Konzeptualisierung von Hegemonie beinhaltet eine Auffassung von Macht, die vor allem auf der Fähigkeit beruht, die Interessen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen als u.a. politische, kulturelle und sozio-ökonomische Strukturen zu universalisieren. Eine soziale Gruppe ist demnach hegemonial und nicht nur dominant, wenn ihre Autorität von den anderen sozialen Gruppen anerkannt wird. Der hegemoniale Kollektivwille steht den Individuen der Gesellschaft nicht gegenüber – im Sinne einer „Entfremdung“ von den eigentlichen Interessen –, sondern ist, in diesem historischen Moment, Ausdruck der Interessen zumindest eines großen Teils der Bevölkerung.

Eine fundamentale Grundlage der hier vorgestellten Hegemonietheorie ist die Dimension der Kontingenz, die zwischen Zufall (verstanden als die komplette Abwesenheit von Struktur) und Notwendigkeit (verstanden als komplette Strukturierung) angesiedelt wird: Wäre alles zufällig, ohne dass es irgendeine Form der Strukturierung gäbe, würden wir in einer chaotischen und unstrukturierten Welt leben, in der alles unbestimmt und keine Gesellschaft

möglich wäre. Wären umgekehrt alle Handlungen notwendig und daher determiniert, gäbe es keine Freiheitsgrade mehr für das handelnde Subjekt und die gesellschaftliche Entwicklung wäre vollständig vorbestimmt. Letzteres würde auch bedeuten, dass es ein ahistorisches und transzendentes Strukturierungsprinzip geben müsste, nach dem diese Strukturierung vollzogen wird. Solch ein Strukturierungsprinzip beinhaltet notwendigerweise die Einführung eines Essentialismus (z.B. Gott, die unsichtbare Hand des Marktes bzw. *die Ökonomie* o.ä.). Mit dem Theorem der Kontingenz wird ein theoretischer Mittelweg eingeschlagen, indem zum einen die Anwesenheit einer Struktur, im Sinne einer Verstetigung von Handlungen und Verfestigung von Bedeutungen, anerkannt und zum anderen betont wird, dass die vollständige Strukturierung stets fehlschlägt, da sie vom Zufall unterlaufen wird.² Derrida führte hierfür den Begriff der Subversion ein um zu betonen, dass das gleichzeitige Wirken zweier unvereinbarer Logiken nicht zu deren Aufhebung, sondern zu deren beidseitiger 'Deformation' führt. Dieses Unterlaufen findet wiederum in einem immer schon strukturierten Raum statt (vgl. Laclau 1990: 21). Gramsci paraphrasierend ist Kontingenz also gewissermaßen *Zufall gepanzert mit Zwang*. Von Kontingenz zu sprechen bedeutet zugleich, wie unten ausgeführt wird, die Bedeutung des Politischen in dem Prozess der gesellschaftlichen Strukturierung zu betonen.

Struktur oder Strukturierung wird hier mit dem Begriff des Diskurses gefasst. Ein Diskurs konstituiert sich aus sprachlichen und nicht-sprachlichen Artikulationen. Mit Artikulation ist wiederum ganz allgemein ein In-Beziehung-Setzen (von Handlungen, von Bedeutungen etc.) gemeint (in Abschnitt 3 wird auf den Begriff zurückkommen). Eine Artikulation wird von interessengeleiteten Akteuren ausgeführt und kann durchaus strategisch sein, muss sie aber nicht. Im empirischen Beispiel (siehe Abschnitt 4) wird aufgezeigt, wie eine Verbindung zwischen der Nanotechnologieentwicklung, Innovation und internationaler Wettbewerbsfähigkeit seitens staatlicher Akteure, wie dem BMBF, artikuliert wird. Zugleich wird eine Relation zwischen Forschungsprogrammen im Bereich Nanotechnologie und der Bereitstellung umfangreicher finanzieller Mittel hergestellt. Werden bestimmte Artikulationen

2 Genauer: Jeder Struktur ist eine Unentscheidbarkeit inhärent (vgl. Derrida 1991: 49f.).

hegemonial, führt dies zur Etablierung und Stabilisierung eines spezifischen Diskurses, z.B. dem Diskurs der Nanotechnologie als Innovationsstrategie, wodurch der Nanotechnologie eine Bedeutung zugewiesen wird, die u.a. spezifische Materialitäten zeitigt. Mit Diskurs wird hier demnach eine in sich differenzierte, aus Artikulationen entstandene Gesamtheit relationaler Momente, die zur Stabilisierung eines bestimmten Handlungs- und Wahrheitshorizonts führt, bezeichnet. Damit unterscheidet sich der hier vorgestellte Ansatz von der klassischen Diskursanalyse. Letztere beschränkt sich auf die Analyse von Sprache, Text, und Ähnlichem, während der sozio-ökonomische und kulturelle Kontext bzw. die Handlungen der Akteure kaum oder gar keine Berücksichtigung finden. Um diese Abgrenzung zu betonen, wird hier statt von *Diskursanalyse* von *Diskurstheorie* bzw. *Hegemonietheorie* gesprochen.

Eine direkte Schlussfolgerung aus diesen Ausführungen ist, dass die Bedeutung eines Ereignisses diesem nicht inhärent ist, sondern permanent produziert wird: „Der metaphysische Begriff des ‘Objektiven’ will anscheinend eine Objektivität bedeuten, die auch außerhalb des Menschen besteht, ... Wir kennen die Realität [aber] nur in Beziehung zum Menschen, und da der Mensch ein geschichtliches Werden ist, sind auch Erkenntnis und Realität ein Werden, ist auch Objektivität ein Werden“ (Gramsci 1991: 1412). Es gibt demnach auch keine Analysen, die objektiver als andere wären, wohl aber Erklärungen, die *plausibler* sind als andere. Ob fünf junge Männer, die keiner (staatlichen) Armee angehören und einen Militärposten überfallen, einen ‘verabscheuungswürdigen, terroristischen Angriff’ begehen oder ‘heldenhaft für die Freiheit’ streiten, sind Bedeutungen, die nicht dem Akt als solchem eingeschrieben sind.

Insbesondere der ‘spätere’ Wittgenstein (2003) kritisierte die Annahme, dass es Sprache und Handlung auf der einen Seite, und eine ‘wirkliche’ Welt mit feststehender Bedeutung auf der anderen Seite gäbe. Auch brach er mit der Illusion der Unmittelbarkeit der analytischen Philosophie, also mit der Vorstellung, es gäbe einen direkten Zugang zu den Dingen an und für sich. Bedeutung ist weder einfach präsent, noch durch das ‘Sein’ des Objekts bestimmt. Hieraus erschließt sich jedoch nicht, dass es keine Bedeutung – und damit auch keine ‘Wahrheit’ – gäbe. Vielmehr werden Wahrheit und Bedeutung bzw. Bedeutungszusammenhänge ständig

hergestellt und verändern sich historisch: Farbige bedrucktes Papier auf dem D-Mark steht hat heute eine gänzlich andere Bedeutung als vor Einführung des Euro-Bargeldes im Jahr 2002 und vor der Einführung des Euro als Buchgeld und damit der *de facto* Abschaffung der D-Mark im Jahr 1999, die nur noch als Recheneinheit weiter existierte. Dasselbe farbige bedruckte Papier besaß also innerhalb weniger Jahre gänzlich unterschiedliche Bedeutungen. Ein konsequent angewandter Formalismus führt also zur Aufgabe der substantiellen Unterscheidung von sprachlichen und nicht-sprachlichen Handlungen. Das heißt auch, dass die Möglichkeit von extra- oder nicht-diskursiven Bedeutungen verneint wird.

Bezogen auf die Ökonomie kann gefolgert werden, dass diese kein Wesen (im Sinne von physischer Substanz) besitzt, sondern 'nur' konkrete Erscheinungsformen.³ Diese durch soziale Prozesse und Auseinandersetzungen entstandenen Formen enthalten, reproduzieren und konstituieren allgemeine Wahrnehmungs- und Verhaltensorientierungen einer bestimmten Gesellschaft, was auch heißt, „dass das Kapital als soziales Verhältnis nicht vor seiner Regulation existiert, sondern dass in der Regulation und durch sie dem Kapital erst Form ... verliehen wird“ (Jessop 2003: 90). Die hier vorgeschlagene Theoretisierung der Ökonomie als diskursive Form betont weiterhin deren Relationalität. Bereits Marx hob hervor, dass das Kapital als soziale Beziehung zu verstehen sei, indem er ausführte, „daß das Eigentum an Geld, Lebensmitteln, Maschinen und andren Produktionsmitteln einen Menschen noch nicht zum Kapitalisten stempelt, wenn die Ergänzung fehlt, der Lohnarbeiter, der andre Mensch, der sich selbst freiwillig zu verkaufen gezwungen ist“ (Marx 2001: 793). Er betonte, „daß das Kapital nicht eine Sache ist, sondern ein durch Sachen vermitteltes gesellschaftliches Verhältnis zwischen Personen“ (ebd.). Die Ökonomie wird hier daher als ein hegemonial separiertes und mehr oder weniger stabilisiertes Ensemble menschlicher Beziehungen verstanden, das sich überwiegend über Waren, seien sie nun materieller oder immaterieller 'Natur', ausdrückt. Zu klären ist nun die Frage, wie Realität und Wahrheit hergestellt werden.

3 Der hier verwendete Formbegriff unterscheidet sich von der marxistischen Formanalyse, die unter Form ein grundlegendes gesellschaftliches Strukturierungsprinzip kapitalistischer Gesellschaften versteht (siehe Hirsch/Kannankulam in diesem Band).

In erster Annäherung ist die vorherrschende Realität das Resultat ständiger Auseinandersetzungen zwischen konkurrierenden Artikulationen: „Es gibt daher einen Kampf um die Objektivität“ (Gramsci 1991: 1412). Da Diskurse voraussetzen, dass die produzierte Wahrheit zumindest von einem Teil der Menschen als wahr angesehen wird, handelt es sich bei dem Versuch der Durchsetzung von bestimmten Bedeutungskonstruktionen um hegemoniale Auseinandersetzungen. Der entstehende Diskurs ist allerdings kaum kontrollierbar. Auch ist ein Diskurs nicht bloßes Abbild von (strategischen) Artikulationen, sondern entwickelt eine eigene Dynamik, ist also gleichzeitig auch konstitutiv und gestaltet (strategisch-selektiv, s.u.) die Wahrnehmung, das Denken und die Aktionen der Individuen.

Der Auffassung von einer Realität mit inhärenter und fixierter Bedeutung fehlt die analytische Unterscheidung zwischen Form und Substanz. Nach dem hier verfolgten theoretischen Ansatz wird die Form eines Objektes (dessen Bedeutung) innerhalb von Diskursen artikuliert und verändert sich historisch. Die Form ist zu unterscheiden von der 'bloßen Existenz' dieser Objekte (deren Substanz), die sich nicht direkt vermittelt (vgl. Laclau/Mouffe 1990: 104). Zu propagieren, dass sich Realität diskursiv vermittelt, bzw. Objekte einen diskursiven Charakter haben, stellt nicht deren Existenz in Frage. Doch aus der bloßen Substanz von Objekten folgt nichts *Bedeutungsvolles* bzw. *Sinnhaftes*. Die Form eines Objektes ist demnach historisch, kontingent und gesellschaftlich konstruiert und es existiert eine nicht reduzierbare Distanz zwischen Form und Substanz: „what is significant from a deconstructive viewpoint is that the sensible thing ... is itself unthinkable except in relation to intelligible form“ (Staten 1984: 7).⁴

Auf dem diskursiven Charakter der Realität zu beharren bedeutet nicht, dass diese keine *Auswirkungen* hätte. Es bedeutet, dass diesen Auswirkungen erst eine *Bedeutung* innerhalb eines diskursiven Kontextes zukommt. Um im Beispiel oben zu bleiben: Der Angriff der Männer auf den Militärposten hat Auswirkungen (z.B. den Tod von Soldaten). Diese Auswirkungen tragen aber noch keine Bedeutung in sich. Hinzu kommt, dass bereits die Auswirkungen – einer Handlung, eines Ereignisses – (meist) nicht

4 Vgl. auch Laclau/Mouffe 1990: 111; hinsichtlich der Opposition Realismus/Idealismus siehe ebd. S.106ff.

eindeutig sind. Auch führt der diskursive Charakter der Realität nicht dazu, dass diese beliebig gestaltbar wäre. Auch wenn richtig ist, dass keine Bedeutung für immer fixiert ist, sind doch der Gestaltbarkeit Grenzen gesetzt: Denn welche Artikulationen und Diskurse sich durchsetzen, ist immer das Resultat hegemonialer Auseinandersetzungen. Diese finden wiederum vor dem Hintergrund einer immer schon strategisch-selektiven Organisation von Diskursen statt, die in unterschiedlichen Ausmaßen verfestigt (im Sinne von verstetigt) und daher nicht einfach zu verändern sind: „the ‘structural’ moment in social relations is now seen to comprise those elements in a given temporal-spatial context that cannot be altered by a given agent (or set of agents) pursuing a given strategy during a given time period“ (Jessop 2007: 42).

Schließlich werden häufig materielle Verhältnisse den diskursiven Verhältnissen entgegen gestellt (vgl. z.B. die Beiträge von Purkarthofer und Brand). Diese Unterscheidung macht diskurstheoretisch keinen Sinn. Da gesellschaftliche Verhältnisse in aller Regel nicht mit Substanz angefüllt sind (außer wenn damit der Bau von Gebäuden, Grenzzäunen etc. gemeint ist), benennt der Begriff der Materialität metaphorisch die Verstetigung von (Kräfte-)Verhältnissen, also eine gewisse zeitliche bzw. historische *Konstanz*. Da sich Beziehungen über Handlungen konstituieren, bedeutet historische Konstanz vor allem, dass es Handlungen gibt, die sich über einen bestimmten historischen Zeitraum hinweg in relativ ähnlicher Weise wiederholen. Der Begriff der materiellen Verhältnisse benennt – als Metapher – also eine gewisse Verstetigung von Handlungen. Genau diese Verstetigung und damit Stabilisierung beinhaltet aber der Diskursbegriff, weswegen materielle *Verhältnisse* diskurstheoretisch immer *diskursive* Verhältnisse sind.

2. Das Primat des Politischen

Das Politische nimmt in der diskurstheoretischen Hegemonietheorie eine privilegierte Stellung ein. Die dieser Privilegierung zugrunde liegende These lautet, dass das Politische und das Soziale nicht eindeutig voneinander trennbare Bereiche sind. Soziale Beziehungen können demnach als politische Handlungen verstanden werden, die sich historisch über gesellschaftliche Prozesse und hegemoniale Auseinandersetzungen verstetigt haben, deren ursprüngliche politische Wurzeln in Vergessenheit gerieten. Es

gibt demnach keine grundsätzliche Unterscheidung zwischen dem Politischen und dem Sozialen, sondern nur eine graduelle. Daraus folgt, dass *alle* sozialen Beziehungen bzw. das Feld des Sozialen als Ganzes politischen Ursprungs sind. Soziale Handlungen und Beziehungen bilden sich heraus, indem über hegemoniale Auseinandersetzungen bestimmte Handlungen und Beziehungen privilegiert und andere unterdrückt werden. In dem Moment, in dem sich bestimmte Handlungen gegenüber konkurrierenden Handlungen durchsetzen und hegemonial werden, gerät der ursprünglich politische Charakter dieser Handlungen über die Zeit in Vergessenheit – und damit auch das Wissen um Alternativen. Der Moment der Verstetigung entspricht dem Moment, in dem eine bestimmte gesellschaftliche Organisationsform sozialer Beziehungen den Charakter einer Objektivität annimmt und damit ihren politischen Charakter verliert (vgl. Laclau 1990: 34).

Das Primat des Politischen bedeutet demnach, Politik nicht auf einen bestimmten Bereich von Gesellschaft zu reduzieren, sondern das Politische als konstitutiv für jede soziale Identität und Handlung und damit für die Strukturierung der Gesellschaft insgesamt zu verstehen. Gleichzeitig folgt hieraus nicht, dass alles zu jedem Zeitpunkt politisch wäre. Vielmehr sind nur solche gesellschaftlichen Bereiche *politisiert*, die gesellschaftlich verhandelt werden, die Teil hegemonialer Auseinandersetzungen sind. Im Gegensatz hierzu steht das in einem bestimmten raum-zeitlichen Moment institutionalisierte Ensemble aus Regeln, Normen und Werten, aus verfestigten Modi der Verhaltensorientierung, -routinisierung und -koordinierung, dessen politische Wurzeln nicht offenkundig sind und daher innerhalb eines bestimmten Raum-Zeit-Horizonts für selbstverständlich gehalten werden. Jede Gesellschaft benötigt ritualisierte und damit akzeptierte und institutionalisierte Grundlagen der menschlichen Interaktion, um eine relative Stabilität der Gemeinschaft zu gewährleisten und nicht in einem Chaos zu versinken. Politik kann demnach als Auseinandersetzung um hegemoniale Stabilisierungen verstanden werden, als Kampf um die „symbolische Instituierung einer gesellschaftlichen Identität“ (Marchart 1998: 97).

3. Herstellungsprozesse von Hegemonie

Aus obigen Ausführungen können für einen diskurstheoretischen Ansatz folgende Punkte abgeleitet werden: Erstens ist die Unterscheidung zwischen politischen und institutionalisierten – daher sozial verstetigten – Bereichen einer Gesellschaft nicht feststehend oder objektiv gegeben, sondern Teil hegemonialer Auseinandersetzungen, die bestimmen, was als politisch bzw. was als unpolitisch anzusehen ist. Daraus folgt zweitens, dass die soziale und sozio-ökonomische Struktur einer Gesellschaft keine natürliche ist, sondern das Resultat historisch vorgängiger hegemonialer Auseinandersetzungen. Hegemonie wird hier daher „als die zentrale Kategorie politischer Analyse“ (Laclau 1998b: 259) verstanden. Aus dem Postulat des Primats des Politischen ist schließlich abzuleiten, dass hegemoniale Auseinandersetzungen als grundlegendes gesellschaftliches Organisationsprinzip verstanden werden.

Im Folgenden wird sich dem Herstellungsprozesses von Hegemonie und der Frage gewidmet, was es bedeutet, wenn Dinge miteinander artikuliert werden. Eine Artikulation wurde oben allgemein als ein Akt des In-Beziehung-Setzens von Elementen (Dingen, Ereignissen, Handlungen, Identitäten etc.) bezeichnet. Ein In-Beziehung-Setzen kann z.B. darin bestehen, eine Kette von Handlungen als äquivalent zu artikulieren, wodurch eine *Äquivalenzkette* – ein spezifischer Diskurs – entsteht. Da bereits gesagt wurde, dass keine Bedeutung *an und für sich* existiert, entsteht Bedeutung allein dadurch, dass Elemente miteinander als äquivalent (oder als different) artikuliert werden.

Was ist aber das Äquivalente, das Identische zwischen bestimmten Elementen? Hierbei handelt es sich nicht um einen positiven Inhalt, denn eine Positivität würde etwas ausdrücken, was die Momente an und für sich schon wären. Folglich erhalten die Momente einer Äquivalenzkette ihre Bedeutung allein durch die Betonung auf etwas, was sie nicht sind. So stellt sich z.B. die Frage, was alle EuropäerInnen gemeinsam haben, was das Identische ist, das diese Äquivalenzkette eint. In dem Versuch, eine zugrunde liegende Positivität zu finden, könnte nun eine Liste von dezidiert europäischen Eigenschaften folgen. Abgesehen davon, dass diese Zuschreibung ein äußerst zweifelhaftes Unterfangen wäre, müsste die Liste bis in die Unendlichkeit fortgesetzt werden. Es käme niemals der Punkt, an dem die Äquivalenzkette alle ‘EuropäerInnen’

jemals hinreichend beschrieben hätte. Um also die Gemeinsamkeiten der Elemente zu bestimmen, müssen wir jenseits der Elemente suchen. Die logische Schlussfolgerung ist, dass das Einzige, was alle EuropäerInnen eint, etwas ist, was sie nicht sind: Sie sind alle *nicht NichteuropäerInnen* (genauso: Was den Okzident einte, war die Existenz des Orients; was *den* Westen einte, war die Existenz *des Ostblocks*; was feministische Positionen eint, ist nicht der Rekurs auf *das* (vermeintlich) *Weibliche*, sondern die Kritik an verschiedenen Formen patriarchaler Verhältnisse usw.).

Das Resultat dieser Grenzziehung zwischen Äquivalenzketten/Diskursen ist keine simple, sondern eine konstitutive Differenz, ein radikales Außen: ein Antagonismus (vgl. Laclau/Mouffe 1985: 122ff.). Eine Äquivalenzkette – ein bestimmter Bedeutungskomplex – benötigt dieses radikale Außen, um sich zu stabilisieren, um überhaupt Bedeutung zu generieren. Es handelt sich um *das Andere*, das die Gemeinschaft *der Gleichgesinnten* bewirkt. Hieraus folgt nun die paradoxe Situation, dass das, was die Grenzen und damit die grundlegende Ermöglichung eines Diskurses darstellt, zugleich die letztendliche Unmöglichkeit eines *stabilen* Diskurses begründet, da die differentielle Ordnung als solche permanent durch diese radikale Negativität untergraben wird. Da die Grenzen eines Diskurses niemals neutral sind, bedeutet das wiederum, das Politische in der Konstitution jeder Art von Bedeutung, Identität, Grenzziehung etc. zu betonen.

Was sind nun die Bedingungen eines Erfolgs bestimmter Artikulationen? Zu Beginn dieses Artikels wurde festgestellt, dass Hegemonie ein bestimmtes Verhältnis von Partikularität und Universalität beschreibt: Als eine Bedingung zur Erlangung von Hegemonie wurde benannt, dass es bestimmten gesellschaftlichen Kräften gelingt, ihre partikularen Projekte (z.B. freie Preisbildung, weniger staatliche Lenkung, Abschaffung von Zöllen etc.) als universelles Projekt (z.B. soziale Marktwirtschaft) zu artikulieren.⁵ Die Erfüllung dieser Bedingung ist notwendig und gleichzeitig nicht hinreichend zur Etablierung einer Hegemonie. Damit das hegemoniale Projekt auch zu einer hegemonialen sozialen Struktur wird, müssen sich konkrete Subjekte diesem hegemonialen

5 Diese Möglichkeit hängt wiederum von der Fähigkeit ab, Leere Signifikanten zu produzieren (vgl. Wullweber 2008, s.u.).

Projekt anschließen und ihre Handlungen, zumindest in der Tendenz, danach ausrichten.

Wie kann das Universelle/das Gemeinwohl einer Gesellschaft konkreter gefasst werden, auf das sich hegemoniale Artikulationen notwendigerweise beziehen? Zur Annäherung an diese Frage müssen wir in mehreren Schritten vorgehen. Da kein Partikularinteresse von sich aus ein allgemeines Interesse oder Ziel einer Gesellschaft darstellt, markiert eine Universalität erstens einen 'leeren Ort'. Das Universelle ist also zweitens immer ein imaginäres Gemeinwohl. Da es sich um ein imaginäres Allgemeines handelt, kann dieses drittens niemals durch eine konkrete Gesellschaft erreicht werden. Doch auch wenn das Gemeinwohl immer *im Kommen ist* (Derrida) und niemals vollständig realisiert werden kann, ist es möglich, es durch verschiedene Artikulationen zu symbolisieren. Wenn es sich bei dem Gemeinwohl also immer um ein imaginäres Allgemeines handelt, bedeutet das viertens auch, dass nur über die strategische Artikulation verschiedener partikularer Interessen ein Gemeinwohl bzw. ein Allgemeininteresse zustande kommt. Hegemoniale Projekte beziehen sich also stets auf ein oder verschiedene Allgemeininteressen, die sie im Prozess der Artikulation wiederum potentiell verformen. Oder andersherum ausgedrückt: Nur weil die Universalität einen *leeren Ort* darstellt, kann diese durch hegemoniale Auseinandersetzungen gefüllt werden. Weiterhin muss fünftens (nochmals) betont werden, dass es sich bei einem Gemeinwohl immer um ein spezifisches Allgemeines handelt: Es gilt immer nur für eine bestimmte Zeit innerhalb eines konkreten Raums für eine spezifische (z.B. religiöse, patriarchale, sozio-ökonomische, kulturelle, demokratische etc.) Gemeinschaft.

Die verschiedenen Fäden können nun durch eine Annäherung an eine diskurstheoretische Definition von Hegemonie zusammen geführt werden. Erstens kann eine Hegemonie hiernach immer nur einen umgrenzten (gesellschaftlichen) Bereich erfassen, dessen Form, Reichweite und zeitliche Rahmen spezifiziert und konkretisiert werden müssen. Zweitens ist es immer eine (imaginäre) Universalität, die hegemonial wird. Akteure können zwar ein hegemoniales Projekt vorantreiben und darauf achten, ihre Interessen in dieses Projekt privilegiert einzuschreiben. Es wird allerdings die (vor allem in Neo-Realistischen und Neo-Gramscianischen Ansätzen) vorherrschende Konzeptualisierung von Hegemonie

in dem Sinne kritisiert, als dass eine Hegemonie mit bestimmten Akteuren verbunden sein kann aber nicht muss und dass vor allem nicht eine bestimmte Person, eine politische Gruppierung, eine Klasse oder ein Staat hegemonial ist. Hegemonial ist vielmehr ein bestimmter Alltagsverstand, eine Regulationsform der Gesellschaft, ein gesellschaftliches Verhältnis oder ganz allgemein: Eine spezifische raum-zeitliche Organisation von Diskursen. Sicherlich kann und wird diese *Diskursorganisation* vor allem die Interessen bestimmter gesellschaftlicher Gruppen ausdrücken und abdecken. Die Diskursorganisation ist aber nicht mit den ProtagonistInnen eines hegemonialen Projektes identisch. Drittens beruht eine Hegemonie immer auf der Undenkbarmachung von Alternativen und beinhaltet daher Zwangselemente. Diese Alternativen können jedoch nicht vollständig ausgelöscht werden. Da eine Hegemonie also immer eine 'kontaminierte' Hegemonie darstellt, bleiben partikuläre Reste der Alternativen zu dieser Hegemonie bestehen. Eine Hegemonie kann niemals eine totale, sondern immer nur eine tendenziell umfassende Hegemonie sein. Damit ist auch potentiell das Wissen um die Spezifität des Allgemeinen und damit das Wissen um Alternativen vorhanden und kann zu gegebener Zeit wieder reaktiviert werden. Eine Hegemonie ist viertens also eine zeitlich befristete Hegemonie, auch wenn bestimmte Formen von Diskursorganisation durchaus über einen längeren Zeitraum bestehen können.

Ein politisches Projekt, im Sinne eines strategisch artikulierten Diskurses, muss nun, um hegemonial zu werden, in einer solchen Art und Weise in Verbindung mit dem imaginären Allgemeinen artikuliert werden, dass eine Vielzahl von Subjekten, Akteuren und relevanten Kräften davon ausgehen, dass die Realisierung des Projektes zur Erlangung des Gemeinwohls unerlässlich ist. Darüber hinaus müssen diese auch konkrete von dem Diskurs angebotene Subjektpositionen einnehmen. Eine Hegemonie bietet daher eine Vielzahl von Subjektpositionen und damit die Möglichkeit der Einschreibung in eine diskursive Oberfläche einer spezifischen Diskursorganisation an, die von den Menschen auch tatsächlich eingenommen werden. Da aber das Allgemeine ein imaginäres Allgemeines ist, sind auch die in ihr angebotenen Subjektpositionen imaginär: Eine vollständige Einnahme muss notwendigerweise immer misslingen, die räumlich und historisch hegemonialen gesellschaftlichen Idealbilder (z.B. von der leistungsfähigen,

erfolgreichen, flexiblen und gleichzeitig ständig fürsorglichen, liebevollen und präsenten Mutter) sind unerreichbare Ideale.

Die soziale Struktur einer Gesellschaft, das heißt, die spezifische hegemoniale Organisation der Diskurse, entsteht in einem konflikthaften und häufig gewaltförmigen Prozess. Da sich die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse in die verstetigten Handlungen und Bedeutungen einer Gesellschaft eingeschrieben haben, ist diese nicht zu jedem Zeitpunkt reaktivier- und veränderbar. Die verstetigten Kräfteverhältnisse haben somit eine gewisse Festigkeit, im Sinne von Dauerhaftigkeit, erlangt. Das bedeutet zugleich, dass nicht von einer neutralen sozialen Struktur einer Gesellschaft ausgegangen werden kann. Eine hegemoniale Diskursorganisation ist also nicht nur das kontingente Resultat historischer Kräfteverhältnisse. Diese Kräfteverhältnisse wirken dadurch, dass sie sich in die soziale Struktur, in die Institutionen und täglichen Praktiken der Subjekte dieser Gesellschaft eingeschrieben haben, zugleich strukturierend auf die Möglichkeiten der Artikulation neuer Relationen und dementsprechend auf die Gestaltung des Wahrheitshorizonts einer Gesellschaft ein. Das bedeutet auch, dass eine spezifische Diskursorganisation nicht nur *Ausdruck* historischer Kräfteverhältnisse einer Gesellschaft ist, sondern retroaktiv auf die Konstituierung dieser Gesellschaft einwirkt. Da hegemoniale Kämpfe immer strategische und interessen geleitete Kämpfe sind, schreiben sich diese Strategien und Interessen nicht deckungsgleich, sondern gebrochen und kontingent, in die aus diesen Kämpfen resultierende historisch-spezifische Diskursorganisation ein. Eine raum-zeitlich spezifische Diskursorganisation ist also immer eine strategisch-selektive Matrix (vgl. Jessop 1990; 2007), die als Handlungs- und Orientierungsraster auf aktuelle Handlungen einwirkt. Das bedeutet, dass einige Artikulationen oder hegemoniale Projekte privilegiert und andere benachteiligt werden. Auch richten sich die Strategien der Akteure nach dieser Matrix aus, wodurch diese reflexiv reorganisiert wird. Das Artikulations- und Handlungsfeld wird dadurch eingeschränkt. Sicherlich können weiterhin alle möglichen Artikulationen vollzogen werden. Doch die Möglichkeit, hegemonial zu werden, wird eingeschränkt.

Bestimmte Bereiche innerhalb der Diskursorganisation einer Gesellschaft, wie die Unterscheidung zwischen Staat, Ökonomie und (Zivil-)Gesellschaft, werden hegemonial als separate Räume artikuliert. Der Staat, als spezifische Diskursorganisation, ist

dementsprechend Ausdruck historisch-hegemonialer Auseinandersetzungen um die Artikulation einer bestimmten Form sozio-politischer Organisation und, daraus folgend, spezifischer raum-zeitlicher Strukturierungen. Ähnlich verhält es sich mit der Ökonomie. Hier haben sich bestimmte gesellschaftliche Verhältnisse (das Waren-, das Geld-, das Kapitalverhältnis etc.) historisch so stark verfestigt, dass bestimmten Teilbereichen der Ökonomie, z.B. der Warenform, quasi ein Eigenleben, ein Fetisch-Charakter, zugeschrieben wird. Da eine Diskursorganisation, wie z.B. die des Staates, nicht ohne weiteres wieder abgelöst werden kann, besitzt diese eine relative Autonomie gegenüber täglichen Handlungen. Es ist dies aber nur eine scheinbare Autonomie, da die Organisation der Diskurse jeden Tag, jeden Moment von einer Vielzahl von Subjekten reartikuliert werden muss, um Bestand zu haben. Der Staat, die Ökonomie oder auch Globalisierungsprozesse existieren nur deshalb, da sie von den in der Gesellschaft lebenden Menschen täglich reproduziert werden und sich tief in das Denken und den Wahrheitshorizont der Subjekte eingeschrieben haben. Hieraus folgt wiederum die Betonung des inhärent Politischen in der Institutionierung von Staat, Ökonomie und Gesellschaft.

4. Umriss einer hegemonie- und diskurstheoretisch fundierten politisch-ökonomischen Analyse der Nanotechnologie

Die Anzahl poststrukturalistischer Studien im Bereich der IPÖ nimmt stetig zu (vgl. z.B. Scherrer 1999; Peterson 2003; Cameron/Palan 2004; Goede 2006). Im Folgenden soll anhand der Untersuchung der Nanotechnologieentwicklung skizzenhaft aufgezeigt werden, wie ein hegemonie- und diskurstheoretisch fundierter politisch-ökonomischer Analyseansatz aussehen kann (siehe ausführlich Wullweber i.E.). Eine solche Analyse geht erstens davon aus, dass ein empirischer Gegenstand, wie die Nanotechnologie, nicht einfach gegeben ist, sondern abhängig ist von konkurrierenden Bedeutungszuweisungen und daher gesellschaftlichen Konstruktionsprozessen unterliegt. Diese Konstruktionsprozesse verlaufen zweitens nicht zufällig, sondern historisch-kontingent und basieren auf hegemonialen Auseinandersetzungen. Im Gegensatz zur klassischen Diskursanalyse, die sich vor allem mit den sprachlich-semantischen Konstruktionsprozessen beschäftigt, wird drit-

tens davon ausgegangen, dass ein empirischer Gegenstand nur verstanden werden kann, wenn die Analyse das sozio-politische Umfeld berücksichtigt. Dieses wird wiederum nicht als gegeben genommen, sondern als hegemonial verstetigte Organisation von Diskursen, die sich in ihrer Gesamtheit als *Realität* darstellt. Das sozio-politische Umfeld kann, je nach Untersuchungsgegenstand, schließlich viertens nicht auf den Nationalstaat beschränkt bleiben, sondern enthält *in der Tendenz* immer eine internationale, transnationale oder allgemein: eine globale Dimension.

Von der Konstruiertheit des empirischen Gegenstandes auszugehen, bedeutet, bezogen auf die Nanotechnologie, danach zu fragen, was unterschiedliche Akteure unter Nanotechnologie verstehen. Für eine Analyse der Nanotechnologie ist speziell von Interesse, dass eine allgemein anerkannte Definition bis heute nicht existiert. Zur näheren Beschreibung kursieren Begriffe wie *enabling technology*, *nanosciences*, *nanotechnologies* und Bezeichnungen wie *Plattform-Technologie* und *Querschnittstechnologie*, die alle allerdings die Unbestimmtheit des Begriffs eher bestärken. Einzig die Größenskala, der Nanometerbereich, mit der die Nanotechnologie zusammenhängt, scheint konsensfähig zu sein. Mit Nanoskala ist hierbei meist eine Größenordnung zwischen 1 bis 100 Nanometern (10^{-9}m bis 10^{-7}m) gemeint.

Da die meisten Studien zur Nanotechnologie deren konstruierten Charakter nicht sehen bzw. anerkennen oder ihnen das theoretische Instrumentarium fehlt, diesen zu beschreiben, teilen fast alle die oben genannte Schwierigkeit der Definition. Allerdings erklärt die Feststellung der Konstruiertheit der Nanotechnologie nicht dessen Unschärfe. Denn die Nanotechnologie könnte auch so kongruent artikuliert sein, dass sich kaum eine Unschärfe ergibt. Die Unschärfe des Begriffs, so die hier vertretene These, ist darin begründet, dass es sich bei der Nanotechnologie um gar keine bestimmte Technologie oder Methode und auch nicht um eine bestimmte Anwendung oder ein Forschungsfeld handelt! Unter (dem Begriff) Nanotechnologie werden vielmehr verschiedene technische und technologische Entwicklungen in einer Äquivalenzkette geeint – nicht weil sie unbedingt etwas Gemeinsames teilen, sondern weil sie *strategisch* so artikuliert werden, *als ob* sie etwas Gemeinsames teilen würden. Es handelt sich, diskurstheoretisch gesprochen, um einen *Leeren Signifikanten*. Mit dem Begriff des Leeren Signifikanten ist nicht gemeint, dass derselbe Begriff

verschiedene Bedeutungen in verschiedenen Sinnzusammenhängen haben kann. Auch handelt es sich nicht um eine Abstraktion oder den kleinsten gemeinsamen Nenner einer Äquivalenzkette. Denn das würde voraussetzen, dass die Momente der Äquivalenzkette eine positive Gemeinsamkeit teilen. Die Möglichkeit von Objektivität (und nichts anderes wäre eine Positivität, daher ein Gegenstand, der sich selbst beschreibt) wurde allerdings oben diskurstheoretisch verneint. Folglich liegt die Gemeinsamkeit der Momente einer Äquivalenzkette allein in dem Verweis darauf, was sie nicht sind. Der Leere Signifikant übernimmt jetzt die paradoxe 'Aufgabe', diesen Mangel zu symbolisieren, indem er gewissermaßen den Mangel positiviert (vgl. Laclau 1998a). Es handelt sich bei einem Leeren Signifikanten um einen Begriff, der die Gemeinsamkeiten einer Kette symbolisiert.

Die Konstruktion der Nanotechnologie als Leerer Signifikant ist kein Zufall, sondern basiert auf Strategien bestimmter Akteure. Der Leere Signifikant, so die zweite These, ist der Kern eines hegemonialen Projektes, genauer: eines techno-sozio-ökonomischen Innovationsprojektes, dessen Konturen im Folgenden näher bestimmt werden. Denn die These der Existenz eines hegemonialen Projektes gibt noch keine Antworten auf die Fragen, weshalb diesem Konstrukt eine gesellschaftliche Bedeutung zukommt. Es geht also zweitens darum, das historisch-spezifische politisch-strategische und sozio-ökonomische Umfeld des Nanotechnologie-Projektes zu untersuchen. Daraus folgt die hier vertretene These, dass die Entstehung und Bedeutung der Nanotechnologie nur vor dem Hintergrund der zu diesem Zeitpunkt spezifischen hegemonialen Formen von Diskursorganisation verstanden werden können. Kurz angedeutet handelt es sich hierbei vor allem um eine postfordistische und wettbewerbsstaatliche Organisation der Diskurse, also z.B. um die verstärkte Ausweitung einer marktwirtschaftlich-organisierten und profitorientierten Produktionsweise auf den Dienstleistungssektor, die Agrarproduktion und die Wissensgenerierung (Diskurs einer wissensbasierten Ökonomie). Zugleich wird die (Um-)Gestaltung, Restrukturierung und Verstärkung der Wettbewerbsfähigkeit des Staates vor allem nach Innovationskriterien vollzogen. Nach solchen Kriterien ausgerichtetes staatliches Handeln steht unter dem Druck, permanente sozio-ökonomische Innovation zu gewährleisten, um innerhalb einer in immer stärkerem Maße globalisierten Ökonomie beständig die eigene Perfor-

mance, über die Bereitstellung flexibler Grundlagen zum Ausbau der Wettbewerbsfähigkeit, zu verbessern. Die Entstehung von verschiedenen Formen von Diskursorganisation ist wiederum nicht zufällig, sondern läuft über kontingente hegemoniale Auseinandersetzungen ab.

Das Nanotechnologie-Projekt konnte u.a. deshalb entstehen, weil es bei bestimmten, privilegiert in die vorherrschenden Formen der Diskursorganisation der Industriestaaten eingeschriebenen Interessen Resonanzen hervorruft. Die Nanotechnologie scheint demnach *die* ideale Grundlage für Innovationen darzustellen: Die hegemonialen Artikulationen versprechen die Einführung neuer Handelswaren und neuer Eigenschaften von Waren, die Einführung neuer Produktionsmethoden, die Öffnung neuer Märkte, die Erschließung neuer (synthetischer) Quellen für Rohmaterial und die Neuorganisation ganzer Industriebranchen. Die Nanotechnologie als Innovationsprojekt zu konzeptualisieren bedeutet nicht unbedingt, dass es auch tatsächlich zur Entwicklung von 'innovativen' Produkten kommen muss. Als eine mögliche und vielleicht auch prominente Lösungsstrategie (post-)fordistischer Krisen verbinden sich mit ihr die *Hoffnungen* auf die nächste industrielle Revolution und damit die Hoffnung der Industrieländer auf einen Wettbewerbsvorteil im globalen Nanotechnologie-Rennen mit den anderen Industrieländern und gegenüber den Billiglohnländern. Zudem eröffnet die Nanotechnologie – bzw. genauer, die Methoden, Prozesse und Anwendungen, die unter dem Begriff Nanotechnologie gefasst werden – neue Inwertsetzungsprozesse, da diese auf die molekulare Ebene ausgeweitet werden. Der molekulare Raum wird für die Vergabe von Eigentumsrechten und somit für Akkumulationsprozesse geöffnet und die Umwandlung von (molekularen oder durch die Nanotechnologie ermöglichten) Ressourcen in eine Warenform ermöglicht. Patente spielen daher innerhalb der Nanotechnologie und bei der molekularen Inwertsetzung eine wichtige Rolle.

Das Nanotechnologie-Projekt steht weiterhin in einem Resonanzverhältnis mit verschiedenen Diskursen, die hier nur angedeutet werden können. Innerhalb des Diskurses zur wissensbasierten Ökonomie wird die Nanotechnologie als wichtiger Bestandteil einer neuen postfordistischen Diskursorganisation artikuliert und damit sozio-ökonomisch eingebettet. Der Diskurs des globalen Nanotechnologie-Marktes beschreibt die zu erwartenden fantas-

tischen Marktvolumina hinsichtlich der Nanotechnologie-Produkte. Er bietet Anreize für Investitionen innerhalb einer auf profitorientierten und marktvermittelten Weltwirtschaftsordnung. Der Diskurs des globalen Nanotechnologie-Rennens übt Druck auf die Industrieländer aus, die Ausgaben für Forschung & Entwicklung im Bereich Nanotechnologie kontinuierlich zu steigern. Denn diejenigen Länder, die nicht an diesem Rennen teilhaben oder den Anschluss verlieren, könnten für die nächsten Jahre, wenn nicht Jahrzehnte, fast von dem gesamten globalen Markt industriell-gefertigter Produkte ausgeschlossen werden. Zusammen entfalten diese Diskurse eine Wirkungsmächtigkeit, dem sich derzeit kaum eine Regierung eines Industrielandes entziehen kann. Sie stellen daher ein solides Fundament für die heutige Nanotechnologieentwicklung dar.

Zum Abschluss seien kurz die Bedingungen benannt, die zur erfolgreichen Etablierung des Nanotechnologie-Projektes notwendig sind. Das Projekt Nanotechnologie muss, um erfolgreich zu sein, in einer solchen Art und Weise in Verbindung mit dem imaginären Allgemeinen artikuliert werden, dass eine Vielzahl von Subjekten, Akteuren und relevanten Kräften nicht nur davon ausgeht, dass die Realisierung des hegemonialen Projektes zur Erlangung des Gemeinwohls unerlässlich ist, sondern auch konkrete von dem hegemonialen Projekt angebotene Subjektpositionen einnehmen. Damit die Nanotechnologie gesellschaftlich hegemonial werden kann, muss diese als gesellschaftlich wünschenswert artikuliert und Fortschritte in der Nanotechnologie mit gesellschaftlichem Fortschritt und dem Gemeinwohl gleichgesetzt werden. Hierbei bedarf es erstens eines Leeren Signifikanten, der das Projekt eint. Dieser Leere Signifikant muss zweitens innerhalb des interessierenden Diskurses positiv besetzt und diese positive Bedeutung innerhalb dieses Diskurses hegemonial durchgesetzt werden. Drittens muss dieser Diskurs gesellschaftliche Wirkungsmächtigkeit erhalten, indem es bestimmten gesellschaftlichen Kräften gelingt, ihr partikulares (politisches) Projekt als universelles Projekt zu artikulieren. Gleichzeitig kann das Nanotechnologie-Projekt nur erfolgreich sein, wenn es auf weitere hegemoniale Diskurse verweist. Der analytische Fokus muss sich also Stück für Stück erweitern und eine gesamtgesellschaftliche und, in der Tendenz, globale Perspektive einnehmen.

5. Resümee

Ausgangspunkt der hier erarbeiteten Theorie ist das Primat des Politischen. Es basiert auf der Annahme, dass es keine objektive Realität gibt. Stattdessen gibt es immer nur spezifische Wahrheitshorizonte in Form hegemonialer raum-zeitlicher und partiell stabilisierter Organisation von Diskursen. Eine Diskursorganisation wurde als eine spezifisch verstetigte und damit über eine gewisse Zeit und innerhalb eines bestimmten sozio-politischen Raums stabilisierte soziale Verfasstheit und Strukturiertheit von Gesellschaft beschrieben. Daraus folgt, dass sich die soziale Struktur einer Gesellschaft über die kontingente Verstetigung hegemonialer Auseinandersetzungen generiert bzw. strukturiert. Politik wird hier daher als Auseinandersetzung um hegemoniale Stabilisierungen, als Kampf konkurrierender Artikulationen um die Instituierung einer gesellschaftlichen Ordnung, verstanden. Hegemoniale Auseinandersetzungen mit ihren spezifischen hegemonialen Projekten stellen nach dem hier verfolgten Theorieansatz daher ein grundlegendes gesellschaftliches Organisationsprinzip von, vor allem, aber nicht nur, demokratischen Gesellschaften dar. Das Studium konkreter Formen der Diskursorganisation, wie Staat und Ökonomie, ist, so die hier vertretene These, unerlässlich, um Aussagen über die sozio-politische Relevanz spezifischer Diskurse und hegemonialer Projekte in einem konkreten Raum-Zeit-Gefüge treffen zu können.

Im empirischen Teil wurde ein hegemonie- und diskurstheoretisch fundierter politisch-ökonomischer Analyseansatz der Nanotechnologie umrissen. Dieser erlaubt es, das Augenmerk auf die Konstruktionsprozesse zu legen und die Nanotechnologie als hegemoniales Projekt bzw. genauer als techno-sozio-ökonomisches Innovationsprojekt zu konzeptualisieren. Gleichzeitig wurde dieses Projekt in den Kontext globaler Formen hegemonialer Diskursorganisation gestellt und gezeigt, wie die Nanotechnologie sich in diesen einfügt und ihn zugleich reartikuliert. Schließlich wurden Bedingungen für die gesellschaftliche Durchsetzung der Nanotechnologie benannt.

Bei der hier skizzierten Hegemonie- und Diskurstheorie handelt es sich um einen Ansatz, der die politischen Wurzeln *jeder* sozialen Beziehung betont, sei sie als privat, ökonomisch, technologisch, rassistisch etc. artikuliert. Durch die Betonung des diskursiven und damit nicht objektiven Charakters sämtlicher Beziehungen, wird

offen gelegt, dass sich hegemoniale (Macht-)Verhältnisse ausnahmslos in jeder Beziehung widerspiegeln. Ist dieser Schritt erst einmal getan, stellt sich im nächsten Schritt die Frage, auf welche Machtverhältnisse das Augenmerk gerichtet werden soll. Da von der absoluten Verwobenheit gesellschaftlicher Verhältnisse ausgegangen wird, macht es aus dieser Sichtweise keinen Sinn, allgemein von der Dominanz einer Beziehung (z.B. der ökonomischen) über die anderen Beziehungen zu sprechen. Das heißt wiederum nicht, dass alle Machtverhältnisse immer überall gleich stark ausgeprägt wären. Die Auftrennung gesellschaftlicher Beziehungen in verschiedene Formen von Beziehungen und die Identifikation der konkreten hegemonialen Verhältnisse in diesen Formen ist analytisch sinnvoll und methodisch meist notwendig. Dies sollte aber nicht den Blick darauf verstellen, dass es sich *um nicht mehr* als eine analytische Trennung handelt und dass die Trennung als solche wiederum Auswirkungen auf Wirklichkeitskonstruktionen hat. Jedes Forschungsdesign ist *durch und durch* politisch. Einen hegemonie- und diskurstheoretischen Ansatz zu verfolgen bedeutet daher auch, „to interrogate limits, to explore how they are imposed, to demonstrate their arbitrariness, and to think *other-wise*, that is, in a way that makes possible the testing of limitations and the exploration of excluded possibilities“ (Ashley/Walker 1990: 263, Herv.i.O.) Daraus folgt, dass der Gegenstand der IPÖ nicht feststeht, sondern selbst Resultat wissenschaftlicher und damit sozio-politischer Aushandlungsprozesse ist.

Literatur

- Ashley, Richard K./Walker, R.B.J. (1990): Introduction: Speaking the Language of Exil: Dissident Thought in International Studies, in: International Studies Quarterly 34 (3), 259-268.
- Cameron, Angus/Palan, Ronan (2004): the imagined of economies of globalization: mapping transformations in the contemporary state, London/Thousand Oaks/New Delhi: Sage.
- Derrida, Jacques (1991): Gesetzeskraft. Der „mythische Grund der Autorität“, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Goede, Marieke de (Hrsg.) (2006): International political economy and poststructural politics, Basingstoke, Hampshire u.a.: Palgrave Macmillan.
- Gramsci, Antonio (1991): Gefängnishefte, Hamburg u.a.: Argument.
- Jessop, Bob (1990): Regulation theories in retrospect and prospect, in: Economy and Society 19 (2), 153-216.

- (2003): Postfordismus und wissensbasierte Ökonomie. Eine Reinterpretation des Regulationsansatzes, in: Brand, Ulrich/Raza, Werner (Hrsg.): *Fit für den Postfordismus?* Münster: Westfälisches Dampfboot, 89-113.
- (2007): *State Power. A Strategic Relational Approach*, Cambridge: Polity.
- Laclau, Ernesto (1990): *New Reflections on the Revolution of Our Time*, in: ders. (Hrsg.): *New Reflections on the Revolution of Our Time*, London/New York: Verso, 3-88.
- (1998a): Von den Namen Gottes, in: Marchart, Oliver (Hrsg.): *Das Undarstellbare der Politik. Zur Hegemonietheorie Ernesto Laclaus*, Wien: Turia + Kant, 265-281.
- (1998b): Konvergenzen in offener Suche, in: Marchart, Oliver (Hrsg.): *Das Undarstellbare der Politik. Zur Hegemonietheorie Ernesto Laclaus*, Wien: Turia + Kant, 258-261.
- Laclau, Ernesto/Mouffe, Chantal (1985): *Hegemony and Socialist Strategy: Towards a Radical Democratic Politics*, London/New York: Verso.
- (1990): Post-marxism without apologies, in: Laclau, Ernesto (Hrsg.): *New Reflections on the Revolutions of Our Time*, London/New York: Verso, 97-134.
- Marchart, Oliver (1998): Gibt es eine Politik des Politischen? *Démocratie à venir* betrachtet von Clausewitz aus dem Kopfstand, in: ders. (Hrsg.): *Das Undarstellbare der Politik: Zur Hegemonietheorie Ernesto Laclaus*, Wien: Turia + Kant, 90-119.
- (2007): Eine demokratische Gegenhegemonie Zur neo-gramscianischen Demokratietheorie bei Laclau und Mouffe, in: Buckel, Sonja/Fischer-Lescano, Andreas (Hrsg.): *Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis*, Baden-Baden: Nomos, 105-120.
- Marx, Karl (2001): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie*, MEW Band 23, Berlin: Dietz, 20. Auflage.
- Peterson, V. Spike (2003): *A Critical Rewriting of Global Political Economy – Integrating Reproductive, Productive and Virtual Economies*, London/New York: Routledge.
- Scherrer, Christoph (1999): *Globalisierung wider Willen. Die Durchsetzung liberaler Außenwirtschaftspolitik in den USA*, Berlin: Edition Sigma.
- Staten, Henry (1984): *Wittgenstein and Derrida*, Lincoln/London: University of Nebraska Press.
- Wittgenstein, Ludwig (2003): *Philosophische Untersuchungen*, Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Wullweber, Joscha (2008): *Nanotechnology – an empty signifier à venir. A delineation of a techno-socio-economical innovation strategy*, in: *Science, Technology and Innovation Studies* 4 (1), 27-45.
- (i.E.): *Das Nanotechnologie-Projekt. Hegemonie, Diskurs und Politische Ökonomie*, Baden-Baden: Nomos.

Bob Jessop

Kontingente Notwendigkeit in den kritischen politisch-ökonomischen Theorien

Dieser Artikel zielt darauf ab, gegenwärtige Erklärungsschwierigkeiten im Feld der Internationalen Politischen Ökonomie (IPÖ) zu diskutieren und zu lösen. Hierzu werde ich mich aus einer kritisch-realistischen und strategisch-relationalen Perspektive mit Fragen von Komplexität und Komplexitätsreduktion beschäftigen (vgl. Jessop 2007a, 2007b). Bevor ich jedoch zu diesen Fragen komme, möchte ich anmerken, dass IPÖ aus meiner Perspektive ein in zweifacher Hinsicht missverständlicher Begriff ist. Zum einen umfasst die IPÖ mehr als die Verhältnisse zwischen Nationalökonomien, Nationalstaaten, nationalstaatlich organisierten Bevölkerungen, Nationen oder nationalen Gesellschaftsformationen. Sich ausschließlich auf den „internationalen“ Charakter der Politischen Ökonomie zu konzentrieren, kann daher dem Vorwurf des methodologischen Nationalismus Vorschub leisten, da ökonomische, politische und gesellschaftliche Institutionen und/oder Kräfte ignoriert werden, die über, unter oder quer zu spezifischen nationalen Räumen, Territorien, Maßstabebenen (scales) oder Netzwerken operieren. Aus diesem Grund haben viele AutorInnen bereits dafür plädiert, die IPÖ als Globale Politische Ökonomie zu verstehen, auch wenn dieses Vorgehen das Risiko mit sich bringt, die naturalisierte Dominanz des nationalen Rahmens (scales) durch einen methodologischen Globalismus zu ersetzen (vgl. Palan 2000). Es ist aus meiner Sicht daher sinnvoller, sich auf die komplexe Räumlichkeit der IPÖ mit ihren konkurrierenden territorialen Logiken, getrennten und sich überschneidenden räumlichen Dynamiken (spaces of flows), multiskalaren Überlagerungen und teilweise überlagernden Netzwerken zu konzentrieren. Zweitens sollte eine radikale IPÖ mit einer Kritik ökonomischer und politischer Begrifflichkeiten beginnen, anstatt diese vorauszusetzen und dann mehr oder weniger unhinterfragt auf die „internationale“, „transnationale“ oder globale Ebene zu

übertragen. Dieses scheint aus meiner Sicht ein zentrales Problem der neo-gramscianischen IPÖ zu sein, die Gramscis Begriffe (wie z.B. Hegemonie) konzeptuell auf der nationalstaatlichen Ebene verortet und dann bezüglich der internationalen Ebene generalisiert (vgl. hierzu auch Brand 2007).

In diesem Aufsatz argumentiere ich, dass die Theorien der IPÖ davon profitieren könnten, sich bei der Entwicklung von Fragestellungen und Antwortmöglichkeiten mit den Implikationen von *kontingenter Notwendigkeit* zu beschäftigen. Dieses Konzept differenziert zwischen Oberflächenphänomen und darunterliegenden Tendenzen, Gegenteilstendenzen, kausalen Mechanismen und vermittelnden Bedingungen. Kontingente Notwendigkeit kann einer Reihe miteinander verbundener Begriffe zugeordnet werden, die sich mit Kausalität und kausalen Beziehungen in Natur und/oder Gesellschaft beschäftigen. Hierzu zählen Konzepte wie Zufall, Kontingenz, Bestimmbarkeit, Determination, Dominanz, Notwendigkeit, Überdeterminierung und Unentscheidbarkeit. Die Analyse des Verhältnisses von Kontingenz und Notwendigkeit wirft Fragen hinsichtlich der Beziehung zwischen Ereignissen und strukturellen Kausalitäten, dem Struktur-Handlungs-Problem, strategischen Handlungen und des freien Willens auf. In diesem Sinne möchte ich nun in sieben Schritten ausloten, welchen Beitrag diese Konzepte zu Theorien der IPÖ leisten können, wobei ich mich zur Verdeutlichung meiner Argumentation besonders auf den *kritischen Realismus* und den *historischen Materialismus* beziehen werde. Während beide Ansätze über elaborierte Konzepte verfügen, ist der historische Materialismus gleichzeitig eine jener Theorietraditionen in der IPÖ, in der einige der schwerwiegendsten theoretischen Fehler mit all ihren praktischen Implikationen gemacht wurden. Wie jedoch deutlich werden sollte, geht der hier entwickelte Ansatz über diese hinaus und korrigiert diese.

Innerhalb meines Argumentationsgangs werde ich erstens grundlegende Konzepte für die Analyse von Kausalitäten und Kontingenzen vorstellen. Im Anschluss daran wird kontingente Notwendigkeit in Konzepte von materiellen und aktorsbezogenen Kausalitäten integriert. Diesbezüglich halte ich an einem grundsätzlichen analytischen Bekenntnis zur Bedeutung von Kausalitäten für Natur und Gesellschaft fest. In einem dritten Schritt wechsle ich von ontologischen zu methodologischen Fragen, um zu zeigen, wie kontingente Notwendigkeit durch die

Methode der *Artikulation* in die Entwicklung von theoretischen Erklärungsmodellen integriert werden kann. Im Anschluss daran werde ich viertens Komplexitätsreduktion und die Methode der Artikulation zum Reduktionismus als wissenschaftlichem Problem in Beziehung setzen. Dabei identifiziere ich zwei Typen von Theoriebildungen, die dem Reduktionismus sehr ähnlich sind. Diese Typen sind in asymmetrisch und uneinheitlich entwickelten Konzepten begründet, die auf unterschiedliche Ausrichtungen bei der Analyse komplexer Phänomene verweisen. In einem fünften Schritt konzentriere ich mich auf das Konzept der ökonomischen Determination und arbeite vier Interpretationen des Begriffes heraus. Auf dieser Grundlage werden dann Vorschläge formuliert, wie ein ökonomischer Reduktionismus in der Theoriebildung verhindert werden kann. Dieser Teil zielt neben dem Anliegen, spezifizieren zu können, welche Typen ökonomischer Determination vorliegen, darauf ab, Konzepte für unterschiedliche Achsen gesellschaftlicher Determination auf angemessenen Ebenen von Konkretion und Komplexität zu entwickeln. Dieses Anliegen veranschauliche ich sechstens anhand des Konzepts des Weltmarktes, um zu zeigen, wie die im Laufe des Artikels entwickelte 'Methode der Artikulation' in der IPÖ zur Geltung gebracht werden kann. Hierzu führe ich den Begriff des 'variiegerten Kapitalismus' („variegated capitalism“) ein.

1. Kausalität und Kontingenz

In vielen Mainstream-Ansätzen der Sozialwissenschaften und der Internationalen Politischen Ökonomie fehlt eine angemessene Konzeptualisierung von realen, unter der gesellschaftlichen Oberfläche liegenden kausalen Mechanismen und deren Zusammenspiel bei der Hervorbringung gegenwärtiger Prozesse und Ereignisse. Die wenigen Ansätze, die diese Mechanismen zum Gegenstand machen, tendieren zudem dazu, reduktionistisch zu argumentieren und/oder 'ideologisch' aufgeladene Kategorien zu verwenden. Auf dieser Basis stellen sich grundlegende Fragen hinsichtlich des Status von Kausalitäten und kausalen Erklärungsmodellen. Eine Kausalität ist sicherlich nicht mehr, aber auch nicht weniger, als die Produktion (oder besser, Ko-Produktion) von Effekten. Als solche ist sie in Natur und Gesellschaft vorzufinden und immer relational. Die Kapazität einer gegebenen gesellschaft-

lichen Kraft (oder einer Gruppe von Kräften), Effekte produzieren zu können, beruht jedoch nicht nur auf ihren eigenen kausalen Kräften. Vielmehr hängt deren Kapazität auch von der Wirkungskraft der Gegenstände und/oder den sozialen Kräften ab, auf die sie Einfluss nehmen und in deren Kontext sie agieren. Kapazitäten und Wirkungskraft existieren dazu immer als Potentialitäten. Sie können latent bleiben, und im Falle ihrer intendierten oder nicht-intendierten Aktivierung von anderen kausalen Kräften und Dynamiken verstärkt, abgewehrt oder umgeleitet werden. Auf dieser Grundlage kann Macht als eine spezifische Form der Kausalität definiert werden, die die Produktion von Effekten zur Folge hat, die unter anderen Bedingungen nicht eingetreten wären. Die Sozialwissenschaften sind hier besonders an dem Verhältnis von Macht und Handlungen interessiert, d.h. an der Frage, ob und wie ein bestimmtes Akteursverhalten „einen relevanten Unterschied macht“. Dies führt uns zu der schwierigen Frage hinsichtlich intendierter und unintendierter (weil vermittelter) Effekte der Machtausübung.

Empirisch ist es oftmals schwierig und manchmal auch unmöglich, eindeutig zu bestimmen, ob bestimmte Akteure einen oder *den* entscheidenden Unterschied für die Entstehung eines bestimmten Ereignisses gemacht haben. Dieses Problem resultiert zum Teil daraus, dass Ereignisse nicht über natürliche Grenzen verfügen und im Hinblick auf unterschiedliche Zwecke unterschiedlich betrachtet werden können. Diese analytische Unschärfe wird besonders bei der Analyse jener komplexen Konjunkturen deutlich, die von verschiedenen Zeithorizonten und Zeitlichkeiten, komplexen Verflechtungen unterschiedlicher räumlicher Faktoren¹, Prozessen und Ereignissen, Handlungsformen sowie offen und verdeckt agierenden sozialen Kräften geprägt sind. Unter diesen Bedingungen bedarf es einer Auswahl aus der Vielzahl möglicher kausaler Verbindungen, um jene Akteure bestimmen zu können, die für einen ‘entscheidenden Unterschied’ im Hinblick auf die Produktion kausaler Effekte verantwortlich gemacht werden können. Da Akteure in spezifischen Umständen agieren, die begrenzend wie auch ermöglichend wirken, ist ihre Machtausübung jedoch immer konditioniert und vermittelt. Entsprechend kann die Verantwortung für bestimmte Effekte neben dem Akteur oder einer Akteurs-

1 Vgl. Jessop et al., 2008; Jones /Jessop 2009.

gruppe den herrschenden Umständen, nicht-akteursbezogenen strukturellen Mechanismen und Kräfteverhältnissen zugewiesen werden.² Eine jede spezifische Zuweisung entlastet zugleich im Ganzen oder in Teilen andere mitverantwortliche Umstände, Mechanismen oder Akteure.

Da jedoch alle Handlungen in einem kontinuierlichen Handlungsfluss stehen, kann die Verantwortung für bestimmte Ereignisse immer wieder neu zugewiesen werden, indem das untersuchte Ereignis neu definiert wird, Untersuchungszeiträume vor- oder rückwärts ausgeweitet werden oder die Ursachen von bestimmten Bedingungskonstellationen in den Blick genommen werden, die bis dato aus der Untersuchung ausgeklammert waren. Mittels dieser Rekonzeptualisierung kann das zu erklärende Ereignis grundlegend verändert, sein raum-zeitlicher Kontext ausgeweitet und eine höhere Anzahl kausaler Faktoren identifiziert werden. Die berühmte Antwort auf die Frage nach dem Einfluss der französischen Revolution auf ihre eigene Zweihundertjahrfeier – es sei zu früh, um dies beurteilen zu können – kann so auch rückblickend gegeben werden: Man kann die Ursprünge der Revolution in seiner angemessenen Breite niemals weit genug zurückverfolgen. Weitere Komplikationen ergeben sich, wenn die gesellschaftliche Konstruktion von Identitäten, Präferenzen und Kalkulationsmodi untersucht wird, statt diese vorauszusetzen.³ Dies gilt insbesondere, wenn Ereignisse, Prozesse und Ergebnisse erklärt werden sollen, die von Macht- und Herrschaftsverhältnissen durchzogen sind, wie auch dann, wenn Formen, Ursachen und Lösungen grundlegender Krisen oder vergleichbarer Ereignisse zur Diskussion stehen. Ein interessantes Fallbeispiel hierfür ist die Fülle von Erklärungsversuchen für die seit Mitte 2007 von den USA ausgehende Finanzkrise. Hierauf bezogene Erklärungsmodelle reichen von der grundlegenden Kapitallogik über Risse im Neoliberalismus bis zu institutionellem und regulatorischem Scheitern, einer verfehl-

2 Zum Begriff des Kräfteverhältnisses, vgl. Kräfteverhältnisse, Kritisches Historisches Wörterbuch des Marxismus (2009).

3 Dies ist der Punkt, an dem Rational Choice Theorien markante Schwächen aufweisen. Denn wie soll sich jemand in anderer Form, als durch einer gewählten Identität entsprechenden Interessensabwägung, rational für andere Identitäten entscheiden können, ohne dass analytisch zumindest eine Identität als objektiv und/oder subjektiv gegebene gesellschaftliche Tatsache vorausgesetzt wird?

ten Ordnungspolitik und der Gier von Finanzinstitutionen und KonsumentInnen. Solche erklärungsbedürftigen Komplexitäten führen zu Diskussionen über die ein-, zwei- oder dreidimensionale Form von Machtverhältnissen (vgl. Lukes 1974). Diesbezüglich gibt es ein zweifaches analytisches Problem mit jeweils spezifischen politischen Konsequenzen. Das erste Problem umfasst die Gefahr, sich durch vielfache, unendlich durchführbare retrospektive Analysen in den Untiefen der Zeit oder den weit entfernten Dimensionen des sozialen Feldes zu verlieren. Das zweite Problem besteht darin, bestimmte Faktoren und Akteure dadurch ihrer Verantwortung zu entheben, dass die ausschlaggebende Relevanz für ein Ereignis in einem Analyserahmen gesucht wird, der bis zu einem bestimmten Punkt und nicht darüber hinaus reicht.

Um diese Probleme zu umgehen, müssen die materiellen, gesellschaftlichen und raum-zeitlichen Grenzen jedes Untersuchungsgegenstandes exakt bestimmt werden. Selbst die gegenwärtige Konjunktur kann nicht als ein abstrakter Zeitpunkt analysiert werden, dem jegliche raum-zeitliche Tiefe und Ausdehnung fehlt. Stattdessen bedarf es einer konjunkturellen Analyse von spezifischen Akteuren, Identitäten, Interesse, raum-zeitlichen Horizonten und strategischen Zielen. Auf diese Weise kann die gegenwärtige Konjunktur aus einer genealogischen Perspektive als das *notwendige* Produkt einer *kontingenten* Interaktion unterschiedlich angeordneter, kausaler Mechanismen in Gegenwart und Vergangenheit verstanden werden. Die gegenwärtige Konjunktur stellt somit ein asymmetrisches strategisches Terrain dar, welches Akteure auf Grund von verschiedenen materiellen, raumzeitlichen und gesellschaftlichen Handlungsmöglichkeiten unterschiedlich befähigt, ihre spezifischen Interessen in einer heterogenen Konstellation raum-zeitlicher Strukturen zu verfolgen. Diese reichen vom unmittelbaren „hier und jetzt“ bis zur Weltgesellschaft in einer unbekannteren Zukunft.

Während somit *Determinierung* auf kausale Prozesse bezogen ist, bezeichnet *Determiniertheit* die Wahrscheinlichkeit, dass ein gegebener Effekt durch unterschiedliche Konstellationen von Kausalketten realisiert wird. Dies beruht auf dem grundlegenden Verhältnis von Struktur und Handlungen: Wenn ein gegebener kausaler Effekt stark strukturell bestimmt ist, ist er in hohem Maße determiniert. Kausal überdeterminiert ist ein Effekt, wenn mehrere strukturelle Kräfte miteinander interagieren, um eng

miteinander verwobene Beschränkungen/Bestimmungen (constraints) zu erzeugen. Andererseits können einzelne Beschränkungen so schwach miteinander verkoppelt sein, dass mehrere Ergebnisse möglich sind. In diesem Fall ergibt sich eine schwächere strukturelle Determiniertheit. Diese erweitert den Spielraum für spezifische gesellschaftliche Akteure, einen 'entscheidenden Unterschied' machen zu können, und damit auch für Erklärungen, die sich auf die Veränderung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse beziehen. Dieser Argumentationsgang droht jedoch tautologisch zu enden, wenn es keine Methode gibt, die Veränderungen in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen verlässlich einzuschätzen, da neue gesellschaftliche Entwicklungen als Beweis dafür angesehen werden müssen, dass eine Veränderung in den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen stattgefunden hat. Der strategisch-relationale Ansatz kann hier weiterführend sein.

Zu einer ähnlichen Schlussfolgerung führt in letzter Konsequenz die Dialektik von Pfadabhängigkeit und Pfadentwicklung, denn die dort beschriebenen schwach ausgebildeten Rückkoppelungseffekte eröffnen den Akteuren eine Vielzahl von Handlungsmöglichkeiten. Eine spezifische Situation kann daher dann als unentscheidbar bezeichnet werden, wenn keine eindeutigen Regeln der Entscheidungsfindung vorliegen, die den Akteuren bei der Beurteilung ihrer Lage eine klare Handlungsrichtung anzeigen. Wie Scherrer (1995) ausführt, zwingt eine solche Situation Akteure dazu, ihren 'freien Willen' auszuüben. 'Entscheidungen', wie auch immer sie interpretiert werden, spielen in diesem Zusammenhang somit eine Schlüsselrolle für Erklärungsmodelle. Die Form dieser Entscheidungen und deren Ursachen machen wiederum neue Forschungsfelder auf hin zu komplexeren Erklärungsmodellen und -gegenständen.

2. Über kontingente Notwendigkeit

Es ist vor dem Hintergrund dieser theoretischen Probleme sinnvoll, auf das Konzept der 'kontingenten Notwendigkeit' zurückzugreifen. Dies hat weitreichende ontologische, epistemologische, methodologische und inhaltliche Implikationen für die Analyse des 'Real-Konkreten'. Das Konzept beruht auf der Annahme, dass alles, was in der realen Welt passiert, sich in gewisser Hinsicht er eignen muss und in diesem Sinne 'notwendig' ist. Denn auch wenn

‘Unfälle passieren’ und analytisch berücksichtigt werden müssen, ist es nicht sinnvoll, die Annahme von Notwendigkeiten zu Gunsten des puren Zufalls aufzugeben, da hierdurch wissenschaftliches Forschen, das nach Begründungen sucht, sinnlos werden würde. In der Tat kann wissenschaftlicher Fortschritt daran gemessen werden, inwiefern Erklärungsansätze für das Gefundene werden, was bisher in wissenschaftlichen Begriffen nicht erklärbar war. Wie bekannt sein dürfte, führt dieses in vielen Fällen zu wissenschaftlichen Paradigmenwechseln und der grundlegenden Neuausrichtung von Forschungsprogrammen.

In solchen Fällen steht genau das zur Disposition, was mit Notwendigkeiten gemeint ist. Denn wenn man davon ausgeht, dass Kontingenz und Notwendigkeit auf unterschiedliche Bezugspunkte verweisen, verschwindet auch der scheinbare Widerspruch innerhalb des Konzepts von kontingenter Notwendigkeit. Dabei darf, soll und kann Notwendigkeit nicht bedeuten, dass die Ereignisse der realen Welt auf einen einzigen kausalen Mechanismus zurückgeführt werden können. Stattdessen werden sie in jenen Arbeiten, die auf das Konzept der kontingenten Notwendigkeit Bezug nehmen, als das Ergebnis nicht-notwendiger Interaktionen unterschiedlicher Kausalketten interpretiert. Erst durch die kontingente Interaktion werden sie notwendig. Auf diese Weise zeigt ‘kontingente Notwendigkeit’ gleichzeitig die kausale Determinierung (Notwendigkeit) von Ereignissen und Phänomenen und deren im Vorhinein vorliegende Unbestimmbarkeit (Kontingenz) an, da Ereignisse erst durch die Interaktion diverser kausaler Tendenzen und Gegentendenzen realisiert werden.⁴

Auf dieser Grundlage könnte argumentiert werden, dass diese Interaktion als *der* erforderliche und singuläre, kausale Mechanismus wirkt, damit das Notwendige passiert. Dies ist jedoch nicht zutreffend, da Interaktionen nicht auf den Ablauf eines einzigen kausalen Mechanismus reduziert werden können. Daher gibt es sicherlich keine für sich stehende Theorie, die vorhersagen oder bestimmen kann, wie und warum sich solche Kausalketten kontingent überschneiden und/oder ineinanderspielen, um ein be-

4 Hier ist implizit die im kritischen Realismus vorgenommene Unterscheidung zwischen dem Realen, dem Aktuellen und dem Empirischen von Bedeutung (vgl. Bhaskar 1975; Sayer 2000; Jessop 2007a).

stimmtes, und kein anderes überdeterminiertes Ergebnis zu erzielen. Stattdessen resultieren die Interaktionen, die ein gegebenes, notwendig-kontingentes Ergebnis produzieren ihrerseits aus den Interaktionen unterschiedlicher kausaler Tendenzen und Gegentendenzen. Letztere sind wiederum selber in unterschiedliche raum-zeitliche Horizonte eingelagert und umfassen diverse Mechanismen, Technologien und Handlungen.

Eine weitere Schwierigkeit ergibt sich, wenn zur Kenntnis genommen wird, dass Tendenzen in *doppelter Hinsicht* tendenziell sind. Die Reproduktion von ökonomischen Tendenzen beruht z.B. unabhängig davon, ob sie realisiert werden, erstens auf kontingenten gesellschaftlichen Praxen, die weit über das hinausgehen, was als 'ökonomisch' interpretiert werden kann. Zweitens hängt ihre Realisierung als tendenziell kausale Mechanismen sowohl von spezifischen Ausgangsbedingungen als auch von der kontingent-notwendigen Interaktion von Tendenzen und Gegentendenzen ab. Der tendenzielle Fall der Profitrate bleibt z.B. solange bestehen, wie das Kapitalverhältnis selbst reproduziert wird, aus dem der tendenzielle Fall der Profitrate als ein Aspekt hervorgeht (über den tendenziellen Fall der Profitrate, vgl. Reuten 2009). Dies verstärkt die Kontingenz von kontingent-notwendigen Ergebnissen, und verlangt uns auf einer analytischen Ebene ab, die doppelte Kontingenz von Tendenzen zu berücksichtigen. Diese sind in ihrer Existenz kontingent und beruhen in ihrem Verlauf auf der Abwesenheit von stärkeren Gegentendenzen.

Dieses Vorgehen kann das Tor zu unendlichen, analytischen Erklärungsversuchen einer in vielerlei Hinsicht pfadabhängigen Vergangenheit öffnen. Um diese zu verhindern, sollte der Ursprung von Ereignissen am sinnvollsten 'genealogisch' (vgl. Foucault 1975) als notwendiges Ergebnis der kontingenten Interaktion unterschiedlicher Konstellationen kausaler Mechanismen erforscht werden. Ereignisse sind somit die komplexe Synthese unterschiedlicher Determinationen (Marx 1857: 100-101). Kontingente Notwendigkeit beinhaltet zusätzlich einen unbegrenzten Überschuss an (unkontrollierbaren und sich oftmals gegenseitig ausschließenden) zukünftigen Möglichkeiten. Auf diese Weise wird analytisch sichergestellt, dass die Welt als eine 'offene' Struktur verstanden wird (vgl. Luhmann 1979: 6, 13; vgl. Laclau/Mouffe 1991). Es ist daher wichtig, die vielfältigen Determinationen in einer konkreten Konjunktur zu erforschen. Dabei sollte gezeigt werden, wie diese

Determinationen als notwendige und/oder hinreichende Bedingungen in einer variablen, kausalen Dialektik von Pfadabhängigkeit und Pfadentwicklung kontingent miteinander interagieren.

Kurz zusammengefasst: Kontingente Notwendigkeit setzt als analytisches Konzept ebenso die unendliche Komplexität der realen Welt voraus wie die unendliche Komplexität der realen Welt kontingente Notwendigkeit mit einschließt. Auf dieser Grundlage stellen sich als weiterführende Fragen, wie die 'Komplexität der Komplexität' der realen Welt adäquat erfasst und gleichzeitig analytisch vereinfacht werden kann. Dies umfasst u.a. folgende Annahmen: (a) die selben Kausalitäten können zu unterschiedlichen und/oder divergierenden Effekten führen, (b) unterschiedliche Kausalitäten können die selben Effekte erzeugen, (c) schwache Kausalitäten können sehr starke Effekte hervorrufen, (d) starke Kausalitäten können relativ schwache Effekte erzeugen, (e) Kausalitäten können gegenteilige Effekte zur Folge haben, (f) die Effekte von sich widersprechenden Kausalitäten sind unbestimmt (Morin 1977: 269-71). Dieses Vorgehen schließt vereinfachende Algorithmen als Erklärungsmodelle für komplexe Phänomene aus. Statt dessen setzt es sowohl *Komplexitätsreduktion* – d.h. sich mittels reflektierter, methodologischer Vereinfachungen an der Suche nach Einstiegspunkten in die Analyse zu beteiligen, die der komplexen Welt angemessen sind – als auch *methodologischen Relationalismus* voraus. Dieser zielt auf die begrifflich vereinfachte Analyse einer realen Welt, die als Verhältnisse von Elementen und Momenten in einer sich entwickelnden Gesamtsituation verstanden wird⁵.

3. Die Methode der Artikulation

Ich wende mich jetzt den epistemologischen und methodologischen Implikationen der ontologischen Komplexität der realen Welt und den damit verbundenen 'kontingenten Notwendigkeiten' zu. Im Kern argumentiere ich, dass eine adäquate Erklärung komplexer Ereignisse und Prozesse analytische Konzepte aus verschiedenen Perspektiven kombinieren sollte, die jeweils auf unterschiedlichen Ebenen ansetzen. Ein angemessener Erklärungsversuch komplexer Prozesse und Gegenstände sollte diese Aspekte zu einem gebe-

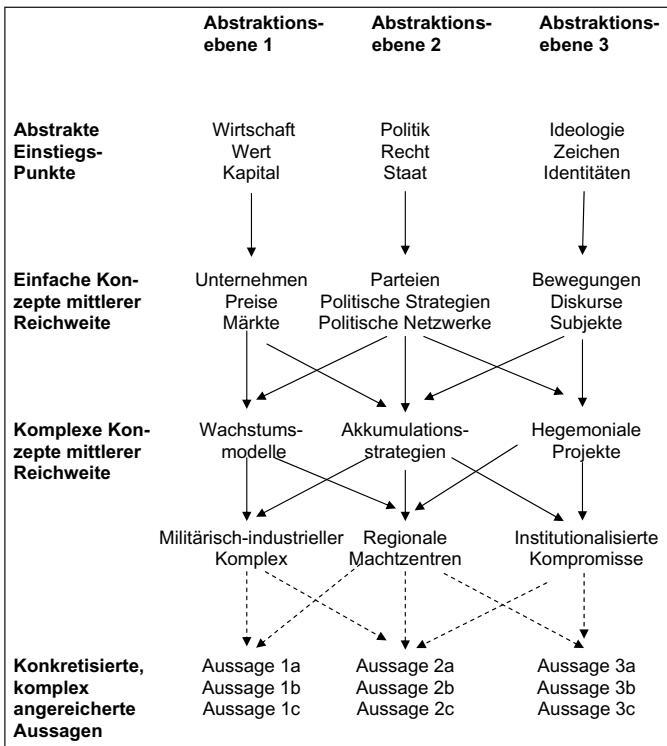
5 Bezüglich des Ersten, vgl. Rescher 1998; bezüglich des Zweiten, vgl. Bourdieu and Wacquant 1992.

nen, theoretisch definierten Untersuchungsgegenstand in Beziehung setzen, der wiederum auf eine spezifische Anordnung dieser Prozesse und Gegenstände verweist. Die reale Komplexität kausaler Verhältnisse schließt dabei eindimensionale Erklärungsmodelle aus – so reizvoll diese für die vereinfachte (und darstellbare) Erklärungen auch sein mögen und/oder so sehr sie ermöglichen, in praktischer Hinsicht bestimmte Faktoren und/oder Kräfte für bestimmte Effekte verantwortlich machen zu können. Anstatt von vereinzelt Determinationen geht das Konzept der kontingenten Notwendigkeit von deren Vielfalt aus. Da die reale Welt zudem unendlich komplex ist, ist sie auch nicht analytisch erschöpfend beschreibbar. Dies bedeutet, dass keine vollständige Erklärung von real-konkreten Phänomenen gibt, denn es ist immer möglich, dem Untersuchungsgegenstand zusätzliche Aspekte hinzuzufügen, die dann wiederum erklärungsbedürftig sind. Hieraus folgt, dass eine Erklärung nur mehr oder weniger adäquat im Hinblick auf einen gegebenen Untersuchungsgegenstand sein kann, der erst selber von einer/m BeobachterIn aus der unendlichen Komplexität der realen Welt isoliert (und damit ‘konstruiert’) wurde. Somit gibt es nicht nur viele Möglichkeiten, einen Untersuchungsgegenstand zu definieren, sondern auch viele mögliche analytische Einstiegspunkte bei der Konstruktion von Erklärungen.

Für die Erforschung kontingenter Notwendigkeiten (oder, besser gesagt, kontingent realisierter, interaktiver und kausaler Notwendigkeiten) ist die *Methode der Artikulation* weiterführend. Diese existierte bereits implizit in den Arbeiten anderer WissenschaftlerInnen und ist von mir bei der Typologisierung dreier eigenständiger Zugänge zur marxistischen Staatstheorie als Methode explizit benannt worden. Diese drei Zugänge zur Staatstheorie beruhen auf den analytischen Prinzipien Unterordnung (*Subsumtion*), *Ableitung* und *Artikulation*. Die Methode der Subsumtion versteht alle relevanten Untersuchungsgegenstände als Beispiele eines übergeordneten Prinzips. So werden z.B. alle Staaten in kapitalistischen Gesellschaften als Beispiele für die ‘Diktatur der Bourgeoisie’ verstanden. Diese Interpretation kann anhand von marxistisch-leninistischen Lehrbüchern veranschaulicht werden. Die Methode der Ableitung beinhaltet hingegen eine analytische Bewegung von abstrakten zu konkreten Konzepten, in denen jedes neue Konzept logisch aus einem (oder mehreren) der vorhergehenden Konzepte abgeleitet werden kann. Dies ist oft mit

der dialektischen Methode verbunden, die bei einem Widerspruch, einem Dilemma oder einem Paradox innerhalb des Erklärungsmodells die vorgängigen Konzepte für mangelhaft erklärt. Hieraus folgt dann eine weitere analytische Bewegung, die für jeden Argumentationsschritt fortgesetzt wird. Die frühen Fassungen der Staatsableitungsdebatte veranschaulichen diesen Ansatz insofern, als dort argumentiert wird, dass Marktversagen und/oder die Besonderung des Politischen vom Ökonomischen bestimmte Staatsfunktionen bedingen sowie Staatsformen brauchen, die in der Lage sind, diese Funktionen zu erfüllen (vgl. Altvater 1971; Flatow /Huisken 1973; für Kommentare, vgl. Jessop 1982). Im Großen und Ganzen verlief die so vorgenommene Ableitung auf einer einzigen Analyseebene, wobei unterschiedliche analytische

Schaubild 1: die Bewegung vom Abstrakten zum Konkreten, vom Einfachen zum Komplexen, und vom Abstrakt-Einfachen zum Konkret-Komplexen



Einstiegspunkte gewählt wurden. Im Gegensatz dazu lehnt die Methode der *Artikulation* die Subsumtion als Analyse­methode ab und stärkt in ihrer differenzierteren Bewegung vom Abstrakt-Einfachen zum Konkret-Komplexen die Rolle der Kontingenz. Sie stellt insofern eine *analytische Doppelbewegung* dar, als sie Bewegungen vom Abstrakten zum Konkreten über zwei oder mehrere Abstraktionsebenen kombiniert und sich gleichzeitig mittels der Artikulation von Konzepten, die zu mehr als einer Analyseebene gehören, vom Einfachen zum Komplexen bewegt (vgl. Schaubild 1). Für die marxistische Staatstheorie wurde diese Methode angewandt, um zu veranschaulichen, wie Formen Funktionen problematisieren, und um analytisch den Raum für Kontingenzen zu öffnen (drei Beispiele hierfür sind Hirsch 1975, Poulantzas 1979 und Offe 1975).

Um die beiden Schaubilder besser verstehen zu können, sollen drei Typen der Konzeptentwicklung unterschieden werden: vom Allgemeinen zum Besonderen und zurück, vom Abstrakten zum Konkreten und vom Einfachen zum Komplexen. Während der erste Entwicklungstyp auf die ontologische Ebene des Aktuellen (oder gar des Empirischen) beschränkt ist und induktiv vorgeht, beziehen sich die beiden anderen Typen sowohl auf die Ebene des Realen und des Aktuellen (vgl. für die Unterscheidung zwischen Realem, Aktuellem und Empirischem, die aus dem kritischen Realismus kommt, Bhaskar 1975, Jessop 2007a, Sayer 2001). Die pendelnde Bewegung zwischen dem Allgemeinen und dem Besonderen kann dann gerechtfertigt sein, wenn sie auf der Induktion aktueller Ereignisse beruht und von Evidenzen gestützt wird. Sie kann jedoch wie bei vielen Subsumtionen tautologisch verlaufen, wenn eine valide Generalisierung vorausgesetzt wird, und als Folge davon gegenläufige Evidenzen ignoriert werden. Andersherum kann eine rein idealistische Ableitung für die Bewegung vom Abstrakten zum Konkreten reizvoll sein, da hier angenommen wird, dass ein Konzept logisch aus dem Vorherigen folgen muss. Diesem Reiz muss jedoch nicht gefolgt werden, wenn angenommen wird, dass es logische Lücken (Unterdeterminationen) in der analytischen Bewegung gibt. Solche Brüche in der Argumentation resultieren aus dem Umstand, dass nicht alle Aspekte eines komplexen Phänomens auf derselben Abstraktionsebene angesiedelt sind – selbst wenn jeder Schritt der Konzeptentwicklung auf dieser Ebene logisch aufeinander folgt (was jedoch sicherlich nicht plausibel ist).

*Schaubild 2.: Der Staat: die Bewegung vom Abstrakten zum Konkreten,
vom Einfachen zum Komplexen*

Staatlichkeit (mit ihren strategischen Selektivitäten:

Form problematisiert Funktion) (Abstrakt 1 – Einfach 1)

Gesellschaften mit ausgebildeten Staaten [Staatenlose Gesellschaften]

Staatstypen (Artikulation mit der dominanten Produktionsweise)

(Abstrakt 1 – Komplex 1)

Kapitalistische Staaten [Feudale Staaten]

Normale Staaten vs. Ausnahmeregime (Abstrakt 2 – Komplex 1)

Normale Staaten und Regime Ausnahmestaaten und -regime

(relative Dominanz von Legislative / Exekutive) (relative Dominanz der nicht-gewählten Apparate)

z.B. Parlamente vs. Präsidialregierungen z.B. Militär, Bürokratie, politische Polizei

Polit-ökonomische Regime (Abstrakt 2-Komplex 2)

Normale oder Ausnahmeregime kapitalistischen Typs in einem spezifischen Stadium kapitalistischer Entwicklung (liberal, einfache Monopole, 'Staatsmonopole', globale Monopole)

z.B. normaler liberaler Parlamentarismus/faschistischer Interventionismus im Ausnahmestaat bzw. normaler Autoritarismus /bürokratischer Autoritarismus im Ausnahmestaat

Raum-Zeitliche polit-ökonomische Regime (Abstrakt 2-Komplex 3)

Artikulation des oben genannten mit räumlichen und zeitlichen Handlungsdimensionen

z.B. keynesianisch-wohlfahrtsstaatlicher Nationalstaat (KWNS), der auf Konjunkturzyklen ausgerichtet ist vs. export-orientierter Entwicklungsstaat, der auf nachholende Entwicklung und /oder langfristige Konjunkturwellen abzielt

Spezifische raum-zeitliche polit-ökonomische Regime

(Abstrakt 3-Komplex 3)

Artikulation des oben genannten mit spezifischen politischen Territorien und ökonomischen Räumen

z.B. mangelhaft entwickelter KWNS im England der Nachkriegszeit, flexi-fordistischer KWNS in Nachkriegsdeutschland

Strukturell spezifische raum-zeitliche polit-ökonomische Regime

(Abstrakt 3-Komplex 4)

Artikulation des oben genannten mit spezifischen strategischen Selektivitäten und Strategien

z.B. strukturell schwache und mangelhaft entwickelte fordischer KWNS mit liberal-korporatistischen-dirigistischen Politikmodellen

Konjunktur spezifische raum-zeitliche polit-ökonomische Regime

(Abstrakt 4-Komplex 4)

Artikulation des oben genannten mit strukturellen Krisen und/oder spezifischen Konjunkturen

z.B. die Konsolidierung des Thatcherismus durch eine neoliberale Akkumulationsstrategie nach der Regierungsübernahme

An dieser Stelle ist Kontingenz einzuführen mittels Konzepten, die auf anderen Determinationsachsen angesiedelt sind.

Auf diese Weise möchte ich die Relevanz einer Methode begründen, die die Überdetermination von Kausalketten berücksichtigt. Diese resultieren aus der Interaktion von Mechanismen, (Gegen-) Tendenzen, Prozessen und Ereignissen, die auf unterschiedlichen Abstraktionsebenen (und somit auch Determinationsebenen) und Abstraktions- und Konkretionsgraden angesiedelt sind. Diese Methode wurde auch von Marx im Kapital angewendet, und hat seitdem zu vielen Debatten über das Verhältnis von Logischem und Historischem geführt (vgl. Arthur 1997, Kittsteiner 1977; Turchetto 2000; Reichelt 1973; Reitter 2003). Diese Methode besteht aus zwei unterschiedlichen Formen der Artikulation: (a) aus Konzeptentwicklungen, die Kategorien auf unterschiedlichen Analyseebenen kombiniert, um 'hybride' Konzepte zu formen, die auf mehr oder weniger konkret-komplexen Analyseebenen angesiedelt sind; und (b) aus Erklärungsmodellen, die sich auf die kontingente Interaktion kausaler Mechanismen, Tendenzen und Gegenteilstendenzen, und den Handlungsmöglichkeiten von Akteuren etc. konzentrieren, um einen gegebenen Untersuchungsgegenstand zu rekonstruieren. Angesichts vieler miteinander konkurrierender Erklärungen bringt dieses Vorgehen in vielen Fällen schwer lösbare Probleme mit sich, kausale Zuschreibungen vorzunehmen. Diese Probleme können evtl. durch Rückgriffe auf kontrafaktische und/oder vergleichende Argumentationsführungen gelöst werden (Luhmann 1970, 1995; Ringer 2000: 169).⁶

Gleichzeitig vermeidet die Methode der Artikulation drei theoretische Probleme. Das erste Problem besteht darin, sich analytisch auf die Ebene von Erscheinungen zu beschränken und zwischen dem Allgemeinen und dem Besonderen hin und her zu pendeln. Im besten Fall führt dieses zu Empirismus, im schlechtesten Fall zu Subsumtionismus. Zweitens können die Vermittlungsschritte, die nötig sind, um die abstrakten Analyseebenen mit den Erscheinungsebenen zu verbinden, übersehen werden. Auf diese Weise

6 Ragin ist einer von mehreren methodologisch orientierten WissenschaftlerInnen, die versucht haben, die fall- und variablenorientierten Methoden der vergleichenden Sozialwissenschaft zu spezifizieren, um eine solidere inhaltliche Basis für kontrafaktische Argumentationen zu schaffen (Ragin 1987, 2000).

wird das 'Real-Konkrete' auf das Abstrakte reduziert, in Ausnahmefällen sogar nur auf eine seiner abstrakten Determinationen. Dies führt dann zu einseitigen, reduktionistischen Erklärungen. Drittens kann das 'Real-Konkrete' ausschließlich mit der Ebene der Erscheinungen gleichgesetzt werden und somit die abstrakteren Determinationen (Kräfte, Tendenzen, Gegenteiligkeiten etc.) ausgeblendet werden, die bei ihrer Entstehung wirken. Dies führt im Ergebnis zu 'chaotischen Konzeptionen' und oberflächlichen Erklärungen. Um diese drei Fehler zu vermeiden, sollte eine doppelte analytische Bewegung vom Abstrakten zum Konkreten innerhalb der jeweiligen Analyseebenen (z.B. vom Kapital im Allgemeinen zu spezifischen Einzelkapitalen) und vom Einfachen zum Komplexen vorgenommen werden. Diese Bewegung sollte die auf unterschiedlichen Analyseebenen angesiedelten Determinationen kombinieren – wie den in den Ausbeutungsverhältnissen angesiedelte Klassenantagonismus, die aus politischen Herrschaftsverhältnissen entspringenden öffentlichen, politischen Antagonismen, oder die in patriarchaler Herrschaft verwurzelten Antagonismen in den Geschlechterverhältnissen. Auf diese Weise werden alle Ansprüche eine transhistorische, allgemeine Theorie zu konstruieren negiert. Stattdessen zielt dieser Ansatz darauf ab, theoretische Werkzeuge für die Erforschung spezifischer Konjunkturen bereitzustellen.

Setzt man die Methode der Artikulation voraus, sind Konsistenz und Kohärenz der einzelnen Argumentationsschritte innerhalb dieses Ansatzes zentral. Diesbezüglich kann von einer sinnvollen Argumentation gesprochen werden, wenn diese unabhängig von ihrem inhaltlichen Fokus die folgenden Kriterien erfüllt. Sie muss in der Lage sein, auf der Abstraktionsebene und dem Komplexitätsgrad, auf dem der Untersuchungsgegenstand angesiedelt ist, eine Reihe von Bedingungen zu nennen, die zusammengenommen notwendig und/oder hinreichend dafür sind, dass die in dem Untersuchungsgegenstand spezifizierten Effekte hervorgerufen wurden. Dies bedeutet, dass eine spezifische wissenschaftliche Untersuchung nicht immer bei der realen Welt mit all ihren Komplexitäten anfangen muss. Dies würde eher zu einem empiristischen Verständnis des 'Real-Konkreten' führen, und dessen theoretischen Status ausblenden. Stattdessen sollte die Analyse ihren Untersuchungsgegenstand auf unterschiedlichen Abstraktionsebenen und Komplexitätsgraden bestimmen, so dass eine angemessene Erklärung im Verhältnis zu

einem spezifischen Untersuchungsgegenstand und nicht zur Totalität gesellschaftlicher Verhältnisse bewertet wird. Hieraus folgt, dass es nicht redlich ist, eine gegebene Erklärung dafür zu kritisieren, dass es ihr nicht gelinge, Phänomene zu erklären, die auf Grund höherer Konkretions- und/oder Komplexitätsgrade jenseits ihres spezifischen Untersuchungsgegenstandes liegen. Andererseits ist es jedoch angemessen, eine spezifische Erklärung dann zu kritisieren, wenn der jeweilige Untersuchungsgegenstand nicht konkreter und/oder komplexer dargestellt werden kann, ohne dass das ursprüngliche Erklärungsmodell unterlaufen wird.

Dies möchte ich anhand von zwei Beispielen erläutern. Erstens wird die Frage, wie der Staat trotz der Einzelkapitale mit ihren konkurrierenden Einzelinteressen die Interessen des Gesamtkapitals sichern kann, oft mit dem Charakter des Staates als 'idealem Gesamtkapitalisten' beantwortet. Diese Erklärung bricht jedoch zusammen, wenn man danach fragt, wie es dem Staat möglich sein soll, so zu agieren, *als wäre* er ein ideeller Gesamtkapitalist. Zweitens könnte ein Untersuchungsgegenstand auf dem Lohnverhältnis beruhen und dabei in Begriffen von Kapitallogik und/oder Klassenkampf gefasst werden. Hier ist es unangemessen, der Erklärung vorzuwerfen, sie ignoriere andere Faktoren wie 'gender' und 'race'. Wird jedoch der Untersuchungsgegenstand dahingehend spezifiziert, dass segmentierte Arbeitsmärkte oder die Unfähigkeit der ArbeiterInnen, sich an dauerhaften, kollektiven Handlungen zu beteiligen, in den Blick gerückt wird, ist es angemessen, 'gender' und 'race' mit einzubeziehen. Denn diese Verhältnisse ermöglichen oft erst kapitalistische Strategien der Arbeitsmarktsegmentierung und stellen die Basis für gesellschaftlich konstruierte Spaltungen in der ArbeiterInnenklasse dar. Wenn also die zu Beginn der Analyse formulierten Erklärungsmodelle diese zusätzlichen Aspekte nicht integrieren können, sollte deren Angemessenheit hinterfragt werden. Ein ähnliches Problem ergibt sich, wenn gesellschaftliche Spaltungen entlang von Geschlechterlinien gefasst werden. Das Problem tritt dann auf, wenn z.B. die Rolle des Staates als öffentliches Patriachat gefasst wird, und dieses Konzept dann nicht weiter spezifiziert werden kann, um die Überschneidung von 'gender', Klasse und 'race' zu berücksichtigen.

Grundsätzlich muss der/die ForscherIn abschätzen, ob der 'erforderliche und vertretbare Generalisierungs- und Abstraktionsgrad' 'im „Verhältnis“ zu denkbaren und aktuellen Bezugspunkten, kau-

salen Sequenzen und Ergebnissen' vorliegt, da Erklärungen nicht in der Lage sind, ein spezifisches Ereignis in all seiner Komplexität zu erklären. Eventuell muss erneut darüber nachgedacht werden, wie eine Bedingungskonstellation konzeptionell isoliert werden kann, die das zu erklärende Resultat mehr oder weniger stark „begünstigt“ hat' (Ringer 2000: 66, 67). Dies bedeutet im Umkehrschluss, dass das Wissen über die komplexe Welt im besten Fall so etwas wie eine 'sinnvolle Annäherung' ist. Das heißt, dass eine durch den/die BeobachterIn aus einer unendlichen Komplexität isolierte und somit 'konstruierte' Erklärung im Verhältnis zu einem gegebenen Untersuchungsgegenstand nur mehr oder weniger angemessen sein kann. Max Weber hat diesbezüglich von der praktischen Unmöglichkeit (und oftmals auch theoretischen Redundanz) gesprochen, kausale Verhältnisse bis zu einem mikroskopisch kleinen Maßstab notwendiger Verbindungen von grundlegenden Bestandteilen der Realität nachzuverfolgen (Ringer 2000: 71-2). Dies gilt unabhängig vom relativen Makro-Mikro-Verhältnis innerhalb des Untersuchungsgegenstandes und der Allgemeingültigkeit der zu erklärenden historischen Entwicklungen und Ergebnisse. Hier gilt, dass je umfassender der Untersuchungsgegenstand und je größer dessen raum-zeitliche Reichweite ist, es umso wahrscheinlicher ist, dass eher strukturelle als handlungsbezogene Kausalitäten in der Erklärung privilegiert werden. Denn in der Tat impliziert die Überdeterminierung des 'Real-Konkreten' (z.b. seine 'kontingente Notwendigkeit') seine Unterdeterminierung auf abstrakteren und einfacheren Analyseebenen.

Damit wird der hohe Anspruch formuliert, eine spiralförmige Analysebewegung vorzunehmen, um erst einen und dann andere Aspekte gesellschaftlicher Verhältnisse in den Blick zu bekommen. Hieraus ergeben sich zwei unterschiedliche Strategien zur Entwicklung von Erklärungsmodellen. Entweder muss ein Erklärungsmodell seine Unbestimmtheit hinsichtlich tieferer Abstraktionsebenen zur Kenntnis nehmen, und bestimmte Fragen auf der von ihr gewählten Analyseebene unbeantwortet lassen. Oder sie muss ohne vorhergehende inhaltliche Konkretisierung bestimmte Vorannahmen treffen, die ihr dann bestimmte Erklärungen ermöglichen. Die erste Vorgehensweise kann in Argumentationen wiedergefunden werden, die annehmen, dass gesellschaftliche Formen Funktionen problematisieren. Die zweite Vorgehensweise schwingt implizit in der Annahme einer durchschnittlichen Profitrate oder im Postulat mit, dass

sich Einzelkapitale wie Träger des Kapitalverhältnisses verhalten. Diese Standards implizieren, dass Erklärungen, die adäquat zu einer Analyseebene sind, auch kommensurabel mit den Erklärungen auf anderen Ebenen sein sollten. In Fällen der Inkommensurabilität müssen die Kriterien, nach denen entschieden wird, welche Erklärungen gegenüber anderen bevorzugt werden, in ihrer Anwendung zudem nachvollziehbar sein. Diesbezüglich gibt es jedoch keine allgemeinen formalen Kriterien, die garantieren können, dass eine angemessene Wahl getroffen wird, welche Erklärungsmodelle beibehalten und welche fallen gelassen werden. Denn jedes inhaltlich begründete Kriterium wird von den spezifischen Theorierahmen abhängen, in denen der/die ForscherIn arbeitet. In diesem Sinne sind wissenschaftliche Konventionen gesellschaftlich konstruiert und können mindestens in dreierlei Hinsicht kritisch bearbeitet werden. Die erste Kritik zielt auf die Kriterien der 'Normalwissenschaft', die durch die Verschiebung wissenschaftlicher Paradigmen verändert werden können. Die Zweite zielt auf die Grenzen wissenschaftlicher Untersuchungen, d.h. der Frage, was überhaupt als wissenschaftliches Problem definiert und implizit vorausgesetzt wird, und was dadurch in bestimmten 'epistemischen communities' unsichtbar bleibt. Die dritte Kritik bezieht sich auf Konventionen in der gesellschaftlichen Welt, die von sog. 'wissenschaftlichen BeobachterInnen' bewusst oder unbewusst geteilt werden. Diese Differenzierung macht es unerlässlich, dass wissenschaftliche Untersuchungen selbst-reflexiv mit allen drei Dimensionen von Konventionen umgehen: der Form wissenschaftlicher Methoden und dem Sinn und Zweck von Wissenschaft, der potenziellen Reichweite wissenschaftlicher Untersuchungen, und schließlich den Anforderungen, die implizit vorausgesetzten Aspekte der natürlichen und gesellschaftlichen Welt zu dekonstruieren.

4. Zwei Formen des Reduktionismus

Die Frage nach der Bedeutung von Determiniertheiten bringt uns in den Bereich des Determinismus, d.h. zu eindimensionalen, kausalen Erklärungen für komplexe, kontingent-notwendige Ereignisse. Diese eindimensionalen Erklärungen lassen sich in vielen Ansätzen der IPÖ wiederfinden. So sind viele Aussagen, dass es nicht möglich sei, 'fortschrittliche Entwicklungen aufzuhalten', von einem technologischen Determinismus gezeichnet. Gleichzei-

tig wird dann ökonomisch-reduktionistisch argumentiert, wenn versucht wird, in jeder Entscheidung, bestehenden Struktur oder jedem andauernden Prozess die materiellen Interessen zu identifizieren. Klassenreduktionistische Argumentationen können wiederum auftreten, wenn gesellschaftliches Handeln im Verhältnis zu den Produktionsverhältnissen, Profitmöglichkeiten auf dem Markt, der Höhe von Einkommen und Vermögen, Wohnverhältnissen, Lebensstilen, Selbst-Wahrnehmungen oder dem gesellschaftlichen Status erklärt wird. In einer ähnlichen Form zeigt sich der Politizismus in jenen Theorien, die Kriege, Kriegsvorbereitungen und deren gesellschaftliche Auswirkungen analytisch hervorheben, und in den staatszentrierten Politikanalysen der Internationalen Beziehungen. Diese betonen die spezifische Logiken, Identitäten und Interessen von Staaten, den politischen Führungseliten, Parteien und politischen Bewegungen. Zu guter letzt entstehen idealistische Argumentationen dann, wenn ForscherInnen einseitig auf die Bedeutung von Ideen in der Geschichte fokussieren. Dabei werden dann die strukturellen und konjunkturellen Faktoren ausgeblendet, die entscheidend dafür sind, welche Ideen sich überhaupt gesellschaftlich durchsetzen, und erst verstehbar machen, warum keine Idee so wirkmächtig ist wie jene, deren Zeit 'gekommen ist'.

Die reale Welt als die komplexe Synthese vielfältiger Determinationen entlang unterschiedlicher Analyseachsen zu analysieren, birgt die Gefahr von zwei unterschiedlichen, aber ähnlichen Typen des Quasi-Reduktionismus. Beide resultieren aus der ungleichen Tiefe und Breite von Konzepten und Kategorien. Sie treten dann auf, wenn bei der Untersuchung eines komplexen Phänomens der konzeptionelle Rahmen für einen Aspekt über eine höhere Präzision, Tiefe und Breite verfügt als der Rahmen für andere Aspekte des selben Phänomens. Es kann zum Beispiel ein reichhaltiges Angebot an Konzepten geben, um ausgehend von einem analytischen Einstiegspunkt von abstrakt-einfachen zu komplex-konkreten Verhältnissen zu gelangen. Gleichzeitig können für einen anderen Einstiegspunkt lediglich abstrakt-einfache, alternativ nur beschreibende Konzepte oder Konzepte aus anderen Disziplinen vorliegen, bei denen keine vorherige theoretische Arbeit geleistet wurde, um ihre theoretische Anschlussfähigkeit herzustellen.

Bei der ersten Form des Reduktionismus verhindert die relativ ausgeprägte Erklärungskraft des differenzierteren und umfangrei-

cheren Analyserahmens einen sorgfältigen Umgang mit Details aus anderen Analysedimensionen. Hier ist es allerdings möglich, dass es ForscherInnen an den erforderlichen theoretischen und empirischen Werkzeugen mangelt, um einen angemessenen Beitrag zur Erforschung eines gegebenen Untersuchungsgegenstandes leisten zu können – selbst wenn sie zur Kenntnis nehmen, dass es zwei oder mehr Analyseebenen gibt. Dies erklärt auch die reizvolle Wirkung des Ökonomismus, der entsteht, wenn ÖkonomInnen bei der Erklärung komplexer Phänomene ausschließlich auf ökonomische Faktoren schauen (vgl. Boyer 1990: 14-15). So weisen Staats- und Politikanalysen der Regulationstheorie in vielen Fällen ökonomistische, funktionalistische und voluntaristische Züge auf. Diese resultieren aus der analytischen Tendenz, den Staat als erforderlich vorauszusetzen und ihn unter eine allgemeine Darstellung struktureller Formen zu subsumieren. Das konzeptionelle Gerüst des Regulationsansatzes für ökonomische Analysen ist jedoch weitaus reichhaltiger und komplexer als jenes, was in den dortigen Politikanalysen bisher angewendet wurde. Die hieraus entstehenden analytischen Schief lagen haben zu voluntaristischen oder funktionalistischen Analysen staatlichen Handelns und Analysen geführt, die dieses als externe Variable der Analyse behandeln. Stattdessen sollte über die Erkenntnis hinausgegangen werden, dass der Staat überhaupt eine Rolle spielt und eine adäquate Spannbreite von Konzepten entwickelt werden, die dieser Erkenntnis gerecht wird. Während der westdeutsche Ansatz hier weiterhelfen kann, fallen die meisten Theorieschulen dahinter zurück, insbesondere die Pariser Schule. Letztere neigt weiterhin zu drei Formen des Ökonomismus. Diese versteht erstens im Großen und Ganzen Staat und Zivilgesellschaft als getrennt von der Ökonomie. Zweitens behandelt sie, trotz ihres Arguments, dass Klassenkampf und Konkurrenz die treibenden Kräfte der Akkumulation sind, die Dynamik des produktiven Sektors als eigenständige Kraft. Und drittens tendiert der Ansatz dazu, die analytische Integration nicht-ökonomischer Faktoren fälschlicherweise in vorher festgelegten Begriffen durchzuführen und als logisch *ex ante* und/oder praktisch *ex post* bestimmbare Funktionen der kapitalistischen Reproduktionen zu verstehen (vgl. Jessop /Sum 2006). RegulationstheoretikerInnen können diese Gefahr einer eindimensionalen Analyse oder eines ökonomischen Reduktionismus nur dann verhindern, wenn sie eine reichhaltige und komplexe Ana-

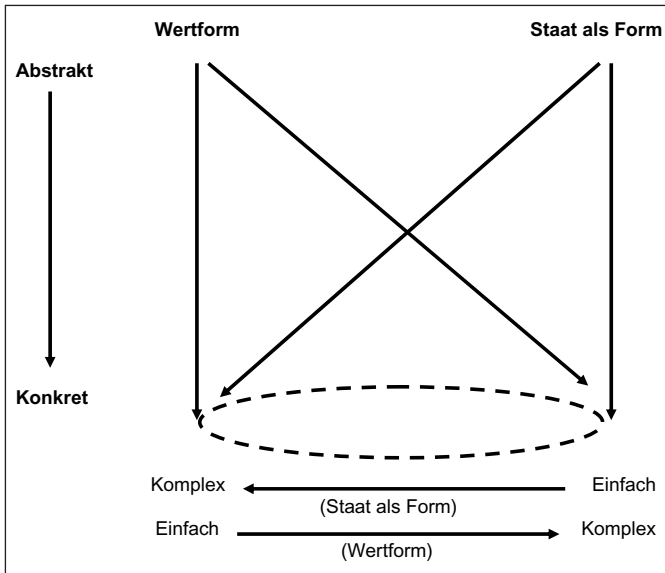
lyse der Form, Funktionsweise und Aktivitäten des Staates (und anderer Institutionen oder struktureller Formen) vornehmen.

Die zweite Form des Reduktionismus tritt dann auf, wenn die streng asymmetrische Form einer Gesellschaftsanalyse das Verständnis jener analytischen Achse beeinträchtigt, die selbst am differenziertesten ist. In solchen Fällen wird die Komplexität dieser Achse auf Details oder Vermittlungen einer geringer spezifizierten Analysedimension reduziert. Die Imperialismusanalyse von David Harvey (2003) illustriert diese zweite Form des Reduktionismus sehr anschaulich. Harvey kann seine starke, begrifflich auf die räumliche Dimension des Kapitalismus abzielende Imperialismuserklärungen entwickeln, weil in seiner Analyse die räumliche Dimension von Staatlichkeit fehlt. Er versucht zwar, dem ökonomischen Reduktionismus dadurch zu begegnen, dass er eine eigenständige territoriale Dimension einführt, adaptiert jedoch auf diese Weise eine krude geo-politische Imperialismusdefinition. Diese erklärt den Imperialismus aus politischen Motiven, die auf der expansionistischen Dynamik des Staates oder des staatlichen Führungspersonals *als solchem* beruhen (vgl. Jessop 2006). In diesem Fall ist es also nicht die Erklärungskraft ökonomischer Analyseansätze, die einfachere politische Erklärungen verdrängt, sondern die einfachere politische Erklärung, die die Erklärungskraft nuancierterer ökonomischer Erklärungen zunichte macht.

Dieser doppelte Fehler unterstreicht die Sinnhaftigkeit angemessener reichhaltiger Begrifflichkeiten für *jede* Analyseebene, die für einen bestimmten Untersuchungsgegenstand relevant ist. Er verweist aber auch auf die Notwendigkeit, komplexere, theoretisch kommensurable Kategorien zu entwickeln, die mögliche (Des-)Artikulationen zwischen diesen Ebenen (vgl. Schaubild 3) reflektieren. Damit ist jedoch nicht gemeint, dass für jede Analysedimension die gleiche Zahl von Konzepten vorliegen muss. Dies wäre ein zahlenbezogener Fetischismus. Es ist schlicht der Ruf nach einer breit angelegten Reihe von Konzepten unterschiedlicher Grade von Abstraktion-Konkretion und Einfachheit-Komplexität, die den in der realen Welt existierenden Komplexitäten gerecht werden können.

Diese asymmetrische Entwicklung von Konzepten ist ebenfalls evident bei Marx, der ohne diese weder die Komplexität der gesellschaftlichen Einbettung und Regulierung des Kapitalkreislaufes noch das komplexe gegenseitige Verhältnis von 'Basis' und 'Über-

Schaubild 3: Die Überschneidung von Konzepten in der Bewegung vom Abstrakt-Einfachen zum Konkret-Komplexen



bau' auf abstrakten, einfachen Analyseebenen hätte beschreiben können. Dies kann anhand der vielen unterschiedlichen Vergleiche und Metaphern nachvollzogen werden, die Marx bei der Analyse komplexer kapitalistischer Gesellschaftsformationen entwickeln musste, um einfach-funktionalistische oder ökonomisch-reduktionistische Argumentationen zu vermeiden. Einmal mehr werden hier konkrete und komplexe Konzepte und Argumente eingeführt, die dazu führen sollen, dass sowohl Reduktionismus als auch bildhafte Sprache verschwinden (vgl. Woodiwiss 1990).

Ähnliche Fragen sind bei den Versuchen relevant, Kapital- und/oder Klassenanalysen mit feministischen und/oder Ansätzen der 'queer theory' zusammen zu denken. In anspruchsvollen kapital- und klassentheoretischen Analysen wird Gender manchmal 'abrundend' als eigenständiger Zusatz eingeführt – zuweilen jedoch auch nur, um dessen Relevanz symbolisch anzuzeigen, damit einer möglichen Kritik aus dem feministischen Lager im Vorhinein begegnet werden kann. In anderen Fällen werden anspruchsvolle Kapital- oder Klassenanalysen durch essentialistische, transhistorische Ansätze zu patriarchaler Herrschaft außer Kraft gesetzt. Jenson (1986) hat

auf diese Problem bereits vor 20 Jahren in ihrer Arbeit über Geburtenpolitik in Frankreich hingewiesen und zu Analysen aufgerufen, die die komplexe, pfadabhängige Artikulation von 'gender', Klasse und staatlichen Entwicklungsdynamiken berücksichtigen. Dieser Ansatz ist seitdem durch das Konzept der 'Intersektionalität' weiter entwickelt worden. Hierbei wurde von der konzeptionellen Reichhaltigkeit der 'queer theory' und deren radikaler Dekonstruktion der Konzepte früherer feministischer Ansätze profitiert (vgl. Purkarthofer and Ziai/Habermann in diesem Band). Intersektionale Analyseraster könnten eine adäquate Analyse des Feldes der IPÖ ermöglichen, da das konzeptionelle Gerüst unabhängig vom analytischen Einstiegspunkt über eine angemessene Breite und Tiefe verfügt. Mit der Methode der Artikulation kann früher oder später ähnliche Grade von Konkretion-Komplexität erreicht werden, um so die aus unterschiedlichen Einstiegspunkten resultierenden Elemente zu kombinieren (Schaubild 3).

5. Typen ökonomischer Determination

Nach Max Weber ist es erstens sinnvoll, zwischen den direkten ökonomischen Aspekten gesellschaftlicher Verhältnisse, den auf ökonomische Verhältnisse wirkenden außer-ökonomischen Aspekten und jenen Aspekten zu unterscheiden, die für eine ökonomische Kausalität verantwortlich sind (Weber 1988: 162). Eine Analyse, die diese Differenz nicht berücksichtigt, neigt dazu, das Ökonomische in letzter Instanz determinierend zu verstehen, weil fast jedes Phänomen wenigstens einer der drei Kategorien zugeordnet werden kann. Dies führt dann dazu, dass das 'Ökonomische' in jedem Ereignis und jeder Erklärung präsent ist. Zweitens, um den eigentlichen ökonomischen Einfluss zu untersuchen, ist zwischen 'ökonomischer Determination in der letzten Instanz', ökonomischer Herrschaft, bürgerlicher Hegemonie und ökologischer Dominanz zu unterscheiden. Dies schließt unterschiedliche Typen ökonomischer Determinierung mit ein:

- *Ökonomische Determinierung in erster Instanz*: Reichtum muss erst produziert werden, bevor dieser verteilt werden kann, so wie Wert unter kapitalistischen Bedingungen erst produziert werden muss, bevor dieser realisiert bzw. umverteilt werden kann. Dies schließt das Primat des produktiven Kapitals mit ein. Gleichzeitig wird hier das im Neoliberalismus existierende

Problem deutlich, dass die Realwirtschaft einerseits und die als Folge von Anlageblasen und künstlich hergestellter Liquidität als real erscheinenden finanziellen Spekulationen andererseits zunehmend voneinander getrennt sind. In diesem allgemeinen Sinne nimmt die Stärke ökonomischer Determination in dem Maße zu, wie sich der profitorientierte, marktvermittelte Tausch in gesellschaftliche Bereiche ausdehnt, in denen bis dato andere Prinzipien gesellschaftlicher Organisation vorherrschend waren.

- *Ökonomische Herrschaft* resultiert aus der Kontrolle strategischer Ressourcen im Versorgungskreislauf oder im breiter angelegten ökonomischen System, z.B. von Öl in der industriellen, fordistischen Ökonomie (und später) von Patenten in der 'Wissensökonomie'. Analog dazu umfasst ökonomische Herrschaft die relative 'Streik-' oder 'Verhandlungsmacht' von ökonomischen Kräften gegenüber jenen nicht-ökonomischen Akteuren, Organisationen und institutionellen Ordnungen, die vom Zugang zu spezifischen ökonomischen Eingaben abhängig sind. Im Gegenzug muss zur Kenntnis genommen werden, dass ökonomische Organisationen ihrerseits vom Zugang zu außerhalb der Ökonomie hergestellten Ressourcen abhängig sein können (z.B. Zwang und Solidarität).
- *Ökonomische Hegemonie* leitet sich aus der Fähigkeit ab, die Dominanz eines gegebenen techno-ökonomischen Paradigmas, Unternehmensmodells oder einer Akkumulationsstrategie zu sichern, und somit ökonomische oder außerökonomische Kräfte dahin zu bringen, das hegemoniale ökonomische Leitbild (economic imaginary) zu akzeptieren oder zumindest ihre Strategien daran anzupassen.
- *Ökologische Dominanz* beruht auf der Fähigkeit der profitorientierten, marktvermittelten, kapitalistischen ökonomischen Ordnung – inklusive ihrer außerökonomischen Unterstützungen – andere gesellschaftliche Bereiche mehr zu beeinflussen als sie von diesen selbst geprägt wird. Dies umfasst sowohl positive als auch negative Auswirkungen (Externalitäten). Ökologische Dominanz bezeichnet somit kein automatisches, einseitiges Herrschaftsverhältnis, in dem die Ökonomie anderen System ihre Logik unilateral überstülpt (vgl. Morin 1980: 44). Im Gegenteil bezeichnet sie den Umstand, dass die Entwicklung jedes ökologisch dominantes Systems von den Operationen anderer

Systeme und spezifischer gesellschaftlicher Kräfte beeinflusst ist, die versuchen, diese Dominanz umzukehren, zu brechen oder zu dominieren, um ihrer eigenen Logik oder Kommunikationsmodi zusätzlichen Raum zu verschaffen. Es gibt daher keine 'letzte Instanz' in Verhältnissen ökologischer Dominanz – diese sind immer differenziert, relational, kontingent und umkehrbar.

Aus dieser Unterscheidung folgen nicht nur neue Wege zur Erforschung 'ökonomischer Determinierung', sondern auch andere Formen der Determinierung in einer komplexen sozialen Welt. Dabei ist zu beachten, dass ökonomische Determinierungen als Untersuchungsgegenstände schon immer problematisch für den historischen Materialismus waren, da der Ökonomie zu wenig Autonomie (im Sinne eines *ursprungslosen Ursprungs*) eingeräumt wurde, als dass sie die außer-ökonomische Welt in erster, mittlerer oder letzten Instanz bestimmen könnte. In der Tat haben eine Reihe von Theoretiker wie Marx, Weber, Durkheim, Polanyi, Schumpeter oder Hayek darauf hingewiesen, dass Marktwirtschaften auf zentralen außerökonomischen Bedingungen beruhen und am besten funktionieren, wenn sie in eine entsprechende Form von Marktgesellschaft integriert sind. Umgekehrt kann eine Theorie immanenter Verhältnisse, in der alles mit allem in einer einheitlichen Totalität verbunden ist, nicht die kausalen Asymmetrien in den Interaktionen in und zwischen institutionellen Ordnungen und/oder dem Alltagsleben erklären. Einen Ausweg bietet hier der Begriff der ökologischen Dominanz. Diese betont den Spielraum für asymmetrische kausale Verhältnisse, die auf unterschiedlichen Kapazitäten und Verbindlichkeiten in einem gesellschaftlichen Gesamtsystem beruhen. Ein Subsystem mag zwar ökologisch dominant sein, dieses wird jedoch in unterschiedlicher Form von seinen gegenseitigen Abhängigkeitsverhältnissen zu anderen Subsystemen beeinflusst. Denn in den Fällen, in denen sich die Ko-Evolution unabhängiger institutioneller Ordnungen und gesellschaftlicher Lebensverhältnisse im immer kontingenten Schatten der ökologisch-dominanten Kapitalakkumulation vollzieht, ist eine gewisse Kohärenz zwischen dem wahrscheinlich, was der Marxismus missverständlicherweise als ökonomische Basis und ihren Überbau bezeichnet hat. Diese strukturierte Kohärenz kann anhand der engen Verbindungen zwischen ökonomischen, juristischen und politischen Subsystemen als autonom operierenden und

dennoch materiell interdependenten institutionellen Ordnungen in kapitalistischen Gesellschaften nachvollzogen werden.

Auf diesen Unterscheidungen aufbauend schlage ich vor, die Analyse der IPÖ mit der Logik des Kapitals zu beginnen, wenn der Weltmarkt der Dominanz des Neoliberalismus entsprechend organisiert ist und sich entsprechend die Kapitallogik am freiesten entwickeln kann. Dieser Vorschlag beruht nicht auf transhistorischen Gesetzen der 'ökonomischen Determinierung in der letzten Instanz', sondern auf dem kontingent-notwendigen Umstand ökologischer Dominanz. Ein anderer Einstiegspunkt der Analyse wäre auf empirischer Grundlage dann gerechtfertigt, wenn die Akkumulation weder das dominante Vergesellschaftsprinzip noch ökologisch dominant ist, was beides in kapitalistischen Gesellschaftsformationen möglich ist, aber nicht sein muss. In solchen Fällen und in jenen, bei denen ein anderer Einstiegspunkt der Analyse auf der Grundlage eines anderen Erkenntnisstandpunkts gewählt wird, sollte die Logik der Kapitalakkumulation bei der Bewegung vom Abstrakt-Einfachen zum Konkret-Komplexen später eingeführt werden (vgl. Schaubild 1 und 3). Hintergrund ist das erkenntnistheoretische und methodologische Postulat, dass der analytische Einstiegspunkt eines komplex-konkreten Phänomens niemals der exklusive Schlusspunkt der Analyse sein sollte – dies wäre Reduktionismus.

6. Der Weltmarkt und die IPÖ

Der Weltmarkt ist das beste Beispiel für die doppelt tendenzielle Form der Bewegungsgesetze des Kapitals. Auf der einen Seite ist dessen Formierung tendenziell und unterliegt Schwankungen und Umkehrungen. Gelingt die Formierung, kommen auf der anderen Seite alle Gesetze des Kapitals und seine Überdeterminierungen in jenem globalen Kontext zur Geltung, der durch die Entstehung des Weltmarkts geprägt ist.

Marx und Engels haben auf beide Tendenzen hingewiesen. Bereits in der Deutschen Ideologie (1845-46) merken sie an, dass die „Bewegung des Kapitals, obwohl bedeutend beschleunigt, [...] doch noch stets verhältnismäßig langsam [blieb]. Die Zersplitterung des Weltmarktes in einzelne Teile, deren Jeder von einer besondern Nation ausgebeutet wurde, die Ausschließung der Konkurrenz der Nationen unter sich, die Unbehilflichkeit der Produktion

selbst und das aus den ersten Stufen sich erst entwickelnde Geldwesen hielten die Zirkulation sehr auf“ (Marx/Engels 1845: 59). Sie fügen hinzu, dass diese Begrenzung der Zirkulation in Teilen durch das Aufkommen der Großindustrie überkommen wurde. Diese „universalisierte [...] die Konkurrenz [...], stellte die Kommunikationsmittel und den modernen Weltmarkt her, unterwarf sich den Handel, verwandelte alles Kapital in industrielles Kapital und erzeugte damit die rasche Zirkulation (die Ausbildung des Geldwesens) und Zentralisation der Kapitalien“ (ebd.: 60). Darüber hinaus werde für die effektive Wirkungsweise des Weltmarktes „das Kreditwesen und die Konkurrenz auf dem Weltmarkt voraus[gesetzt], der überhaupt die Basis und die Lebensatmosphäre der kapitalistischen Produktionsweise bildet“ (Kapital III: 69-70). Marx untersucht auch ungleiche und trotzdem miteinander verbundene Entwicklungen u.a. in seinen Anmerkungen zur national unterschiedlichen Intensität und Produktivität der Arbeit, zu international relativen Werten und Preisen von in unterschiedlichen nationalen Kontexten hergestellten Waren, zu den international relativen Höhen von Löhnen und Geld in mit unterschiedlichen Graden von Arbeitsintensität und -produktivität ausgestatteten Gesellschaftsformationen, zu den auftretenden Extraprofiten und ungleichem Tausch usw. (Marx 1886: 356ff.).

Zweitens stellt der Weltmarkt die entwickeltste Form der Integration abstrakter Arbeit in die Wertform dar. Er ist somit der Ort, in dem „die Produktion als Totalität gesetzt ist und ebenso jedes ihrer Momente; worin aber zugleich alle Widersprüche zum Prozeß kommen“ (Marx 1858: 154). Dies betrifft natürlich besonders die Periode neoliberaler Globalisierung, die dazu tendiert, profitorientierte und marktvermittelte ökonomische Kalkulationen zu Ungunsten allgemeinerer Bedürfnissen nach Gebrauchswerten, nachhaltiger Entwicklung und den Rückwirkungen ungebremsster Akkumulationsprozesse auf die ganze Gesellschaft zu privilegieren, und so die ökologische Dominanz der Kapitallogik zu verstärken. Man könnte daher argumentieren, dass die fortschreitende Internationalisierung und Globalisierung, insbesondere des Finanzkapitals, wichtige Prozesse darstellen, die der Kapitallogik ermöglichen, sehr viel vollkommener als jemals zuvor auf globalem Niveau zu operieren. Dies wiederum bedeutet, dass sich die Bildung einer durchschnittlichen Profitrate mit der Anpassung lokaler Bedingungen über das Wertgesetz auch auf dieser Maßstab-

sebene vollzieht. Die konkret-komplexe Analyse des Weltmarktes (und in der Tat auch des Staates) muss daher der abstrakteren und einfacheren Analyse von Wert, Waren, Kapital, Lohnarbeit usw. nachgeordnet werden. In diesem Sinne hielt Marx fest, dass die Analyse der bürgerlichen Gesellschaft und des Staats die 'Binnenwirtschaft' in ihren äußeren Verhältnissen zu anderen kapitalistischen (und nicht-kapitalistischen) Ländern umfassen muss, und diese als Element einer Totalität zu verstehen ist, die alle Länder umfasst. Nur auf diese Weise gelangen wir zu den Kategorien 'Weltmarkt' und 'Weltökonomie' als einer 'reichen Totalität von vielen Bestimmungen und Beziehungen' (Marx 1858: 35). Diese umfassende Totalität schließt Kriege und die gegenseitigen Einflussnahmen von internationalen Beziehungen und internen gesellschaftlichen Entwicklungen mit ein. Ebenfalls zu beachten ist hier die Abhängigkeit des Weltmarkts von außerökonomischen Vorbedingungen wie Recht, dem Staat oder spezifischen Begriffssystemen, und die Art und Weise, in der wiederum der Weltmarkt selbst ein Ensemble von Beschränkungen und Möglichkeiten für andere Sphären der Gesellschaft darstellt. Eine zentrale Frage im Hinblick auf die Erforschung der IPÖ ist in diesem Zusammenhang die getrennte Einheit des Ökonomischen und des Politischen im Kapitalverhältnis. Diese Trennung ist sowohl in der abstrakten Form als auch in seiner historischen Entwicklung während spezifischer Konjunkturen inhärent, die durch die vorgängige Existenz unterschiedlicher Formen von Staatlichkeit und damit der Territorialisierung von politischer Macht geprägt sind (d.h.).

Sowohl die Etablierung des Nationstaats als auch des Weltmarkts waren das Ergebnis derselben gesellschaftlichen Kämpfe, die die feudalen Gesellschaftsverhältnisse revolutioniert haben (Bonefeld 1992: 41)

Selbstverständlich liegt die zentrale Differenz zwischen diesen beiden Prozessen darin, dass das politische Weltsystem durch die 'bunte Formverschiedenheit' von Staaten geprägt ist, die als sich feindlich gegenüber stehenden Rivalen oder gar Erzfeinde tendenziell koexistieren. Im Gegensatz dazu ist der Weltmarkt durch die Logik des profitorientierten und marktvermittelten Wettbewerbs tendenziell vereinheitlicht und integriert. Dieser beruht auf der Verallgemeinerung des Welthandels und der (kapitalistischen) Warenproduktion. Auf dieser Grundlage kommen eine Reihe theoretischer Probleme über die historisch-materialistische

Grundlage 'Internationaler Beziehungen' auf, die bis heute kontrovers diskutiert werden (z.B. Callinicos/Rosenberg 2008; Hirsch/Kannankulam in diesem Band).

Für den aktuellen Zweck reicht es jedoch, die vorliegende Staatenvielfalt zur Kenntnis zu nehmen, und ihre Implikationen für die Kapitalakkumulation auf globaler Ebene zu erforschen. Diesbezüglich interpretieren unterschiedlichen AutorInnen die Staatenvielfalt aus einem kapitalismusinteressierten Blickwinkel entweder als vorteilhaft oder als nachteilig. Einige betonen die Fähigkeit von Einzelkapitalen, Staaten durch angedrohte Kapitalflucht und Deinvestitionen auseinander zu dividieren und zu dominieren, da letztere hierdurch in einen Wettbewerb um die vorteilhaftesten Bedingungen der Kapitalverwertung in ihren eigenen wirtschaftlichen Räumen gesetzt werden (z.B. Arrighi 1994; Cowling and Tomlinson 2005). Andere AutorInnen betonen die aus einem solchen partikularistischen Wettbewerb entstehenden Nachteile, als Staaten nicht in der Lage sind, die Interessen des Gesamtkapitals zu fördern, insbesondere wenn dieser Partikularismus statt einer langfristig angelegten, nachhaltigen Wettbewerbsfähigkeit einen kontraproduktiven 'race-to-the-bottom'-Prozess forciert (z.B. Messner 1995; Reinert 2008). Im Gegensatz dazu argumentieren wiederum andere ForscherInnen, dass der kapitalistische Staatstyp über ausreichend Autonomie verfüge, um diese langfristigen Interessen zu verfolgen – obgleich die daraus resultierenden Massnahmen tendenziell immer bestimmte Kapitalfraktionen begünstigen (z.B. Gritsch 2005, Poulantzas 1975). Alle drei Positionen sind relativ eindimensional und beruhen auf unterschiedlichen Interpretationen des Verhältnisses zwischen Einzelkapitalen und der allgemeinen Logik der Akkumulation, und der Frage, ob der Staat partikulare und allgemeine Interessen versöhnen kann. Zentral sind hier Fragen der kontingenten Notwendigkeit, so dass der aus meiner Sicht sinnvollste Umgang mit diesen Problemen darin liegt, die inhärenten Widersprüche, Dilemmata und Paradoxien des Kapitalverhältnisses zu erforschen.

Zur Debatte steht dabei der Kontrast zwischen der im Kapital inhärenten Tendenz, den Weltmarkt zu entwickeln, und den vielfältigen Kontingenzen, die die tendenzielle Realisierung dieser Tendenz bedingen. „Die Tendenz, den *Weltmarkt* zu schaffen, ist unmittelbar im Begriff des Kapitals selbst gegeben. Jede Grenze erscheint als zu überwindende Schranke“ (Marx 1858: 321, Herv.

im Org.). Dies ist der primäre Kontext, in dem eine marxistische Kritik der Internationalen Politischen Ökonomie entwickelt werden sollte. Diese steht diesem Kontext mit Interesse an unterschiedlichen Kategorien, Tendenzen, Technologien, Leitbildern und Handlungen gegenüber. Dieses Interesse resultiert aus dem Umstand, dass die Realisierung der Potenziale und Widersprüche des Kapitalverhältnisses auf der Ebene des Weltmarktes unter anderem mit dessen Spaltung in eine verwobene, sich ungleich entwickelnde Hierarchie lokaler, regionaler, nationaler, transnationaler und supranationaler Märkte verbunden ist, die den mit jedem Staat verbundenen Territorien entsprechen. In dieser Hinsicht ist die Form des entstehenden Weltmarktes auch mit 'den vorfindlichen territorialen Besonderheiten vorkapitalistischer Reproduktionssysteme und der Struktur von deren administrativen Herrschaftsapparaten' (von Braunmühl 1974: 39) verbunden. Diesbezüglich haben Marx und Engels reichhaltige Studien über die 'bunte Formverschiedenheit' (Marx 1875: 28) vorgelegt, die sowohl die Dynamik der internationalen Beziehungen als auch die inneren Kämpfe in den Nationalstaaten beeinflusst.

In diesem Zusammenhang möchte ich vorschlagen, dass es sinnvoller ist, die Logik des Weltmarkts in konkret-komplexen Begriffen als 'variety of Kapitalismus' neu zu definieren (vgl. Jessop 2007c). Diese Begriffsverwendung entwickelt zwei alternative Interpretationen weiter: (a) dass es in einer differenzierten Weltwirtschaft nur voneinander getrennte Spielarten des Kapitalismus (varieties of capitalism) gebe; oder (b) dass es ein einziges Weltsystem gebe, welches dazu tendiere, alle Kapitale und ihre verbundenen räumlichen Ökonomien⁷ über seine durch den kapitalistischen Wettbewerb angetriebenen Funktionsweise zu einer Konvergenz in einem einzigen Kapitalismusmodell zu bewegen.⁸ Während ich

7 Ich adaptiere diesen Begriff aus der Geographie, um der Annahme zu entgegen, dass eine Ökonomie notwendigerweise auf der nationalen Ebene angesiedelt sein muss. Der Begriff der 'räumlichen Ökonomie' ist dabei mit Konzeptionen von lokalen, metropolitanen, regionalen, nationalen, supranationalen oder grenzüberschreitenden Ökonomien kompatibel.

8 Vgl. Marx' Kommentar aus der Kritik des Gothaer Programms, dass es keinen generischen gegenwärtigen Staat, sondern lediglich eine 'bunte Formverschiedenheit' (Marx 1875: 28) heutiger Staaten gebe. Trotz einiger Unterschiede im Hinblick auf die Niveaus kapitalis-

an dieser Stelle nicht behaupten möchte, dass der Begriff des 'variierten Kapitalismus' das Konzept des Weltmarktes ersetzen kann, ist es dennoch aus vier zentralen Gründen ein hilfreiches, konkret-komplexes Konzept mittlerer Reichweite. Erstens impliziert der gegen den methodologischen Nationalismus ausgerichtete Fokus auf die sich verändernden Arbeitsteilungen auf dem zunehmend integrierten Weltmarkt, von einem sich tendenziell entwickelnden, *einzelnen variierten* Kapitalismus auszugehen, anstatt von einer mehr oder weniger dauerhaften Anordnung möglicher *nationaler Spielarten*. Dies hat zentrale Implikationen für die sich verändernden Formen und Funktionen von Staaten als spezifischen Formen von Regierung und Governance.

Zweitens sollten wir erforschen, wie der Spielraum für Rivalität, Widersprüchlichkeit, Komplementarität oder Ko-Evolution in den unterschiedlichen Formen der Kapitalismusorganisation und seinen raum-zeitlichen Fixierungen beschaffen ist. Sich auf den variierten globalen Kapitalismus zu konzentrieren, bedeutet somit, die Zonen relativer Stabilität im Hinblick auf ihre sich verändernden Komplementaritäten, Widersprüche und Krisentendenzen in einer komplexen 'Umwelt' von Akkumulationsregimen, Regulationsweisen und raum-zeitlichen Fixierungen zu bestimmen und zu erklären. Zusätzlich müssen deren Kapazitäten analysiert werden, Widersprüche und Krisentendenzen in die Zukunft und/oder in jene Zonen zu verdrängen und aufzuschieben, die von relativer Inkohärenz, Instabilität oder sogar Katastrophen geprägt sind. Hierbei spielen auch Staaten eine zentrale Rolle und stellen eine treibende Kraft dar.

Diese Reinterpretation der bisher konventionell als 'Spielarten des Kapitalismus' bestimmten Phänomene betont drittens die Notwendigkeit, relativ erfolgreiche Entwicklungen in einzelnen ökonomischen Räumen nicht nur entlang ihrer externen und internen Vorbedingungen zu kontextualisieren, sondern vor allem entlang der Kosten, die diese Entwicklungen anderen Räumen und zukünftigen Generationen auferlegen. Alle drei Argumentationsgänge sind konsistent mit Marx' eigenem Ansatz zur histo-

tischer Entwicklung teilen diese nichtsdestoweniger als Folge ihrer gemeinsamen Grundlage in modernen bürgerlichen Gesellschaft bestimmte grundlegende Charakteristika.

rischen Geographie der Kapitalakkumulation und der ungleichen Entwicklung des Weltmarkts.

In diesem Zusammenhang ist viertens der Neoliberalismus nicht bloß eine mögliche Spielart des Kapitalismus unter vielen, die sich als mehr oder weniger produktiv und fortschrittlich (oder mehr oder weniger ineffizient und ausbeuterisch) erwiesen hat, und daher unter der Prämisse, dass die gesamte Weltwirtschaft entlang dieser Linie organisiert werden könnte, an anderen Orten mit den selben positiven oder negativen Effekten adaptiert werden könnte. Zum Beispiel können nicht alle Nationalökonomien die Weltwährung als ihre nationale Währung kontrollieren, massive negative Handelsbilanzen bilden, militärische Hegemone in einer unipolaren Welt sein usw.. Dies ist nicht nur eine Frage der *logischen* Zusammensetzung, sondern sie betrifft auch die *diskursiv-materielle, raum-zeitliche* Zusammensetzung, d.h. die zu untersuchende inhaltliche Passgenauigkeit zwischen den Spielarten des Kapitalismus. Wir können diesen Gedanken weiter vertiefen, indem wir den Neoliberalismus in einer globalen Umwelt ökonomischer Regime und deren ökonomischer und außerökonomischer Unterstützungen verorten, und dann danach fragen, welches Regime überhaupt den größten Einfluss auf die Dynamik der globalen Akkumulation hat. Dies ist typischerweise nicht nur eng mit der ökonomischen Wettbewerbsfähigkeit einer gegebenen kapitalistischen Organisationsform verbunden, sondern auch mit der Kapazität der sie unterstützenden politischen Regime, ihr Fortbestehen inner- und außerhalb relevanter Räume an unterschiedlichen Orten, auf unterschiedlichen Maßstabsebenen und durch staatliche und nicht-staatliche Netzwerke zu erreichen.

Den 'variierten Kapitalismus' als solchen zur Kenntnis zu nehmen, ist somit nur ein erster, wenn auch wichtiger Schritt, den Weltmarkt in Begriffen von ungleicher und kombinierter Entwicklung zu analysieren. Dieser integriert nicht nur spezifische Zweige kapitalistischer Produktion mit ihren verbundenen 'gesellschaftlichen Institutionen' oder Formen gesellschaftlicher Einbettung in die Logik des Weltmarktes, sondern auch einen breite Anzahl vor- oder nicht-kapitalistischer Produktionsformen. Die Totalität dieser Produktionsformen umfasst Subsistenz, einfache Warenproduktion, häusliche Produktionsformen, informelle produktive und reproduktive Arbeit und besonders deren dynamischen Wechselbeziehungen mit kapitalistischen Produk-

tionsformen. Diese Produktionsweisen und Arbeitsformen sind bis zu dem Grad vereinheitlicht, wie sie es durch die zunehmende 'ökologische Dominanz' der Kapitalakkumulation sein können. Je stärker die Weltwirtschaft integriert ist, desto eher lassen sich dort in der Tat auch die Widersprüche der Kapitalakkumulation global wiederfinden. Dies hat sowohl positive als auch negative Effekte. Denn ungleiche und kombinierte Entwicklung kann nicht nur als Motor fortschreitender Weltmarktintegrationsprozesse wirken, sondern auch als Hemmnis.

7. Schlussfolgerungen

Dieser Beitrag hat das Konzept der kontingenten Notwendigkeit entwickelt und es im Rahmen einer allgemeineren Kritik der IPÖ am Beispiel der Dynamiken des Weltmarktes und seiner Einbettung in eine komplexe, differenzierte Weltgesellschaft veranschaulicht. In diesem Zusammenhang habe ich auch die kontingenten Notwendigkeiten des 'variierten Kapitalismus' als einen Ansatz zur Analyse des Weltmarkts und dessen eigener Logik präsentiert. Das Konzept der kontingenten Notwendigkeit erkennt die ontologische Komplexität als einen zentralen Aspekt der realen Welt an. Denn wenn die Entwicklung dieser realen Welt eine unendliche Abfolge von sowohl kontingent unabhängigen als auch kontingent notwendigen 'kontingenten Notwendigkeiten' ist, muss sie in der Tat auch unendlich komplex sein. Diesbezüglich stellen sich eine Reihe von Fragen dahingehend, wie die 'Komplexität der Komplexität' der realen Welt am besten gefasst und vereinfacht werden kann, wenn man sich mit dieser auseinandersetzen muss und in dieser handlungsfähig sein möchte. Das hier entwickelte Hauptargument bezieht sich darauf, dass eine kritische IPÖ versuchen sollte, die 'kontingente Notwendigkeit' spezifischer Konjunkturen und ihrer Effekte in der Form unterschiedlicher Determinanten zu erklären. Diese sollten in einer Art und Weise miteinander artikuliert werden, so dass eine kohärente, konsistente Darstellung der konkreten Situation erreicht wird, und gleichzeitig alle Formen des Reduktionismus und Subsumtionismus zurückgewiesen werden. Dabei liegt die implizite Betonung auf der differenzierten, kontingent-notwendigen Artikulation verschiedener Kausalketten bei der Produktion des 'Real-Konkreten'. Gleichwohl habe ich ausgeführt, warum und unter welchen Bedingungen es Sinn macht,

die Analyse aus der Perspektive der Kritischen Politischen Ökonomische zu beginnen, und warum der analytische Einstiegspunkt nicht der Schlusspunkt sein darf, wenn ein ökonomischer Reduktionismus verhindert werden soll. Zudem habe ich erläutert, warum früher oder später ökonomische Faktoren bei der Spezifizierung des Untersuchungsgegenstandes und der Ausarbeitung der Begründung einbezogen werden sollten, auch wenn für die Analyse ein sinnvoller alternativer Einstiegspunkt gewählt worden war. Hierzu müssen sowohl einige Erklärungsprinzipien marxistischer Analysen reformuliert als auch unterschiedliche Phänomene problematisiert werden, die in diesen Analysen vorausgesetzt werden. Konzepte wie Klassenkampf, die Einheit der Staatsapparate, Staatsmacht und Klasseninteressen sollten daher – statt als unproblematische Erklärungsprinzipien – eher als Untersuchungsgegenstände betrachtet werden. Ebenso müssten viele marxistische Analysekonzepte sowohl als notwendig kontingente Erklärungsprinzipien als auch als Referenzpunkte verstanden werden, um auf ihrer Grundlage Existenzbedingungen von bestimmten Untersuchungsgegenständen definieren und deren Realisierungen untersuchen zu können. Diese Maßstäbe gelten auch für andere Felder der Sozialforschung und deren Erklärungsgegenstände.

Übersetzung aus dem Englischen von Lars Bretthauer

Literatur

- Altvater, E. (1971) Notes on some problems of state interventionism (I), (II), Kapitalistate 1, 97-108; and Kapitalistate 2, 76-83.
- Arrighi, G. (1994) *The Long Twentieth Century*, London: Verso
- Arthur, C.J. (1997) 'Against the logical-historical method: dialectical derivation versus linear logic', in F. Moseley and M. Campbell, eds, *New Investigations of Marx's Method*, Atlantic Highland: Humanities Press, 9-37.
- Bhaskar, R. (1975) *A Realist Theory of Science*, Leeds: Leeds Books.
- Bonefeld, W. (1992) 'Social constitution and the form of the capitalist state', in W. Bonefeld, R. Gunn, and K. Psychopedis, eds, *Open Marxism: Dialectics and History*, London: Pluto, 93-132.
- Bourdieu, P. and Wacquant, L. (1992) *An Invitation to Reflexive Sociology*, Cambridge: Polity.
- Cohen, B.J. (2008) *International Political Economy*, Princeton: Princeton University Press.
- Cowling, K. and Tomlinson, P.R. (2005) 'Globalisation and corporate power', *Contributions to Political Economy*, 24, 33-54.

- Flatow, S. and Huisken, F. (1973) 'Zum Problem der Ableitung des Bürgerlichen Subjekts', *Prokla*, 10 (7), 83-153.
- Foucault, M. (1975) *Discipline and Punish*, Harmondsworth: Penguin.
- Gritsch, M. (2005) The nation-state and economic globalization: soft geo-politics and increased state autonomy? *Review of International Political Economy*, 12 (1), 1-25
- Hausman, D.M. (1998) *Causal Asymmetries*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Hirsch, J. (1975) 'Zum Problem einer Ableitung der Form- und Funktionsbestimmung des bürgerlichen Staates', in E. Hennig et al., eds, *Karl Marx/Friedrich Engels: Staatstheorie. Materialien zur Rekonstruktion der marxistischen Staatstheorie*, Frankfurt: Ullstein, cxxxix-cliii.
- (2005) *Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Systems*, Hamburg: VSA.
- Jenson, J. (1986) 'Gender and reproduction: or, babies and state', *Studies in Political Economy*, 20, 9-46.
- Jessop, B. (1982) *The Capitalist State: Marxist Theory and Method*, Oxford: Martin Robertson.
- (2001) 'Institutional (re)turns and the strategic-relational approach', *Environment and Planning A*, 33 (7), 1213-37.
- (2007a) *Kapitalismus, Regulation, und Staat*, Hamburg: Das Argument.
- (2007b) *State Power: a Strategic-Relational Approach*, Cambridge: Polity.
- (2007c) 'What follows neo-liberalism? The deepening contradictions of US Domination and the Struggle for a New Global Order', in R. Albritton, R. Jessop, and R. Westra, eds, *Political Economy and Global Capitalism: The 21st Century, Present and Futures*, London: Anthem, 67-88
- Jessop, B., Brenner, N., and Jones, M.R. (2008) 'Theorizing socio-spatial relations' *Environment and Planning D: Society and Space*, 26 (3), 389-401.
- Jones, M.R. and Jessop, B. (2009) 'Thinking compossibly about state space', *Antipode* (in press)
- Kittsteiner, H.-D. (1977) "Logisch" und „historisch“. Über Differenzen des Marx-schen und Engels-schen Systems der Wissenschaft. (Engels' Rezension „Zur Kritik der politischen Ökonomie“), *Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung*, 13 (1), 1-47.
- Laclau, E. and Mouffe, C. (1991) *Hegemonie und Radikale Demokratie*, Wien.
- Luhmann, N. (1970) *Funktion und Kausalität*. In idem, *Soziologische Aufklärung 1* Opladen: Westdeutscher Verlag, 9-30.

- (1979) *Trust and Power*. Chichester: Wiley
- (1995) *Social Systems*, Stanford: Stanford University Press.
- Lukes, S. (1974) *Power: A Radical View*, Basingstoke: Macmillan.
- Marx, K. & Engels, F. (1845/46 [1983]) *Die deutsche Ideologie*, MEW, Bd. 3. Berlin: Dietz Verlag.
- Marx, K. (1858 [1983]) *Grundrisse der Kritik der Politischen Ökonomie*. MEW, Bd. 42. Berlin: Dietz Verlag.
- (1886 [1962]) *Das Kapital. Zur Kritik der Politischen Ökonomie*. Bd.1. MEW, Bd. 23. Berlin: Dietz Verlag.
- (1875 [1973]) *Kritik des Gothaer Programms*. MEW, Bd. 12. Berlin: Dietz Verlag.
- Messner, D. (1995) *Die Netzwerkgesellschaft*, Köln: Weltforum Verlag.
- Morin, E. (1977) *La méthode: 1. la nature de la nature*. Seuil, Paris.
- (1980) *La méthode: 2. la vie de la vie*. Seuil, Paris.
- Offe, C. (1975) *Berufsreformpolitik*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Palan, R., ed. (2000) *Global Political Economy: Contemporary Theories*, London: Routledge.
- Poulantzas, N. (1975) *Klassen im Kapitalismus – heute*, Berlin: VSA.
- (1979) *Staatstheorie*, Hamburg: VSA.
- Ragin, C.C. (1987) *The Comparative Method. Moving beyond Qualitative and Quantitative Strategies*, Berkeley: University of California Press.
- Ragin, C.C. (2000) *Fuzzy-Set Social Science*, Chicago: University of Chicago Press.
- Reichelt, H. (1973) *Zur logischen Struktur des Kapitalbegriffs bei Karl Marx*, Frankfurt: EVA.
- Reinert, E.S. (2008) *How Rich Countries got Rich ... and why Poor Countries stay Poor*, London: Constable.
- Reitter, K. (2003) 'Logisch oder historisch? Einführende Bemerkungen zu einer Kontroverse zwischen Michael Heinrich, Hans Georg Backhaus und Wolfgang Fritz Haug', *Grundrisse*, 8, 22-32.
- Rescher, N. (1998) *Complexity: a Philosophical Overview*, New Brunswick: Transaction Books.
- Reuten, G. (2007) 'Marx's general rate of profit transformation: methodological and theoretical obstacles; an appraisal based on the 1864-65 Manuscript for *Das Kapital III*' in R. Bellofiore and R. Fineschi, eds, *Re-reading Marx -- New Perspectives after the Critical Edition*, Basingstoke: Palgrave, 00-00.
- Ringer, F.K. (2000) *Max Weber's Methodology: the Unification of the Cultural and Social Sciences*, Cambridge: Harvard University Press.
- Sayer, A. (2000) *Realism and Social Science*, London: Sage.
- Scherrer, C. (1995) 'Eine diskursanalytische Kritik der Regulationstheorie', *Prokla*, 100, 457-482.

- ten Brink, T. (2008a) *Geopolitik: Geschichte Und Gegenwart Kapitalistischer Staatenkonkurrenz*, Münster: Westfälisches Dampfboot.
- (2008b) *Staatenkonflikte: Zur Analyse Von Geopolitik Und Imperialismus*, Stuttgart: Lucius & Lucius.
- Teubner, G. (1983) *Law as an Autopoietic System*, Oxford: Blackwell.
- Turchetto, M. (2000) 'The historicity of Marx's categories', *Science and Society*, 64 (3), 365-374.
- von Braunmühl, C. (1974) *Kapitalakkumulation im Weltmarktzusammenhang. Zum methodischen Ansatz einer Analyse des bürgerlichen Nationalstaats*. In *Gesellschaft. Beiträge zur Marxschen Theorie*, Frankfurt/M: Suhrkamp, S. 30-51.
- Weber, M. (1988) Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis. In *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, Tübingen: J.C.B. Mohr, S. 146-214.
- Wissen, M. (2009) 'Kräfteverhältnisse', *Kritisches Historisches Wörterbuch des Marxismus* (in press).
- Woodiwiss, A. (1990) *Social Theory after Postmodernism: Rethinking Production, Law And Class*, London: Pluto Press.

Joachim Hirsch/John Kannankulam

Die Räume des Kapitals Die politische Form des Kapitalismus in der „Internationalisierung des Staates“

Die im Zuge der neoliberalen Globalisierungsoffensive verstärkt durchgesetzte Internationalisierung des Kapitals hat die Staatsfrage in spezifischer Weise wieder auf die Tagesordnung gesetzt. Dabei geht es sowohl um aktuelle Transformationen der Staaten und des Staatensystems wie auch um die Bedeutung supranationaler politisch-ökonomischer Integrationsprozesse wie besonders im Falle der Europäischen Union. Im Zentrum steht die Frage, inwieweit der bestehende Staatenpluralismus historisch kontingent und damit im Prinzip aufhebbar ist oder ob er einen strukturellen Bestandteil der kapitalistischen Produktionsweise darstellt (vgl. etwa die Kontroverse zwischen Callinicos 2007 und Teschke/Lacher 2007). Auch bei Neo-Gramscianischen Perspektiven der Kritik der internationalen politischen Ökonomie ist vielfach feststellbar, dass diese staatstheoretische Frage nicht befriedigend geklärt ist (vgl. Scherrer 1998; Brand in diesem Band). Sicherlich ist diese Theorie mit ihrem Blick auf die Veränderbarkeit von Hegemonie politisch reizvoll, zugleich läuft sie jedoch Gefahr, die bestehenden Gewalt- und Herrschaftsstrukturen auszublenden und somit in einen politischen Voluntarismus zu münden. Dies gilt für viele post-moderne oder post-marxistische Ansätze (vgl. Wullweber in diesem Band). Dagegen beharren wir darauf, dass es mit einer bloßen Beschreibung von Entwicklungen oder der Generalisierung aktueller Trends nicht getan ist, sondern dass diese nur begriffen werden können, wenn eine zureichende Theorie des „modernen“, d.h. kapitalistischen Staates zugrunde gelegt wird. Geht man von der materialistischen Staatstheorie aus, so richtet sich eine zentrale Frage darauf, was die laufenden Internationalisierungsprozesse für die *politische Form des Kapitalismus* bedeuten. Dieser Zusammenhang ist bisher nur unzulänglich behandelt worden (vgl. Gerstenberger 2007, Brand/Görg/Wissen 2007). Wir beziehen uns dabei

auf die von Marx in seiner Kritik der politischen Ökonomie entwickelten Begriff der „sozialen Form“. Diese markiert den entscheidenden Fortschritt Marx' im Verhältnis zu klassischer Ökonomie und bietet nach dessen eigenem Verständnis den zentralen Schlüssel zum Verstehen der bürgerlichen Gesellschaft (MEW 23, 89f., 94ff.). Unsere These ist daher, dass die aktuellen staatlichen Transformationsprozesse und die damit verbundene Verschiebung der politischen Räume nur verstanden werden können, wenn dieser Aspekt in das Zentrum der Analyse gerückt wird. Wir beziehen uns dabei auf die in Deutschland in den siebziger Jahren geführte sogenannte „Staatsableitungsdebatte“, deren Ergebnisse bedauerlicherweise heute kaum noch zur Kenntnis genommen werden (vgl. Holloway/Picciotto 1978, Clarke 1991). Diesen Ansatz verbinden wir mit den von A. Gramsci und vor allem von N. Poulantzas entwickelten staatstheoretischen Konzepten. In der Verbindung dieser scheinbar entgegengesetzten Theoriestränge (Holloway/Picciotto 1991) dürfte eine wichtige Möglichkeit zur Weiterentwicklung der materialistischen Staatstheorie liegen (vgl. Hirsch/Kannankulam 2009, Kannankulam 2008: 36-63).

Wichtig ist dabei, wie das Verhältnis von „politischer Form“ und „Institution“ zu verstehen ist. Diese Frage ist in der Regel auch in sich auf die Marxsche Theorie beziehenden Ansätzen eher unzulänglich bearbeitet worden. Sehr oft wird der Begriff der „politischen Form“ mit der konkreten institutionellen Struktur der Staatsapparatur in eins gesetzt (so u.a. bei Jessop 1982, 190; 1990a, 206). Dies ist zumindest ungenau. Die politische Form des Kapitalismus und die institutionelle Gestalt der politischen Apparatur sind weder identisch noch voneinander ableitbar, sondern stehen in einem komplexen Entsprechungs- *und* Widerspruchsverhältnis. Die konkrete institutionelle Ausgestaltung der Staatsapparatur ist zwar formbestimmt, d.h. sie unterliegt strukturellen Zwängen, die aus den bestehenden Produktions- und Ausbeutungsverhältnissen hervorgehen und die den Spielraum für mögliche Institutionalisierungsweisen begrenzen. Gleichwohl kann sie sich in unterschiedlichen institutionellen Konfigurationen manifestieren. Dies hängt von spezifischen historischen Pfaden, konkreten ökonomischen Beziehungen und Klassenkonstellationen, sozialen Kräfteverhältnissen und Konfliktverläufen ab.

In diesem Beitrag erläutern wir zunächst genauer, was unter der politischen Form des Kapitalismus zu verstehen ist und behandeln

die dabei zentrale Frage nach dem Verhältnis zwischen politischer Form und konkreten Institutionalisierungsweisen. Das Ergebnis ist, dass diese zwar formbestimmt, aber damit nicht eindeutig determiniert sind. Daraus ergibt sich, dass der herkömmliche nation state zunächst einmal nur eine mögliche Art und Weise der Institutionalisierung des Politischen darstellt. Im zweiten Schritt begründen wir, dass die Pluralität der Einzelstaaten indessen keine historisch kontingente Erscheinung, sondern einen strukturellen Bestandteil des kapitalistischen Produktionsverhältnisses darstellt. Zwar gibt es keinen kausalen Zusammenhang zwischen der Entstehung des pluralen Staatensystems und des Kapitalismus, aber der Staatenpluralismus bildet eine grundlegende Voraussetzung für dessen Bestands- und Reproduktionsfähigkeit. „Genese“ und „Geltung“ sind also analytisch auseinander zu halten, was in der einschlägigen Literatur oft übersehen wird. Auf dieser Grundlage untersuchen wir dann, was unter Internationalisierung des Staates zu verstehen ist und welche räumlichen Konfigurationen des Politischen sich dabei durchsetzen. Abschließend gehen wir auf die Frage ein, welche Auswirkungen der Prozess der Internationalisierung des Staates für die Reproduktion der politischen Form und damit für die Bestandsfähigkeit des globalen kapitalistischen Systems insgesamt hat.

Theoretische Grundüberlegungen

Zunächst sollen kurz unsere theoretischen Grundannahmen erläutert werden. Es handelt sich dabei um die politische Form des Kapitalismus, das Verhältnis von sozialer Form und Institution sowie um die Theorie des Raums. Nicht behandelt wird hier die Rechtsform, die neben der politischen und Wertform zu den grundlegenden Strukturmerkmalen der kapitalistischen Gesellschaft gehört (vgl. Buckel 2007, siehe auch Hartmann in diesem Band).

Wie sich eine Herrschaftsorganisation ausprägt, hängt ganz wesentlich von den jeweiligen Eigentums- und Ausbeutungsverhältnissen ab, wie schon Marx und Engels bemerkten (MEW 3, 20ff., vgl. dazu auch Brenner 1985a/b und Teschke 2007, 23). Die Herausbildung des modernen Staates steht in einem engen, aber nicht einfach kausalen Zusammenhang mit der Durchsetzung des kapitalistischen Produktionsverhältnisses. Im modernen Staat manifestiert sich die besondere *politische Form* der kapitalistischen

Gesellschaft. Diese ist grundlegend durch das Privateigentum an Produktionsmitteln, formell freie Lohnarbeit, Privatproduktion, Warentausch und Konkurrenz gekennzeichnet. Die erzeugten Produkte nehmen Wertform an und das Wertgesetz reguliert die gesellschaftliche Produktion. Die Aneignung des Mehrprodukts durch die ökonomisch herrschende Klasse erfolgt nicht – wie beispielsweise im Feudalismus – durch unmittelbaren Zwang, sondern durch Warentausch, der auch die Ware Arbeitskraft einschließt. Privatproduktion, Warentausch und Konkurrenz setzen aber voraus, dass die ökonomisch herrschende Klasse sowohl gegenüber den Lohnabhängigen als auch innerhalb ihrer selbst keine unmittelbar physische Gewalt anwendet. Voll entwickelte kapitalistische Verhältnisse bilden sich daher erst heraus, wenn die physische Zwangsgewalt von *allen* gesellschaftlichen Klassen, auch der ökonomisch herrschenden getrennt ist. Die Trennung von „Ökonomie“ und „Politik“, von „Staat“ und „Gesellschaft“ ist daher eine zentrale Bedingung für die Möglichkeit der Existenz und Reproduktion der kapitalistischen Produktionsweise. Daraus resultiert die „relative Autonomie“, oder – weil dieser Ausdruck etwas missverständlich ist – die „Besonderung“ des Politischen und des Staates. Weil die kapitalistische Gesellschaft in konkurrierende Individuen und sich antagonistisch gegenüber stehende Klassen zerfällt, ist es unmöglich, dass ihre Mitglieder zu einer direkten und bewussten Übereinkunft über ihre gemeinsamen Angelegenheiten kommen können. Ebenso wie sich ihnen die Gesellschaftlichkeit ihrer Arbeit als äußerliches, durch den Kapitalkreislauf vermitteltes Zwangsverhältnis aufdrängt, so muss auch ihre politische Gemeinschaftlichkeit eine verobjektivierte, verdinglichte, von den Individuen getrennte Gestalt annehmen. Sie tritt ihnen in Form des Staates als äußerer Zwangszusammenhang entgegen. Ökonomische (Wert-) und politische Form sind als grundlegende und aufeinander bezogene Strukturmerkmale der kapitalistischen Gesellschaft zu betrachten. Die politische Form konstituiert nicht einfach einen auf der Ökonomie ruhenden „Überbau“, sondern ist – institutionalisiert im Staat – selbst Bestandteil des kapitalistischen Produktionsverhältnisses (Hirsch 2005, 20ff.).

Ökonomische (Wert-) Form und politische Form markieren die historisch spezifische Weise, in der sich die Klassenverhältnisse der kapitalistischen Gesellschaft gestalten und wie sich die Klassen aufeinander beziehen. Die Art und Weise der Konstitution

von Klassen und der Klassenkampf werden dadurch entscheidend geprägt. Die Besonderung des Staates schafft die Bedingungen für eine versachlichte und entpersonalisierte Organisationsweise der Sozial- und Klassenbeziehungen. Der Staat ist kapitalistisch, weil er Bestandteil des kapitalistischen Produktionsverhältnisses und in seiner Struktur und in seinen Funktionen an dieses gebunden ist, aber er fungiert nicht als das unmittelbare Instrument der ökonomisch herrschenden Klasse(n). Er ist weder eine Person noch eine bewusst geschaffene zweckrationale Organisation, sondern muss als die materielle Verdichtung eines antagonistischen Klassen- und mit ihm verbundener Herrschaftsverhältnisse (Rasse, Geschlecht) begriffen werden (Poulantzas 2002, 154ff.). Mittels der staatsförmigen Vergesellschaftung werden die Angehörigen der beherrschten Klassen als individualisierte Staatsbürger *desorganisiert* und zugleich bildet der Staat das Terrain, auf dem die Herausbildung einer gemeinsamen Politik der in einem ökonomischen Konkurrenzverhältnis stehenden herrschenden Klassen – des Blocks an der Macht – überhaupt erst möglich wird. Weil der Staat eine Institutionalisierung konkurrierender und antagonistischer Klassenbeziehungen ist, bildet er keine geschlossene Apparatur, sondern nimmt die Gestalt eines heterogenen Geflechts von teilweise im Gegensatz zueinander stehenden Agenturen an.

Festzuhalten bleibt, dass die kapitalistischen sozialen Formen und damit auch die Besonderung oder relative Autonomie des Staates nicht funktional vorgegeben und gewährleistet sind, sondern durch ein gesellschaftliches Handeln produziert und reproduziert werden, das von den bestehenden Klassen- und Ausbeutungsverhältnissen geprägt ist. Ihre Existenz und ihre Reproduktion sind daher grundsätzlich prekär. Gesellschaftliche Kämpfe und Auseinandersetzungen können die kapitalistischen Formen und damit die Reproduktion der Gesellschaftsformation insgesamt in Frage stellen.

Soziale Formen sind aus den allgemeinen Vergesellschaftungsprinzipien resultierende, den Menschen in verdinglichter Weise entgegentretende Verobjektivierungen ihres gesellschaftlichen Zusammenhangs. Sie bestimmen strukturell die allgemeinen gesellschaftlichen Wahrnehmungs- und Verhaltensorientierungen. Diese *konkretisieren* sich in gesellschaftlichen Institutionen. Institutionen können somit als Materialisierungen gesellschaftlicher Formbestimmungen betrachtet werden (Holloway 1991, 254f.). Institu-

tionen und soziale Formen sind jedoch nicht identisch. Soziale Formen als Ausdruck eines widersprüchlichen Vergesellschaftungszusammenhangs begründen, unterstützen und begrenzen Institutionalisierungsprozesse, gleichzeitig sind diese jedoch nicht ein für alle mal fixiert und auf eine spezifische Konfiguration festgelegt. So kann z.B. die für den Kapitalismus bestimmende Wertform in sehr unterschiedlichen Geld- und Kreditsystemen äußern.

Der Begriff soziale Form bezeichnet somit den *Vermittlungszusammenhang* zwischen gesellschaftlicher Struktur, Institutionen und sozialem Handeln. Weil institutionenbildendes und -reproduzierendes Handeln von den der kapitalistischen Produktionsweise eigenen Antagonismen und Konflikten geprägt wird, können soziale Formen und Institutionen in Widerspruch zueinander geraten. Es besteht also grundsätzlich die Möglichkeit, dass die bestehenden institutionellen Gefüge mit dem Verwertungsprozess des Kapitals unvereinbar werden. Grundsätzlich ergibt sich daraus, dass der Nationalstaat nur eine mögliche, allerdings historisch für eine lange Periode durchgesetzte Institutionalisierungsweise der kapitalistischen politischen Form darstellt. Allerdings hat sich die damit verbundene Transformation der gesellschaftlichen Verhältnisse, die durch das auf ein abgegrenztes Territorium bezogene „Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit“ (Max Weber), das Prinzip formeller Rechtsstaatlichkeit und eine einigermaßen berechenbare bürokratische Rationalität gekennzeichnet ist, für die Reproduktion kapitalistischer Produktionsverhältnisse als höchst vorteilhaft erwiesen. Gewiss kann man Weber schon in Bezug auf seine theoretischen Grundlagen kritisieren. Dies gilt nicht zuletzt für die Annahme eines sich historisch durchhaltenden Rationalisierungsprozesses, als dessen Ausdruck der moderne bürokratische Staat begriffen wird. Dabei bleiben nicht zuletzt Klassen- und Ausbeutungsverhältnisse ausgeblendet. Sein Verdienst besteht indessen darin, das entscheidende Merkmal der kapitalistischen Herrschaftsweise erkannt zu haben, nämlich dass der Staat nicht durch seine historisch durchaus veränderlichen Funktionen, sondern durch eben diese Form gekennzeichnet ist. Weber stellt klar, dass es sich beim modernen Staat um die spezifische Institutionalisierung eines *Gewaltverhältnisses* handelt. Bei der Analyse von Funktionen und Veränderungen der Staatsapparatur muss dies – entgegen einigen aktuellen, sich selbst als kritisch verstehenden Beiträgen – der Ausgangspunkt sein. Um

einen Ausdruck von Jessop zu paraphrasieren: *form constitutes function, not only problematises it, and function problematises form*. Die Kritik an Weber und die Forderung, mit seiner Staatskonzeption zu brechen, beinhaltet die Gefahr, sozusagen das Kind mit dem Bade auszuschütten (Robinson 2001, vgl. auch Teschke 2007, 59ff., 2006, 543ff.). Unterschlagen wird dabei, dass eben die Zentralisierung und Verselbständigung des *Gewaltapparats* ein zentrales Merkmal der kapitalistischen politischen Form darstellt. So kommt letztlich auch Robinson bei seiner Proklamation eines „Transnationalen Staates“ nicht um die Feststellung herum, dass es diesem an Durchsetzungsmacht und Gewaltkapazitäten fehle, weshalb „fiscal intervention, credit creation, tax redistribution und control over capital and labor allocations“ zwar zunehmend auf der supranational policy arena ausgearbeitet würden, ihre Durchsetzung aber dann doch den Nationalstaaten vorbehalten bleibe (Robinson 2001, 181, zur Kritik vgl. Block 2001).

Das nationalstaatliche System

Grundsätzlich ist es sicher richtig, sich in der Staatsanalyse vom „methodischen Nationalismus“ zu verabschieden (Smith 1995). Allerdings bleibt dabei die Frage offen, weshalb in der Periode zwischen dem 17. und 20. Jahrhundert ein enger Zusammenhang zwischen der Herausbildung des modernen nationalstaatlichen Systems und der Entstehung und Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise bestanden hat.

Im geschichtlichen Verlauf gibt es keinen kausalen Zusammenhang zwischen der Durchsetzung des Kapitalismus und der Entstehung des modernen Staatensystems (Gerstenberger 1990, Reinhard 2000, Tilly 1975, Teschke 2007, Hirsch 2005, 50ff.). Es handelt sich dabei vielmehr um zwei nicht aufeinander zurückführbare, jedoch historisch verbundene und sich gegenseitig verstärkende Prozesse. Die dafür maßgebenden Ausgangsbedingungen sind in den Umbrüchen der feudalen Macht- und Eigentumsverhältnisse zu finden, die sich in Westeuropa seit dem 11. Jahrhundert vollzogen hatten. Diese waren insbesondere durch die Usurpation der kaiserlichen Macht durch die Feudalherren gekennzeichnet (Teschke 2007, 83ff.). Eine wichtige Rolle spielte dabei nicht zuletzt der für das Heilige Römische Reich charakteristische Antagonismus von kirchlicher und weltlicher Herrschaft

(Spruyt 1994, 34ff.). Im feudalen Ausbeutungs- und Akkumulationsmodus war grundlegend eine territoriale Expansionstendenz angelegt (Benz 2001, 13, Teschke 2007, 70ff., 89ff., 101ff.). In der daraus resultierenden kriegerischen Rivalität zwischen den Feudalfürsten sowie zwischen diesen und ihren Lehensleuten lag eine entscheidende Dynamik, die zur Herausbildung des modernen Staatesystems beigetragen hat. Die militärische Expansion erforderte die Steigerung der inneren Staatsmacht und zog einen wachsenden Ressourcenbedarf nach sich, wodurch die Stände im Konflikt um die sich ausweitende Besteuerung ihre Mitspracherechte ausweiten konnten. Nach mittelalterlichem Recht konnte die Erhebung außerordentlicher Steuern nur mit Zustimmung der Betroffenen erhoben werden (Benz 2001, 14, Anderson 1974, 56). Hierdurch bildeten sich erste Formen von entpersonalisierten Körperschaften heraus. Im „Ständestaat“ zeigten sich Ansätze einer Trennung von Amt und Person, d.h. einzelne Personen stellten ihren jeweiligen Stand „dar“. Vor diesem Hintergrund kam es – verbunden mit der zwischen dem 13. und 16. Jahrhundert einsetzenden Rezeption des römischen Rechts – zur Herausbildung eines zentralisierten Verwaltungsapparats und zugleich wurde die Entwicklung der Geldwirtschaft vorangetrieben. Der Zwang zu gesteigerter Ressourcenmobilisierung und -abschöpfung (coercion-extraction-circle) bildete eine wesentliche Grundlage für die Entstehung des modernen Staates (Tilly 1975, Reinhard 2000). Die Durchsetzung des Absolutismus auf dem europäischen Kontinent hing nicht zuletzt auch mit den mit der Religionsspaltung einhergehenden Kriegen und Konflikten zusammen. Damit wurde allmählich die parzellierte Herrschaftsform des Mittelalters überwunden, wobei allerdings der vorkapitalistisch-feudale Akkumulationsmodus zunächst noch erhalten blieb (Teschke 2007, 241ff.). Es entstanden räumlich abgegrenzte Territorien sowie zentralisierte und professionalisierte Verwaltungsapparate und schrittweise setzte sich die Trennung zwischen dem fürstlichen Hof und der Staatsverwaltung durch (Hirsch 2005, 54). Die Entwicklung der Markt- und Geldwirtschaft verdankte sich also nicht so sehr einer ökonomischen Eigendynamik, sondern wurde vor allem „durch Auseinandersetzungen um die Reichweite und Formen personaler Herrschaft vorangetrieben“ (Gerstenberger 1990, 512).

Entscheidend für die weitere Entwicklung war, dass es in England aufgrund einer spezifischen, schon von Marx im 24. Kapitel

des „Kapital“ beschriebenen Klassenkonstellation, nicht zuletzt infolge der politischen Selbstorganisation der aus den feudalen Verhältnissen hervorgegangenen Großgrundbesitzerklasse im Parlament nicht zu einer Festigung des Absolutismus kam, sondern zu einer enger verzahnten und damit auch schnelleren Herausbildung von Kapitalismus und modernem Staat (Teschke 2007, 227ff.).

Im Gegensatz zu der Entwicklung auf dem Kontinent transformierte sich der englische Feudaladel allmählich von einer militärischen Kaste zu einer entmilitarisierten und erfolgreichen Klasse von Großgrundbesitzern, gegen die es den Bauern in ihren wiederkehrenden Revolten nicht gelang, die freie Verfügung über Land durchzusetzen (Brenner 1985, 30-37, 46-62). Nach dem Bürgerkrieg gegen den Stuart-Absolutismus (1642-1649) gelang es dem Bündnis zwischen kapitalistischem Landadel und kolonialen Händlern, private Eigentumsrechte, kommerzielle Renten und politische Freiheiten durchzusetzen bzw. die traditionelle Ordnung wieder herzustellen, in der das Parlament schon frühzeitig eine starke Position hatte (Magna Charta von 1215, Provisionen von Oxford 1258 bzw. Westminster 1259, vgl. Grimm 1978, 62, Benz 2001, 39, Teschke 2007, 230). Dies begründete die ökonomische und militärische Dominanzposition dieses Landes, die die kontinentalen Staaten einem wachsenden Anpassungsdruck aussetzte.

Im Gegensatz zur britischen Entwicklung gelang es dem Feudaladel auf dem Kontinent nicht, sich in eine kapitalistische Klasse zu transformieren und der französische König war in der Lage, sich im Bündnis mit den (Handels-)Städten die absolute Macht anzueignen (Spruyt 1994, 77ff.). Vor diesem Hintergrund oblag es den bürgerlichen Revolutionen, eine weitgehende „Enteignung des persönlichen Herrschaftsbesitzes“ (Gerstenberger 1990, 522) gewaltsam durchzusetzen. Im strikten Sinne „bürgerlich“ waren diese Revolutionen allerdings nur bedingt. Ihre Auslöser waren vielmehr komplexe Kämpfe um Eigentum und Privilegien, bei denen die bürgerliche Klasse zunächst noch eine eher untergeordnete Rolle spielte (Teschke 2007, 233). Die dabei durchgesetzte Trennung von Staat und Gesellschaft, von Politik und Ökonomie bildete jedoch eine entscheidende Voraussetzung für die Etablierung kapitalistischer Verhältnisse und damit für die endgültige Herausbildung des modernen Staates. Zusammenfassend lässt sich also feststellen, dass es nicht das Kapital oder die kapitalistische Bourgeoisie war, die die Wurzeln des modernen Staates geschaffen haben, sondern eine in

der Struktur der sich transformierenden mittelalterlichen Gesellschaft angelegte Macht- und Konfliktdynamik, die zugleich über die vorhandenen historischen Fesseln hinauswies.

Teschke macht sicherlich einen Punkt gegen die a-historische Schule des Neorealismus innerhalb der Disziplin der Internationalen Beziehungen, wenn er darauf besteht, dass die Westfälische Ordnung von 1648 *keine* Ordnung zwischen souveränen Staaten im modernen Sinne war, da die interne Struktur von Staaten wie Frankreich weiterhin auf dynastischen und somit feudalen Prinzipien beruhte (Teschke 2007, 201ff.). Allerdings ist eine Sache zu argumentieren, dass alleine in England ein souveräner Staat entstanden ist und das dies die Fundamente für die kapitalistische Entwicklung dort legte, aber es ist eine andere Sache, daraus zu folgern, dass in feudalen politischen Strukturen wie in Frankreich die Möglichkeit kapitalistischer Entwicklung sich geschichtlich nicht auch zurückverfolgen lässt und/oder dass die Möglichkeit kapitalistischer Entwicklung sich nicht auch in anderen Regionen als England finden lässt (vgl. Spruyt 2006, 516). In Teschkes Argumentation ist es *entweder* Kapitalismus *oder* Feudalismus – man muss sich entscheiden (Teschke 2007, Kapitel 4 *passim*). Dieses argumentative Gebäude ist jedoch zu eng und selbst sein theoretischer Mentor Robert Brenner hatte mehr Freiheit zuzugeben, dass die von ihm kritisierten Erklärungsmodelle durchaus etwas erklären, diese jedoch *ergänzt* werden müssten (Brenner 1985a, 217). Entsprechend müssen wir zugeben, dass uns entgegen der allzu engen Argumentation Teschkes die klassische Argumentation Perry Andersons mehr überzeugt, in der dieser schreibt, dass der Entwicklungsgang der Geschichte „niemals ein Fortschreiten von einer in Reinstform vorhandenen Produktionsweise zur nächsten [ist], die ebenso eindeutige Bestimmungsmerkmale aufweist; vielmehr überlagert und vermischt sich in jedem Abschnitt dieser Bewegung eine Vielzahl von Elementen unterschiedlicher Gesellschaftsformationen und Produktionsweisen, von denen jeweils eine die vorherrschende ist“ (Anderson 1979, 550).

Schon die historische Entwicklung zeigt also, dass es nicht zulässig ist, bei der Entstehung des modernen Staates von einem einfachen ökonomischen Verursachungszusammenhang oder von einem strukturellen Verhältnis auszugehen, wie es etwa im Basis-Überbau-Theorem ausgedrückt wird. Die Frage bleibt jedoch, ob die Tatsache, dass sich der Kapitalismus im Kontext einer Plura-

lität konkurrierender Herrschaftsapparaturen herausbildet, historisch zufällig ist oder ob die Parzellierung der politischen Form in einer Vielzahl von territorial abgegrenzten Räumen (Einzelstaaten) eines seiner grundlegenden Strukturmerkmale darstellt. Unbestritten ist, dass es eben diese Pluralität war, die die Entstehung des Kapitalismus und des modernen Staates vorangetrieben hat. Teschke/Lacher (2007) schließen aus der Tatsache, dass es sich bei der Herausbildung des Kapitalismus und des modernen Staats um zwei nicht aufeinander zurückführbare Prozesse handelt, dass der Zusammenhang von Kapitalismus und Staatenvielfalt sowohl genetisch als auch strukturell kontingent sei, dass also der Kapitalismus auch innerhalb der politischen Struktur eines „Reichs“ hätte entstehen können (2007, 574). Beides kann bezweifelt werden. Die Konfusion, der Teschke aufsitzt, resultiert daraus, dass er zwar einerseits feststellt, dass der Durchsetzung des Kapitalismus als Produktionsverhältnis die Differenzierung von Politik und Ökonomie zugrunde liegt, was heißt, dass die Ausbeutung ohne unmittelbaren physischen Zwang stattfindet und somit der „Staat nicht mehr direkt in die Prozesse von Produktion und Ausbeutung einzugreifen“ braucht (2007, 141). Daraus folge, dass der Staat sich im Wesentlichen darauf beschränken kann, das kapitalistische Eigentumsregime zu institutionalisieren und „die zivilrechtlichen Verträge zwischen politisch (obwohl nicht ökonomisch) gleichen Bürgern juristisch zu garantieren“ (ebd.). Diese Einsicht hält Teschke aber nicht von der Behauptung ab, der Kapitalismus benötige zu seiner Reproduktion kein geopolitisches Pluriversum oder Staatensystem (ebd., 143, 243). Wenn nicht Staatensystem, dann also Weltstaat. Dessen Möglichkeit unter kapitalistischen Bedingungen müsste aber erst einmal begründet werden. Teschke unterläuft der Fehler, historische Beschreibung mit theoretischer Argumentation zu verwechseln. Denn aus der Tatsache, dass der Kapitalismus nicht die Ursache für das Entstehen des territorial fragmentierten Staatensystems war, lässt sich nicht schließen, dass dieses zu seiner Reproduktion nicht nötig sei. Denn, so ließe sich vor dem Hintergrund der hier vorgetragenen Analyse mit Teschke selbst fragen, wie es sein kann, dass „eine spezifische Staatsform inhärent mit dem Kapitalismus als gesellschaftliches Eigentumsverhältnis verbunden (ist): die moderne Souveränität“, um dann im nächsten Atemzug zu der Schlussfolgerung zu kommen, dass dies nicht den territorial abgegrenzten Charakter des modernen

Staates erklären könne (ebd., 143). Aus der Tatsache, dass das geopolitische Pluriversum sich historisch wandelt und dass sich dies keinesfalls monokausal mit „ökonomischen“ Konkurrenzmechanismen erklären lässt, folgt keineswegs, dass der systematische Zusammenhang von Kapitalismus, Territorialität, Souveränität und Staat aufgekündigt werden muss.

Die Parzellierung der Herrschaftsapparate entspringt zwar nicht kapitalistischen Verhältnissen, aber schon der historische Verlauf zeigt, dass sie eine entscheidende Voraussetzung für deren Entwicklung und Durchsetzung war. Dabei spielt die spezifische Art und Weise eine zentrale Rolle, in der die politische Form des Kapitalismus institutionalisiert wird. Und genau diese Problematik wird in der theoretischen Debatte bislang kaum wahrgenommen (vgl. z.B. auch bei Callinicos 2007). Die politische Form, also die Besonderung oder relative Autonomie des Staates reproduziert sich nämlich wesentlich über den Modus der Staatenkonkurrenz. Ihre Durchsetzung und Erhaltung beruht auf dem Wettbewerb zwischen den einzelnen Staaten mit den in ihnen jeweils institutionalisierten Klassenbeziehungen und -kompromissen.

Wie gezeigt wurde, ist der kapitalistische Staat mit seiner relativen Autonomie eine Voraussetzung dafür, dass die widersprüchlichen und antagonistischen Beziehungen zwischen Klassen und Gruppen so reguliert werden können, dass die gesellschaftliche Reproduktion stattfinden kann. Dies bezieht sich darauf, dass nur mittels des Staates eine gemeinsame Politik der ökonomisch herrschenden Klassen formulierbar ist und die Beherrschten in die bestehenden Macht- und Ausbeutungsverhältnisse sowohl repressiv wie konsensual eingebunden werden können. Der kapitalistische Regulationsmodus in seiner territorialen Verfasstheit, die auf Abgrenzung fußt und mit einem spezifischen Staatsbürgerschaftsregime mit der damit einhergehenden Mobilisierbarkeit von Nationalismus verkoppelt ist, beruht sehr wesentlich darauf, dass die im globalen Akkumulations- und Verwertungszusammenhang sich gegenüber stehenden Klassen durch die Existenz konkurrierender Einzelstaaten in sich selbst politisch gespalten werden. Dadurch entsteht auf der einzelstaatlichen Ebene die Möglichkeit zur Bildung klassenübergreifender Koalitionen zwecks Sicherung gemeinsamer Konkurrenzvorteile auf dem Weltmarkt. Das System der konkurrierenden Staaten organisiert die sozialen Gegensätze und Konflikte so, dass die Besonderung der jeweiligen Staatsappa-

rate gegenüber den gesellschaftlichen Klassen verstärkt wird. Die Pluralität der Staaten ist somit konstitutiver Ausdruck und Bestandteil des kapitalistischen Ausbeutungs- und Konkurrenzverhältnisses. Die Staaten sind als institutionelle Materialisierungen eines *internationalen* Geflechts widersprüchlicher Klassenbeziehungen zu begreifen (Poulantzas 2001).

Die politische Fragmentierung des Weltmarkts in Form der einzelstaatlichen politischen Organisation ist weiterhin Grundlage und Voraussetzung unterschiedlich strukturierter Produktionsbedingungen und Klassenverhältnisse. Eine Folge davon ist, dass es dem über staatliche Grenzen hinweg mobilen Kapital möglich ist, diese Räume profitmaximierend miteinander zu verbinden oder gegeneinander auszuspielen. Grundsätzlich ist die Entwicklung des Kapitalismus von erheblichen raum-zeitlichen Differenzierungen gekennzeichnet, einem Umstand, den Lenin als das „Gesetz der ungleichen und kombinierten Entwicklung“ bezeichnet hat (Lenin 1970). Dies bezieht sich darauf, dass die konkurrierenden Kapitale bei Strafe des Untergangs nach Extraprofiten streben müssen, wodurch systematisch ökonomisch-technologische Unterschiede geschaffen werden. Diese werden durch die Vorteile regionaler Clusterbildungen noch verstärkt (Callinicos 2007, 544ff., Morton 2007, vgl. auch Brenner 2004, 12ff; Rosenberg 2005).

Da sich in den einzelnen Staaten unterschiedliche Klassenkräfteverhältnisse verdichten, kommt es zu differenzierten Entwicklungen, die sich in Form eines Anpassungsdrucks auf diejenigen auswirken, die auf dem Feld der für das Kapital profitablen ökonomisch-technischen und gesellschaftlichen Entwicklung zurückgeblieben und damit ökonomisch schwächer sind. Auf diese Weise beeinflussen sich die auf staatlicher Ebene unterschiedlich organisierten Klassenverhältnisse wechselseitig. Klassenverhältnisse auf einzelstaatlicher Ebene sind also immer auch durch die über die Staatenkonkurrenz vermittelten globalen Strukturen bestimmt. Die Besonderung des Staats ist also die Bedingung der Möglichkeit einer Herausbildung spezifischer Klassenkonstellationen, auf denen die unterschiedlichen Konkurrenzbedingungen beruhen und sie wird durch den Kapitalverwertungs- und Konkurrenzmechanismus immer wieder reproduziert.

Die politische Form des Kapitalismus ist schließlich auch die Grundlage für das für ihn typische widersprüchliche Verhältnis von *ökonomischer und geopolitischer Konkurrenz* (Harvey 1982,

2003, vgl. auch Callinicos 2007). Die Trennung von Politik und Ökonomie sowie die Besonderung des Staates haben zur Folge, dass ökonomische Konkurrenz und Staatenkonkurrenz zwar aufeinander bezogen sind, aber unterschiedlichen Dynamiken folgen. Das gegenseitige Verhältnis der Staaten wird nicht nur von ökonomischen Entwicklungen und Interessen, sondern auch von den Strategien politischer Akteure bestimmt, die auf besondere Reproduktions- und Legitimationsgrundlagen zurückgehen. Die räumlich unterschiedlichen Voraussetzungen der Kapitalverwertung und damit das Verhältnis der ökonomischen Räume zueinander hängen sehr wesentlich auch mit deren strategischen Optionen zusammen. Zugleich ist es dieser komplexe Konkurrenzmechanismus, der dazu beiträgt, die politische Form und die Besonderung des Staates zu erhalten. Für eine Analyse imperialistischer Strukturen und Dynamiken ist die Berücksichtigung dieses Zusammenhangs entscheidend (vgl. dazu ten Brink 2008). Die neorealistische Schule in der Theorie der internationalen Beziehungen bezieht sich auf die Tatsache, dass geopolitische Konkurrenz nicht einfach auf ökonomische Verhältnisse zurückzuführen ist, sondern eigenen Dynamiken folgt. Sie trifft damit einen wesentlichen Aspekt der internationalen politischen Prozesse, vernachlässigt aber zugleich tendenziell die dafür grundlegenden Klassen-, Ausbeutungs- und Konkurrenzverhältnisse.

Der globale Akkumulationsprozess hat also die Existenz unterschiedlicher politisch-gesellschaftlicher Räume zu seiner Voraussetzung und Folge, die an die territoriale Verfasstheit von mit nationalen Identifikations- und Legitimationsbezügen von Staaten als Gewaltapparaten gekoppelt ist. Die reale Einheit des Weltmarkts setzt sich mit und gegen die einzelstaatliche Form durch und diese selbst ist eine Erscheinungsform des kapitalistischen Konkurrenzmechanismus.

Dabei muss allerdings zwischen Nationalstaat und territorialem Einzelstaat (*national state* und *nation state*) unterschieden werden. Territorialstaaten sind nicht notwendig und in der Regel auch nicht im strikten Sinne „National“-Staaten. Die konkrete Gestalt des Staatensystems ist nicht dauerhaft festgeschrieben. Staaten können untergehen, auseinander brechen oder sich zusammenschließen. Die konkrete Konfiguration des Staatensystems verändert sich infolge der im kapitalistischen Vergesellschaftungsmodus angelegten Widersprüche und Konflikte permanent.

Es bleibt allerdings die Frage, weshalb die einzelnen Staaten dazu tendieren, den Charakter von Nationalstaaten anzunehmen. Nationen sind keine natürlichen Gegebenheiten, sondern das Produkt von Macht- und Herrschaftsverhältnissen (Reinhard 2000, 440ff., Jackson/Penrose 1993, 202ff., Anderson 1974, Balibar/Wallerstein 1992, 197ff.). Etwas überspitzt kann man sagen, dass Staaten als Herrschaftsapparate unter Rückgriff auf vorhandene historische und kulturelle Bedingungen die Nationen erst schaffen. Mit der Konstruktion nationaler Identitäten wird es möglich, soziale Gegensätze zu überspielen und Klassenkämpfe zu neutralisieren. Auch ist festzuhalten, dass der Nationalismus nicht aus dem Kapitalismus „abzuleiten“ ist, sondern aus hiervon zunächst einmal unabhängigen historischen Prozessen und Kämpfen hervorgeht. Gleichzeitig verweist dieser Zusammenhang aber darauf, dass kapitalistische Produktionsverhältnisse spezifischer Legitimationsmuster bedürfen, die sie nicht aus sich heraus herstellen können. Das Konstrukt „Nation“ entspricht somit wesentlich der kapitalistischen politischen Form. Unter kapitalistischen Vergesellschaftungsbedingungen zerfallen die Menschen nicht nur in antagonistische Klassen, sondern sie werden zugleich als Marktindividuen systematisch vereinzelt, flexibilisiert und durch fortwährende ökonomische Umwälzungen ihrer traditionellen sozialen Bindungen beraubt. Es besteht also die Tendenz, die sozialen Beziehungen, kulturellen Gemeinsamkeiten, kollektiven Orientierungen und Lebenszusammenhänge fortlaufend zu untergraben und umzuwälzen, die eine Gesellschaft als bestimmte, sich selbst bewusste überhaupt erst möglich und bestandsfähig machen (Reinhard 2000, 440ff.). Die moderne Nation und der Nationalismus stellen das Feld dar, auf dem der soziale Zusammenhang symbolisch begründet wird. Einfach gesprochen bezeichnet „Nation“ also den ideologischen Kitt, der eine in Klassen gespaltene und von konkurrierenden Individuen geprägte Gesellschaft zusammen hält. In Anlehnung an eine Aussage von Alain Lipietz (1992, 46; 1985, 113f.) könnte man in diesem Falle von einem „Funktionalismus ex post“ sprechen, wonach die historische Entwicklung nicht einem „Masterplan“ folgte, sich *rückblickend* aber dennoch sagen lässt, dass Kapitalismus und Nationalismus, oder genauer: Kapitalismus, Territorialstaat, Staatsbürgerschaft und damit verbunden Nationalismus einen systematischen Zusammenhang bilden. Man kann daher davon ausgehen, dass die nationalstaatliche Form des

Einzelstaats ungeachtet der Transformationen, denen die Staaten und das Staatensystem unterworfen sind, auch in Zukunft ihre Bedeutung behalten wird.

Internationalisierung des Staates?

Zur Frage der Internationalisierung des Staates existiert inzwischen eine sehr umfangreiche Literatur, die hier nicht detailliert aufgearbeitet werden kann (u.a. Murray 1971, Mandel 1975, Cox 1989, Shaw 2000, Robinson 2004, Hardt and Negri 2000, Held and Koenig-Archibugi 2005, Bieler et al. 2006). Gleichwohl weist diese inzwischen recht geläufige Bezeichnung eine gewisse Unbestimmtheit auf, weil damit sowohl eine verstärkte Abhängigkeit der einzelnen Staaten von internationalen ökonomisch-politischen Prozessen als auch die Herausbildung staatsförmiger Strukturen auf supranationaler Ebene gemeint ist. Im Vorstehenden wurde begründet, dass der National- oder Einzelstaat eine zwar – zumindest historisch – wichtige, jedoch nicht notwendig die einzige Ebene ist, auf der sich die politische Form des Kapitalismus institutionell konkretisieren kann. Staatsförmige Strukturen auf internationaler Ebene gibt es seit sich das moderne Staatensystem herausgebildet hat, weil das Verhältnis der Einzelstaaten nicht nur auf – im Zweifelsfall kriegerischer – Konkurrenz beruhen kann, sondern Kooperationsmechanismen erfordert, weil das Konkurrenzverhältnis zwischen den Staaten nicht nur in offener und im Zweifelsfall kriegerischer Konfrontation ausgetragen wird, sondern sich auch in geregelteren Kooperationsverfahren manifestieren kann, die sich gegebenenfalls in entsprechenden internationalen Organisationen und Regimes institutionalisieren (Teschke/Lacher 2007, 570).

Einen entscheidenden Schub hat die Internationalisierung des Staates durch die als „Globalisierung“ bezeichnete neoliberale Umstrukturierung des Kapitalismus erhalten, die auf einer weitreichenden Deregulierung der Waren-, Kapital- und Finanzmärkte beruht und die zugleich durch umfassende Privatisierungen gekennzeichnet ist. Dadurch sind die wirtschaftlichen Interdependenzen ebenso größer geworden wie das Risiko umfassender ökonomischer Krisen. Der globale Verwertungs- und Akkumulationsprozess entzieht sich in stärkerem Umfang einzelstaatlicher Steuerung und damit hat sich Notwendigkeit einer ökonomischen

Regulierung auf internationaler Ebene vergrößert, wie die 2008 ausgebrochene globale Finanzkrise zeigt. Die damit verbundenen Prozesse und Kämpfe machen deutlich, dass innerhalb des oben skizzierten Zusammenhangs zwischen kapitalistischen Formprinzipien, historisch spezifischen Institutionalisierungsweisen und krisenvermittelten Kämpfen Umbrüche und Verselbständigungsprozesse stattfinden, die die bestehende Form-Institutionenkonfiguration herausfordern und verändern. Dabei wird deutlich, dass der Zusammenhang und die Dynamik von Formprinzipien und Institutionalisierungsweisen Ausdruck bestehender Widersprüche und kein harmonisches, stabiles und auf Dauer gestelltes Verhältnis ist.

Wachsende internationale Regulierungsanforderungen entstehen auch durch wachsende Umweltgefährdungen, deren Bekämpfung die Möglichkeiten einzelner Staaten übersteigt. Zugleich wird die Globalisierung des Kapitals in gewisser Weise von einer Globalisierung der Subalternen begleitet, die sich im Anwachsen der grenzüberschreitenden Migration äußert. Darauf wird mit staatlichen Kontrollen reagiert, die ein immer bedeutsameres Instrument zur Regulierung der Arbeitskraft im globalen Maßstab darstellen und die teilweise zu einer Institutionalisierung der Überwachung und Kontrolle auf supranationaler Ebene geführt haben (Buckel/Kannankulam/Wissel 2008). Vor diesem Hintergrund ist ein staatsadministrativer Internationalisierungsschub entstanden, der allerdings sehr wesentlich darauf beruht, dass sich mit dem Ende des Ost-West-Konflikts für die mächtigen kapitalistischen Staaten die Möglichkeit eröffnete, unter Führung der USA die Welt gemeinsam zu beherrschen und global die für sie vorteilhaften ökonomischen und gesellschaftlichen Strukturen durchzusetzen. Eine wesentliche Rolle spielte dabei das Interesse der multinationalen Unternehmen an einer die einzelstaatlichen Räume übergreifenden Sicherung ihrer Verwertungsbedingungen. Nicht zuletzt geht es darum, ein System von Staaten zu schaffen, die bereit sind, der neoliberalen Agenda – ökonomische Deregulierung, Privatisierung und Eigentumssicherung – zu folgen.

Eine Voraussetzung für diese, als „Globalisierung“ bezeichnete Entwicklung, mit der der in den siebziger Jahren in die Krise geratene fordistische Kapitalismus abgelöst wurde, war die weit vorgeschrittene und qualitativ neue Formen annehmende Internationalisierung des Kapitals. Ökonomisch und technisch sehr viel

flexibler geworden, konnten international tätige und verflochtene Unternehmen sich stärker als bisher einzelstaatlichen Regulationszusammenhängen und den darin institutionalisierten Klassenbeziehungen entziehen. Die neoliberale Strategie, mit der diese Krise überwunden werden sollte, zielte sowohl auf eine Veränderung der sozialen Kräfteverhältnisse zugunsten des Kapitals als auch auf die Erschließung neuer profitabler Investitionsgelegenheiten ab. Sie hatte eine starke Verschiebung des globalen Raumgefüges zugunsten der supra- und subnationalen Ebene und zu Lasten der im nationalstaatlichen Zusammenhang institutionalisierten Regulationszusammenhänge zur Folge. Die „wettbewerbsstaatliche“ Transformation der Staaten, die diese einer verstärkten Standortkonkurrenz in Bezug auf profitable Kapitalverwertungsmöglichkeiten aussetzt und die die lokale und regionale Ebene mit umfasst (vgl. dazu insbesondere Brenner 2004), verbindet sich mit einer deutlichen Dominanz der auf internationaler ökonomischer und politischer Ebene angesiedelten Entscheidungsprozesse. Dadurch ist es gelungen, einzelstaatlich organisierte soziale Kompromissstrukturen weitgehend auszuhebeln und damit den Profit des Kapitals entscheidend zu steigern. Der eigentliche Kern des als Globalisierung bezeichneten Prozesses liegt also in einer Reorganisation der Klassenstrukturen im globalen Maßstab, die dazu geführt hat, dass die Beziehungen zwischen den Klassen und den staatlichen Apparaturen in einer Weise verändert wurden, dass sich die Kräfteverhältnisse deutlich zugunsten des Kapitals verschoben haben.

Die Prozesse, die man unter dem Begriff „Internationalisierung des Staates“ zusammenfassen kann, weisen mehrere Dimensionen auf. Es handelt sich dabei zunächst einmal um eine *Internationalisierung der Staatsapparate selbst*, d.h. um die vergrößerte, allerdings je nach ökonomischer Stärke und Weltmarkteinbindung unterschiedliche Abhängigkeit der einzelnen Staaten von internationalen ökonomischen und politischen Prozessen, die sie zugleich einem verschärften wechselseitigen Konkurrenzdruck aussetzt und die sich in einer erheblichen Beschränkung wirtschafts- und sozialpolitischer Interventionsspielräume äußert („nationaler Wettbewerbsstaat“). Unter dem Zwang zur Standortkonkurrenz laufen die im einzelstaatlichen Rahmen institutionalisierten demokratischen Prozesse zunehmend leer (Hirsch 2005, 202ff.). Wichtig ist allerdings, dass diese Entwicklung den Staaten nicht einfach von außen aufgedrängt wurde, sondern nach der sich seit Ende der

siebziger Jahre weltweit durchsetzenden liberal-konservativen politischen Wende von diesen selbst eingeleitet und aktiv durchgesetzt wurde. So gesehen, handelt es sich keineswegs um eine einfache Schwächung der Staaten durch einen äußeren Prozess, sondern um eine strategisch gewollte Selbsttransformation. In scheinbar paradoxer Weise sind die Staaten Akteure einer Rekonfiguration der Räume, bei der die einzelstaatliche Ebene an relativer Bedeutung verliert (Brenner 2004, 30,64).

Ein weiteres Moment dieser Entwicklung ist die sich sowohl auf einzelstaatlicher als auch auf internationaler Ebene durchsetzende *Privatisierung der Politik*. Dies ist die Konsequenz einer Strategie, die auf eine Ausdehnung privater Eigentumsrechte und die Erschließung neuer Anlagemöglichkeiten für das Kapital abzielt. Den Staaten stehen mit den international operierenden Unternehmen Akteure gegenüber, deren Gewicht erheblich zugenommen hat. Politik wird damit zunehmend in kaum mehr kontrollierbare staatlich-private Verhandlungs- und Entscheidungsstrukturen verlagert. Zwar ist der „verhandelnde Staat“ keine ganz neue Erscheinung (so schon Ritter 1979), da Regierungen unter kapitalistischen Verhältnissen immer schon gezwungen waren, sich mit mächtigen gesellschaftlichen Gruppen zu arrangieren. Allerdings hat sich dies deutlich verstärkt und zu einer erheblichen Verschiebung im Verhältnis von Politik und Ökonomie, von Staat und Gesellschaft und damit auch zu neuen Bedingungen für die Reproduktion der politischen Form des Kapitalismus geführt.

Eine Folge der Internationalisierung des Kapitals und der damit verbundenen Verschärfung der Konkurrenz ist die von einigen Metropolenstaaten durchgesetzte Herausbildung von regionalen Wirtschaftsblöcken, insbesondere der nordamerikanischen Freihandelszone und der Europäischen Union. Letztere stellt einen besonderen Fall der Internationalisierung des Staates dar, weil es hier zu einer deutlicheren Herausbildung staatsförmiger Apparaturen auf supranationaler Ebene gekommen ist (vgl. Bieler 2005). Nicht zuletzt der Dominanz der kapitalistischen Metropolen ist die *gewachsene Bedeutung internationaler Organisationen* wie vor allem IWF, Weltbank, OECD, WTO zuzuschreiben, mit denen versucht wird, deren gemeinsame Interessen zu organisieren und durchzusetzen. Dazu kommen weniger fest institutionalisierte Kooperationszusammenhänge und Netzwerke wie etwa die Umwelt- und Klimakonferenzen, in denen nicht nur internationale

Unternehmen, sondern auch Nichtregierungsorganisationen eine wichtige Rolle spielen, G7/8-Treffen u.a.m. (vgl. dazu Schoppengerd 2007). Insgesamt hat dies zu einer stärkeren räumlichen Diversifizierung staatlicher Ebenen und Funktionen geführt. Zwar ist dadurch keine von den einzelnen Staaten wirklich unabhängige politische Ebene entstanden, weil die internationalen Organisationen und Regimes auf dem Kooperationsinteresse zumindest der starken Staaten beruhen und in ihrer Wirksamkeit von diesen bestimmt und begrenzt bleiben. „Während im Nationalstaat die Materialität der verdichteten Kräfteverhältnisse ein unmittelbares Durchschlagen auf die Apparate verhindert, hat dies bei der schwach ausgeprägten Autonomie der internationalen Organisationen dort einen größeren Stellenwert“ (Wissel 2007b, 248). Diese haben gleichwohl keinen rein intergouvernementalen Charakter, sondern entwickeln Eigendynamiken, die auf die einzelstaatliche Politik zurückwirken. Sich ihnen zu entziehen, verursacht auf jeden Fall erhebliche Kosten und birgt nicht genau kalkulierbare Risiken.

Die Internationalisierung des Staates, insbesondere die Diversifizierung staatlicher Ebenen und Funktionen sowie die Privatisierung wird von einer starken *Internationalisierung des Rechts* begleitet (Günther/Randeria 2001, Meyer 2005, Randeria 2006, Cutler 2003). Staatlich gesetztes und garantiertes, für eine territoriale Einheit universell geltendes Recht wird tendenziell durch einen „Rechtsppluralismus“ ersetzt, der durch die Existenz mehrerer, oft konkurrierender juristischer Normensysteme unterschiedlicher, z.T. auch privater Herkunft (die so genannte *lex mercatoria*) charakterisiert ist und bei dem gegebenenfalls ähnliche Materien durch unterschiedliche Normen reguliert werden. Rechtsentwicklung und -durchsetzung entkoppeln sich dadurch bis zu einem gewissen Grade von den Einzelstaaten. Dabei ist allerdings der Unterschied zwischen Rechtserzeugung und -durchsetzung bedeutsam. Die Durchsetzung des Rechts bleibt im Konfliktfall an das bei den einzelnen Staaten liegende Gewaltmonopol gebunden und von dessen Durchschlagskraft abhängig (Randeria 2006). „Starke“ Staaten können sich internationaler Rechtsetzung und Rechtsprechung eher entziehen als schwache, soweit sie sich ihr überhaupt unterwerfen.

Ein wichtiger Hintergrund für die Internationalisierung des Staates liegt schließlich in der ebenfalls durch die Internationa-

lisierung des Kapitals vorangetriebenen Herausbildung einer *internationalen Managerklasse*, die aus Funktionären von Staaten und internationalen Organisationen, Unternehmens- und Medienvertretern, Angehörigen wissenschaftlicher Think Tanks u.a.m. besteht. Zwar werden die hier wirksamen Interessen nach wie vor durch die Unternehmens- und Staatenkonkurrenz geprägt, doch ist es gelungen, fester institutionalisierte Diskussionszusammenhänge zu schaffen, in denen gemeinsame Strategien erörtert und formuliert werden können (Cox 1993, 1998, van der Pijl 1997, Apeldoorn 2003).

Die These von der Internationalisierung des Staates ist also in mehrfacher Weise zu relativieren. Es handelt sich keinesfalls um einen gleichförmigen, alle Staaten in derselben Weise umgreifenden Prozess, sondern um eine Rekonfiguration der politischen Räume in globalem Maßstab, der stark von der Dominanz der kapitalistischen Metropolen des „Nordwestens“ bestimmt wird und diese absichert. Sie beruht wesentlich auf der Politik einer Gruppe von Staaten, die im Interesse einer Sicherung der Verwertungsbedingungen des internationalisierten Kapitals operieren. Der kapitalistische Staat ist kein geschlossener Container oder ein einheitliches Subjekt, sondern ein Ensemble heterogener Apparate, in dem sich divergierende Klassenbeziehungen materialisieren, die prinzipiell einen die Staaten übergreifenden Charakter haben. Wenn von der Herausbildung von „Staatlichkeit“ auf der internationalen Ebene gesprochen wird, so ist auch dies ungenau. „Staatlichkeit“ ist ein recht schwammiger Ausdruck, wenn man z.B. an Gramscis Begriff des „erweiterten Staates“ denkt. Der Begriff des „Staats“ im modernen, kapitalistischen Sinne ist ganz zentral mit der Zentralisierung und Besonderung des Gewaltapparates verbunden und diese findet auf internationaler Ebene kaum statt. Deshalb ist auch die Aussage nicht korrekt, dass die Ebenen, auf denen sich staatsförmige Institutionen herausbilden prinzipiell gleichrangig seien (so Jessop 2002) oder dass die Dominanz einer Ebene keine theoretische, sondern historisch-empirische Frage sei (Brenner 2004, 73ff.). Wie wir zu zeigen versucht haben lässt sich diese Frage genauer beantworten, wenn man die politischen Form des Kapitalismus genauer berücksichtigt.

Der Internationalisierungsprozess beseitigt auch nicht die Konflikte zwischen den Metropolenstaaten, die auf unterschiedliche kapitalfraktionelle und soziale Kräftekonstellationen und unter-

schiedliche Formen der sozialen Integration zurückzuführen sind. Das führt dazu, dass die staatsförmigen Institutionen auf internationaler Ebene eine insgesamt prekäre Stabilität aufweisen.

Die Diversifizierung der staatlichen Apparatur auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen hat nicht nur eine faktische Erosion der nur auf einzelstaatlicher Ebene existierenden liberaldemokratischer Institutionen nach sich gezogen, sondern bringt auch eine systematische Unverantwortlichkeit und Unkontrollierbarkeit der Politik nach sich. Sie ermöglicht ein „scale shifting“ in der Weise, dass Entscheidungen, die auf der einen Ebene nicht durchsetzbar sind, auf die andere verschoben werden, um dann als externer Zwang wirksam gemacht zu werden. Oder umgekehrt: dass Entscheidungen auf supranationaler Ebene auf der einzelstaatlichen oder lokalen nicht oder nur unvollkommen durchgesetzt werden (vgl. dazu mit plastischen Beispielen Randeria 2006).

Internationalisierung und politische Form

Abschließend soll erörtert werden, was die beschriebenen Entwicklungen für die politische Form der kapitalistischen Gesellschaft bedeuten. Genauer: ob und inwieweit damit institutionelle Konfigurationen entstehen, die im Widerspruch zu deren Aufrechterhaltung und Reproduktion stehen und welche Folgen dies hat. Mit Brand und Görg kann man davon ausgehen, dass sich durch die Internationalisierung verstärkt staatsförmige „Verdichtungen zweiter Ordnung“, d.h. jenseits der einzelnen Staaten, auf sub- wie auf supranationaler Ebene herausbilden (Brand/Görg 2003, vgl. auch Brand/Görg/Wissen 2007). Dies bezieht sich auf Poulantzas' Bestimmung des Staates als materielle Verdichtung und Institutionalisierung sozialer (Klassen-) Kräfteverhältnisse (Poulantzas 2002, 154ff.). Diese Begrifflichkeit ist nicht unproblematisch, da sie eine Hierarchie suggeriert, wo es in Wirklichkeit um unterschiedliche Qualitäten geht (vgl. Wissel 2007, 129). Und streng genommen müsste es eher *materielle* Verdichtung oder *Materialität* zweiter Ordnung heißen. Denn das Spezifische ist nicht, dass es auch auf inter- oder transnationaler Ebene zu Verdichtungen im Sinne von Widerspruchsbearbeitungen kommt, sondern dass deren *Materialität* angesichts eines nicht vorhandenen internationalen Staates und Gewaltmonopols eine andere Qualität hat. Im Einzelstaat ist diese sehr wesentlich von der Zentralisierung des Gewaltapparats

und seiner formellen Besonderung gegenüber den sozialen Klassen, oder mit Max Weber zu sprechen, das „staatliche Gewaltmonopol“ bestimmt (Weber 1956, 1042ff.). Durch die Beziehung auf diesen Gewaltapparat gewinnt die Verdichtung der Klassenbeziehungen im einzelstaatlichen Rahmen eine besondere Beständigkeit und Kohärenz, können soziale Kompromisse institutionell festgeschrieben und damit leichter hegemoniale Verhältnisse herorgebracht werden. Durch die Internationalisierung wird das einzelstaatliche „Gewaltmonopol“ zweifelsohne in mehrfacher Weise berührt. Dies verändert das Verhältnis von Staat und Gesellschaft, von Politik und Ökonomie und berührt die Besonderung des Politischen. Gleichzeitig aber existiert auf globaler Ebene kein zentralisierter und verselbständigter Gewaltapparat – ein „Weltstaat“ also – und kann sich unter kapitalistischen Bedingungen auch nicht herausbilden. Ansätze dazu sind daher auch gescheitert. Die Charta der Vereinten Nationen (Art. 47) sieht zwar die Schaffung eines eigenen Generalstabsausschusses und die Unterstellung von Truppen unter das direkte Kommando des Sicherheitsrats vor, doch wurde dies nie realisiert. Der UN-Sicherheitsrat fungiert, falls überhaupt eine Einigung zwischen den Vetomächten zustande kommt, faktisch als eine Art Auftraggeber für die militärisch dominierenden Mächte. Das bedeutet, dass die sich auf internationaler Ebene herausbildenden „Materialisierungen zweiter Ordnung“ fragmentiert, inkohärent und instabil bleiben müssen und an das Kooperationsinteresse der sie tragenden und bestimmenden Staaten gebunden bleiben. Dadurch wird ihre Reichweite beschränkt. Sie bleiben funktional beschränkt und fragmentiert. Z.B. lassen sich mit ihnen private Eigentumsrechte, aber kaum verbindliche materielle Umverteilungen durchsetzen. Der aktuelle Internationalisierungsprozess wird ganz entscheidend dadurch geprägt, dass die Einzelstaaten an ihrer Verfügung über das Gewaltmonopol grundsätzlich festhalten. Dies gilt selbst innerhalb der Europäischen Union, wengleich sich hier – als Folge der Schaffung eines übergreifenden politischen Territoriums – in Gestalt von FRONTEX, einer Koordinationsagentur der Migrationskontrolle und Überwachung – zumindest ein Ansatz in Richtung auf die Herausbildung eines supranationalen Gewaltapparats zeigt (Buckel/Wissel 2008). Aber selbst wenn sich die Europäische Union tatsächlich einmal zu einem Staat entwickeln würde, würde das an der Existenz eines Staatensystems nicht ändern, das immer schon

dadurch Veränderungen in seiner konkreten Konfiguration gekennzeichnet war. Die NATO fungiert auf der anderen Seite zwar als eine Art als gemeinsamer Gewaltapparat der metropolitenen Staaten, bleibt in ihrer Wirksamkeit aber von deren Kopperationsbereitschaft abhängig, die, wie die jüngere Geschichte zeigt, keineswegs immer gegeben ist. Die globalen Gewaltverhältnisse werden gegenwärtig schließlich dadurch geprägt, dass die USA auf Grund ihrer militärischen Vorherrschaft faktisch als eine Art verallgemeinerter, im Interesse des internationalen Kapitals und der verbündeten Staaten in globaler Dimension wirksamer Gewaltapparat fungiert. Dies ist jedoch eine Folge der bestehenden militärischen Dominanz- und Abhängigkeitsverhältnisse und führt in keiner Weise zu einem übergreifend institutionalisierten staatsförmigen Apparat, wie sich an dem immer wieder auftretenden „Unilateralismus“ in der Außen- und Militärpolitik der Vereinigten Staaten zeigt. Das aus den dominierenden kapitalistischen Staaten bestehende „global western state conglomerate“ wie Shaw (2000, 199ff.) dieses System bezeichnet, ist kein Welt- und auch kein supranationaler Staat.

Für die Reproduktion der politischen Form des Kapitalismus hat der mit der neoliberalen „Globalisierung“ verbundene Internationalisierungsprozess mehrere Folgen:

Erstens verschiebt sich durch die vielfältigen Formen der Privatisierung von Politik das *Verhältnis* von Staat und Gesellschaft. Die gewachsene Relevanz privater Akteure auch im Polizei- und Sicherheitsbereich sowie die Ausbreitung staatlich-privater Verhandlungssysteme bedeutet, dass die „Besonderung“ des Staates oder seine „relative Autonomie“ prekärer und die Grenzen von „Politik“ und „Ökonomie“ fließender werden. In der Literatur wurde dies als Tendenz zur „Refeudalisierung“ der Politik bezeichnet (Scharpf 1991, Held 1991, 223ff., Maus 1992). Gesellschaftsregulierende Funktionen werden verstärkt von Unternehmen oder auch von Nichtregierungsorganisationen übernommen und zugleich werden wichtige Grundlagen der repräsentativen Liberaldemokratie in Frage gestellt. Eine besondere Rolle spielt dabei die partielle Entstaatlichung und Pluralisierung des Rechts (Randeria 2006).

Zweitens verändert die Ausdifferenzierung des staatlichen Apparats die Art und Weise, wie die Klassenbeziehungen institutionalisiert werden. Insbesondere das international operierende

Kapital bezieht sich auf eine Vielzahl fragmentierter staatsförmiger Apparaturen. Das kann, z.B. via „forum shifting“ die Interessendurchsetzung erleichtern, erschwert aber die Formulierung und Durchsetzung einer relativ konsistenten Politik des Kapitals. „Forum shifting“ findet statt, wenn Regierungen versuchen, durch den Wechsel zwischen verschiedenen Regulierungsinstitutionen ihre Interessen besser durchzusetzen. Dies findet z.B. bei den Auseinandersetzungen um die Sicherung intellektueller Eigentumsrechte zwischen WTO/TRIPS und WIPO statt (vgl. Brand/Görg/Hirsch/Wissen 2008, Braithwaite/Drahos 2000, Kapitel 24). Die Besonderung des Staates ist die Voraussetzung dafür, dass eine solche Politik einschließlich des Verhältnisses zu den ausgebeuteten und beherrschten Klassen über die Konkurrenz der Kapitale hinaus überhaupt möglich ist und es ist zweifelhaft, ob das Fehlen eines zentralisierten Staatsapparats auf globaler Ebene etwa durch ein koordiniertes Vorgehen der „internationalen Managerklasse“ kompensiert werden kann. Faktisch wird die Politik des Kapitals in einem ebenso heterogenen wie komplexen Netzwerk unterschiedlicher Staatsapparate und Verhandlungssysteme realisiert, denen demokratische Verfahren mit den damit verbundenen Vermittlungs- und Kompromissbildungsverfahren weitgehend abgehen. Dies beeinträchtigt auch die Möglichkeit zur Herstellung hegemonialer Verhältnisse. Der kapitalistische Machtblock wird dadurch fragmentierter und heterogener (Wissel 2007a, 108ff.).

Drittens führt die stärkere Unabhängigkeit der internationalen Unternehmen von den einzelstaatlich organisierten Reproduktionszusammenhängen dazu, dass deren Interesse an gesellschaftlicher Integration insgesamt abnimmt, und dies treibt gesellschaftliche Spaltungsprozesse an. Mit der Erosion der liberalen Demokratie wird ein Modus geschwächt, auf dem die Besonderung des Staates in starkem Maße beruht. Poulantzas (1973, 58ff., 1977, 81ff., vgl. Jessop 2006, 63ff.) hat darauf hingewiesen, dass bürgerliche Ausnahmeregime zwar kurzfristig die Handlungsautonomie des autoritären Staates erhöhen können, mittel- und langfristig jedoch nicht in der Lage sind, ein „instabiles Kompromissgleichgewicht“ zwischen den Klassen auszutarieren, da die im liberaldemokratischen „Normalstaat“ dazu vorhandenen Kanäle und Regelwerke (freie Wahlen, freie Presse, Mehrparteiensystem usw.) geschwächt bzw. ausgeschaltet wurden. Zwar ist der postfordistisch transformierte Staat kein „Ausnahmestaat“, aber er weist

als autoritärer Etatismus bis zu einem gewissen Grade vergleichbare Züge auf (Kannankulam 2008). Auch von daher wird also die politische Form des Kapitalismus im Zuge der Internationalisierung in Frage gestellt.

Es lässt sich also feststellen, dass die mit Internationalisierung des Staates bezeichneten Prozesse dazu führen, dass die konkrete Gestalt des politischen Institutionensystems mit der politischen Form des Kapitalismus zunehmend kollidiert. Die politische Form bleibt zwar immer noch wesentlich bestimmend, erhält aber einen insgesamt prekäreren Charakter. Dies hat nicht nur eine wachsende Gewaltförmigkeit der gesellschaftlichen und internationalen Beziehungen zur Folge, sondern macht es auch schwieriger, eine auf den längerfristigen Erhalt der Gesellschaft gerichtete Politik zu formulieren und durchzusetzen. Da die Stabilität und Reproduktionsfähigkeit der kapitalistischen Gesellschaft wesentlich von der Gewährleistung ihrer politischen Form abhängt, ist zu erwarten, dass sie insgesamt instabiler und krisenhafter wird. Offen ist allerdings, was daraus folgt. Zunächst einmal ist der Kapitalismus grundsätzlich nicht „stabil“, sondern entwickelt sich mit und durch Krisen hindurch und wälzt damit seine ökonomischen und politischen Strukturen fortwährend um. Nicht sehr wahrscheinlich, aber grundsätzlich nicht auszuschließen ist auch die Möglichkeit eines allmählichen Übergangs zu einer Gesellschaft, die in striktem Sinne nicht mehr kapitalistisch ist, sondern durch andere, unmittelbarere Formen der Herrschaft und Ausbeutung gekennzeichnet ist. Welche Richtung die Entwicklung einschlagen wird, ist allerdings nicht durch eine Logik oder Gesetzmäßigkeit bestimmt, sondern hängt ab von sozialen Kämpfen und den Strategien der daran beteiligten Akteure. Es ist nicht nur denkbar, sondern wahrscheinlich, dass der neoliberal globalisierte „postfordistische“ Kapitalismus ebenso eine historische Episode bleiben wird, wie es der Fordismus war. Ganz sicher dürfte allerdings sein, dass es voreilig ist, das Ende des Nationalstaats und die Heraufkunft eines demokratischen Weltregierens auszurufen (vgl. Held 1995, Beck 1998, Zürn 1998, Beck/Grande 2005, Grande 2005). Es deutet viel darauf hin, dass auch zukünftig mit der einzelstaatlichen politischen Organisationsform des Kapitalismus und den mit ihr verbundenen Herrschafts-, Spaltungs- und Ausgrenzungsstrukturen gerechnet werden muss, auch wenn sich die innere Gestalt der Staaten und ihre globale Konfiguration wesentlich ändern wird.

Literatur

- Anderson, Perry (1979): Die Entstehung des absolutistischen Staates. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Anderson, Benedict (1983): *Imagined Communities: Reflections on the Origin and Spread of Nationalism*. London: Verso.
- Apeldoorn, Bastian van (2003): The Struggle Over European Order: Transnational Class Agency in the Making of „Embedded Neoliberalism.“ In: Brenner, N. et al. (eds) *State /Space. A Reader* (pp 147-164). Malden, MD: Blackwell.
- Balibar, Etienne and Wallerstein Immanuel (1992): *Rasse-Klasse-Nation. Ambivalente Identitäten*. Berlin and Hamburg: Argument, 2. Auflage.
- Beck, Ulrich (ed) (1998): *Politik der Globalisierung*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Beck, Ulrich/Grande, Edgar (2005): *Kosmopolitisches Europa. Gesellschaft und Politik in der Zweiten Moderne*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Benz, Arthur (2001): *Der moderne Staat. Grundlagen der politologischen Analyse*. München: Oldenbourg.
- Bieler, Andreas (2005): European Integration and the Transnational Restructuring of Social Relations: The Emergence of Labour as a Regional Actor? *Journal of Common Market Studies*, 43/3: 461-84.
- Bieler, Andreas/Bonefeld, Werner/Burnham, Peter/Morton, Adam David (eds) (2006): *Global Restructuring. State, Capital and Labour. Contesting Gramscian Perspectives*. Houndmills and New York: Palgrave.
- Block, Fred (2001): Using Social Theory to leap over Historical Contingencies: a Comment on Robinson. *Theory and Society* 30/2:215-221.
- Braithwaite, John/Drahos, Peter (2000): *Global Business Regulation*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph (2003): *Postfordistische Naturverhältnisse*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph/Wissen, Markus (2007): Verdichtungen zweiter Ordnung. Die Internationalisierung des Staates aus einer neo-poulantzianischen Perspektive. *PROKLA* 147:217-234.
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim/Wissen, Markus (2008): *Conflicts in Environmental Regulation and the Internationalisation of the State. Contested Terrains*. London and New York: Routledge.
- Brenner, Neil (2004): *New State Spaces. Urban Governance and the Rescaling of Statehood*. Oxford: Oxford University Press.
- Brenner, Robert (1985a): *Agrarian Class Structure and Economic Development in Pre-Industrial Europe*. In: Aston, T. H./Philpin, C. H. E.

- (eds): *The Brenner Debate: Agrarian Class Structure and Economic Development in Pre-Industrial Europe*. Cambridge: Cambridge University Press, 10-63.
- (1985b): *The Agrarian Roots of European Capitalism*. In: Aston T. H./Philpin, C. H. E. (eds): *The Brenner Debate: Agrarian Class Structure and Economic Development in Pre-Industrial Europe*. Cambridge: Cambridge University Press, 213-327.
- Buckel, Sonja (2007): *Subjektivierung und Kohäsion. Zur Rekonstruktion einer materialistischen Theorie des Rechts*. Weilerswirt: Velbrück.
- Buckel, Sonja/Wissel, Jens (2008): *Volkssouveränität in Zeiten der Globalisierung*. Manuskript, Frankfurt/Main.
- Buckel, Sonja/Kannankulam, John/Wissel, Jens (2008): *Staatsprojekt Europa? Zur Transnationalisierung der Migrationskontrollpolitiken*. Manuskript, Frankfurt/Main.
- Callinicos, Alex (2007): *Does Capitalism Need the State System?* *Cambridge Review of International Affairs* 4:533-549
- Clarks, Simon (ed) (1991): *The State Debate*. Houndmills and London: Macmillan.
- Cox, Robert (1989): *Production, Power and World Order: Social Forces in the Making of History*. New York: Columbia University Press.
- (1993): *Gramsci, Hegemony and International Relations: An Essay in Method*. In: Gill, S. (ed) *Gramsci, Historical Materialism and International Relations* (pp 49-66). Cambridge: Cambridge University Press.
- (1998): *Weltordnung und Hegemonie – Grundlagen der „Internationalen Politischen Ökonomie.“* In: *Forschungsgruppe Europäische Gemeinschaften, Studie No.11, Marburg*.
- Cutler, Claire A. (2003): *Private Power and Global Authority: Transnational Merchant Law in the Global Political Economy*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Gerstenberger, Heide (1990): *Die subjektlose Gewalt: Theorie der Entstehung bürgerlicher Staatsgewalt*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- (2007): *Fixierung und Entgrenzung. Theoretische Annäherungen an die politische Form des Kapitalismus*. *PROKLA* 147:173-197.
- Grande, Edgar (ed) (2005): *Complex Sovereignty: Reconstituting Political Authority in the Twenty-first Century*. Toronto: Toronto University Press.
- Grimm, Dieter (1987): *Recht und Staat der bürgerlichen Gesellschaft*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Günther, Klaus/Randeria, Shalini (2001): *Recht, Kultur und Gesellschaft im Prozess der Globalisierung*. In: *Schriftenreihe der Werner-Reimers-Stiftung, No.4, Bad Homburg*.

- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2000): *Empire*. London: Harvard University Press.
- Harvey, David (1982): *The Limits to Capital*. Oxford: Blackwell.
- (2003): *The New Imperialism*. Oxford: Oxford University Press.
- Held, David (1991): *Democracy, the Nation State, and the Global System*. In: Held, D. (ed) *Political Theory Today* (pp 227-235). Cambridge: Polity Press.
- (1995): *Democracy and the Global Order. From the Modern State to Cosmopolitan Governance*. Cambridge: Cambridge University Press
- Held, David/Koenig-Archibugi, Mathias (eds) (2005): *Global Governance and Public Accountability*. Malden: Blackwell.
- Hirsch, Joachim (1995): *Der nationale Wettbewerbsstaat*. Amsterdam/Berlin: Edition ID-Archiv.
- (2005): *Materialistische Staatstheorie. Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems*. Hamburg: VSA.
- Hirsch, Joachim/Kannankulam, John (2006): *Poulantzas und Formanalyse*. In: Bretthauer, L. et al. (eds): *Poulantzas lesen* (pp 65-81). Hamburg: VSA.
- Holloway, John/Picciotto, Sol (eds) (1978): *State and Capital. A Marxist Debate*. London: Edward Arnold 1978.
- (1991): *Capital, crisis and the state*. In: Clarke S (ed) *The State Debate* (pp 109-141). Houndmills/London: Macmillan.
- Holloway, John (1991): *The State in Everyday Struggle*. In: Clarke S (ed) *The State Debate* (pp 225-259). Houndmills/London: Macmillan.
- Jackson, Peter/Penrose, Jan (eds) (1993): *Constructions of Race, Place and Nation*. London: UCL Press.
- Jessop, Bob (1982): *The Capitalist State*. Oxford: Martin Robertson.
- (1985): *Nicos Poulantzas. Marxist Theory and Political Strategy*. New York: St. Martin's Press.
- (1990): *State Theory. Putting the Capitalist State in its Place*. Cambridge: Polity Press.
- (2002): *The Future of the Capitalist State*. Oxford: Polity Press.
- (2006): *Kapitalistischer Staatstyp und Autoritärer Etatismus*. In: Bretthauer, L. et al. (eds): *Poulantzas lesen* (pp 65-81). Hamburg: VSA.
- (2009): *Poulantzas's State, Power, Socialism as a Modern Classic*. In: Bretthauer, L. et al. (eds) *Reading Poulantzas*. London: Merlin (forthcoming, translation of 2006).
- Kannankulam, John (2008): *Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus*. Hamburg: VSA.
- Lenin, Wladimir Iljitsch (1970): *Der Imperialismus als letztes Stadium des Kapitalismus*. In: *Ausgewählte Werke, Bd.1* (pp 763-873). Berlin: Dietz. 8. Auflage.

- Lipietz, Alain (1992): Vom Althusserismus zur „Theorie der Regulation“. In: Demirović, A. et al. (eds) *Hegemonie und Staat: Kapitalistische Regulation als Projekt und Prozess* (pp 9-54). Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Mandel, Ernest (1975): *Late Capitalism*. London: Verso.
- Marx, Karl/Engels, Friedrich: *Die Deutsche Ideologie*. In: *Marx und Engels Werke (MEW)*, Band 3. Berlin: Dietz.
- Marx, Karl: *Das Kapital*. Band 1. In: *Marx und Engels Werke (MEW)*, Band 23. Berlin: Dietz.
- Maus, Ingeborg (1992): *Zur Aufklärung der Demokratietheorie*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- Meyer, Lars (2005): *Arbeit und Eigentum in der Wissensgesellschaft. Überlegungen zum Verhältnis von Ökonomie und moderner Rechtsentwicklung*. In: Kirchhoff, C. (Hg.) *Gesellschaft als Verkehrung*. Freiburg i.B.: Ca Ira, 315-362.
- Morton, Adam David (2007): *Disputing the Geopolitics of the States System and Global Capitalism*. *Cambridge Review of International Affairs* 4:599-617.
- Murray, Robin (1971): *The Internationalisation of Capital and the Nation State*. *New Left Review*, 67:84-109.
- Pijl, Kees van der (1997): *Transnational Class Formation and State Forms*. In: Gill, S./Mittelman J. H. (eds) *Innovation and Transformation in International Studies* (pp 115-137). Cambridge: Cambridge University Press.
- Poulantzas, Nicos (1973): *Faschismus und Diktatur*. München: Trikont.
- (1977): *Die Krise der Diktaturen*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.
- (2000): *State, Power, Socialism*. London: Verso.
- (2001): *Die Internationalisierung der kapitalistischen Verhältnisse und der Nationalstaat*, in: *Die Zukunft des Staates*, hg.v. Joachim Hirsch / Bob Jessop, Hamburg: VSA, 19-69
- Randeria, Shalini (2006): *Rechtspluralismus und überlappende Souveränitäten: Globalisierung und der „listige Staat“ in Indien*. *Soziale Welt* 57:229-258.
- Reinhard, Wolfgang (2000): *Geschichte der Staatsgewalt. Eine vergleichende Verfassungsgeschichte Europas von den Anfängen bis zur Gegenwart*. München: Beck, 2. Auflage.
- Ritter, Ernst H. (1979): *Der kooperative Staat. Bemerkungen zum Verhältnis von Staat und Wirtschaft*. *Archiv des öffentlichen Rechtes* 104:389-413.
- Robinson, William I. (2001): *Social Theory and Globalization. The Rise of a Transnational State*. *Theory and Society* 30/2: 157-200.
- (2004): *A Theory of Global Capitalism. Production, Class, and State in a Transnational World*. Baltimore and London: John Hopkins University Press.

- Rosenberg, Justin (2005): Globalization Theory: A Post-Mortem. *International Politics* 42/1: 2-74
- Scharpf, Fritz W. (1991): Die Handlungsfähigkeit des Staates am Ende des zwanzigsten Jahrhunderts. *Politische Vierteljahresschrift* 32: 621-634.
- Schoppengerd, Stefan (2007): Die G7 /G8 –Gipfel in der internationalen politischen Ökonomie. Das Beispiel Währungs- und Finanzpolitik. *PROKLA* 147:157-172.
- Scherrer, Christoph (1998): Neo-Gramscianische Interpretationen Internationaler Beziehungen. Eine Kritik. In: Hirschfeld, U. (ed.) *Gramsci Perspektiven*. Hamburg: Argument, 160-174.
- Shaw, Martin (2000): *Theory of the Global State*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Smith, Anthony D. (1995): *Nations and Nationalism in the Global Era*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Spruyt, Hendrik (1994): *The Sovereign State and its Competitors*. Princeton, NJ: Princeton University Press.
- (2006): Genealogy, Territorial Acquisition and The Capitalist State. *International Politics* 43: 511–518.
- ten Brink, Tobias (2008): *Geopolitik. Geschichte und Gegenwart kapitalistischer Staatenkonkurrenz*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Teschke, Benno (2006) Debating ‘The Myth of 1648’: State Formation, the Interstate System and the Emergence of Capitalism in Europe – A Rejoinder. *International Politics* 43:531–573.
- (2007): *Mythos 1648. Klassen. Geopolitik und die Entstehung des europäischen Staatensystems*, Münster.
- Teschke, Benno/Lacher, Hannes (2007): The „Changing Logics“ of Capitalist Competition. *Cambridge Review of International Affairs* 4:565-580.
- Tilly, Charles (1975): *The Formation of National States in Western Europe*. Princeton: Princeton University Press.
- Weber, Max (1956): *Wirtschaft und Gesellschaft*, Köln – Berlin
- Wissel, Jens (2007a): Die Transnationalisierung von Herrschaftsverhältnissen. Zur Aktualität von Nicos Poulantzas’ Staatstheorie. Baden-Baden: Nomos.
- (2007b): Die transnationale Regulation des Freihandels. *PROKLA* 147:235-250.
- Zürn, Michael (1998): *Regieren jenseits des Nationalstaats. Globalisierung und Denationalisierung als Chance*. Frankfurt/Main: Suhrkamp.

Ulrich Brand

Staatstheorie und Staatsanalyse im globalen Kapitalismus Ein „neo-poulantzianischer“ Ansatz der IPÖ

In den 1990er Jahren wurde in der politischen und wissenschaftlichen Diskussion mitunter die These vertreten, dass der Nationalstaat in einer „borderless world“ verschwinden würde. Diese Sichtweise spielt in den letzten Jahren – und insbesondere in der aktuellen Krise – keine Rolle mehr, vielmehr wird breit anerkannt, dass der Staat ein wichtiges Strukturmerkmal moderner Gesellschaften ist. Dabei erleben wir zeitgleich eine interne Transformation der Nationalstaaten und die Internationalisierung des Staates. Unter der Internationalisierung des Staates wird *erstens* die globalisierungsvermittelte Transformation nationaler und lokaler Staaten verstanden. Staatliche Politik richtet sich demnach immer mehr an den Kriterien der internationalen Wettbewerbsfähigkeit aus bzw. treibt die Schaffung von „Wettbewerbszwängen“ aktiv voran. Es erfolgt eine „Interiorisierung“ internationaler Handlungsbedingungen in nationales Politikmachen, insbesondere der Zwang zur Herstellung internationaler Wettbewerbsfähigkeit. Die charakteristischen ökonomischen und sozialen Funktionen des Wettbewerbsstaates bestehen darin, Produkt-, Prozess-, Organisations- und Marktinnovationen zu fördern (vgl. Hirsch 2005, Hirsch/Kannankulam in diesem Band). Dies geht einher mit wichtiger werdenden Verhandlungsmechanismen und dem wachsenden Einfluss privater Akteure auf tendenziell intransparenter werdende und demokratische Prozesse aushöhlende Politik. Zudem internationalisiert sich der Machtblock zunehmend, einerseits durch die internationalisierten nationalen Staaten und andererseits dadurch, dass sich (vor allem herrschende) soziale Kräfte zunehmend international organisieren (Plehwe et al. 2006, Wissel 2007). Insofern internationalisiert sich *zweitens* auch der „integrale Staat“, d.h. sozio-ökonomische bzw. zivilgesellschaftliche Strukturen und Prozesse werden wichtiger: beispielsweise die

Formen der Arbeitsteilung, politische Öffentlichkeit und darin jeweils eingeschriebene Klassen-, Geschlechter- und ethnische Verhältnisse. Die Auseinandersetzungen um Hegemonie – ihre Etablierung, Aufrechterhaltung oder Krise – werden multiskalar. Das Nationale selbst als spezifische und historisch-kontingente Ebene der Verdichtung sozialer Verhältnisse ist internationalisiert und wir benötigen theoretische Instrumente, um das zu fassen. Nicos Poulantzas (1973: 24, 27-8) entwickelte das nützliche Konzept der „Interiorisierung“, womit er anzeigen wollte, dass die strukturelle Macht des Kapitals nicht von außen kommt, sondern dass sie sich in den Gesellschaften selbst entwickelt, aber eben eingebettet in internationale Beziehungen. Ein anderer sinnvoller Begriff ist jener der *scales* (räumliche Maßstabebenen) und skalarer Strategien. Die zunehmende Bedeutung der Ebene internationaler Politik ist demzufolge ein Effekt verschiedener skalarer Strategien, um Akkumulationsregime und Regulationsweisen zu restrukturieren und diese Ebene wird zu einem eigenen Objekt von Governance. Die Artikulation verschiedener Maßstabebenen (*scales*) miteinander wird eine wichtige Machtstrategie (Jessop 2002: 172-215, Brenner 2004, Wissen/Brand 2009). Hier wird besonders deutlich, dass der Staat nicht mit dem Nationalstaat gleichgesetzt werden kann. Und *drittens* kommt es zu einer Bedeutungszunahme internationaler politischer Institutionen, die wiederum als multiskalare soziale Verhältnisse verstanden werden müssen. In den meisten Analysen wird hingegen die internationale Ebene staatlicher Strukturen und Prozesse nicht als Staat bezeichnet, sondern als Ensemble von Regimen, Global Governance, Empire oder sie wird im Vergleich zum Nationalstaat als überhaupt nicht wichtig erachtet.

Dieser Artikel möchte einen Beitrag zum theoretischen Begreifen der Transformation des Nationalstaates im Kontext der Internationalisierung des Staates leisten und schlägt vor mit dem Begriff des ‘internationalisierten Staates’ die bislang prekäre, aber sich entwickelnde institutionelle und diskursive Materialität zu erfassen. Im Anschluss an die materialistische Staatstheorie wird davon ausgegangen, dass zur Sicherung kapitalistischer Macht- und Herrschaftsverhältnisse eine institutionell von den gesellschaftlichen Verhältnissen getrennte politische Form notwendig ist. Jedoch muss – und hier unterscheidet sich die von vielen formal-analytischen Arbeiten – die Materialisierung der politischen Form

als Staat nicht unbedingt der Nationalstaat sein, der die sozialen Kräfteverhältnisse verdichtet und dem Machtblock eine gewisse Kohäsion und Dauerhaftigkeit gibt (und schon gar nicht ist der Staat per se stabil und funktionsfähig). Es wird davon ausgegangen, dass es sich beim internationalisierten Staat um die *multiskalare materielle Verdichtung sozialer Kräfteverhältnisse* handelt, aus diesem Grund muss auch die Materialität der internationalen Staatsapparate konzeptualisiert werden. Dies unternehme ich mit einer groben begrifflichen Unterscheidung von *Existenzmodi* der internationalen Staatsapparate und – meist artikuliert mit dem Staat auf anderen räumlichen Ebenen – ihren *Funktionen* für die Reproduktion transnationalisierter (welt-)gesellschaftlicher Verhältnisse. Dabei soll aber nochmals unterstrichen werden, dass gesellschaftliche Trans- und staatliche Internationalisierung nicht außerhalb der nationalstaatlich organisierten Gesellschaften stattfindet, sondern jene ein zentraler Bestandteil sind. Demnach stehen im Zentrum dieses Beitrages internationale „Staatsapparate“, d.h. intergouvernementale Organisationen, Regime und Netzwerke, die mehr oder weniger Teil umfassender Governance-Strukturen und mit Nationalstaaten eng verknüpft sind. Das gilt also für Organisationen wie den Internationalen Weltwährungsfonds, die Weltbank, UNICEF sowie – mit begrenzter Mitgliedschaft – für die NATO oder die OECD oder Abkommen wie die Klimarahmenkonvention oder die Biodiversitätskonvention. Auch regionale Zusammenschlüsse wie die EU oder Mercosur oder „Clubs“ wie die Gruppe der 8 werden als internationale Staatsapparate bezeichnet. Sie sind Terrains, auf denen und durch die hindurch Regierungen von Nationalstaaten oder die Repräsentanten von Zusammenschlüssen wie der EU agieren. Andererseits gelten gesellschaftlich organisierte Akteure wie die 1998 gegründete ICANN (Internet Corporation for Assigned Names and Numbers) und Nicht-Regierungsorganisationen wie etwa Unternehmensverbände oder Rating-Agenturen nicht als internationale Staatsapparate. Sie sind natürlich wichtige Elemente des – mit Gramsci gesprochen – integralen internationalisierten Staates bzw. der Zivilgesellschaft. Diese können nur im Kontext sich verändernder gesellschaftlicher Strukturen verstanden werden.

1. Warum den internationalisierten Staat theoretisieren?

In der politikwissenschaftlichen Disziplin der Internationalen Beziehungen gibt es seit den 1980er Jahren eine intensive Diskussion über die Entwicklung politischer Autorität jenseits des Nationalstaates. Institutionalistische Ansätze dominieren diese Diskussion und stellen sich gegen neorealistische Annahmen. Eine wichtige Charakterisierung internationaler Institutionen stammt von Robert O. Keohane (1990: 732), der sie definiert als „persistent and connected sets of rules, formal and informal, that prescribe behavioral roles, constrain activity, and shape expectations“ (damit meint er noch nicht spezifische politische Institutionen). In den unterschiedlichen Strömungen der Regimetheorie finden wir ein ausgearbeitetes Verständnis internationaler, meist als intergouvernemental konzeptualisierter autoritativer Strukturen (Hasenclever et al. 1997, Martin/Simmons 1998). Die Rolle von NGOs und transnationalen Unternehmen wird gesehen, aber Staaten bleiben zentral. Obwohl internationalen Regimen eine gewisse Autonomie zugestanden wird, geht die Regimetheorie insgesamt davon aus, dass es sich um die „geliehene Macht“ der Nationalstaaten handelt.

Der Begriff der Multi-Level-Governance kommt aus der Europaforschung und soll „negotiated, non-hierarchical exchanges between institutions at the transnational, national, regional and local levels“ anzeigen (Peters/Pierre 2000: 131-2, vgl. auch Hooghe/Marks 2001). Erforscht werden interessengeleitete und Politikfeldspezifische Verhandlungen zwischen nationalen Regierungen, mit der EU-Bürokratie und anderen Akteuren, die den Anspruch haben, Probleme zu lösen. Aber auch in diesem Debattenstrang wird der Staat mit dem Nationalstaat gleichgesetzt (vgl. die Kritik von Wissen 2007). Eine andere Strömung, nämlich die meisten Beiträge zur Diskussion um Global Governance betonen demgegenüber stärker die Rolle nicht-staatlicher Akteure (Commission on Global Governance 1996, Held/Koenig-Archibugi 2005, Behrens 2005). Hierzu gehört auch der Begriff der „global public policy“ und die damit verbundenen Netzwerke, die jenseits einzelner Nationalstaaten organisiert sind und effektiv Probleme lösen sollen (Reinicke et al. 2001). Der Nationalstaat wird hier als ein Akteur neben anderen gefasst. Allerdings leidet die Diskussion um Glo-

bal Governance an der Vermischung normativer, analytischer und deskriptiver Perspektiven, was mit dem Ziel vieler Beiträge zu tun hat, politikberatend relevant zu sein. Entsprechend oszilliert die Gleichstellung staatlicher und nichtstaatlicher Akteure auf internationaler Ebene zwischen Analyse und Normativität.

Zusammengefasst verwenden institutionalistische Beiträge den Staatsbegriff nicht für die internationale Ebene. Der Staat wird a priori als Nationalstaat konzeptualisiert (mit seinen lokalen Ausformungen) und die Dichotomie von nationaler und internationaler/transnationaler Ebene wird tendenziell reproduziert (siehe auch die Kritik von Shaw 2000, Robinson 2004: 94-99). Und schließlich fehlt den meisten Ansätzen ein Verständnis der Herrschaftsförmigkeit aktueller Dynamiken. Eben diese stehen im Fokus anderer Ansätze.

Martin Shaw betont aus einer neo-weberianischen Perspektive das Verhältnis der Internationalisierung des Staates und militärischer Macht und entwickelt den Begriff des „internationalised, post-imperial Western state conglomerate“, das erfolgreich aus der Integration des westlichen Staatenblocks nach dem Zweiten Weltkrieg entstand (Shaw 2000: 116-143). In diesem Prozess, so Shaw, „international institutions are being extended, and they have a symbiotic relation with the major centre of state power, the increasingly internationalized Western conglomerate.“ (ibid.: 265) Heute habe der westliche Globalstaat neben seiner Macht auch eine enorme Legitimität; andere Staaten müssten kooperieren und die Regeln akzeptieren, sonst würden sie ausgeschlossen. Damit gelingt es Shaw, wichtige Dimensionen aktueller globaler Machtverhältnisse sowie das Verhältnis zwischen dominanten Staaten und internationalen Institutionen zu skizzieren. Gleichwohl bleiben bei Shaw internationale politische Institutionen eine Art erweiterte Instrumente dominanter Nationalstaaten und in seinem Ansatz kommen soziale Kräfte jenseits der nationalen Staaten nicht vor.

Die feministischen Internationalen Beziehungen bzw. Internationale Politische Ökonomie entwickeln demgegenüber eine herrschaftskritische Perspektive, insbesondere durch die Kritik der *malestream*-Ansätze: Hinterfragt werden die geschlechterrelevante Bedeutung von Öffentlich und Privat, das reduktionistische Verständnis der Ökonomie, die männliche Konstruktion internationaler Politik sowie die Vorstellung, dass in der internationalen

Politik die „großen Männer“ und Entscheidungen zentral wären und dass dort Eigeninteressen und Rationalität herrsche (vgl. Sauer 2001, Ziai/Habermann in diesem Band).

Es gibt inzwischen einen breiten Literaturbestand zu den konkreten Vergeschlechtlichungsprozessen (internationaler) politischer Institutionen und wie feministische Forderungen auf machtförmige Art und Weise in hegemoniale Projekte integriert oder ausgeschlossen werden (vgl. den Überblick von Prügl 2004). Aus einer konstruktivistischen Perspektive argumentiert Lisa Prügl, dass ein starker Dualismus in politische Institutionen eingeschrieben sei und dieser überhaupt erst ihr Funktionieren ermögliche, indem Frauen und Weiblichkeit wie auch deren Handeln untergeordnet würden. „... gender inequalities do crucial work for organizations: they reduce transaction costs associated with the organizational need to allocate rewards. ... If the perpetuation of categorical gender inequality is driven by organizational needs, it is also supported by institutional constructs of gender hegemony.... Institutions stabilize through naturalization of social classification, by connecting social categories to bodily analogies and to analogies of nature. Notions of femininity and masculinity play a central role in this process.“ (ibid.: 76-7)

In diesem Sinne schaffen Institutionen Wahrheitsregime. Gleichwohl ist auch in vielen feministischen IB- und IPÖ-Ansätzen der Staat nicht theoretisiert; im Unterschied zur Ökonomie, die Gegenstand einer breiten Literatur feministischer Ökonomie ist (vgl. Elson 1994, Çağlar 2009). Birgit Sauer (2001: 78-89) stellt eine Ausnahme dar und schlägt vor, Poulantzas' Begriff des Staates als soziales Verhältnis in feministische Theorien zu integrieren. Damit kann sie zeigen, wie Maskulinität und asymmetrische Geschlechterverhältnisse – als kapitalistische Lebens- und Denkweisen – tief in die staatlichen Apparate eingeschrieben sind und wie der Staat selbst als Akteur und Diskurs vielfältige soziale Verhältnisse vergeschlechtlicht. Zudem ist eine Existenzweise des Staates seine relative Autonomie und seine Konstitution durch unterschiedliche Staatsapparate hindurch. Der Staat ist jedoch nicht nur ein strukturierender und selektiver Apparat, sondern auch ein strategisches Feld, auf dem unterschiedliche Kräfte ihre Interessen und Identitäten stärken wollen (ebd.: 166, vgl. auch Wöhl 2007, Fischer 2008).

Historisch-materialistische Ansätze fokussieren – ähnlich wie feministische – sehr viel mehr als die oben skizzieren institutiona-

listischen Perspektiven auf die Rolle sozialer Akteure, insbesondere des sich transnationalisierenden Kapitals und die Tatsache, dass die aktuellen Transformationsprozesse hochgradig herrschaftsförmig sind. Michael Hardt und Antonio Negri (2000) nennen die entstehenden Formen neuer Souveränität „Empire“ und meinen damit ein Netzwerk politischer und ökonomischer Regime oberhalb der Nationalstaaten. Gleichwohl hängt die „pyramid of the global constitution“ von Nationalstaaten ab, insbesondere von den USA und den anderen G8-Staaten (ibid: 261). Ihr Einsatzpunkt sind jedoch die vielfältigen Kämpfe der Subalternen, deren Wünsche und emanzipatorische Forderungen das Kapital permanent dazu zwingen, das Kapitalverhältnis durch ein neues Produktionsregime, neue Subjektivitäten und Biopolitik sowie gestützt auf militärische Macht herrschaftlich zu restrukturieren – und zwar zunehmend unter transnationalisierten Bedingungen. Die Nationalstaaten seien „filters of the flow of global circulation and regulators of the articulation of the global command; in other words, they capture and distribute the flows of wealth to and from global power, and they discipline their own populations as much as this is still possible.“ (ibid.: 310) Und dennoch bleiben hinter dem Gedanken des disziplinierenden Filters politische Institutionen als Terrains von Auseinandersetzung und Momente der Stabilisierung sozialer Verhältnisse unterbelichtet (vgl. die Kritik von Buckel/Wissel 2001). Staat und Kapital verschmelzen tendenziell.

Soziale Kräfte sind auch Gegenstand neo-gramscianischer IPÖ. Diese gehen davon aus, dass soziale Kräfte auf der internationalen Ebene wichtiger werden und dass ein erweiterter Hegemoniebegriff beim Verständnis der internationalen Verhältnisse hilft. Gemäß der prominenten Definition von Robert Cox ist internationale oder weltweite Hegemonie eine soziale, ökonomische und politische Struktur, „expressed in universal norms, institutions and mechanisms, which lay down general rules of behaviour for states and for those forces of civil society that act across national boundaries – rules which support the dominant mode of production.“ (Cox 1993: 62, Bieler/Morton 2006) Dieses Verständnis von Hegemonie als spezifische Form der Herrschaft erweiterte die IPÖ und ermöglichte grundlegende Beiträge zu den Restrukturierungen des globalen Kapitalismus seit den 1980er Jahren. Stephen Gill schlug den Begriff des transnationalen Machtblocks vor, der die wachsende strukturelle Macht des transnationalen Kapitals

ausdrückt. Zudem wurde sein Konzept des globalen Konstitutionalismus breit rezipiert, demzufolge heute eine politisch-juridische Struktur entsteht, mittels derer die liberalen Verfassungsgrundsätze – insbesondere in Eigentumsfragen – universalisiert werden (Gill 1995, Bieling und kritisch Hartmann in diesem Band).

Auch William Robinson (2004) argumentiert aus einer neo-gramscianischen Perspektive, dass der transnationale kapitalistische Staat „a particular constellation of class forces and relations bound up with capitalist globalization“ (ibid.: 99) sei. Dennoch wird der Staat auf eine funktionalistische Art und Weise zum Instrument transnationaler Klassenherrschaft und seine Hauptfunktion (oder gar die einzige?) sei „to create and maintain the preconditions for the valorization and accumulation of capital in the global economy.“ (ibid.: 101)

Insgesamt wird in neo-gramscianischen Ansätzen der Staat nicht als soziales Verhältnis, sondern eher als institutionalisierte Form transnationaler Kapitalmacht verstanden. Damit bleibt in den unterschiedlichen, insbesondere angelsächsischen neo-gramscianischen Beiträgen unterschätzt, dass Hegemonie staatsvermittelt ist und dass der transnationale Machtblock sehr wesentlich durch internationalisierte Nationalstaaten konstituiert wird. Daher reicht der Fokus auf die Strategien transnationaler Kräfte und ihrer Denkfabriken nicht, sondern die Mediation durch Staat im Sinne eines verdichteten Kräfteverhältnisses muss begriffen werden. Denn der internationalisierte Staat bleibt ein entscheidendes Terrain, um Konflikte innerhalb der herrschenden Klassen und gegenüber anderen Klassen sowie entlang anderer Konfliktlinien zu bearbeiten. Umgekehrt kann der Staat aber nicht nur über seine Institutionen verstanden werden, wie es in vielen neo-gramscianischen Arbeiten mit einem fast weberianischen Staatsverständnis der Fall ist (vgl. zur neueren Diskussion neo-gramscianischer IPÖ Becksteiner et al. 2009).

2. Historisch-materialistische Staatstheorie und die Analyse internationaler Politik

Im Folgenden werden eigene theoretische Überlegungen hinsichtlich des internationalisierten Staates angestellt. Ausgangspunkt ist ein Verständnis des Staates als soziales Verhältnis und nicht als autonome Einheit oder gar Handelnder. Damit kann die Rolle

sozialer Akteure im aktuellen Transformationsprozess begriffen werden. Indem der internationalisierte Staat als soziales Verhältnis verstanden wird, können funktionalistische Perspektiven vermieden werden, die internationale Politik darauf reduzieren, dass Probleme gelöst, internationale Verhältnisse stabilisiert oder die Bedingungen der Kapitalakkumulation erfüllt werden. Bevor dies entwickelt wird, soll jedoch knapp auf die Frage eingegangen werden, warum es aus historisch-materialistischer Perspektive überhaupt solcher staats-theoretischer Reflexionen bedarf, um internationale Politik und die internationale politische Ökonomie zu verstehen (zur neueren Diskussion *Wissel/Wöhl 2008, Poulantzas' aktualisierend Adolphs et al. 2009, Kannankulam 2007, Demirović 2007, Brett-hauer et al. 2006*).

Zum einen wird der Staat als immer noch entscheidendes, wenn auch umkämpftes Strukturmerkmal kapitalistischer Gesellschaften verstanden. Während der Governance-Begriff eher auf Steuerungsmuster und die Interaktionsmodi verschiedener Akteure abhebt und den Staat meist als einen Akteur unter vielen behandelt (oder ihn zumindest unhinterfragt voraussetzt), verspricht sich die historisch-materialistische Staatstheorie Aufschlüsse über den Staat aus der theoretischen Erklärung seiner Existenz. Warum besondert sich in kapitalistischen Gesellschaften eine Instanz ab, die spezifische Existenzweisen, Herrschaftsmodi und –funktionen innehat? Die allgemeine Antwort lautet, dass das Funktionieren des Kapitalismus – der sich durch Warenproduktion und herrschaftsförmige Arbeitsteilung, Lohnarbeit und die entsprechende Abwertung von nicht-bezahlter Reproduktionsarbeit, die private Aneignung des Mehrprodukts sowie Krisenhaftigkeit auszeichnet – von einer solch institutionell und diskursiv separierten Instanz abhängt, die „relativ“ unabhängig von den Klassen bzw. diversen sozialen Kräften die allgemeinen Reproduktionsbedingungen sichert. Der Staat ist eine strukturelle Form neben anderen wie das Lohnverhältnis, das Geschlechterverhältnis, die Struktur des Weltmarktes, die internationale Arbeitsteilung oder die gesellschaftlichen Naturverhältnisse. Sind diese Verhältnisse nicht gesichert, geraten essentielle Bedingungen sozio-ökonomischer Prozesse in Gefahr: Vorhersagbarkeit, Planbarkeit und insbesondere die Sicherheit von Investitionsentscheidungen. Genau das erleben wir derzeit.

Neben dieser „strukturellen Perspektive“ argumentiert die historisch-materialistische Staatstheorie, dass soziale Kräfte und ihre

Strategien, politische und soziale Auseinandersetzungen sowie die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse konstitutiv sind für kapitalistische Gesellschaften und entsprechend für ein materialistisches Staatsverständnis. Die unterschiedlichen Kräfte konstituieren sich als solche in den Auseinandersetzungen und eben diese finden überall in der Gesellschaft statt und sind mehr oder weniger sichtbar, intensiv und strategisch (vgl. Hirsch 2005, Jessop 2008, Poulantzas 2002).

Politische Projekte werden zwar innerhalb der gesamten Gesellschaft und gegenüber unterschiedlichen Adressaten formuliert, eine besondere Bedeutung spielt hier aber der Staat. Denn dieser ist mit seinen Mitteln wie Gewalt, Gesetze, Legitimität, materiellen und immateriellen Ressourcen entscheidend, um gesellschaftliche Kompromisse, Bündnisse und möglicherweise den Machtblock zu organisieren und so eine gewisse Kohärenz zwischen unterschiedlichen und teilweise konkurrierenden herrschenden Kräften herzustellen, deren grundlegendes Interesse darin besteht, die allgemeinen Reproduktionsbedingungen ihrer Herrschaft aufrecht zu erhalten. Der Staat als soziales Verhältnis stellt damit ein Terrain dar, auf dem unterschiedliche Kämpfe zwischen den unterschiedlichen herrschenden Kräften, aber auch zwischen diesen und den beherrschten ausgetragen werden. Er kann daher als „strategisches Feld“ (Poulantzas 2002: 168) für die Schaffung von Konsens bezeichnet werden. Auf diesem Feld können unterschiedliche, vor allem die in einem Konkurrenzverhältnis stehenden herrschenden Kräfte, ihre Konflikte austragen, Projekte formulieren und diesen eine gewisse Kontinuität geben. Kräfteverhältnisse werden stabilisiert bzw. in geordnetem Rahmen transformiert. Der Staat ist dabei kein neutrales oder gar passives Terrain, sondern wirkt strukturierend auf die Verhältnisse ein. Der Staat kann daher als Teil der – weltweit, national, lokal oder translokal strukturierten – gesellschaftlichen Verhältnisse verstanden werden und ist insofern eine komplexe „materielle Verdichtung sozialer Kräfteverhältnisse“ (Poulantzas 2002: 159).

Die Materialität der verdichteten gesellschaftlichen Widersprüche und Kräfteverhältnisse äußert sich in den Apparaten, d.h. in den dortigen Relevanzen, Wissen, Plausibilitäten, Orientierungen des Staatsapparats, verfügbaren materiellen und immateriellen Ressourcen. Die verschiedenen Kräfte müssen sich mit ihren Strategien in gewisser Weise auf die bestehenden Funktionsmodi be-

ziehen. Das meint Poulantzas damit, wenn er darauf hinweist, dass die Apparate eine eigene Dichte herausbilden, die sich bestimmten Veränderungen der Kräfteverhältnisse widersetzen (ibid.: 162). Zudem kommt es in den einzelnen Apparaten zu je spezifischen Verdichtungen. Der Staat erhält seine Ressourcen und Legitimität zwar aus der Gesellschaft, aber er entwickelt eigene Macht- und Handlungsmodi in Form von Regeln, bürokratischer Kompetenzen, Aufmerksamkeitshaltungen des Staatspersonals etc. Insofern verfügen die Apparate über Formen der „infrastrukturellen Macht“, um das gesellschaftliche Leben mitzuorganisieren (ten Brink 2008: 73f.).

Damit können auf einer allgemeinen Ebene spezifische Politiken als instabile Kompromisse zwischen sozialen Kräften verstanden werden, die durch bestimmte Staatsapparate oder gar Gruppen innerhalb einzelner Apparate formuliert werden. Die Kohärenz von Politiken wird also weniger intentional von einem Zentrum – etwa der über Richtlinienkompetenzen verfügenden Kanzlerin – hergestellt, sondern wird im teilweise spannungsgeladenen Zusammenspiel einzelner Apparate erreicht, die wiederum nicht losgelöst sind von allgemeinen Orientierungen. Ob eine einigermaßen einheitliche oder zumindest nicht zu widersprüchlich Orientierung gelingt, hängt davon ab, was Bob Jessop als „Staatsprojekte“ bezeichnet, dessen „essential theoretical function is to sensitize us to the inherent improbability of the existence of a unified state and to indicate the need to examine the structural and strategic factors which contribute to the existence of ‘state effects’“ (1990: 9).¹

Mit dem Begriff der „strategischen Selektivität“ (Jessop 1990, 2008) kann angezeigt werden, dass staatliche Politiken Konsequenzen für die Handlungsfähigkeit unterschiedlicher sozialer Akteure haben. Aber auch hier muss das Verhältnis zwischen Staat und sozialen Kräften als beidseitiges verstanden werden, was für den Begriff der strategischen Selektivität folgenreich ist. Historisch-spezifische Staaten privilegieren also bestimmte Strategien, Interessen, Bündnisse, Handlungsformen, Diskurse und artikulieren sie mit den Handlungs- und Machtmodi der einzelnen Staatsapparate.

Die Analyse des internationalisierten Staates hat neben dieser theoretischen Stossrichtung eine zeitdiagnostische. Denn für eine historisch-materialistische Staatstheorie ist die komplexe Trans-

1 Insofern geht Jessop von einer deutlich geringeren und fluideren Kohärenz aus als Poulantzas.

formation der kapitalistischen Produktionsweise Ausgangspunkt jeglicher Reflexion aktueller Entwicklungen. Es hat sich in den letzten Jahren eine geradezu überbordende Literatur zu diesem Thema entwickelt und ich nenne im Folgenden nur einige wesentliche Aspekte.

Zum einen sollte die Internationalisierung des Staates als hochgradig konfliktiver und kontingenter Prozess verstanden werden, in dem sich der kapitalistische Machtblock restrukturiert (Wissel 2007). Eine zentrale Dynamik besteht darin, dass sich aus der Krise des Fordismus heraus das Arbeit-Kapital-Verhältnis restrukturiert, um Kapitalakkumulation zu gewährleisten und die bestehenden Sozialstrukturen zu sichern (vgl. den Beitrag von Bernd Röttger, aus geschlechterkritischer Perspektive Sauer 2001). Es haben sich eine neue internationale Arbeitsteilung sowie transnationalisierte Produktions-, Tausch- und Konsumnormen herausgebildet und in vielen Branchen sind die Kernfirmen in allen Ländern mit eigener Produktion präsent oder organisierten Produktionsketten mittels Subfirmen. Die unterschiedlichen und ungleichzeitigen ökonomischen, politischen und kulturellen Prozesse der Internationalisierung waren und sind eng verbunden mit der versuchten Revitalisierung kapitalistischer Dynamik und damit einhergehend mit einer Restrukturierung von Klassen-, Geschlechter-, ethnisierten und anderen Verhältnissen (vgl. Purkarthofer und Ziai/Habermann in diesem Band). Damit wurden Formen der Arbeitsteilung und Mehrwertproduktion verändert, die Reproduktion von Menschen als Arbeitskraft, von Identitäten und anderem. Insbesondere das weltmarktorientierte Kapital war in der Lage, seine Projekte zu realisieren. In diesem Prozess entwickelten sich internationale Netzwerke von Unternehmen, Medien u.a. sowie inter- und transnationale kulturelle Horizonte. Und es entstanden vermehrt internationale politische Strukturen. Diese Prozesse sind nicht zuvorderst von außen aufgezwungen, sondern wurden auf komplexe Art und Weise interiorisiert. Es handelt sich um eine „passive Revolution“ von oben (Antonio Gramsci), die sich seit 2008 in einer massiven Krise befindet. Derzeit erleben wir heftige Auseinandersetzungen um Krisenstrategien, die unter dem Begriff des Postneoliberalismus diskutiert werden können (Brand/Sekler 2009). Dennoch gibt es starke Kontinuitäten.

Dies alles ist kaum mehr umstritten in den Sozialwissenschaften und noch weniger in den historisch-materialistischen Ansät-

zen, die unterstreichen, dass die neoliberale und imperiale Globalisierung ein herrschaftsförmiger, durchaus kontingenter Prozess ist, um neue institutionelle und diskursive Formen dynamischer Kapitalakkumulation zu etablieren. Die aktuellen Entwicklungen können jedoch darauf nicht reduziert werden, da es sehr unterschiedliche Konfliktlinien mit je eigenen Dynamiken gibt: Konflikte und Institutionalisierungen um Geschlechter- und ethnische Verhältnisse, Naturverhältnisse, Gewaltanwendung und Krieg sowie unterschiedliche Rationalitäten und Kräfte in einer Gesellschaft und auf internationaler Ebene. Bestimmte Probleme wie aktuell der Klimawandel können hochgradig politisiert werden und damit zum Gegenstand gesellschaftlichen und politischen Handelns.

Die Regulation sozialer Verhältnisse und insbesondere des Lohnverhältnisses und damit einer Grundbedingung von Kapitalakkumulation hängt von institutionellen Regulationsformen ab, um die multiskalar sich herstellenden gesellschaftlichen Widersprüche und Konflikte zu bearbeiten, d.h. von einem Netzwerk internationaler Regulation (Hirsch 1993, Wöhl 2007) bzw. einer „transnationalen imperialen Netzwerkstruktur“ (Wissel 2007, Demirović 2007: 267), in dem sich verschiedene Regime und Regulationsformen zusammen mit einer transnationalen Ökonomie zu recht flexiblen Machtnetzwerken verdichten.

Schließlich: Auf der theoretischen Ebene sollte daher offen bleiben, wie sich historisch-konkret soziale Prozesse und insbesondere soziale Kräfteverhältnisse auf unterschiedlichen räumlichen Ebenen institutionell verdichten. Dennoch – das zeigt die aktuelle Krise und ihre Bearbeitung – bleibt ein Strukturmerkmal des globalen Kapitalismus erhalten, nämlich die Konkurrenz von fragmentierten, meist nationalstaatlich organisierten Räumen (Kannankulam/Hirsch in diesem Band).

Gleichwohl bleibt in den bisherigen Untersuchungen offen, wie die Bedeutung der dritten Dimension der Internationalisierung des Staates, nämlich die zunehmende Bedeutung internationaler politischer Institutionen – die ich als internationale Staatsapparate bezeichne und die als multiskalares Verhältnis begriffen werden müssen – genauer gefasst werden kann.

3. Die internationalen Staatsapparate: Die materielle Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse „zweiten Grades“

Wie können nun zentrale Dimensionen der internationalen Staatsapparate als Teil des internationalisierten Staates theoretisch genauer begriffen werden? Die zentrale Überlegung lautet, dass die internationalen politischen Institutionen (insbesondere formelle Organisationen, aber auch Netzwerke und Rahmenabkommen) neben den lokalen und nationalen Apparaten als materielle Verdichtung gesellschaftlicher Kräfteverhältnisse „zweiten Grades“ verstanden werden (Brand/Görg/Wissen 2007, Brand et al. 2008, Brand 2009b). Die politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse sind eben nicht nur auf der nationalstaatlichen Ebene verdichtet, sondern multiskalar. Dennoch spielt die nationalstaatliche Ebene eine besondere Rolle und zwar über die Exekutiven als zentrale Akteure internationaler Politik, die wiederum verdichtete Kräfteverhältnisse sind und sich als „nationales Interesse“ äußern. Gleichwohl gibt es auf internationaler Ebene auch eigenständige Kräfte, die in den je spezifischen Konfliktfeldern Bündnisse bilden und gegenüber den Apparaten ihre Interessen und Strategien formulieren.

Auch in den internationalen Apparaten können sich einigermaßen kohärente Staatsprojekte als Teil hegemonialer Projekte ausbilden. Die sind jedoch stark rückgekoppelt an die Ebene der mächtigen Nationalstaaten.

Die Materialität der Apparate besteht nicht nur in der Akzeptanz der sie konstituierenden und materiell aufrecht erhaltenden Regierungen, insbesondere der mächtigen, sondern auch in den eigenen Regeln sowie in den rechtlichen, diskursiven, epistemischen, gewaltförmigen und finanziellen Mitteln, mit denen die Apparate agieren. Gleichwohl werden die Politiken meist von nationalstaatlichen Regierungen umgesetzt. Allgemein gesagt verfügen die internationalen Apparate daher nicht über eine eigene Staatsmacht, um gesellschaftliche Verhältnisse zu stabilisieren und dominanten oder gar hegemonialen Projekten Kontinuität zu geben. Gleichwohl kann eine Dichte und Widerstandskraft gegen den Willen dominanter Staaten entstehen.

Das Konzept der Verdichtung zweiten Grades impliziert keine a priori feststehende Hierarchie zwischen den verschiedenen räumlichen Maßstabebenen, denn das würde ja eine Hierarchiespitze

voraussetzen. Es ist abhängig von den konkreten historischen Entwicklungen, in welchem Verhältnis die nationale und internationale Ebene stehen und welche Asymmetrien zwischen ihnen existieren.

Im folgenden Abschnitt sollen einige institutionelle Dimensionen einer neo-poulantzianischen IPÖ skizziert werden, analytisch organisiert entlang der Unterscheidung zwischen Modi und Funktionen des internationalisierten Staates. Wie gesehen, müssen diese Modi und Funktionen in Verbindung mit der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, sozialen Kräften sowie Kräfte- und Machtverhältnissen wie auch die Rolle gesellschaftlicher Diskurse und Leitbilder im Prozess der Hegemoniebildung gedacht werden. „Modi“ und „Funktionen“ sind abstrakte und heuristische Begriffe, die keine Engführung des Politischen auf politisch-institutionelle Prozesse intendieren, sondern dazu dienen sollen, weitere theoretische und empirische Forschung anzuleiten.

3.1. *Modi der internationalen Staatsapparate*

Um die Strukturen, Akteure und Prozesse internationaler Politik in ihrer politisch-institutionellen Dimension zu begreifen, müssen ihre Modi verstanden werden, d.h. die Funktionsprinzipien wie auch die Existenzbedingungen internationaler politischer Institutionen. Einige allgemeine Modi können dabei identifiziert werden.

Allgemeiner Modus: Konfliktbearbeitung /-transformation und Kompromissbildungen

Politik bedeutet im Kern die Transformation der vielfältigen gesellschaftlichen Konflikte in politische Konflikte, ihnen damit bestimmte Austragungsformen zu geben und Kompromisse zu ermöglichen. Dies geschieht nicht für alle Konflikte, einige werden einseitig gelöst, andere mit anderen Mitteln ausgetragen. Für die internationale Politik geschieht das hinsichtlich grenzüberschreitender Konflikte, die in unterschiedlichen Formen bearbeitet werden, bilateral-diplomatisch, multilateral und/oder mittels auf Dauer gestellter Organisationen und Netzwerke. Neben der Vergesellschaftung durch den Wert und direkter Interaktion zwischen Menschen und Kollektiven handelt es sich bei der zwischenstaatlichen Politik um den zentralen Interaktionsmodus der Weltgesellschaft. Ökonomische und andere gesellschaftliche Entwicklungen müssen „translated (werden) through struggles into political prob-

lems for state action and their solution is then mediated through the specific, structurally inscribed, strategically selective nature of the state.“ (Jessop 2002: 213) Dass dieser Modus von internationaler Politik allgemein akzeptiert ist, zeigt der breite Konsens zwischen den Regierungen, internationale Politik auf diese Art zu strukturieren und entsprechend zu handeln. Die beiden zentralen Rechtfertigungen nationaler RepräsentantInnen, international zu handeln sind die „Verfolgung nationaler Interessen“ – die selbst Teil hegemonialer Konstellationen sind und nicht a priori existieren – und die „Lösung internationaler Probleme“. Unterschiedliche Interessen, Identitäten und Wertvorstellungen werden als Strategien und gegebenenfalls als Projekte formuliert und sind unter Umständen mit Widerständen konfrontiert. Die unzähligen politischen Konflikte werden üblicherweise diplomatisch ausgetragen und dabei mittels spezifischer Prozesse und Regeln rationalisiert, Kompromisse und Kooperation werden entwickelt. Insgesamt kann gesagt werden, dass weltweite Vergesellschaftung sich durch Konflikte hindurch und deren Bearbeitung entwickelt, da das die Form ist, wie soziale Akteure politisch (nicht generell) miteinander interagieren. Diese politischen Terrains sind zugleich auf asymmetrische Weise strukturiert.

Strategische Kapazitäten: Gewalt, Ressourcen, Recht und Diskurse

Das leitende, völkerrechtlich enorm ausdifferenzierte Prinzip internationaler Politik liegt darin begründet, dass die Staaten sich selbst rechtlich binden und durch ihre Exekutiven mit anderen Staaten direkt oder im Rahmen internationaler Organisationen oder Netzwerke kooperieren.² Aus einer historisch-materialistischen und insbesondere von Nicos Poulantzas inspirierten Perspektive wird der Staat als soziales Verhältnis konzeptualisiert, der seine Ressourcen – insbesondere durch Steuern – aus der Gesellschaft erhält und daher über keine eigenständige Macht verfügt. Der Staat verfügt in diesem über Sinne strategische Kapazitäten in Form von Gewalt, Diskursen, Recht und materiellen wie Wissensressourcen. Damit

2 In der kritischen Rechtsanalyse wird diskutiert, inwiefern sich ein globales Recht herausbildet, das teilweise weniger an Staaten gebunden ist, sondern sich mehr oder weniger spontan entwickelt. Viel zitiertes Beispiel ist das bestehende und entstehende Wirtschaftsrecht der *lex mercatoria* (Teubner 2000, Picciotto 2007, Buckel 2007).

können Probleme identifiziert und gerahmt, Prioritäten gesetzt und bestimmte Ziele mittels konkreter policies verfolgt werden. Die Abhängigkeit von gesellschaftlichen Ressourcen betrifft mehr noch die internationalen Staatsapparate, die die Ressourcen insbesondere von den Nationalstaaten erhalten.

Staatliche Handlungskapazitäten werden in einer bestimmten, nicht neutralen Weise realisiert. Diese spezifische Art und Weise kann als staatsbürokratisches Handeln und als westlicher Politikmodus bezeichnet werden, demnach funktionieren internationale Institutionen als moderne Bürokratien prinzipiell im Sinne Max Webers (trotz der Kritik des soziologischen Neo-Institutionalismus, dass Organisationen zuvorderst versuchen, die an sie von außen herangetragenen Erwartungen zu erfüllen, Meyer/Rowan 1977).

Es bestehen – oder sollten vom Anspruch her bestehen – klare Regeln und Verantwortlichkeiten, das Personal wird zuvorderst nach Qualifikation und spezifischen Kompetenzen ausgesucht (Weber 1980). Doch diese Kriterien sind nicht neutral oder objektiv. So ist etwa eine Voraussetzung, um in den allermeisten internationalen Apparaten zu arbeiten, Englisch zu sprechen. Hinsichtlich der Qualifikationen hat etwa Wade (2002) gezeigt, dass die allermeisten Experten und Expertinnen der Weltbank Wirtschaftswissenschaften an einer US-Universität studiert haben. Deren Kontakte, Weltansichten und Problemrezeptionen passen sich an die Rationalität der meisten Apparate an bzw. konstituieren sie mit. So kann auch hinsichtlich des vergeschlechtlichten Charakters der Apparate von einem „Hort hegemonialer westlicher Maskulinität“ (Sauer 2001: 164) gesprochen werden. Wesentliche politisch-institutionelle Prozesse sind durch den hegemonialen westlich-bürokratischen Politikmodus gefiltert. Zudem kann Claus Offes (1975) Argument aus den 1970er Jahren für die internationale Ebene fruchtbar gemacht werden, dass nämlich der Staat ein „Interesse an sich selbst“ herausbildet, d.h. dass Apparate erhalten bleiben, selbst wenn sie an Bedeutung verlieren und dann versuchen, sich neue Bedeutung zu schaffen. Diese Aspekte formen konkrete staatliche Politiken mit, indem „Korridore“ und spezifische Rationalitäten existieren.

Staatsidentitäten, Staatsprojekte und strategische Selektivitäten

Der Begriff der hegemonialen Konstellation zeigt an, dass die dominanten Kräfte in der Lage sind, die Ökonomie dynamisch zu

organisieren, Konsense zu schaffen und entscheidend staatliche Politiken zu beeinflussen. Hegemoniale Projekte können dann erfolgreich formuliert und realisiert werden und formieren sich entsprechend zu staatlichen Politiken. Doch die Einheit des Staates ist nicht vorab definiert, sondern muss aktiv geschaffen werden durch Staatsprojekte und ein Minimum an konsistenter staatlicher Identität.

Die Konstitution staatlicher Identität, jener der staatlichen Akteure selbst, aber auch des Staates in der Gesellschaft, ist ein voraussetzungsvoller Prozess. Der Staat wird als politisch zentrale und öffentliche Instanz angenommen, als Zentrum von Politik, als institutionell separiert von der Gesellschaft anerkannt, mit bestimmten legitimen Machtmitteln ausgestattet, damit er spezifische, historisch wandelbare Funktionen und Aufgaben wie Ordnung und Sicherheit erfüllt. Er ist auf verschiedenen Stufen kontrolliert von meist männlichen Staatsmanagern. Dies alles gilt in ähnlicher Form für die internationalen Staatsapparate.

Die in einem asymmetrischen Verhältnis zu anderen Apparaten stehenden und multiskalar artikulierten internationalen Staatsapparate sind selbst hochgradig heterogen in ihrer Konstitution, Existenzweise und Handlungen bzw. Policies. Diese sind abhängig von ihrer Stellung innerhalb der Gesamtarchitektur des Staates und der Art und Weise, wie gesellschaftliche Kräfteverhältnisse materiell verdichtet sind und entsprechend bestimmte Kräfte sich repräsentiert sehen. Die regulative Idee von „Politikkohärenz“ als ein Wirkungsmodus erfolgreicher Staatsprojekte findet tendenziell im Sinne der stärkeren Apparate und denen in ihnen verdichteten Kräften bzw. Bündnissen und ihren Kompromissen statt.

Auf der internationalen Ebene sind in Differenz zur nationalstaatlichen die unterschiedlichen Kräfte, die mit den konkreten Policies verbundenen Interessen und Strategien in der Regel sichtbar als auf der nationalstaatlichen. Das hängt damit zusammen, dass die internationalen Apparate sehr viel jünger sind und dass der diplomatische Modus von Politik in der Regel mit einer offeneren Formulierung von Interessen und Strategien einhergeht. Die Intransparenz des bürokratischen Normalgeschäfts ist auf der Ebene nationalstaatlicher Apparate viel stärker verankert.

In Anlehnung an Jessop und über ihn hinausgehend kann argumentiert werden, dass strategische Selektivitäten Handlungsmodi und Existenzweisen der internationalen Staatsapparate darstellen.

Diese Selektivitäten sind ein Bewegungsmoment der materiellen Verdichtung sozialer Kräfteverhältnisse „zweiten Grades“, indem bestimmte Themen, Entscheidungen und Policies als wichtiger erachtet werden als andere; sie erhalten mehr Aufmerksamkeit, Ressourcen, Wissen, die relevanten Akteure haben eher Zugang zu den relevanten staatlichen Stellen. Andere Probleme und Anliegen bleiben am Rande, werden partiell integriert, lediglich symbolisch bearbeitet oder es wird sogar offen gegen ihre Bearbeitung agiert. Die Selektivitäten sind den Kämpfen nicht vorgegeben, sondern werden durch sie produziert und erlangen dennoch eine gewisse Unabhängigkeit von den ganz aktuellen Auseinandersetzungen im Sinne von „Einlagerung“ früherer Kämpfe und Kompromisse.

Asymmetrien zwischen Institutionen und forum shifting

Eine wichtige politische wie sozialwissenschaftliche Diskussion in der internationalen Politik nimmt sich des Problems an, wie zwischen den unterschiedlichen Apparaten und verschiedenen räumlichen Ebenen Kohärenz geschaffen werden kann. Inkohärenz ist aus historisch-materialistischer Perspektive jedoch weniger den Steuerungsdefiziten nationaler und internationaler Staatsapparate zuzuschreiben, sondern den Widersprüchen und Spannungen zwischen dominanten Kräften und der Unfähigkeit, stabilen Konsens zwischen ihnen und den Beherrschten zu schaffen. Aus einer neo-poulantzianischen Perspektive hat fehlende Kohärenz auch etwas mit den Widersprüchen und Spannungen zwischen unterschiedlichen Politik- bzw. Konfliktfeldern zu tun, die in einem asymmetrischen Verhältnis zueinander stehen und in deren politischen Institutionen sich jeweils spezifisch die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse kondensieren.

In diesem Sinne ist Inkohärenz ein Modus internationaler Politik, der sich auch durch die Konkurrenz um Zuständigkeiten von den einzelnen Institutionen äußert (ein Beispiel stellt die Verrechtlichung bzw. die institutionelle Zuständigkeit der international gesicherten geistigen Eigentumsrechte dar). Die Tatsache, dass unterschiedliche politische Institutionen Anspruch auf die Zuständigkeit für dieselben politischen Sachverhalte erheben, hängt neben tatsächlichen Konkurrenzen auch mit Machtstrategien dominanter politischer und gesellschaftlicher Kräfte zusammen. Ist ein Terrain zu politisiert oder nach Auffassung spezifischer, meist mächtiger Akteure nicht in ihrem Interessen, können andere Ter-

rains aufgewertet und/oder bilaterale Strategien verfolgt werden. Von John Braithwaite und Peter Drahos (2000, 24. Kapitel) kann diesbezüglich der Begriff des *forum shifting* geborgt werden. Sie meinen damit, dass politische Akteure (insbesondere die USA) sich strategisch gegenüber spezifischen Organisationen verhalten und sie auf- oder abwerten. Darüber hinausgehend schlage ich vor, dass *forum shifting* nicht nur als Strategien von Akteuren gegenüber existierenden Terrains interpretiert wird, sondern als Strategie, um Kräfteverhältnisse zu verändern und die politischen Terrains selbst im eigenen Sinne zu strukturieren.

Zum Ende dieses Abschnitts möchte ich betonen, dass die skizzierten „Modi“ der internationalen Staatsapparate als materiell verdichtete Kräfteverhältnisse heuristische Kategorien sind. Damit ist nicht gesagt, dass internationale Apparate wichtiger sind als nationalstaatliche (die ohnehin selbst zunehmend internationalisiert sind). Diese Frage muss in konkreten Konfliktfeldern untersucht werden. Die Modi können uns jedoch helfen, theoretisch informiert zentrale Dimensionen internationaler Politik besser zu verstehen.

3.2. Funktionen internationaler Staatsapparate

Im Folgenden sollen zentrale Funktionen des internationalen Staatsapparates umrissen werden. Die – immer umkämpfte und nie vollständige – „Erfüllung“ dieser Funktionen ist eine Voraussetzung für eine hegemoniale und dynamische Konstellation des globalen Kapitalismus. Dabei sollen gerade nicht nur ökonomische Staatsfunktionen fokussiert werden.

Zunächst soll jedoch auf eine Staatsfunktion hingewiesen werden, die wesentlich auf nationalstaatlicher Ebene verbleibt: Die Schaffung sozialer Kohäsion mit Implikationen wie etwa die Legitimierung sozialer Strukturen oder die Rolle disziplinierender Politiken. Die räumliche und damit politische, ökonomische und kulturelle Fragmentierung der Weltgesellschaft ist ein Strukturprinzip, das die Schaffung sozialer Kohäsion weitgehend auf nationalstaatlicher Ebene ansiedelt (auch wenn die EU selbst in der Lissabon-Agenda die Schaffung sozialer Kohäsion als Ziel erwähnt und sich das etwa über die regionale Strukturpolitik materialisiert). Dies hängt auch damit zusammen, dass die materiellen Grundlagen des Staates weiterhin über Steuern und Zölle auf nationalstaatlicher Ebene generiert werden.

Neben dieser Funktion gehe ich davon aus, dass andere Staatsfunktionen stärker multiskalar erfüllt werden.

Zwei ökonomische Funktionen:

Akkumulationsbedingungen und Wohlstand sichern

Eine entscheidende, in der materialistischen Theorie unstrittige und häufig einseitig betonte Staatsfunktion ist die Sicherung stabiler Bedingungen für die Reproduktion kapitalistischer Verhältnisse. Diese wird internationalisiert durch die Internationalisierung der Produktion und Klassenverhältnisse und – im Unterschied zum 19. Jahrhundert mit Großbritannien und zum Fordismus mit den USA in der kapitalistischen Welt – angesichts der Unfähigkeit einzelner oder einiger Staaten, diese Bedingungen international zu sichern. Über intergouvernementale politische Institutionen soll ein rechtlicher Rahmen geschaffen werden, die damit Teil eines „globalen Konstitutionalismus“ werden, d.h. der Internationalisierung westlicher Rechts- und Eigentumssysteme (was in einzelnen Ländern einen rechtlichen Pluralismus nicht ausschließt). Dieser rechtliche Rahmen und seine Internalisierung in die nationalstaatlichen Rechtssysteme gehen von den kapitalistischen Zentren aus. Der Prozess ist voller Spannungen, die dominanten Tendenzen liegen aber im Interesse der „modernen“ Akteure und ihrer Akkumulationsstrategien. Damit werden Klassen-, Geschlechter-, ethnische und andere Verhältnisse stabilisiert.

Der Staat ist zweitens – das wird in der aktuellen Krise besonders deutlich – Teil eines komplexen Suchprozesses, um wirtschaftliche Dynamik herzustellen bzw. zu sichern. Aus der Regulationstheorie wissen wir, dass der Staat hier nur eine institutionelle Form unter anderen ist, um das zu erreichen. Insbesondere der (nationale) Wohlfahrts- und Interventionsstaat hat dafür ein entwickeltes Instrumentarium und zieht seine Funktionsfähigkeit wie auch seine Legitimation aus dem wirtschaftlichen Wachstum. Die Basis dafür liegt jedoch jenseits der direkten Interventionsmöglichkeiten des Staates in den gesellschaftlichen (Kräfte-)Verhältnissen und in den weltpolitischen und –wirtschaftlichen Strukturen bzw. die Stellung der „nationalen“ Ökonomie in eben diesen.

Wenn die ökonomische und gesellschaftliche Dynamik nationaler Gesellschaftsformationen auch auf der Integration in den Weltmarkt und in die internationale Politik beruht, dann spielen internationale Regeln für Handel, Währungen und anderen Fi-

nanztransaktionen sowie entsprechende internationale politische Institutionen eine wichtige Rolle. Die globalen ökonomischen und politischen Asymmetrien werden teilweise durch die in den Staatsapparaten materiell verdichteten Kräfteverhältnisse reproduziert. Das Management der Verschuldungskrise in den 1980er Jahren ist ein Beispiel, wie dieses durch die nördlichen Banken und Regierungen betrieben wurde und es vor allem zu einer Kosten- und Krisenexternalisierung in Länder des globalen Südens kam und die Position der nördlichen Akteure eher stärkte. (Es wird sich zeigen, inwieweit sich dieses Muster in den kommenden Jahren wiederholt. Die aktuelle Aufwertung des IWF könnte ein erster Hinweis sein.)

Zwei Ordnungsfunktionen: nationale Souveränität und Gewaltmonopol

Neben den ökonomischen Funktionen können wir einige Ordnungsfunktionen der internationalen Staatsapparate identifizieren. Eine erste scheint trivial, da selbstverständlich, ist aber dennoch wichtig: Die Sicherung der nationalen Souveränität. Internationale Politik wird erst durch die gegenseitige Anerkennung von Nationalstaaten als legale und legitime Entitäten möglich und damit der RepräsentantInnen der Einzelstaaten als anerkannte Akteure. Den jeweiligen nationalstaatlichen politischen Akteuren wird damit im Normalfall das legitime Handeln innerhalb des jeweiligen Territoriums ermöglicht. So war ein Konstitutionselement der Staatengründungen aus dem ehemaligen Jugoslawien heraus, dass die deklarierte nationale Unabhängigkeit international anerkannt wurde. Die UN-Konvention über biologische Vielfalt, 1992 in Rio de Janeiro unterzeichnet, ist ein weiteres jüngeres Beispiel, denn damit wurde zur Bearbeitung des Problems der erodierenden Biodiversität völkerrechtlich die „nationale Souveränität“ eben über jene Vielfalt und die damit verbundenen, ökonomisch wichtigen genetischen Ressourcen konstituiert.

Das Monopol legitimer physischer Gewaltsamkeit verbleibt weitgehend in der Hand der Nationalstaaten, wird aber teilweise diversifiziert (vgl. Hirsch/Kannankulam in diesem Band). So können die Politiken der NATO seit den 1990er Jahren als Versuch gewertet werden, dass in manchen Bereichen und definiert als Ausnahmesituationen eine Form der Internationalisierung des Gewaltmonopols angestrebt wird.

Zwei politische Funktionen: Das Terrain, um den Machtblock zu organisieren, Konflikte zu bearbeiten und Konsense zu schaffen – Kräfteverhältnisse stabilisieren bzw. transformieren

Ein Modus internationaler Politik besteht darin, die politischen Institutionen bzw. Apparate selbst zu etablieren und ihnen Dauerhaftigkeit zu verleihen. Dadurch werden viele und unterschiedliche internationale gesellschaftliche Probleme und Konflikte in politische transformiert und in einer bestimmten Form – nämlich institutionell und im Rahmen spezifischer Regeln – bearbeitet. Dieser Modus internationaler politischer Institutionen ist zugleich ihre Funktion. Die internationalisierten Staatsapparate stellen ein Terrain dar, auf dem verschiedene Konflikte bearbeitet werden können. Zudem werden Kompromisse und Konsense hinsichtlich politikfeldspezifischer und übergreifender gesellschaftlicher Entwicklungen und der akzeptierten Formen von Politik geschaffen. Damit wird die Legitimität des Politischen und die damit verbundene Trennung von öffentlich und privat geschaffen. Politische Konflikte werden zur „öffentlichen“ bzw. diplomatischen Angelegenheit; Verhandlungen, politisches Argumentieren und Kommunikation finden dabei in einem asymmetrischen, von Macht durchzogenen Setting statt. Diplomatischer Konsens wurde bereits seit dem Westfälischen Frieden, insbesondere aber nach dem Zweiten Weltkrieg – und aufgrund dessen Erfahrung – zur tief verankerten regulativen Idee internationaler Politik. Die mächtigen Regierungen erstrebten dabei den „support of other powerful states and the silence of others“ (Braithwaite/Drahos 2000: 570).

Unterschiedliche gesellschaftliche und politische Kräfte versuchen, ihre Interessen, Identitäten oder Werte zu generalisieren. Dafür bemühen sie sich um rechtliche Anerkennung und um die Zuteilung materieller, symbolischer und ggf. auch die zur Ausübung physischer Gewalt notwendigen Ressourcen. Die Macht bestimmter Gruppen bzw. die Vergrößerung ihrer Handlungsfähigkeit kann andere Akteure unter Umständen schwächen. Wenn Macht, Vorherrschaft und Hegemonie nicht essentialisiert, sondern als soziales Verhältnis verstanden werden, dann spielt der internationalisierte Staat und seine Apparate dahingehend eine Rolle, dass den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen eine Form gegeben wird. Das Verhältnis zwischen (nationalen) Staaten, privaten Unternehmen und ihren Verbänden, NGOs und lokalen Akteuren bekommen eine Kontinuität durch ihren rechtlichen

Status, Rechte und Pflichten, finanzielle Ressourcen, Legitimität u.a. Dabei gibt es permanente Auseinandersetzungen darum, die „Spielregeln“ und die damit verbundenen Machtverhältnisse zu verändern. Wenn aber die politischen Terrains institutionell abgesteckt sind, werden die Apparate selbst – als verdichtete Kräfteverhältnisse und als Akteure – Teil der Auseinandersetzungen.

Ein zentrales Argument von Poulantzas' Staatstheorie lautet, dass der Staat den sozialen Kräften nicht gegenübersteht und dass er insbesondere für die politische Konstitution der herrschenden Klassen als Machtblock entscheidend ist. In der aktuellen Konstellation ist wichtig zu sehen, dass die wesentlich auf der nationalstaatlichen scale organisierten Machtblöcke selbst internationalisiert sind. Jens Wissel (2007) entwickelt den Begriff der „inneren Bourgeoisie“ (Poulantzas 1973: 52-9) weiter zum Begriff der „transnationalen inneren Bourgeoisie“, um zu zeigen, dass es nicht länger das U.S.-Kapital ist – wie Poulantzas annahm –, welches andere Gesellschaftsformationen im eigenen Interesse verändert.³ Unter Bedingungen des transnationalen Kapitals existiert eine transnationale Bourgeoisie in allen kapitalistischen Zentren. Ein transnationalisierter Machtblock benötigt Terrains, um mit den Spannungen und offenen Konflikten zwischen den in Konkurrenz stehenden Kapitalgruppen umzugehen, um organisiert zu werden, um einen „Allgemeinwillen“ zu formulieren. Bis jetzt stellen die mächtigen und internationalisierten nationalen Staaten dieses Terrain, aber neue Terrains entstehen in Form mehr oder weniger unabhängiger (relativ autonomer) internationaler politischer Institutionen. Letztere sind bisher noch relativ schwach. Doch ist absehbar, dass die Lockerung des transnationalen Kapitals von spezifischen Nationalstaaten zu wachsenden Widersprüchen führen wird, denn die Fähigkeit der Nationalstaaten, Kompromisse innerhalb des Machtblocks und in der Gesellschaft zu organisieren, nimmt ab (Wissel 2007: 194). Gleichwohl bleiben die Hegemonieapparate des erweiterten Staates weiterhin wesentlich nationalstaatlich organisiert und bilden die Basis für eine transnationale Hegemonie. Auch die Europäisierung sozialer Prozesse bleibt wesentlich an die

3 Und es unterscheidet sich auch vom neo-gramscianischen Konzept der „transnationalen Managerklasse“ (Robert Cox) oder der „transnationalen kapitalistischen Klassenfraktionen“ (Stephen Gill), da dort der Staat unterbetont bleibt.

Existenz nationaler Hegemonieapparate gebunden. Und schließlich besteht keine Entwicklungs-„Logik“ hin zu transnationalen Hegemonieapparaten, sondern das bleibt Bestandteil von Kontingenzen und sozialen Auseinandersetzungen.

Intellektuelle Funktion

Gramsci und später Poulantzas betonten die herrschaftsförmige Form der Arbeitsteilung, wobei sie den Schwerpunkt auf Klassen und die Trennung von Kopf- und Handarbeit legten. Doch das ist unschwer erweiterbar hin zur geschlechtsspezifischen, ethnisch strukturierten und internationalen Arbeitsteilung. Die Intellektuellen werden hierbei durch die Trennung von Hand- und Kopfarbeit konstituiert (GH 1: 98ff.) und spielen eine zentrale Rolle in der Konstitution und Reproduktion hegemonialer Verhältnisse, den damit verbundenen Formen von spezialisiertem Wissen und Alltagsverstand, von politischer, intellektueller und moralischer Führung. Intellektuelle im gramscianischen Sinne sind die Planungsstäbe in Unternehmen, Unternehmensberatungen, Investment-Firmen, WissenschaftlerInnen (insbesondere der Natur- und Ingenieurwissenschaften), PolitikerInnen u.a.. Dabei sind heute Intellektuelle angesichts der zunehmenden Arbeitsteilung immer stärker kollektive Akteure oder formale Organisationen. In diesem Sinne erfüllen auch internationale politische Institutionen intellektuelle Funktionen, denn sie schaffen Wissen, Orientierung, Führung und Konsens. Sie sind nicht nur Ausdruck von Kräfteverhältnissen, sondern aktiver Part in der Schaffung von Hegemonie. Den internationalen Staatsapparaten kommt hier eine zunehmend wichtige Bedeutung zu (etwa über die PISA-Studie der OECD oder den Emissionshandel der Klimarahmenkonvention).

4. Ausblick

Politik spielt auch und gerade unter den Bedingungen des globalisierten Kapitalismus eine Rolle. Zu fragen ist daher nach den konkreten Formen von Politik; das wird vor allem in der aktuellen Krise deutlich, muss aber theoretisch begriffen werden. Der skizzierte neo-poulantzianische Ansatz bietet einige Konzepte, um den internationalisierten Staat und insbesondere den internationalen Staatsapparat theoretisch zu begreifen und empirisch zu erforschen. Es handelt sich bislang eher um ein Forschungsprogramm,

das in den letzten Jahren vor allem vor dem Hintergrund internationaler Umweltpolitik und der Konflikte um die Aneignung genetischer Ressourcen entwickelt wurde (Görg/Brand 2006, Brand/Görg/Hirsch/Wissen 2008, Brand 2009a). Notwendig sind daher Einsichten anderer Konfliktfelder, um die Tragfähigkeit des Ansatzes besser einschätzen und die aktuellen Transformationsprozesse besser verstehen zu können. Einige offene und wichtige Fragen sind: Wie ist der transnationale Machtblock konkret organisiert, wie restrukturiert er sich in der aktuellen Krise und was bedeutet das für subalterne Akteure? Wie kann Staatsmacht unter den Bedingungen eines multiskalaren Staates konzeptualisiert werden? Kommt es zu Prozessen der Supranationalisierung, d.h. zu einer relativ starken Autonomie von internationaler Politik? Welches Verhältnis zwischen internationaler Politik und internationalem Recht lässt sich gegenwärtig konstatieren? Inwieweit handelt es sich auf internationaler Ebene um eine andere Materialität der internationalen Staatsapparate und müsste die politische Form auf der internationalen Ebene anders konzeptualisiert werden? Welche Rolle spielt das Recht? Was sind die Grenzen der Staatsintervention, insbesondere in die globalisierte, aktuell krisenhafte Ökonomie?

Der internationale Staatsapparat als „materielle Verdichtung sozialer Kräfteverhältnisse zweiten Grades“ betont strukturelle Momente und deren Transformation wie auch die Strategien von Akteuren und Kräfterelationen in der internationalen Politik. Hier müssen die Modi und Funktionen der Staatsapparate berücksichtigt werden. Ein Vorteil, den Staat als soziales Verhältnis zu begreifen, liegt darin, die recht komplexen staatlich-politischen und gesellschaftlichen Entwicklungen in ihrer gegenseitigen Konstitution zu begreifen. Bei der Analyse unterschiedlicher Staatsfunktionen, die nicht per se gesichert sind, geraten die spezifischen Stabilisierungsleistungen und Kontingenzen staatlicher Politik in den Blick. Auf der hier argumentierten abstrakten Ebene handelt es sich hier um die zentralen Funktionen. Zudem kann damit das asymmetrische Verhältnis unterschiedlicher Staatsapparate zueinander nicht als fehlende, noch herzustellende Kohäsion verstanden werden, sondern als Strukturmerkmal internationaler Politik.

Bei den vorgestellten Überlegungen handelt es sich hier um einen eher tastenden Versuch, eine wichtige Dimension des internationalisierten Staates zu konzeptualisieren. Inwieweit in Bezug

auf eine präzisere formanalytische Herangehensweise der Blick auf Existenzmodi und Funktionsweise trägt, muss die Diskussion zeigen. Es handelt sich um heuristische, Forschung anleitende Kategorien, die nicht die Mannigfaltigkeit nationaler und lokaler Staaten übergehen soll. Eine wichtige Annahme ist jedoch, dass die hier fokussierten internationalen Staatsapparate einem westlich-bürokratischen Organisationsmodell folgen. Insofern sind die Überlegungen zwar eurozentristisch, doch das rechtfertigt sich für die internationale Politik m.E. mit der Vormachtstellung der dominanten Länder. Begrifflich wie empirisch müssen die komplexen Prozesse der materiellen Verdichtung wie auch die Apparate selbst genauer untersucht werden (so auch die Anregung von Hirsch/Kannankulam in diesem Band und von Eva Hartmann in der Diskussion dieses Beitrages). Insofern handelt es sich hier in der Tat um ein kollektiv noch weiter zu entwickelndes und anzugehendes Forschungsprogramm.

Literatur

- Adolphs, Stefan/Demirović, Alex/Karakayalı, Serhat (Hg., 2009): Der kapitalistische Staat – ein verdichtetes Machtverhältnis? Baden-Baden (i.E.).
- Becksteiner, Mario/Opratko, Benjamin/Prausmüller, Oliver (Hg., 2009): Neo-Gramscianische Perspektiven in der IPÖ, Hamburg (i.E.).
- Behrens, Maria (Hg., 2005): Globalisierung als politische Herausforderung: Global Governance zwischen Utopie und Realität. Wiesbaden.
- Bieler, Andreas/Morton, Adam David (2006): Neo-Gramscian Perspectives in International Relations. In: Bieler, Andreas/Bonefeld, Werner/Burnham, Peter/Morton, Adam David (Hg.): Global Restructuring, State, Capital and Labour. Contesting Neo-Gramscian Perspectives. Houndmills/New York, 9-27.
- Bieling, Hans-Jürgen (2007): Die Konstitutionalisierung der Weltwirtschaft als Prozess hegemonialer Verstaatlichung – staatstheoretische Reflexionen aus der Perspektive einer neo-gramscianischen IPÖ. In: Buckel, Sonja/Fischer-Lescano, Andreas (Hg.): Hegemonie gepanzert mit Zwang. Zivilgesellschaft und Politik im Staatsverständnis Antonio Gramscis. Baden-Baden, 143-160.
- Braithwaite, John/Drahos, Peter (Hg., 2000): Global Business Regulation. Cambridge.
- Brand, Ulrich (2009a): The internationalised state and its functions and modes in the global governance of biodiversity. A neo-Poulantzian interpretation. In: Kütting, Gabriela/Lipschutz, Ronnie (Hg.): Envi-

- ronmental Governance. Power and knowledge in a local-global world. London, 100-123.
- (2009b): Globalisierung als Krise des Fordismus und ihrer Überwindung. Poulantzas' Überlegungen zur Internationalisierung von Politik und Ökonomie. In: Adolphs, Stefan/Demirović, Alex/Karakayali, Serhat (Hg.): Der kapitalistische Staat – ein verdichtetes Machtverhältnis? Baden-Baden (i.E.).
- Brand, Ulrich/Görg, Christoph/Wissen, Markus (2007): Verdichtungen zweiter Ordnung. Die Internationalisierung des Staates aus einer neopoulantzianischen Perspektive. In: *Prokla* 37(2), 217-234.
- Brand Ulrich/Görg Christoph/Hirsch Joachim/Wissen Markus (2008): Conflicts in Global Environmental Regulation and the Internationalization of the State. Contested Terrains. London und New York.
- Brand, Ulrich/Sekler, Nicola (Hg., 2009): Postneoliberalism. A beginning debate. *Development Dialogue* Nr. 51 der Dag-Hammarskjöld-Stiftung, Uppsala.
- Brenner, Neil (2004): *New State Spaces. Urban Governance and the Rescaling of Statehood*, Oxford/New York.
- Brethauer, Lars/Gallas, Alexander/Kannankulam, John/Stützle, Ingo (Hg., 2006) Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie. Hamburg.
- Buckel, Sonja (2007): Subjektivierung und Kohäsion. Zur Rekonstruktion einer materialistischen Theorie des Rechts. Weilerswist.
- Buckel, Sonja/Wissel, Jens (2001): Age of Empire. In: *Das Argument* 43(3), 416.
- Çağlar, Gülay (2009): Engendering der Makroökonomie und Handelspolitik. Potenziale transnationaler Wissensnetzwerke. Wiesbaden: VS.
- Commission on Global Governance (1996): *Our Global Neighbourhood*. Oxford.
- Cox, Robert W. (1993): Gramsci, Hegemony and Intenational Relations: An Essay in Method. In: Gill, Stephen (Hg.): *Gramsci, Historical Materialism and International Relations*. Cambridge, 49-66.
- Demirović, Alex (2007): Nicos Poulantzas. Eine kritische Auseinandersetzung. Münster.
- Elson, Diane (1994): Micro, Meso, Macro: Gender and Economic Analysis in the Context of Policy Reforms. In: Bakker, Isabella (Hg.): *The Strategic Silence: Gender and Economic Policy*. London, 33-45.
- Fischer, Anita (2008): Von gesellschaftlicher Arbeitsteilung über Geschlecht zum Staat. Eine geschlechtertheoretische Auseinandersetzung mit dem Staat bei Nicos Poulantzas. In: Wissel, Jens/Wöhl, Stefanie (Hg.): *Staatstheorie vor neuen Herausforderungen. Analyse und Kritik*. Münster, 50-69.

- Gill, Stephen (1995): Globalization, Market Civilization and Disciplinary Neo-Liberalism. In: *Millennium* 24(3), 399-424.
- Görg, Christoph/Brand, Ulrich (2006): Global Regulation of Genetic Resources and the Internationalization of the State. In: *Global Environmental Politics* 6(4), 101-123.
- GH – Gramsci, Antonio (1991ff): *Gefängnishefte*, hrsg. von Bochmann, Klaus; Haug, Wolfgang-Fritz. Hamburg/Berlin.
- Hasenclever, Andreas/Mayer, Peter/Rittberger, Volker (1997): *Theories of International Regimes*. Cambridge.
- Hardt, Michael/Negri, Antonio (2000): *Empire*. London.
- Held, David/Koenig-Archibugi, Mathias (Hg., 2005): *Global Governance and Public Accountability*. Malden.
- Hirsch, Joachim (1983): Nach der „Staatsableitung“. Bemerkungen zur Reformulierung einer materialistischen Staatstheorie. In: *Argument-Sonderband* 100, 158-170.
- Hirsch, Joachim (1993): Internationale Regulation. Bedingungen von Dominanz, Abhängigkeit und Entwicklung im globalen Kapitalismus. In: *Das Argument* 198, 195-222.
- (2005): *Materialistische Staatstheorie: Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems*. Hamburg.
- Hooghe, Liesbet/Marks, Gary (2001): *Multi-Level Governance and European Integration*. Lanham.
- Jessop, Bob (2008): *State Power*. Cambridge.
- (2002): *The Future of the Capitalist State*. Cambridge.
- (1990): *State Theory. Putting the Capitalist State in its Place*. Cambridge.
- Kannankulam, John (2007): *Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus. Zur Rekonstruktion und Relevanz eines staatstheoretischen Konzepts von Nicos Poulantzas*. Hamburg.
- Keohane, Robert O. (1990): Multilateralism: An Agenda for Research. In: *International Journal* 45(4), 731-764.
- Martin, Lisa L./Simmons, Beth A. (1998): Theories and Empirical Studies of International Institutions. In: *International Organization* 52(2), 729-757.
- Meyer, John W./Rowan, Brian (1977): Institutionalized Organizations: Formal Structures as Myth and Ceremony. In: *American Journal of Sociology* 83(2), 340-363.
- Offe, Claus (1975): *Berufsbildungsreform. Eine Fallstudie über Reformpolitik*. Frankfurt/M.
- Picciotto, Sol (2007): Internationale Transformationen des Staates, In: *Prokla* 147, 251-272
- Pierre, Jon/Peters, B. Guy (2000): *Governance, Politics and the State*. New York.

- Poulantzas, Nicos (1973): Die Internationalisierung der kapitalistischen Verhältnisse und der Nationalstaat. In: Hirsch, Joachim/Jessop, Bob/Poulantzas, Nicos (Hg., 2001): Die Zukunft des Staates. Hamburg, 19-69.
- (2002): Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Sozialistische Demokratie. Hamburg.
- Prügl, Elisabeth (2004): International Institutions and Feminist Politics. In: *Brown Journal of World Affairs* 10(2), 69-84.
- Reinicke, Wolfgang H./Brenner, Thorsten/Witte, Jan Martin (2001): Global Public Policy: Globalisierung gestalten durch globale Politiknetzwerke. In: Oberreuther, Heinrich (Hg.): *Global Denken. Mensch – Recht – Staat. Ein Dreiecksverhältnis der internationalen Politik im Umbruch*. München, 1-16.
- Robinson, William I. (2004): *A Theory of Global Capitalism. Production, Class, and State in a Transnational World*. Baltimore, London.
- Sauer, Birgit (2001): Die Asche des Souveräns. Staat und Demokratie in der Geschlechterdebatte. Frankfurt/M., New York.
- Shaw, Martin (2000): *Theory of the Global State. Globality as an Unfinished Revolution*. Cambridge.
- ten Brink, Tobias (2008): *Geopolitik. Geschichte und Gegenwart kapitalistischer Staatenkonkurrenz*. Münster.
- Teubner, Gunther (2000): Privatregimes: Neo-Spontanes Recht und duale Sozialverfassungen in der Weltgesellschaft. In: Dieter Simon/Manfred Weiss (Hg.): *Zur Autonomie des Individuums*. Baden-Baden, 437-453.
- Wade, Robert Hunter (2002): US hegemony and the World Bank: the fight over people and ideas. In: *Review of International Political Economy* 9(2), 215-243.
- Wissel, Jens (2007): Die Transnationalisierung von Herrschaftsverhältnissen. Zur Aktualität von Nicos Poulantzas' Staatstheorie. Baden-Baden.
- Wissel, Jens/Wöhl, Stefanie (Hg., 2008): *Staatstheorie vor neuen Herausforderungen. Analyse und Kritik*. Münster.
- Wissen, Markus (2007): Politics of Scale. Multi-Level Governance aus der Perspektive kritischer (Raum-)Theorien. In: Brunnengräber, Achim/Walk, Heike (Hg.): *Multi-Level-Governance. Klima-, Umwelt- und Sozialpolitik in einer interdependenten Welt*. Baden-Baden, 229-249.
- Wissen, Markus/Brand, Ulrich (2009): Approaching the Internationalization of the State. In: *Antipde* (i.E.).
- Wöhl, Stefanie (2007): *Mainstreaming Gender? Widersprüche europäischer und nationalstaatlicher Geschlechterpolitik*, Königstein/Taunus.

Eva Hartmann

Alles was Recht ist – Recht in der IPÖ¹

Stephen Gills Begriff des neoliberalen Konstitutionalismus hat in den letzten Jahren eine breite Rezeption innerhalb einer kritisch orientierten Internationalen Politischen Ökonomie (IPÖ) erfahren. Im Kern will dieser Begriff die neue Durchsetzungsmacht internationaler Politik, wie sie sich im Rahmen der Welthandelsorganisation (WTO) und noch stärker im Rahmen der Europäischen Union (EU) herausgebildet hat, theoretisch erfassen. Gill sieht hierin eine langfristige Absicherung der neoliberalen Agenda, die von der transnationalen Fraktion der kapitalistischen Klassen der Welt verfolgt wird (Gill 2003: 168). In diesem Beitrag möchte ich zeigen, dass diese Sichtweise die besondere Qualität der Konstitutionalisierung internationalen Rechts unbeleuchtet lässt, da Recht letztendlich nur als ein Instrument der Mächtigen verstanden wird. Wichtige Erkenntnisse zu den hegemonietheoretischen Implikationen der gegenwärtigen Transformation internationaler Beziehungen drohen hierdurch verloren zu gehen.² In diesem Beitrag möchte ich am Begriff der Konstitutionalisierung festhalten, ihn jedoch theoretisch anders fundieren, um die soziale Dimension dieser Transformation herauszustreichen. Hierzu greife ich

-
- 1 Ich danke Sonja Buckel, John Kannakulam und Hans Pühretmayer, wie auch den TeilnehmerInnen des Wiener Workshops für ihre Anmerkungen und Kritik an früheren Fassungen dieses Beitrages.
 - 2 Mein theoretisches Ziel ist es, eine breitere Perspektive mit neuen Fragestellungen zu entwickeln, die die Veränderung internationaler Verhältnisse als eine Transformation internationaler sozialer Verhältnisse begreift. Entsprechend bevorzuge ich den Begriff „internationale Beziehungen“ gegenüber dem Begriff „internationale Politik“; allerdings in Abgrenzung zum dominanten Verständnis, das auf einen engen Politikbegriff rekurrierend hierunter vor allem diplomatische Beziehungen versteht. In meinen Ausführungen steht vielmehr das Moment der Beziehung im Mittelpunkt. Im englischen Begriff *international relations* kommt die Dimension der darin eingelassenen Verhältnisse noch stärker zum Ausdruck.

rechtstheoretische Überlegungen auf, wie sie im Anschluss an Eugen Paschukanis und Nicos Poulantzas weiterentwickelt wurden, um sie auf das internationale Recht anzuwenden. Im Mittelpunkt stehen vor allem formanalytische Überlegungen, die Recht von Politik gesondert verstehen, um die Eigenheit von Recht zu betonen. Wie ich zeigen möchte, tendiert dieser Ansatz allerdings dazu, die Verselbständigung von Recht zu stark zu betonen und gerade die komplexe Interaktion zwischen Recht und Politik auf internationaler Ebene zu unterschätzen. Die Komplexität tritt besonders dort zu Tage, wo sozialpolitische Fragen tangiert werden: mit anderen Worten, in den Bereichen, die zentral für die Hegemoniebildung sind. Eine Analyse des Konstitutionalisierungsprozesses in diesen Bereichen gibt interessante Einsichten in die gegenwärtige Veränderung internationaler Politik und den darin eingelassenen Hegemoniebildungsprozess. Dies soll am Beispiel der sozialpolitischen Dimension der WTO-Regulierungen und der EU illustriert werden.

Die Konstitutionalisierung internationalen Rechts

Die Transformation des internationalen Rechts hat mittlerweile breite Aufmerksamkeit innerhalb der Internationalen Beziehungen und Europastudien gefunden (Pauwelyn 2006; Petersmann 1998; Cass 2001; Howse 2006; Stone 1994). Die Transformation wird in der Regel entlang von fünf Merkmalen beschrieben. Zum einen ist es die organisatorische Kapazität die Einhaltung von internationalem Recht zu überwachen. Diese Kapazität ist mit der Einrichtung des WTO-Streitschlichtungsgremiums auf internationaler Ebene gestärkt worden und ist ein zentrales Merkmal der EU mit ihrem Gerichtshof. Ein zweites Merkmal ist die Integration unterschiedlicher Regulierungen und Pflichten in eine hierarchisierende Ordnung, die entlang von Grundnormen organisiert ist. Auch hier ist die EU am weitesten fortgeschritten. Doch auch im Rahmen der WTO werden unterschiedliche Sektoren unter einige wenige Grundnormen subsumiert und so in ein Verhältnis zueinander gesetzt. Der Jurist Jose Alvarez nennt die WTO entsprechend eine „linkage machine“ (Alvarez 2002). Das dritte Merkmal ist ein hohes Maß an Spezifizierung und Formalisierung der Auflagen, die in der Konsequenz den Interpretationsspielraum auf nationaler Ebene deutlich begrenzen. Die Einführung des Individuums als Rechtssub-

jekt des internationalen Rechts ist ein weiteres Merkmal. Auch hier übernimmt die Europäische Union eine Vorreiterrolle. Der Auftakt bildete die Rechtssache Van Gend en Loos, bei der der Europäische Gerichtshof (EuGH) im Jahre 1963 entschied, dass nicht nur die europäischen Mitgliedstaaten, sondern auch deren Bürger und Bürgerinnen Gegenstand der europäischen Rechtsordnung sind (Rs. 26/62EuGH 1963; siehe Weiler 1991: 2422). Entsprechend sind Klagen nicht alleine der Kommission und den Mitgliedstaaten vorbehalten, sondern können auch von Privatpersonen angestrebt werden, sofern die entsprechenden Regeln präzise genug sind. Eine Reihe weiterer Urteile hat in der Folge diese Neuausrichtung bestätigt und weiter ausgebaut (Joerges 2002: 5). Die Schaffung der Charta der Grundrechte in der Europäischen Union, die mit dem Lissabonner Vertrag einen rechtsverbindlichen Charakter erhält, kann als eine weitere Etappe der „Individualisierung“ der internationalen Rechtsstaatlichkeit betrachtet werden. Auf internationaler Ebene ist dieser Trend ebenfalls zu beobachten, wenn auch weniger deutlich ausgeprägt. So erlaubt der vor einigen Jahren ins Leben gerufene Internationale Strafgerichtshof Individuen für Völkermord, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Kriegsverbrechen zur Verantwortung zu ziehen (Gaeta 1999; für eine kritische Analyse der Rolle der USA in diesem Prozess siehe Cerone 2007). Hierbei können Klagen von Individuen und Nichtregierungsorganisationen von der Kammer, die mit der Untersuchung beauftragt ist, berücksichtigt werden. Ein ähnliches Verfahren ist 1998 im Rahmen der WTO eingeführt worden mit der Möglichkeit, Gutachten von privaten Akteuren als sogenannte *amicus curiae*, bei einer Streit-schlichtung zu berücksichtigen (siehe Smith 2004; Gal-Or 2008).

Grenzen des Konstitutionalisierungsprozesses

Ein Konstitutionalisierungsprozess ist somit sowohl im Rahmen der EU als auch der WTO zu konstatieren. Um die Transformation und ihre Ermöglichungsbedingungen genauer in den Blick zu bekommen, ist allerdings auch ein Blick auf seine Grenzen zu werfen. Solche zeichnen sich am deutlichsten beim Allgemeinen Dienstleistungsabkommen (GATS) ab, dessen Auflage, einem „positiven Listen-Ansatz“ folgend, in der Regel nur für diejenige Dienstleistungssektoren gelten, die explizit eingeschlossen sind. Der Jurist Richard Senti bezeichnet daher die „Unvollkommen-

heit“ als ein Merkmal des GATS (vgl. Senti 2000: 603). Diese unvollständige Konstitutionalisierung steht im Gegensatz zum Allgemeinen Zoll- und Handelsabkommen (GATT), dessen Auflagen und Liberalisierungsschritte für alle Bereiche gelten, die nicht explizit ausgeschlossen sind. Nichtsdestoweniger soll die Unvollkommenheit des GATS in aufeinander folgenden Verhandlungen allmählich überwunden werden. Mit anderen Worten, die Konstitutionalisierung findet in Etappen statt.

Die Besonderheit des GATS ist aus gesellschaftstheoretischer Sicht bemerkenswert. Sie ist darauf zurückzuführen, dass die Auflagen des GATS weit in die nationale Rechts- und Politikgestaltung hinein reichen, da Dienstleistungen in der Regel stark reguliert sind, ja oft Tätigkeiten umfassen, die ehemals Staatsaufgaben waren, wie beispielsweise Bildung oder das Fernmelde- und Postwesen. Zudem umfassen die Dienstleistungen, die unter das GATS-Regime fallen können, so unterschiedliche Bereiche wie Finanz- und Informatikdienstleistungen, Tourismus, Marketing aber auch Sozialdienstleistungen, um nur einige Beispiele zu nennen. Im Gegensatz zum Güterhandel war es den Mitgliedstaaten nicht gelungen, einen generischen Begriff von Dienstleistung zu definieren. In den Verhandlungen zur Vorbereitung des GATS einigte man sich, eine Klassifikation von Dienstleistungssektoren auf Grundlage des Klassifizierungssystems der Vereinten Nationen zur Erfassung aller wirtschaftlichen Aktivitäten vorzunehmen (siehe Koehler 1999: 28).³ Die Schwierigkeit einen generischen Begriff zu finden, der von der Diversität der konkreten Dienstleistung abstrahiert, zeichnet somit das Vorhaben den Dienstleistungshandel auf globaler Ebene zu verallgemeinern aus.

Wenig Aufmerksamkeit hat bislang eine zweite Unvollständigkeit des GATS gefunden, die noch direktere Konsequenzen für die Steuerungs- und Sozialpolitik eines Landes hat. Während der Uruguay-Runde, als das GATS-Abkommen verhandelt wurde, beschlossen die Mitgliedsstaaten, die Regulierung der Subvention, des öffentlichen Beschaffungswesens und der Schutz- und

3 Es handelt sich hierbei um die *International Standard Industrial Classification*. Bislang umfasst die GATS-Liste 155 verschiedene Kategorien, die in zwölf Hauptgruppen unterteilt sind (siehe Fritz and Scherrer 2002: 13). Diese Liste kann bei Bedarf fortgeschrieben werden (siehe Falke 2004: 41).

Qualitätsauflagen für ausländische Dienstleistungserbringern der WTO/GATS zu unterstellen (GATS Art. VI, Art. XIII, Art. XV). Es soll sichergestellt werden, dass diese nicht die GATS-Auflagen konterkarieren, sondern in deren Sinn angewendet werden (zu Art. VI siehe Delimatsis 2007; Swenarchuk 2000; WTO/WPPS 1996; zum öffentlichen Beschaffungswesen Arrowsmith 2003; Trepte 2004; Reich 1999). Die GATS-Regeln sollen, mit anderen Worten, den Handlungsspielraum der Staaten definieren, innerhalb dessen sie Subventionen, das öffentliche Beschaffungswesen, aber auch die Schutz- und Sicherheitsauflagen gegenüber ausländischen Anbietern regeln. Interessanterweise nimmt der GATS-Vertrag jedoch keine Konkretisierung seiner Auflagen vor. So besagt Artikel VI.4 zur innerstaatlichen Regulierung, dass die Auflagen zu Qualifikations- und Zulassungsaufgaben sich alleine auf die Kompetenz des Dienstleistungserbringers und seine Fähigkeit, die Dienstleistung zu erbringen, beziehen dürfen (Art. VI.4a). Die Auflagen sollen hierbei nicht handelshinderlicher sein als notwendig, um die Qualität der Dienstleistung zu sichern (Art. VI.4b). Die Konkretisierung dieser vagen Vorgaben wird jedoch an eine nach gelagerte Ausarbeitung delegiert. Darin unterscheidet sich dieses Abkommen deutlich vom GATT.⁴ Mit dieser positiven Integration *à venir* tritt eine weitere Unvollständigkeit zu Tage.⁵ Mit der Konkretisierung wurden die

4 Im GATT werden solche Schutz- und Qualitätsstandards durch die Übereinkommen über technische Handelshemmnisse und das Übereinkommen über sanitäre und phytosanitäre Maßnahmen geregelt.

5 Mit positiver Integration sind internationale Standards gemeint, auf die sich die Nationalstaaten geeinigt haben. So spricht Federico Ortino bei den Schutzstandards im Rahmen des GATT, die durch das TBT- und SPS-Abkommen geregelt sind, von einer „positiven Integration in *stricto sensu*“ (Ortino 2004: 26). Eine solche Integration sieht er auch in Art. VI des GATS. Hierbei übersieht er jedoch, dass die Standards in Art. VI, wie sie im Vertrag stehen, so vage formuliert sind, dass kaum von einer wirkungsvollen positiven Integration gesprochen werden kann. Daher spreche ich hier von einer positiven Integration *à venir*. Mit negativer Integration meine ich die Aufhebung von nationalen Regulierungen, die als handelshinderlich betrachtet werden. Ich folge hierbei John Pinders Definition von negativer Integration, die auch das Moment der Nichtdiskriminierung beinhaltet, solange hierbei die Nichtdiskriminierung nicht entlang internationaler Standards definiert ist (Pinder 1968: 90). Damit grenze ich mich nochmals kritisch von einer Reihe von AutorInnen ab, die unter negativer Integration marktschaffende Maßnahmen und unter

WTO-Arbeitsgruppen *GATS-rules* and *domestic regulations* beauftragt. Einmal definiert, sollen die Auflagen von den Mitgliedstaaten verabschiedet werden, um ihnen einen verbindlichen Charakter zu verleihen, so dass sich in einem Streitfall auch das Streitschlichtungsverfahren darauf beziehen kann. Im Umkehrschluss bedeutet dies jedoch, dass, solange die Auflagen nicht konkretisiert sind, sie auch nicht Gegenstand einer Streitschlichtung sein können. Für unsere Untersuchung ist nun entscheidend, dass bislang keine dieser Arbeitsgruppen, auch nach rund 13 Jahren Verhandlung, die im Vertrag eingeforderte Konkretisierung zu einem Abschluss bringen konnte (WTO/Working Party on GATS Rules 2009). Dies bleibt nicht ohne Konsequenzen für das Streitschlichtungsverfahren, das sich bislang nur bedingt auf Art. VI, Art. XIII, Art. XV in seiner Entscheidungsfindung beziehen konnte.⁶ Damit scheiterte beim GATS bislang der Versuch einer positiven Integration bei Fragen von Schutz- und Qualitätsstandards.

Die bisher fehlende Konkretisierung der Qualitäts- und Sicherheitsauflagen für ausländische Dienstleistungsanbieter ist umso bemerkenswerter, wenn deren strategische Bedeutung insbesondere im Bereich der Dienstleistungserbringung durch natürliche Personen in Betracht gezogen wird. Durch diese Regelung zeitweiser Migration ist das GATS ein Migrationsabkommen (vgl. Newland 2005: 8-10). Dieser Aspekt ist für die Länder des Südens von besonderem Interesse, da sie hiervon am ehesten profitieren können (siehe Chaudhuri, Mattoo et al. 2004; WTO/CTS 2000; WTO/WPDR 2005). Liberalisierungszugeständnisse in diesem Bereich nehmen entsprechend eine Schlüsselstellung beim Aufbau einer Nord-Süd-Allianz ein. Qualifikationsauflagen für aus-

positiver Integration markteinbettende Maßnahmen verstehen (vgl. Scharpf 2008). Wie das GATS-Beispiel deutlich macht, bedarf es häufig einer positiven Integration, um einen Markt zu schaffen.

- 6 So bezog sich das Streitschlichtungsgremium bei seiner Entscheidung im sogenannten „gambling case“, bei dem Antigua und Barbuda 2003 die USA wegen fehlender Einhaltung von Liberalisierungsverpflichtungen bei Internet-Glückspielen bei der WTO verklagten, bezeichnenderweise vor allem auf Fragen des Marktzugangs, geregelt durch Art. XVI, und nicht auf die Auflagen zur Qualitätssicherung und Zulassung von Art. VI (WTO/Panel 2004: 229-231; siehe auch Delimatsis 2007; Krajewski 2005). Der Grund hierfür ist in der noch viel zu allgemeinen Standards von Art. VI.4 zu sehen, die ohne Konkretisierung keine Relevanz für einen konkreten Fall haben.

ländische Anbieter drohen allerdings den Zugang ausländischer Anbieter auch bei eingegangenen Liberalisierungsverpflichtungen zu verhindern. Mit anderen Worten: Selbst wenn ein Land seinen Markt für bestimmte Berufsgruppen und SpezialistInnen öffnet, können seine Qualifikationsanforderungen so hoch oder so länderspezifisch sein, dass sie die Liberalisierungsverpflichtung faktisch wirkungslos machen. Gills klassentheoretischer Perspektive zufolge müsste eine transnationale Fraktion der kapitalistischen Klassen großes Interesse haben, die Auflagen so zugangsfreundlich wie möglich zu gestalten, um die Unterstützung der Länder des Südens für die Liberalisierung in den anderen Bereichen zu gewinnen, von denen die Unternehmen des Nordens in erster Linie profitieren. Der bisherige Misserfolg bei der Personenfreizügigkeit Kriterien für die Qualifikationsauflagen zu bestimmen, ist mit unter auf die bildungspolitischen Konsequenzen solcher Regeln zurück zu führen. Sie würden direkt in die bildungspolitische Hoheit eines Nationalstaates und die Sonderrechte von Berufsverbänden intervenieren und damit ein Kernelement der Hegemoniebildung berühren. Entsprechend zeigen sich die Mitgliedstaaten äußerst zurückhaltend, einer internationalen Ebene mögliche Kompetenzen in diesem Bereich einzuräumen.

Dies gilt für die WTO, aber interessanterweise auch für die Europäische Union, bei der der Konstitutionalisierungsprozess deutlich weiter fortgeschritten ist. So haben die EU-Mitgliedstaaten der EU bislang nur sehr zögerlich sozialpolitische Kompetenzen eingeräumt (siehe Schulte 2004; Daly 2006; Falkner 2004). Dies fällt noch deutlicher bei der Bildungspolitik aus (siehe Hartmann im Erscheinen; Murphy 2003). Die Harmonisierung der Bildungspolitik, wie sie sich in Europa in den letzten Jahren im Rahmen des Bologna-Prozesses abzeichnet, findet in erster Linie außerhalb des institutionellen Rahmens der EU statt.⁷ Damit wollten die

7 Allerdings muss hier nochmals zwischen Berufsbildung und allgemeiner Bildung unterschieden werden. Im Bereich der Berufsbildung, die der Wirtschaftspolitik zugeordnet wird, hat die EU durchaus Kompetenzen. Zudem können die Mitgliedstaaten verpflichtet werden, ihre Berufsbildung gegenseitig anzuerkennen. In den 1970er Jahren wurde eine Reihe von sektoriellen Anerkennungsrichtlinien verabschiedet, die 1989 durch eine allgemeine Anerkennungsrichtlinie (89/48/EWG) ergänzt wurde. 2005 konsolidierte die Gemeinschaft diese beiden Typen von Anerkennungsrichtlinien in der

Mitgliedstaaten nicht zuletzt verhindern, dass der EuGH durch seine Rechtsprechung in diesen Harmonisierungsprozess mit eigenen Standards intervenieren und so den intergouvernementalen Normbildungsprozess unterlaufen konnte. Eine ähnliche intergouvernementale Strategie wählten die EU-Mitgliedstaaten auch für die anderen sozialpolitischen Bereiche, deren Harmonisierung ebenfalls nicht in einem supranationalen Rahmen, sondern in erster Linie durch die intergouvernementale Strategie der Offenen Methode der Koordinierung vorangetrieben wird (siehe Behning 2004; Trubek and Trubek 2005). Das heißt, auch auf der europäischen Ebene sind die Bereiche, die eng mit der Sozialpolitik verbunden sind, tendenziell dem supranationalen Rechtsetzungsprozess entzogen. Versuche des EuGHs seine Rechtsprechung in diesem Bereich auszudehnen sind somit enge Grenzen gesetzt und drohen auf mangelnde Akzeptanz bei den Mitgliedstaaten zu stoßen. Wie der Bologna-Prozess und die Offene Methode der Koordinierung jedoch zugleich deutlich macht, bleibt die Politik in diesen Bereichen aber nicht länger auf die nationale und subnationale Ebene begrenzt, sondern erfährt vielmehr entlang eines intergouvernementalen Politikprozesses eine Europäisierung. Im

Richtlinie 2005/36/EG. Trotz der Kompetenz der EU in diesem Bereich, begleitet von einer Reihe von EuGH-Entscheidungen, fällt die Wirkung dieser Richtlinie für eine flächendeckende gegenseitige Anerkennung relativ bescheiden aus, da sie europäische Bildungsstandards nur in einem sehr begrenzten Ausmaß definieren. Die fehlende positive Integration räumt entsprechend den Nationalstaaten oder den entsprechenden Berufsverbänden großen Interpretationsspielraum ein. Erst die Bildungsstandards, wie sie im Rahmen des Bologna-Prozesses etabliert wurden, verringern den nationalen Interpretationsspielraum deutlich und vereinfachen entsprechend den Anerkennungsprozess. In diesem Sinn ist der Europäische Qualifikationsrahmen zu verstehen, den das Europäische Parlament und der Rat den Mitgliedstaaten im Jahre 2008 einzurichten empfahlen, um die gegenseitige Vergleichbarkeit und letztlich die Anerkennung aller (Aus)Bildungsformen zu erleichtern (Europäischer Rat 2008). Die entscheidenden Kriterien für die Vergleichbarkeit im Berufsbildungsbereich sind bezeichnenderweise nicht im Rahmen der EU, sondern im Rahmen des Bologna-Prozesses entwickelt und erst später im Rahmen des sogenannten Kopenhagen-Prozesses auf die Berufsbildungsbereich übertragen worden (Rat der Europäischen Union 2002; ausführlicher hierzu siehe Hartmann im Erscheinen).

supranationalen Rahmen wurde so eine intergouvernementale Ebene eingezogen.

Welche Schlussfolgerungen lassen sich hieraus für unser Verständnis der Konstitutionalisierung internationalen Rechts ziehen? Im Nachfolgenden werde ich verschiedene kritische Ansätze zur Konstitutionalisierung diskutieren, um zu beleuchten welche Antwort sie auf diese spezifische Interaktion zwischen Internationalisierung/Supranationalisierung zu geben vermögen.

Recht als Disziplinierungsinstrument

Wie schon ausgeführt, sieht Gill in der Konstitutionalisierung vor allem eine Stärkung der Durchgriffsmacht internationaler Regeln, in denen sich die Interessen der transnationalen Fraktion der Bourgeoisie artikulieren. Recht wird hierbei instrumentalistisch verstanden. Von den Eliten usurpiert, erlaubt es einer „Kommandobrücke“ gleich von oben Befehle zu erteilen.⁸ Recht ist in diesen Überlegungen einfach ein weiteres Instrument der Mächtigen. Die Supranationalisierung und Präzisierung erlaubt den Druck auf die nationale Politik zu erhöhen, um so die Durchsetzung der neoliberalen Agenda voranzutreiben. Ein von den Regierungen relativ unabhängiges Überwachungsorgan verringert die Wahrscheinlichkeit, dass Regierungen mit Blick auf mögliche Wahlen nationale Zugeständnisse machen, die den Interessen des transnationalen Kapitals zuwider laufen. Warum Recht eine solche Wirksamkeit erreichen kann, was das Besondere von Recht im Gegensatz zur Politik ist und warum es diese Wirkung besitzt, bleibt hierbei offen. Auch kann dieser Ansatz nicht erklären, warum in den Bereichen, die sozial- und bildungspolitische Belange betreffen, eine solche supranationale Strategie nicht erfolgreich war. Der Mißerfolg ist umso erstaunlicher angesichts der strategischen Bedeutung der Liberalisierung des Personenverkehrs bei der Organisation einer Unterstützungsbasis in den Ländern des Südens für das gesamte GATS-Projekt. Aus reinem Machtkalkül müsste die Konkretisierung der Schutz- und Qualifikationsstandards längst vollzogen

8 Diese elitentheoretische Verkürzung von Gramscis Hegemoniebegriff lässt sich auch bei anderen Neo-Gramscianern finden, die aus einer Analyse von Elitennetzwerken den Wandel internationaler Politik erklären wollen (vgl. van der Pijl 1998; Plehwe and Welpen 1999; van Apeldoorn 2001; kritisch hierzu Scherrer 1998; Borg 2001).

worden sein. Formanalytische Überlegungen erlauben die strukturelle Bedeutung von Recht jenseits eines rein instrumentellen Verständnisses besser in den Blick zu bekommen.

Recht als Form

Im Kern einer formtheoretischen Rechtstheorie steht die Frage, warum in einer Gesellschaft Recht zu einem wesentlichen Vergesellschaftungsmechanismus wird. Im Mittelpunkt stehen, mit anderen Worten, die systemischen Erfordernisse der bürgerlichen Gesellschaft. Zentrale Referenz ist hierbei Paschukanis' marxistische Rechtstheorie und dessen Kritik der Vertragstheorie. Paschukanis betrachtet hierbei die Vorstellung von Recht als ein eigenes System von Regeln, wie sie Kelsens reine Rechtslehre prägnant formuliert, nicht einfach als eine ideologische Verzerrung von Wirklichkeit oder als simples Machtinstrument. Vielmehr gilt es zu verstehen, warum das Recht den Anschein erhält, ein den sozialen Kämpfen scheinbar enthobenes Instrument zu sein: ein scheinbar neutrales Medium, das niemandem gehört und das bei Konflikten zu vermitteln erlaubt. Unrecht ist hiernach, wenn sich manche gesellschaftlichen Gruppen dem Recht entziehen können. Recht ist hingegen, wenn alle Menschen ihm gleichermaßen unterworfen sind. Doch gerade hierdurch wird die Reproduktion einer kapitalistischen Produktionsweise gesichert. Diese veränderte Perspektive ist ein wesentlicher Gewinn für eine kritische Analyse des internationalen Rechts, die über eine Ideologiekritik hinausgehen will. Recht als Form ist nicht nur ein Produkt juristischer Diskurse, sondern es tritt den Menschen als ein Verhältnis entgegen, das sie nicht aus bewusster Wahl eingehen, sondern zu dem sie, so Paschukanis, durch die Produktionsverhältnisse gezwungen werden. Dieser Ansatz ist von einer formanalytischen Ausrichtung gekennzeichnet, die wir, sehr allgemein formuliert, als eine Theorie der Verselbständigung der Ereignisse menschlicher Handlungen verstehen können. Der Wunsch die Verselbständigung des Rechts gegenüber den sozialen Kämpfen in den theoretischen Griff zu bekommen, mag mitunter der Grund gewesen sein, warum sich Paschukanis auf das Privatrecht konzentriert.⁹

9 Die meisten Rezeptionen sehen in dieser Privilegierung allerdings in erster Linie einen Ökonomismus, der nicht von der Hand zu weisen

Recht zwischen Gleichheit und Differenz

Im Mittelpunkt des Rechts steht die Gleichzeitigkeit von Differenz und Gleichheit. Um diesen Prozess theoretisch zu beschreiben, rekurriert Paschukanis auf Marx' Unterscheidung zwischen Gebrauchs- und Tauschwert. Die Vermittlung zwischen dieser Differenz hat Marx zur Grundlage genommen, um einen zentralen Vergesellschaftungsmodus in kapitalistischen Gesellschaften zu beschreiben. Ausgangspunkt für Marx ist die Situation, dass die Einzelnen ihre individuelle Arbeit in unkoordinierter Privatarbeit verausgaben und hierbei nicht alleine für ihren eigenen Bedarf produzieren. Die privaten Produzenten, respektiv die Eigentümer der privat produzierten Waren, müssen sich entsprechend zueinander in ein Verhältnis setzen, vermittelt über den Markt, der durch Konkurrenz gekennzeichnet ist. Auf dem Markt realisiert sich zudem das zentrale Motiv der Produktion, der Mehrwert. Das heißt, um das der Produktion zugrunde liegende Ausbeutungsverhältnis in Wert zu setzen, muss ein bestimmtes Tauschverhältnis eingegangen werden, das wiederum erst möglich wird, wenn von dem je unterschiedlichen Gebrauchswert der Ware abstrahiert wird. Die Geldform ermöglicht diese relationale Wertbildung zu verallgemeinern. Sie erhält die Rolle des allgemeinen Äquivalents, in dem alle Waren ihren (Tausch-)Wert repräsentieren können. Mit anderen Worten, sie werden in Bezug auf den Wert, was sie nicht sind: gleich.

Diese Überlegungen greift Paschukanis auf, um eine materialistische Rechtstheorie zu formulieren. Ausgangspunkt ist Marx' Annahme, dass der Austauschprozess ein Anerkennungsverhältnis voraussetzt, bei dem die Tauschenden, die Warenhüter wie es bei Marx heißt, sich wechselseitig als Privateigentümer anerkennen müssen (Marx 1968 (1890): 99). Der Tausch bedarf somit notwendigerweise der Vorstellung von Gesellschaft als Vertragsgesellschaft, in der sich Einzelsubjekte gegenüberstehen und als gleich anerkennen und miteinander in Austausch treten wollen (Paschukanis 1970 [1929]: 100). Die Warenform und die Rechtsform werden zu zwei voneinander unterscheidbaren, aber zugleich sich gegenseitig bedingenden Grundformen (ebd.: 91). Wie der Tauschwert die Pluralität des Gebrauchswertes unsichtbar

ist, jedoch möglicherweise nicht alle theoriepolitischen Motive von Paschukanis erfasst (vgl. Negri 2000; Negt 1975: 48).

macht, verhüllt das Recht mit seiner abstrakten Regelstruktur die menschliche Vielfalt und die unterschiedlichen Bedürfnisse. Wie der Tauschwert von der Vielfalt der Gebrauchswerte abstrahiert, abstrahiert das Recht von der konkreten Vielfalt der Beziehung zwischen Mensch und Ding und transformiert es in ein universelles Rechtsverhältnis (vgl. ebd. 91). Zugleich verhüllt es die konkreten Besonderheiten, die einen Mensch vom anderen unterscheidet. Analog zum Geld wird das Recht so zum allgemeinen Äquivalent, der die Menschen ins Verhältnis zueinander setzt. Isaac Balbus spricht vom Modus des Ersetzens (Balbus 1977: 577). In der bürgerlichen Gesellschaft wird so jeder Mensch zum Mensch an sich, jedes Subjekt zum abstrakten Rechtssubjekt. In der Verquickung von Waren- und Rechtsform wird die Ware zum Objekt und der Warenbesitzer zum Subjekt, das über die Ware im Aneignungs- und Veräußerungsakt verfügt (ebd. 92). Diese Perspektive verweist auf die subjektkonstituierenden Effekte von Recht. Zugleich macht sie deutlich, dass durch das Recht und die Rechtsprechung ein gesellschaftliches Verhältnis artikuliert wird. Die Gesellschaft ist somit nicht das Ergebnis eines Vertrages zwischen den Individuen, wie es die Vertragstheorie nahe legt, sondern umgekehrt: die Individuen und die spezifische (Vertrags-)Beziehungen, die sie miteinander eingehen, sind nicht Ausgangspunkt, sondern Effekte einer kapitalistischen Gesellschaftsformation. Recht wird darin zur Grundmatrix, die die Gleichzeitigkeit von Ungleichheit und Gleichheit prozessierbar macht. Wie im Warentausch treten sich die Rechtssubjekte in der notwendigen Fiktion von Gleichheit und Unabhängigkeit gegenüber, die von existierenden Banden gegenseitiger Abhängigkeit und von Herrschaftsverhältnissen abstrahiert (ebd. 99f.). Das heißt, Recht transformiert die Menschen zu etwas, was sie nicht sind: gleich. In diesem Sinn ist das Recht ein zentraler Vergesellschaftungsmodus in kapitalistischen Gesellschaften. Es wird zu einem objektiven Verhältnis und erhält als „absolutes, unverrückbares Recht“ (ebd.: 94) einen subjektlosen Charakter. Abgelöst von seinem historischen Kontext scheint es die in der Vernunft der Menschen begründete Form der menschlichen Interaktion zu sein, eingeführt im Namen von Gerechtigkeit und Gleichheit.

Eine Reihe von AutorInnen haben in den letzten Jahren Paschukanis' Rechtstheorie für die Analyse des internationalen Rechts fruchtbar gemacht (Miéville 2004; Chimni 1993; Marks

2008; Buckel 2007). Internationales Recht tritt als ein von Herrschaftsverhältnissen abgelöstes Instrument in Erscheinung, das in einer von Anarchie gekennzeichneten Welt Frieden herzustellen verspricht. China Miéville, auf den ich im Nachfolgenden näher eingehe, setzt in seinem Transfer die Staaten den Besitzenden gleich (Miéville 2005: 54). Als Souverän, der über ein bestimmtes Territorium verfügt, treten Staaten hiernach unter Abstraktion ihrer Ungleichheit als Gleiche miteinander in Beziehung. Vermittelt durch das internationale Recht werden sie zu dem, was sie nicht sind: gleich. Dieser Perspektive zufolge ist die Koexistenz von souveränen Staaten und Ausbeutung kein Widerspruch. Vielmehr ist gerade das internationale Rechtssystem, das die Staaten als souveräne Rechtssubjekte setzt, Ausdruck einer Herrschaftsform, die sich in der postkolonialen Ära etablieren konnte. Die internationale Staatengemeinschaft als notwendige Fiktion von gleichen entspricht hiernach den systemischen Erfordernissen eines zunehmend integrierten Weltmarktes. Dieses internationale Verhältnis ist allerdings instabiler als das nationale. Paschukanis, der sich selbst an einigen Stellen zum internationalen Recht äußerte, räumte aufgrund des Fehlens einer Zentralgewalt dem Gleichgewicht der Kräfte und der Gegenseitigkeit mehr Bedeutung zu.

„Wo die Funktion des Zwangs nicht organisiert ist und nicht einem über den Parteien stehenden besonderen Apparat zugewiesen ist, tritt sie in Gestalt der so genannten ‘Gegenseitigkeit’ auf; dieses Prinzip der Gegenseitigkeit stellt unter der Bedingung des Gleichgewichts der Kräfte bis zum heutigen Tage die einzige und, man muss schon sagen, sehr unsichere Grundlage des Völkerrechts dar.“ (Paschukanis 1970 [1929]: 145)

Internationales Recht steht entsprechend für ein fragiles Verhältnis der Reziprozität unter Abstraktion von Unterschieden. Die in ihm eingelassenen regelgeleiteten Handlungsanweisungen lassen das globale Verhältnis als eine subjektloses Verhältnis erscheinen, eingegossen in ein absolutes, unverrückbares (Natur-)Recht. Internationales Recht ist entsprechend nicht einfach einer Regierung oder einer sozialen Gruppe zuzuordnen. Aufgrund der Abwesenheit einer übergeordneten Instanz ist allerdings die Sicherung der Einhaltung dieser Normen nichtsdestoweniger abhängig von den Rechtssubjekten selbst: den Staaten. Gerade darin gründet die Instabilität internationalen Rechts. Miéville schlägt vor, von reiner (Macht-)politik zu sprechen, wenn gegen weitem akzep-

tierte internationale Normen verstoßen wird (Miéville 2005: 147). Internationale Politik als regelgeleitetes Verhalten setzt er hingegen dem internationalen Recht gleich. Der hier verwendete Politikbegriff fällt allerdings sehr eng aus. Er ist identisch mit dem Begriff internationales Recht. Letzten Endes nimmt Méville eine ähnlich Unterbestimmung des Politischen vor, die eine Reihe von Autoren bereits bei Paschukanis' Rechtstheorie monierten (Negri 2000). Die Überlegungen von Sonja Buckel führen uns hier weiter. Buckel greift in ihrer Analyse der europäischen Rechtsprechung ebenfalls auf Paschukanis zurück. Mit Rückgriff auf die Staatstheorie von Nicos Poulantzas nimmt sie zugleich eine Aufwertung des Politischen vor. Zugleich übernimmt sie von Paschukanis die Bedeutung der Rechtsprechung, die in der Paschukanis' Rezeption von Méville keinerlei Rolle spielt. In dieser Hinsicht erlauben ihre Überlegungen, die Implikationen einer Konstitutionalisierung internationalen Rechts umfassender zu reflektieren.

Die Kohäsionsfunktion von Recht

Wie bereits Paschukanis trieb Poulantzas die zentrale Frage um, warum die Klassenherrschaft die Gestalt eines unpersönlichen, von der Gesellschaft losgelösten Apparates der öffentlichen Macht erlangt und nicht auf eigene private Apparate zurückgreift (Poulantzas 2002: 40, Paschukanis 1970: 120). Stark beeinflusst nicht nur von Louis Althusser, sondern auch von Max Weber zielt Poulantzas' Staatstheorie auf einen Begriff des Staates ab, der in Analogie zum Marx'schen Kapitalbegriff Staat als ein soziales Verhältnis denkt, das eine relative Eigenständigkeit gegenüber den Produktionsverhältnissen besitzt (Poulantzas 2002 (1978)).¹⁰ Im Zentrum von Poulantzas' Analysen stehen soziale Kämpfe. Entsprechend wird die Abspaltung zwischen privat und öffentlich, zwischen Ökonomie und Staat als instabil gedacht. Sie muss sich immer wieder herstellen. Sie ist, mit anderen Worten, selbst Ausdruck sozialer Kämpfe. Nichtsdestoweniger ist sie notwendig, um die Reproduktion der kapitalistischen Produktionsweise sicherzustellen. Dem Staat weist Poulantzas die zentrale Rolle zu, zwischen Kapital und Arbeit, aber auch innerhalb des Kapitals zu vermitteln

10 Für eine Diskussion, inwieweit Poulantzas' Staatstheorie eine Formanalyse ist (siehe Hirsch and Kannankulam 2006).

und hierdurch soziale Kohäsion herzustellen. In dieser Funktion gründet die relative Autonomie des Staates.¹¹ Damit nimmt der Staat im Allgemeinen und das Recht als „formaler Kohäsionsrahmen“ im Besonderen eine zentrale Integrationsrolle ein, welche in vorkapitalistischer Formation die Religion innehatte, mit ihrer Symbolisierungsart, die die Einzelnen den Ständen, Kasten, Familien und Regionen zuordnete (Poulantzas 2002 (1978): 118).

Buckel übernimmt diese Überlegung, teilt aber mit einer Reihe anderer materialistischer StaatstheoretikerInnen die Ansicht, dass Poulantzas diese Trennung theoretisch nicht begründet (Hirsch and Kannankulam 2006: 66; Jessop 2008; kritisch Demirović 2007: 214-217). Um die relative, oder wie Buckel es nennt, relationale Autonomie des Staates zu begründen, greift sie auf Luhmanns Systemtheorie zurück. Damit nimmt sie einen Theorievorschlag von Bob Jessop auf, radikalisiert diesen jedoch, um Politik von Recht zu differenzieren, mit dem Ziel, dem Recht eine eigene relationale Autonomie einzuräumen (Buckel 2007: 242). Hierbei greift sie auf Luhmanns Begriff der Autopoesis zurück, um den Verselbständigungsprozess als eine Selbstreferenzialität zu beschreiben (Luhmann 1995: 310). Recht erlangt so eine eigene objekthafte Qualität und entzieht sich dem Alltagshandeln. Die einzelnen, die ein Rechtsverfahren anrufen, werden in ein bestimmtes Verfahren hineingezwungen, das sich ihrer eigenen Gestaltungsmacht entzieht. Im Verlauf des Prozesses werden die Abstraktionen immer weniger dem Alltagshandeln zugänglich. Vielmehr beginnt das Rechtssystem durch seine juristischen Intellektuellen der eigenen Logiken entsprechend zu prozessieren mit einer starken Autoreferentialität, einer Subsumptionstechnik, wie auch einer Dogmatik, die eine relative Kohärenz zwischen den vielfältigen Einzelentscheidungen sicherstellt und eine „herrschende Meinung“ zu etablieren.

„Das ursprüngliche soziale Verhältnis geht in den Verfahren der Rechtsform auf, in denen sich die Beteiligten wie in einem Spinnennetz verfangen, und wird darin verformt. Verfahren werden dadurch zu normalisierenden Prozeduren, in denen die Streitparteien in Ver-

11 Allerdings ist damit noch nicht geklärt, wie es zur Entstehung des Staates im Kapitalismus kam. Seine Entstehung ist nicht aus seiner Funktion zu erklären, sondern geht auf andere historische Gründe zurück (vgl. Kannankulam und Hirsch in diesem Band).

teidigung ihrer Rechtsangelegenheiten die Erfahrung der Abstraktion von ihrer Subjektivität machen (...)“ (Buckel 2006: 242)

Die Rechtsverfahren schaffen somit eine eigene Parzellierungen und organisieren zugleich deren Neuzusammensetzung zu einem gesellschaftlichen Ganzen. Recht wird so zu einer wichtigen „Kohäsionstechnik“ (Buckel 2006: 229), die die Gleichzeitigkeit von gesellschaftlich konstituierten Differenzen und Gleichheit prozessierbar macht.

Räumliche Entzerrung von Politik und Recht

Buckel greift in ihren Überlegungen zugleich eine zentrale formanalytische Weiterentwicklung von Poulantzas' Staatstheorie auf, die dessen Zirkelschluss überwinden will. So begründet Poulantzas den Staat aus der Notwendigkeit kapitalistischer Produktionsverhältnisse. Der darin eingelassene Funktionalismus kann den Staat letzten Endes nur als Mittel der Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft denken (für eine ausführliche Kritik siehe Jessop 1985: 136; Demirović 1997). Zugleich aber ist er das Resultat sozialer Kämpfe, die aufgrund ihrer Kontingenz die Funktion des Staates durchaus auch in Frage stellen können. Der Staat ist folglich nicht notwendigerweise Ausdruck kapitalistischer Notwendigkeit. Formanalytische Weiterentwicklungen von Poulantzas' Staatstheorie versuchen diesen Zirkelschluss zu überwinden, indem sie zwischen Form als grundlegendes Strukturierungsprinzip und Institution als historisch konkrete Materialisierung dieses Grundprinzips unterscheiden (für einen guten Überblick siehe Hirsch 1994). Formen können nur wirken, indem sie sich in einem historisch konkreten Kontext institutionalisieren. Der Materialisierungsprozess ist allerdings stark von sozialen Kämpfen bestimmt und ist somit einem hohen Maß an Kontingenz ausgesetzt. In diesem Sinn kann es zu einem Spannungsverhältnis zwischen Form und Institutionen kommen, bis hin zur Gefährdung der Reproduktion kapitalistischer Produktionsverhältnisse. Dass es den sozialen Formen gelingt, die gesellschaftlichen Widersprüche in einer Weise zu „prozessieren“, so dass die Reproduktion kapitalistischer Verhältnisse immer gelingt, ist keineswegs garantiert.

Diese Unterscheidung zwischen sozialer Form und Institutionalisierung greift Buckel auf, um zu argumentieren, dass sich die Rechts- und Politikform unterschiedlich materialisieren können.

Die Rechtsprechung, die sich auf Einzelfälle bezieht, besitze eine höhere Flexibilität als politische Prozesse.

„Der politische Prozess ist, solange er formal demokratisch organisiert ist, per se langsamer als der juridische, der am Einzelfall ansetzen kann.“ (Buckel 2006: 256)

Entsprechend sieht Buckel die Möglichkeit, dass Recht und Politik in ihrer Institutionalisierung nicht notwendigerweise zusammen fallen müssen. Die enge Verbindung zwischen Recht und Politik im Rahmen des Nationalstaates wird so zu einer historisch spezifischen Konstellation und ist nicht länger ein Merkmal der Form(en) selbst (Buckel 2007: 257). Für die Gegenwart konstatiert Buckel hingegen eine Verselbständigung der europäischen Rechtsprechung mit einer eigenen Kohäsionstechnik. Die politische Form hingegen kann, so Buckel, ihre Institutionalisierung nicht gleichermaßen überwinden, und bleibt stärker an die nationale Ebene gebunden (ebd. 272, 279). Die relationale Autonomie zwischen den beiden Formen erlaubt eine Institutionalisierung auf unterschiedlicher Ebene, so Buckels Schlussfolgerung. Die Rechtsprechung wird hiernach zum zentralen Integrationsmechanismus, der das soziale Verhältnis zwischen den EU-Mitgliedstaaten und innerhalb der Staaten parzelliert und neu zusammensetzt. Aus dieser Perspektive könnte man die Konstitutionalisierung des internationalen Rechts als eine Transformation verstehen, bei der die postnationale Rechtsprechung eine postnationalen Vergesellschaftung vorantreibt im Gleichschritt mit der wirtschaftlichen Integration. In diesen Überlegungen spiegelt sich die These von der zentralen Rolle des Rechts als Integrationsmechanismus wider, wie sie eine Reihe von Integrationstheorien vertreten.¹² Die Integration-durch-Recht-These begründet Buckel nun jedoch formanalytisch.

Die Ausführungen zu der Postnationalisierung der Sozial- und Bildungspolitik zeigen jedoch die Grenzen eines solchen judikativen Integrationsmechanismus auf. Aus hegemonietheoreti-

12 Diese These ist an prominenter Stelle von Joseph Weiler Weiler entwickelt worden (Weiler; Weiler 1991; vgl. auch Joerges 2002; für einen Überblick siehe Haltern 2005). (Für eine stärker akteursbezogene Perspektive, die die Rolle der Richter untersucht siehe Alter 2001). Für eine Analyse bezüglich der WTO siehe (Cass 2001).

scher Perspektive ist bedeutsam, dass eine intergouvernementale Strategie gewählt wurde, um eine Alternative zu diesem Mechanismus zu schaffen. Hierbei will ich die Bedeutung des EuGHs nicht in Abrede stellen. Ein Bedeutungszuwachs der Judikative ist zu konstatieren. Auch im Bildungsbereich versuchte der EuGH seine Kompetenz durch eine Reihe von Rechtsprechungen auszuweiten.¹³ Entscheidend ist aber, dass es dieser Rechtsprechungen nicht gelang, eigene Standards zu setzen und so eine positive Integration voranzutreiben. Das heißt, in keinem der Fälle wurden durch das EuGH europäische Standards gesetzt, die nachträglich ins Primärrecht aufgenommen wurden. Vielmehr stärkten die Interventionen des EuGH in ihrer Konsequenz den politischen Prozess. Dieser fand jedoch nicht mehr alleine auf nationaler oder subnationaler Ebene statt, sondern erfuhr eine Postnationalisierung. Der Bologna-Prozess kann hier als Paradebeispiel genommen werden. Die Konvention zur Anerkennung von Hochschulbildung der Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft, Kultur und Kommunikation (UNESCO) und des Europarats bildet die gesetzliche Grundlage für diesen Prozess, der auf die Schaffung eines europäischen Hochschulbildungsraumes abzielt. Dieses internationale Abkommen führt eine intergouvernementale Dimension in den Prozess ein. Erst hierdurch können internationale Normen geschaffen werden, die in späteren Rechtsprechungsverfahren der EU oder auch im Rahmen der WTO durchaus an Relevanz gewinnen, da auf sie als allgemein gültige und legitime Standards verwiesen werden kann. Vor diesem Hintergrund scheint mir die These der räumlichen Entzerrung von Recht und Politik, von der Buckel ausgeht, nicht haltbar. Hintergrund dieser Fehleinschätzung scheint mir ein zu enger

13 So wurde die Bildungspolitik der Mitgliedstaaten zum ersten Mal zum Gegenstand der europäischen Gerichtsinstanz in der Rechtssache *Casagrande* 1973 (Casagrande Rs. 9/74, EuGH 1974). Damals entschied das Gericht unter Rückgriff auf das Personenfreizügigkeitsgebot, dass Migrantenkindern gleiches Recht auf Zugang zu Bildung einzuräumen sei wie der nationalen Bevölkerung (siehe Verbruggen 1994f.; Murphy 2003: 555f.). Für den Bologna-Prozess spielte insbesondere die Rechtssache *Gravier* eine wichtige Rolle, bei der der EuGH Berufsbildungs- und Hochschulbildung gleichsetzte (Gravier Rs 293/83, EuGH 1985; für ein nachfolgendes, bestätigendes Urteil siehe Blazit Rs 24/86, EuGH 1988).

Formbegriff zu sein, der die Verselbständigung und weniger die Vermittlung in den Mittelpunkt rückt. Der Verselbständigungsprozess wird als einen Formalisierungsprozess gedacht, der dem Rechtsverständnis, wie es Max Weber entwickelte, nicht unähnlich ist. Im Mittelpunkt stehen eine abstrakte Regelstruktur und die Autonomie der Rechtsprechung. Was diese Perspektive unterschätzt, ist die Bedeutung der Legitimität von Recht. Recht kann meines Erachtens nur wirkungsvoll werden, wenn es von breiten Schichten der Gesellschaft als legitim betrachtet wird, so dass die Einhaltung des Gesetzes nur bei wenigen Gruppen mit tatsächlicher Gewaltanwendung durchgesetzt werden muss. Eine solche Legitimität lässt sich meines Erachtens nur durch politische Prozesse herstellen. Die Verselbständigungsthese unterschätzt die Bedeutung der Legitimationsanforderung und die Komplexität einer positiven Integration. Die Rechtsprechung kann diese nicht aus sich heraus generieren, sondern bedarf einer engen Verkoppelung mit einem breiteren und hierdurch inklusiveren, politischen Prozessen. Folgt man diesen Überlegungen, ist eine Institutionalisierung von Politik und Recht mit unterschiedlichen Bezugsgemeinschaften, wie es Buckel nahe legt, unwahrscheinlich. Übertragen auf den internationalen Integrationsprozess bedeutet dies, dass der Ausbau der internationalen Politikprozesse die Voraussetzung für die Legitimität der internationalen Rechtsprechung ist. In diesem Sinn ist die Rechtsprechung bei aller Autonomietendenz in letzter Instanz von der Politik bestimmt. Dieses Abhängigkeitsverhältnis wird, wie ich zu zeigen versucht habe, gerade in der Bildungs- und Sozialpolitik deutlich, der eine Schlüsselstellung im hegemonialen Einbindungsprozess zukommt. Im Nachfolgenden möchte ich einen Vorschlag machen, der dieses Abhängigkeitsverhältnis theoretisch zu bestimmen versucht. Um die Ermöglichungsbedingungen von Legitimität in den Blick zu bekommen, greife ich auf Jürgen Habermas' Überlegungen zum Spannungsverhältnis von Faktizität und Geltung zurück, um sie hegemonietheoretisch zu wenden.

Hegemonie zwischen Faktizität und Geltung

Was Habermas für unsere Überlegungen anschlussfähig macht, sind seine Überlegungen zur Verselbständigungstendenz der Systemwelt. Wenn auch aus liberaler Perspektive greift er damit die

Verselbständigungstendenz auf, die auch Buckel im Blick hat.¹⁴ Die Verbindung zwischen Öffentlichkeit und den mit Entscheidungen beauftragten ExpertInnen der administrativen Macht mit ihren Spezialcodes denkt Habermas als ein Spannungsverhältnis (Habermas 1994 [1992]: 415-435). Die administrative Macht verfügt hiernach über eine bestimmte Autonomie, muss aber auch die in der Öffentlichkeit entwickelten Normen berücksichtigen, will sie ihre normative Geltungskraft nicht gefährden. In republikanischer Tradition geht es Habermas jedoch nicht nur um die legitimierungsschaffende Wirkung des Meinungsbildungsprozesses, sondern um die Konstitution des politischen Gemeinwesens (Habermas 1994 [1992]: 363). Die politische Gemeinschaft ist, mit anderen Worten, dem öffentlichen Meinungsbildungsprozess nicht vorgängig, sondern dessen Ergebnis. Stark inspiriert von einer kommunitaristischen Perspektive nimmt dieser Ansatz nicht nur die Konstitution des Individuums, sondern auch die der Gemeinschaft in den Blick. Die Inklusivität der öffentlichen Deliberation erleichtert die soziale Integration unterschiedlichster Lebenswelten durch die politischen Prozesse.

Zu Recht ist Habermas kritisiert worden, dass er die Konstitution der Lebenswelten nicht im Blick hat und damit auch nicht die darin eingelassenen Herrschaftsstrukturen. Durch seine Gegenüberstellung von Lebenswelt und Systemwelt verleiht er der Lebenswelt vielmehr den Anschein von Herrschaftsfreiheit (kritisch hierzu Demirović 1997; Fraser 1992). Auch teile ich Buckels Kritik an Habermas' positiver Konzeption von Grundrechten, denen er einen Systemcharakter abspricht (Buckel 2007: 61ff.). Herrschaftstheoretisch gewendet, gibt uns das Spannungsverhältnis zwischen Lebens- und Systemwelt, das Habermas beschreibt, jedoch Einblick in einen Vergesellschaftungsmechanismus, der weder auf die ökonomische Interaktion, noch auf die Rechtspre-

14 Allerdings bezieht sich Habermas hierbei hauptsächlich auf die Administration. Bezogen auf das Recht bleiben die Ausführungen ambivalent. In seinen früheren Arbeiten spricht er dem Recht durchaus auch einen Systemcharakter zu, das hierdurch jedoch seine Legitimität zu verlieren droht (Habermas, 1987 [1981]: 530-547). In diesem Sinn kommt Recht eine legitimierungsgenerierende wie auch -gefährdende Rolle zu. Diese Ambivalenz wird in seinen späteren Arbeiten aufgehoben zugunsten eines positiven Bezugs auf das Recht (Habermas, 1994 [1992]: 502, Fn 4).

chung zu reduzieren ist, nichtsdestoweniger aber ein zentraler Bestandteil der Reproduktion herrschender Verhältnisse ist. Er dient dem Aufbau einer robusten Struktur der Zivilgesellschaft, von der bereits Antonio Gramsci sprach (Gramsci 1992 [1975]: 874). Ein Formbegriff, der einen grundlegenden Vergesellschaftungsmodus in kapitalistischen Gesellschaften in den Blick nehmen will, sollte diese legitimationsgenerierende Vermittlungsstruktur mitdenken, die auf das konstitutive Außen der Verselbständigung verweist.

Übertragen auf unser empirisches Beispiel bedeutet dies, dass die intergouvernementale Strategie des UNESCO-Anerkennungsabkommens für Hochschulqualifikationen ein solches konstitutives Außen des Supranationalisierungsprozesses der EU und der WTO bildet. Durch sie kommt es zur Herausbildung einer Art transnationaler Öffentlichkeit, in der Bildungsstandards entwickelt wurden, die eine hohe Anerkennung genießen. Die Durchschlagkraft der Bologna-Normen in den gegenwärtigen Hochschulreformen wäre weder durch eine nationale, noch eine europäische Rechtsprechung je zu erreichen gewesen. Der Bologna-Prozess mit seinen unzähligen Konferenzen, an denen sehr unterschiedliche Akteure teilnahmen und immer noch teilnehmen, macht die Komplexität eines solchen Unterfangens deutlich. Zugleich zeigt er, dass auch dieser breitere Integrationsprozess von einer hohen Selektivität gekennzeichnet ist. Die immer wieder aufflammenden Proteste der Studierenden in den verschiedenen europäischen Ländern, in denen der Unmut über die Bologna-Reformen zum Ausdruck kommt, macht deutlich, dass die Legitimationsgrundlage dieser positiven Integration äußerst prekär ist.

Zusammenfassung

Dieser Beitrag formulierte eine Kritik an einer instrumentalistischen Perspektive auf das Recht als Werkzeug der Mächtigen. Eine formanalytische Perspektive erlaubt die Bedeutung des Rechts bei der Parzellierung und Neuzusammensetzung zu einem gesellschaftlichen Ganzen besser in den Blick zu nehmen. Buckel hat diese Bedeutung zum Ausgangspunkt ihrer Überlegungen genommen, in denen sie Recht und Staat als zwei unterschiedliche Formen unterscheidet. Dies erlaubt ihr, von der Möglichkeit einer räumlichen Entzerrung von Recht und Politik auszugehen und so eine Verselbständigung europäischen Rechts zu konstatieren.

Die empirischen Ausführungen zur Postnationalisierung von Bildungs- und Sozialpolitik auf europäischer und internationaler Ebene haben jedoch gezeigt, dass von einer Verselbständigung postnationalen Rechts nicht die Rede sein kann. Die staatstheoretische Bedeutung dieses Sachverhalts wird deutlich, wenn man die Schlüsselstellung von Bildungs- und Sozialpolitik für den hegemonialen Einbindungsprozess bedenkt. Die Spezifizierung und Formalisierung postnationaler Auflagen bedürfen eines inklusiveren Prozesses, der über die Rechtsprechung hinausgeht und sich als eine transnationale Öffentlichkeit konstituiert, um Praxisrelevanz zu erlangen. Mit anderen Worten, eine Spezifizierung internationalen Rechts kann nicht durchgesetzt werden, wenn ihr die Legitimationsbasis fehlt. Gelingt es nicht, einen inklusiveren Prozess zu organisieren, sind der Postnationalisierung des sozialen Integrationsprozesses klare Grenzen gesetzt und damit letzten Endes auch der wirtschaftlichen Integration durch die Mobilität von Hochqualifizierten. Eine Internationalisierung der Rechtsprechung alleine kann eine solche Neuorganisation der gesellschaftlichen Beziehungen nicht leisten. Vielmehr bedarf die Konstitutionalisierung des internationalen Rechts einer Internationalisierung der Politik. Es gilt einen komplexeren Begriff des neuen Konstitutionalismus zu entwickeln, der die komplexe Interaktion zwischen Recht und Politik hervorhebt.

Literatur

- Alter, Karen (2001): *Establishing the Supremacy of European Law. The Making of an International Rule of Law in Europe*. Oxford, Oxford University Press.
- Alvarez, Jose E. (2002): „The WTO as Linkage Machine.“ *American Journal of International Law* 96(1): 146-158.
- Arrowsmith, Sue (2003): *Government procurement in the WTO*. The Hague et al., Kluwer Law International,.
- Balbus, Isaac D. (1977): „Commodity Form and Legal Form: An Essay on the ‘relative autonomy’ of the law.“ *Law and Society Review*(11): 571-588.
- Behning, Ute (2004): „Die „Neue Methode der offenen Koordinierung“. Versuche der integrationstheoretischen Klassifizierung einer neuen Form des sozialpolitischen Regierens in der Europäischen Union.“ *Osterreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft* 33(2): 127-136.
- Borg, Erik (2001): *Projekt Globalisierung*. Hannover, Offizin Verlag.

- Buckel, Sonja (2006): Neo-materialistische Rechtstheorie, in: Buckel, Sonja, Ralph Christensen and Andreas Fischer-Lescano: *Neue Theorien des Rechts*. Stuttgart: 117-138.
- (2007): *Subjektivierung und Kohäsion. Zur Rekonstruktion einer materialistischen Theorie des Rechts*. Göttingen: Velbrück Wissenschaft.
- Cass, Deborah Z. (2001): „The ‘Constitutionalization’ of International Trade Law: Judicial Norm-Generation as the Engine of Constitutional Development in International Trade.“ *European Journal of International Law* 12(1): 39-75.
- Cerone, John P. (2007): „Dynamic Equilibrium: The Evolution of US Attitudes toward International Criminal Courts and Tribunals.“ *European Journal of International Law* 18(3): 277 – 315.
- Chaudhuri, Sumanta, Araditya Mattoo, et al. (2004): „Moving People to Deliver Services: How can the WTO help?“ *Journal of World Trade* 38(3): 363-393.
- Chimni, B.S. (1993): *International Law and World Order: A Critique of Contemporary Approaches*. New Delhi and Newbury Park, Calif.: Sage Publications
- Daly, Mary (2006): „EU Social Policy after Lisbon.“ *Journal of Common Market Studies* 44(3): 461-481.
- Delimatsis, Panagiotis (2007): „Due Process and ‘Good’ Regulation Embedded in the GATS – Disciplining Regulatory Behaviour in Services Through Article VI of the GATS.“ *Journal of International Economic Law* 10(1).
- Demirović, Alex (1997): *Demokratie und Herrschaft: Aspekte kritischer Gesellschaftstheorie*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- (2007): *Nicos Poulantzas. Aktualität und Probleme materialistischer Staatstheorie*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- EuGH (1963): Urteil v. 5.2.1963, Rs. 26/62 – VAN GEND EN LOOS. Fundstelle: EuGH Slg. 1963, Europäischer Gerichtshof.
- EuGH (1974): Rechtssache 9/74, Urteil vom 03/07/1974, Casagrande / Landeshauptstadt München (Rec.1974,p.773), Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften.
- EuGH (1985): Rechtssache 293/83, Urteil vom 13/02/1985, Gravier / Ville de Liège (Rec.1985, p.593), Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften.
- EuGH (1988): Rechtssache 24/86, Urteil vom 02/02/1988, Blaizot / Université de Liège and others (Rec.1988,p.379), Gerichtshof der Europäischen Gemeinschaften.
- Europäischer Rat (2008): *Empfehlung des Europäischen Parlaments and the Rates zur Einrichtung des Europäischen Qualifikationsrahmens für lebenslanges Lernen*, PE-CONS 3662/07. Europäische Union, Brüssel.

- Falke, Josef (2004): Normung und Dienstleistungen Anforderungen und Handlungsspielräume nach dem Allgemeinen Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS), ZERP Diskussionspapier 1/2004. Bremen, Zentrum für Europäische Rechtspolitik an der Universität Bremen.
- Falkner, Gerda (2004): Kontinuität und/oder Wandel? Zahlen und Fakten zur EU-Sozialpolitik. 100 Reihe Politikwissenschaft. Wien, Institut für Höhere Studien (IHS).
- Fraser, Nancy (1992): Rethinking the Public Sphere: A Contribution to the Critique of Actually Existing Democracy, in: Calboun, Craig: *Habermas and the Public Sphere*. Massachusetts: MIT Press: 109-149.
- Fritz, Thomas and Christoph Scherrer (2002): GATS: Zu wessen Diensten? Hamburg, VSA-Verlag.
- Gaeta, Paola (1999): „The defence of superior orders: the statute of International Criminal Court versus customary international law.“ *European Journal of International Law* 10(1): 172-191.
- Gal-Or, Noemi (2008): „The Concept of Appeal in International Dispute Settlement.“ *European Journal of International Law* 19(1): 43-65.
- Gill, Stephen (2003): *Power and Resistance in the New World Order*. Hampshire, New York: Palgrave Macmillan.
- Gramsci, Antonio (1992 [1975]): *Gefängnishefte*, 6. und 7. Heft, Vol. 4. Hamburg: Argument.
- Habermas, Jürgen (1994 [1992]): *Faktizität und Geltung. Beiträge zur Diskurstheorie des Rechts und des demokratischen Rechtsstaats*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Halter, Ulrich (2005): Integration durch Recht, in: Bieling, Hans-Jürgen and Marika Lerch: *Theorien der europäischen Integration*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften: 399-426.
- Hartmann, Eva (im Erscheinen): *Die bildungspolitische Dimension eines postnationalen Konstitutionalismus*. Baden-Baden: Nomos.
- Hirsch, Joachim (1994): Politische Form, politische Institutionen und Staat, in: Esser, Josef, Christoph Görg and Joachim Hirsch: *Politik, Institutionen und Staat. Zur Kritik der Regulationstheorie*. Hamburg: VSA-Verlag: 157-212.
- Hirsch, Joachim and John Kannankulam (2006): Poulantzas und Formanalyse. Zum Verhältnis zweier Ansätze materialistischer Staatstheorie, in: Bretthauer, Lars, Alexander Gallas, John Kannankulam and Ingo Stützle: *Poulantzas lesen. Zur Aktualität marxistischer Staatstheorie*. Hamburg: VSA: 65-81.
- Howse, Robert (2006): „The Constitutions of the WTO.“ *The European Journal of International Law* 17(3): 623-646.
- Jessop, Bob (1985): *Nicos Poulantzas. Marxist Theory and Political Strategy*. New York: St. Martin's Press.

- (2008): Zur Relevanz von Luhmanns Systemtheorie und von Laclau und Mouffes Diskursanalyse für die Weiterentwicklung der marxistischen Staatstheorie, in: Hirsch, Joachim, John Kannankulam and Jens Wissel: *Der Staat der Bürgerlichen Gesellschaft*. Baden-Baden: Nomos: 157-179.
- Joerges, Christian (2002): *Das Recht im Prozess der Konstitutionalisierung Europas*, Arbeitspapiere – Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung Nr. 52. Mannheim.
- Koehler, Matthias (1999): *Das Allgemeine Übereinkommen über den Handel mit Dienstleistungen (GATS)*. Berlin, Duncker & Humblot.
- Krajewski, Markus (2005): „Playing by the Rules of the Game?“ *Legal Issues of Economic Integration* 32(4): 417-447.
- Luhmann, Niklas (1995): *Das Recht der Gesellschaft*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Marks, Susan, Ed. (2008): *International Law on the Left*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Marx, Karl (1968 [1890]): *Das Kapital. Kritik der politischen Ökonomie. Erster Band. Buch I: Der Produktionsprozess des Kapitals*. MEW 23. Berlin: Dietz Verlag.
- Miéville, China (2004): „The Commodity-Form Theory of International Law: An Introduction.“ *Leiden Journal of International Law* 17: 271-302.
- (2005): *Between Equal Rights: A Marxist Theory of International Law*. Chicago: Haymarket Books.
- Murphy, M. (2003): „Covert action? Education, social policy and law in the European Union.“ *Journal of Education Policy* 18(5): 551-562.
- Negri, Antonio (2000): Paschukanis lesen. Notizen anlässlich der erneuten Lektüre von Eugen Paschukanis' *Allgemeine Rechtslehre und Marxismus* (1973), in: Bruhn, Joachim, Manfred Dahlmann and Clemens Nachtmann: *Kritik der Politik. Johannes Agnoli zum 75. Geburtstag*. Freiburg: Ça ira-Verlag: 201-258.
- Negt, Oskar (1975): 10 Thesen zur marxistischen Rechtstheorie, in: Rottleuthner, Hubert: *Problem der marxistischen Rechtstheorie*. Fankfurt am Main: 10-71.
- Newland, Kathleen (2005): *The Governance of international Migration: Mechanisms, Processes and Institutions. A Paper prepared for the Policy Analysis and Research Programme of the Global Commission on International Migration*.
- Ortino, Federico (2004): *Basic legal instruments for the liberalisation of trade : a comparative analysis of EC and WTO law. 2004*, Oxford et al.
- Paschukanis, Eugen (1970 [1929]): *Allgemeine Rechtslehre und Marxismus*, Orig.1924. Frankfurt am Main: Verlag Neue Kritik.
- Pauwelyn, Joost (2006): „Reviewed work: The Constitutionalization of the World Trade Organization: Legitimacy, Democracy, and Com-

- munity in the International Trading System by Deborah Z. Cass.“ *The American Journal of International Law* 100(4): 986-991.
- Petersmann, Ernst-Ulrich (1998): „How to promote the International Rule of Law? Contributions by the World Trade Organization Appellate Review System.“ *Journal of International Economic Law* 1: 25-48.
- Pinder, John (1968): „Positive and negative integration: Some problem of Economic Union in the EEC.“ *Policy today* 24.
- Plehwe, Dieter and Bernhard Welpen (1999): „Wissenschaftliche und wissenspolitische Produktionsweisen im Neoliberalismus. Beiträge der Mont Pèlerin Society und marktradikale Think Tanks zur Hege- moniegewinnung und -erhaltung.“ *Prokla* 29(2): 203-235.
- Poulantzas, Nico (2002 (1978)): *Staatstheorie. Politischer Überbau, Ideologie, Autoritärer Etatismus*. Hamburg: VSA-Verlag.
- Rat der Europäischen Union (2002): *Entschliessung des Rates vom 19. Dezember 2002 zur Förderung einer verstärkten europäischen Zusammenarbeit bei der beruflichen Bildung (2003/C 13/02)*. Brüssel, Europäische Union.
- Reich, Arie (1999): *International public procurement law : the evolution of international regimes on public purchasing*. The Hague et al., Kluwer Law International.
- Scharpf, Fritz (2008): *Negative und positive Integration*, in: Höpner, Martin and Armin Schäfer: *Die politische Ökonomie der europäischen Integration*. Köln: Schriften aus dem Max-Planck-Institut für Gesellschaftsforschung.
- Scherrer, Christoph (1998): *Neo-gramscianische Interpretationen internationaler Beziehungen. Eine Kritik*, in: Hirschfeld, Uwe: *Gramsci-Perspektive*. Hamburg: VSA-Verlag: 160-174.
- Schulte, Bernd (2004): *Die Entwicklung der Sozialpolitik der Europäischen Union und ihren Beitrag zur Konstituierung des europäischen Sozialmodells*, in: Kaelble, Hartmut and Günther Schmid: *Das europäische Sozialmodell. Auf dem Weg zum transnationalen Sozialstaat*. Berlin: Sigma Publication: 75-103.
- Senti, Richard (2000): *WTO : System und Funktionsweise der Welthandelsordnung*. Zürich, Wien: Schulthess.
- Smith, James (2004): „Inequality in international trade? Developing countries and institutional change in: WTO dispute settlement.“ *Review of International Political Economy* 11(3): 542-573.
- Stone, Alec (1994): „What is a Supranational Constitution? An Essay in International Relations Theory.“ *Review of Politics* 55: 441-474.
- Swenarchuk, Michelle (2000): *General Agreement on Trade in Services: Negotiations concerning domestic Regulations under GATS Article VI(4)*. Toronto: Canadian Environmental Law Association.
- Trepte, Peter-Armin (2004): *Regulating procurement : understanding the ends and means of public procurement regulation*. Oxford et al.: Oxford University Press.

- Trubek, David-M. and Louise-G. Trubek (2005): „Hard and soft law in the construction of social Europe: the role of the Open Method of Coordination.“ *European Law Journal* 11(2): 343-364.
- van Apeldoorn, Bastiann (2001): *Transnationale Klassen und europäisches Regieren: Der European Round Table of Industrialists*, in: Bieling, Hans-Jürgen and Jochen Steinhilber: *Die Konfiguration Europas*. Münster: Westfälisches Dampfboot: 189-221.
- van der Pijl, Kees (1998): *Transnational classes and international relations*. London et al.: Routledge.
- Verbruggen, Machteld (1994): *European Community Educational Law. A Short Overview*, in: De Groof, Jan: *Subsidiarity and Education. Aspects of comparative educational Law*. Leuven: Amersfoort Acco: 47-68.
- Weiler, Joseph H.H. (1981): „The Community system: the dual character of supranationalism.“ *Yearbook of European Law* 1: 257-306.
- (1991): „The Transformation of Europe.“ *The Yale Law Journal* 100(8): 2403-2483.
- WTO/Panel (2004): *United States – Measures affecting the cross-border supply of gambling and betting services*, Report of the Panel, WT/DS285/R 10 November 2004.
- WTO/Working Party on GATS Rules (2009): *Report of the meeting of 2 December 2008*, S/WPGR/M/62. Geneva: World Trade Organization.
- WTO/CTS (2000): *Communication from India. Proposed Liberalisation of Movement of Professionals under the General Agreement on Trade in Services*, Special Session, S/CSS/W/12, 24 November 2000. Geneva: WTO.
- WTO/WPDR (2005): *Communication from Chile, India, Mexico, Pakistan and Thailand*, Job(05)/50, 30 March 2005. Geneva: WTO.
- WTO/WPPS (1996): *The Relevance of the Disciplines of the Agreements on Technical Barriers to Trade (TBT) and on Import Licensing Procedures to Article VI.4 on the General Agreement on Trade in Services*, Note by the Secretariat S/WPPS/W/9, 11 September. Geneva: WTO.

AutorInneninfos

Hans-Jürgen Bieling, zur Zeit Vertretungsprofessor am Fachbereich Sozialökonomie der Universität Hamburg, arbeitet zu Europäischer Integration, Internationaler Politischer Ökonomie sowie Staats-, Politik- und Gesellschaftstheorie.

Jüngste Veröffentlichungen: Internationale Politische Ökonomie. (Wiesbaden 2009, VS Verlag). Liberalisierung und Privatisierung in Europa: die Reorganisation der öffentlichen Infrastruktur in der Europäischen Union. (Münster 2008, Hg. Mit Christina Deckwirth, Stefan Schmalz, Westfälisches Dampfboot).

Ulrich Brand, Professor für Internationale Politik am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien, arbeitet zu Internationaler Politik, Internationaler Politischer Ökonomie und kritischer Staatstheorie, internationaler Umweltpolitik und Globalisierungskritik. Er ist politisch aktiv im wissenschaftlichen Beirat von Attac Deutschland und in der Bundeskoordination Internationalismus.

Jüngste Veröffentlichungen: Postneoliberalismus. A beginning debate (Uppsala 2009, Hg. mit Nicola Sekler). Globale Umweltpolitik und Internationalisierung des Staates. Biodiversitätspolitik aus strategisch-relationaler Perspektive (Münster 2008, Herausgeber).

Bob Jessop, Distinguished Professor am Fachbereich Soziologie an der Universität Lancaster und Gründungsdirektor der Institut for Advanced Studies, arbeitet zu Staats- und Regulationstheorie, kritischer und kultureller politische Ökonomie, und kritischem Realismus.

Jüngste Veröffentlichungen: Kapitalismus, Regulation, Staat (Hamburg 2007). State Power: a Strategic-Relational Approach (Cambridge 2007).

Friederike Habermann, Ökonomin, Historikerin und Dr. phil. der politischen Wissenschaft, arbeitet vornehmlich zum Verwobensein von Herrschaftsverhältnissen sowie zu gesellschaftlichen Transformationsmöglichkeiten. Und das nicht nur theoretisch.

Jüngste Veröffentlichungen: Halbinseln gegen den Strom. Chancen zur Emanzipation durch gegenhegemoniale (Diskurs)-Räume, hrsg. v.d. Stiftung Fraueninitiative, (Königstein 2009, Ulrike-Helmer-Verlag). Der Homo Oeconomicus und das Andere. Hegemonie, Identität, Emanzipation, erster Band einer von Uta Ruppert und Brigitte Young herausgegebenen Reihe 'Feminist and Critical Political Economy'. (Baden-Baden 2009, Nomos).

Eva Hartmann, Oberassistentin am Institut für politische und internationale Studien an der Universität Lausanne, arbeitet zu Internationaler

Politik und Europäischer Integration mit dem Schwerpunkt Sozial- und Bildungspolitik.

Jüngste Veröffentlichungen: *Bologna goes global: A new imperialism in the Making*?, in *Globalisation, Societies and Education*, vol. 6, no. 3, 2008, 205-218. *The EU as an emerging normative power in the global knowledge-based economy? Insights from the field of recognition of higher education qualifications*, in: Norman Fairclough, Bob Jessop and Ruth Wodak (eds)(2008): *Education and the knowledge-based economy in Europe*, Amsterdam: Sense Publications, pp. 63-86.

Joachim Hirsch, emeritierter Professor für Politikwissenschaft der Goethe-Universität Frankfurt/M. mit den Schwerpunkten materialistische Staats- und Regulationstheorie, seit vielen Jahren ehrenamtlich aktiv bei *medico international*.

Jüngste Veröffentlichungen: *Materialistische Staatstheorie: Transformationsprozesse des kapitalistischen Staatensystems* (Hamburg 2005). *Der Staat der Bürgerlichen Gesellschaft. Zum Staatsverständnis von Karl Marx* (Baden-Baden 2008, Herausgeber zusammen mit John Kannankulam und Jens Wissel).

John Kannankulam, zur Zeit tätig im DFG-Forschungsprojekt „Staatsprojekt Europa“ am Institut für Sozialforschung in Frankfurt am Main. Arbeitet zu (materialistischer) Staatstheorie, Europäischer Integration & Migration sowie zur Politischen Ökonomie der BRD und UK.

Jüngste Veröffentlichungen: *Autoritärer Etatismus im Neoliberalismus. Zur Staatstheorie von Nicos Poulantzas* (Hamburg 2008). *Der Staat der Bürgerlichen Gesellschaft. Zum Staatsverständnis von Karl Marx* (Baden-Baden 2008, Herausgeber zusammen mit Joachim Hirsch und Jens Wissel).

Caren Kunze studiert Politikwissenschaft an der Universität Kassel, derzeit tätig am Wissenschaftszentrum Berlin. Sie arbeitet zu Internationaler Politischer Ökonomie, feministischer Theorie und Frauenbewegungen. Sie ist politisch aktiv in der Bundeskoordination Internationalismus und im Arbeitskreis Linker Feminismus.

Petra Purkathofer, Lektorin am Institut für Politikwissenschaft in Wien, arbeitet zu feministischen Theorien in den Internationalen Beziehungen, Friedensprozessen und Peacebuilding aus feministischer und vergleichender Perspektive, Staatlichkeit in Theorie und Praxis in Lateinamerika, Autonomie und indigene Rechte in Mexiko und Lateinamerika.

Jüngste Veröffentlichungen: *Gender & bewaffnete Konflikte. Eine Vergleichsstudie*. Wien: vidc (Vienna Institute for International Dialogue and Cooperation), 2008. <http://dp.vidc.org/index.php?id=160&L=0>.

Feministische Perspektiven zu Anti/Terror/Kriegen: Eine Einleitung. In: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft, 37(2), 2008 (gemeinsam mit Claudia Brunner und Maya Eichler).

Bernd Röttger, Dr. rer.pol., freier Sozialwissenschaftler, Bildungsarbeiter und Autor. Readakteur der Zeitschrift „Das Argument“, arbeitet zur politischen Ökonomie des Kapitalismus, zur Geschichte der Arbeiterbewegung und zu Gewerkschaftsfragen.

Jüngste Veröffentlichungen: *Politics of Scale. Räume der Globalisierung und Perspektiven emanzipatorischer Politik* (Münster 2008, Herausgeber zusammen mit Susanne Heeg und Markus Wissen). *Kapitalismen*, in: *Historisch Kritisches Wörterbuch des Marxismus*, Bd. 7/I, Hamburg 2008: Argument-Verlag: 227-238.

Joscha Wullweber, Universität Hamburg/ Universität Kassel, ist Vater und arbeitet zu Politischer Theorie, Internationaler Politischer Ökonomie, Forschungs- und Technologiepolitik (Schwerpunkt: Nanotechnologie) und Konflikten um geistige Eigentumsrechte (insbesondere Biopiraterie).

Jüngste Veröffentlichungen: *Geopolitical Implications of Nanotechnology*, in: *Guston, David/ Golson, Geoffrey J.* (Hrsg.): *Encyclopedia of Nanoscience and Society*. (London/ Thousand Oaks/ New Delhi 2009, i.E., Sage Publications). *Modern and Post-Structural International Political Economy*, in: *Denemark, Robert A.* (Hrsg.): *The International Studies Association Compendium*. (Oxford 2009, i.E., Blackwell, gemeinsam mit Christoph Scherrer).

Aram Ziai, Gastprofessor für Internationale Entwicklung an der Universität Wien, arbeitet zu Nord-Süd Beziehungen und Entwicklungspolitik, Globalisierung und internationaler politischer Ökonomie, postkolonialen und poststrukturalistischen Ansätzen. Er ist Mitglied in der Bundeskoordination Internationalismus.

Jüngste Veröffentlichungen: *Globale Strukturpolitik? Die Nord-Süd Politik der BRD und das Dispositiv der Entwicklung im Zeitalter der Globalisierung*. (Münster 2007, Westfälisches Dampfboot). *Exploring Post-Development: Theory and Practice, Problems and Perspectives*. (London 2007, Routledge).

AkG – Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung

Die *Assoziation für kritische Gesellschaftsforschung* (AkG) wurde im Juni 2004 als offener Zusammenschluss von Sozialwissenschaftlerinnen und -wissenschaftlern aus dem deutschsprachigen Raum (Deutschland, Schweiz, Österreich) gegründet. Inhalt der gemeinsamen Arbeit ist die Diskussion gesellschaftskritischer Theorieansätze, deren Reproduktion und Weiterentwicklung in Zeiten ihrer zunehmenden Marginalisierung an den Hochschulen gesichert werden soll.



Alex Demirović (Hrsg.)
Kritik und Materialität
im Auftrag der Assoziation für
kritische Gesellschaftsforschung
2008 – 168 Seiten – € 15,90
ISBN 978-3-89691-748-5

Jens Wissel/Stefanie Wöhl (Hrsg.)
**Staatstheorie vor neuen
Herausforderungen**
Analyse und Kritik
im Auftrag der Assoziation für
kritische Gesellschaftsforschung
2008 – 167 Seiten – € 15,90
ISBN 978-3-89691-747-8

Eva Hartmann/Caren Kunze/
Ulrich Brand (Hrsg.)
**Globalisierung, Macht
und Hegemonie**
Perspektiven einer
kritischen Internationalen
Politischen Ökonomie
im Auftrag der Assoziation für
kritische Gesellschaftsforschung
2009 – 272 Seiten – € 24,90
ISBN 978-3-89691-757-7

WESTFÄLISCHES DAMPFBOOT



Hafenweg 26a · 48155 Münster

Tel. 0251-3900480 · Fax 0251-39004850

e-mail: info@dampfboot-verlag.de · <http://www.dampfboot-verlag.de>